G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn

Wilfrid Schilling
Italien — Stillstand oder Durchbruch nach links?

Lorenz Knorr
Zwischen Helsinki und Belgrad

Wolf Graf v. Baudissin
Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung

Michael Charlier
Freiheit oder/statt Sozialismus?
Zur Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte

Gerhard Leithäuser
Alternative wirtschaftspolitische Konzeptionen in Frankreich

Karl Bachsleitner
Zu Entstehung und Funktion der AfA als „Arbeitnehmerflügel" der SPD

Fritz Götte
Multinationale Konzerne, Bilanzen und die Wirtschaftsprüfer

7'76

Juli 1976 Einzelheft 5,00 DM im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1976

CHRONIK DES MONATS JUNI 1976 721

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn . . . . . *Gunnar Matthiessen* 724

Italien — Stillstand oder Durchbruch nach links? . . . . *Wilfrid Schilling* 727

Zur BdWi-Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung" . . . . . *Edgar Gärtner* 729

HAUPTAUFSÄTZE

Zwischen Helsinki und Belgrad. Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE . . . . . *Lorenz Knorr* 733

Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung . . . . . *Wolf Graf v. Baudissin* 744

Freiheit oder/statt Sozialismus? Zu Entstehung und Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte in der BRD . . . . . *Michael Charlier* 749

Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich . . . . . *Gerhard Leithäuser* 768

Multinationale Konzerne, Bilanzen und die Wirtschaftsprüfer . . *Fritz Götte* 783

Zu Entstehung und Funktion der AfA als „Arbeitnehmerflügel" der SPD . . . . . *Karl Bachsleitner* 802

MEDIENKRITIK

Kohlen für kalte Zeiten . . . . . *Günter Giesenfeld* 817

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 818

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 819

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 11. Juni 1976 (Wortlaut) 822

Erklärung der Bundesregierung zu den Beziehungen Bundesrepublik Deutschland — Sowjetunion vom 1. Juli 1976 (Wortlaut) . . 825

„Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" — Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 29. und 30. Juni 1976 in Berlin (DDR) (Wortlaut) 832

Erklärung der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD am 29. Mai 1976 in Karlsruhe (Wortlaut) 838

Vier Punkte des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zu den Berufsverboten, verabschiedet von der 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz am 13. Juni 1976 in Hamburg (Wortlaut) 840

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 7/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juni 1976

1. 6. — Naher Osten. In Damaskus werden Berichte über den Einmarsch syrischer Verbände in den Nordlibanon bestätigt. Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA hatte zuvor gemeldet, syrische Truppen seien in Kämpfe mit palästinensischen Kommandos verwickelt. — Am 4. 6. beendet der sowjetische Ministerpräsident Kossygin eine Nahost-Reise. Kossygin hatte den Irak (29. 5.—1. 6.) und Syrien (1.—4. 6.) besucht. — Vom 8.—10. 6. findet in Kairo eine Sonderkonferenz der Außenminister der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga statt. Es wird beschlossen, eine gemeinsame arabische Friedenstruppe in den Libanon zu entsenden, die aus Einheiten des Sudans, Saudiarabiens, Algeriens, Libyens sowie Syriens und der PLO bestehen soll. — Am 9. 6. heißt es in einer Stellungnahme der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS in Moskau: „Die Syrische Arabische Republik hat mehrmals Erklärungen darüber abgegeben, daß die Mission der von ihr nach Libanon entsandten Truppen darin besteht, bei der Einstellung des Blutvergießens Hilfe zu leisten. Nichtsdestoweniger erweckt es Aufmerksamkeit, daß auch heute noch Blut, und zwar in immer stärkerem Maße im Libanon vergossen wird." — Am 17. 6. trifft König Hussein von Jordanien zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch in Moskau ein.

— Island/Großbritannien. Die Außenminister Crosland (Großbritannien) und Agustsson (Island) einigen sich nach

zweitägigen Verhandlungen in Oslo (30. 5. bis 1. 6.) auf ein „Interimsabkommen", mit dem der Fischereikonflikt zwischen beiden Ländern beigelegt werden soll. Das Abkommen hat eine Laufzeit von sechs Monaten und beschränkt die britischen Fangrechte innerhalb der von Island beanspruchten 200-Meilen-Zone. Minister Crosland erklärt vor der Presse in der norwegischen Hauptstadt, die letzte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen habe zwar noch keine Einigung gebracht, aber „der Trend zu 200-Meilen-Grenzen" sei „nicht mehr umkehrbar". Mit Wirkung vom 2. 6. werden die im Februar 1976 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Island und Großbritannien (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 235) wieder hergestellt.

— UdSSR/Philippinen. Während des Aufenthalts des philippinischen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos in der Sowjetunion (31. 5.—7. 6.) wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern vereinbart. Marcos, in dessen Begleitung sich u. a. Außenminister Carlos Romulo befindet, trifft auch mit Generalsekretär Breschnew zusammen.

3. 4. — Abrüstung. Der „Club der 7", dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Japan und die Bundesrepublik angehören, tagt in London. Die beteiligten Regierungen hatten sich in vertraulichen Verhandlungen im Jahre 1975 auf gemeinsame Richtlinien für den Export von Nuklearanlagen geeinigt und im Januar 1976 entsprechende Noten ausgetauscht. Als neue Mitglieder werden Belgien, die Niederlande, Italien, Schweden, die CSSR, die DDR und Polen aufgenommen. Nach einem Bericht der Londoner „Times" ergeht an Argentinien, Brasilien, Indien, Israel, Pakistan und Südafrika, die bisher den Kernwaffensperrvertrag nicht ratifiziert haben, die Aufforderung, den Richtlinien ebenfalls beizutreten. — Am 10. 6. legt die sowjetische Delegation bei den Gesprächen über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa in Wien ein neues Arbeitspapier vor. Die Bekanntgabe von Einzelheiten wird mit Hinweis auf die vereinbarte Vertraulichkeit abgelehnt. — Am 22. 6. wird in Genf die Konferenz des Abrüstungsausschusses nach längerer Unterbrechung (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 483) wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der Beratungen bis zum Herbst stehen die Bemühungen um die Ausarbeitung einer Konvention über das Verbot der Anwendung von umweltverändernden Kriegstechniken.

6. 6. — Kuba. Ministerpräsident Fidel Castro kündigt in einer Fernsehrede den stufenweisen Rückzug der kubanischen Streitkräfte aus Angola an. Castro teilt mit, die militärische Unterstützung Angolas werde durch Hilfsmaßnahmen auf zivilem Gebiet kompensiert. Kuba werde sich vor allem an der Ausrüstung und Ausbildung der angolanischen Armee beteiligen.

8.—12. 6. — BRD/Polen. Der polnische Parteisekretär Edward Gierek folgt einer Einladung von Bundeskanzler Schmidt zu einem Besuch der Bundesrepublik. Gierek und Schmidt treffen zunächst in Hamburg zusammen und setzen ihre Gespräche später in Bonn fort. Zu den Gesprächspartnern des polnischen Politikers gehören auch der SPD-Vorsitzende Brandt und der CDU-Vorsitzende Kohl. Bundesaußenminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski kommen mehrfach zusammen. In Bonn werden am 11. 6. eine Gemeinsame Erklärung, ein Kulturabkommen sowie ein Abkommen über die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

12. 6. — Uruguay. Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident Juan Maria Bordaberry und dem Kommando der Streitkräfte führen zur Absetzung des Präsidenten. Zum vorläufigen Nachfolger wird von den Militärs der frühere Abgeordnete und Minister Alberto Demichelli ernannt.

15. 6. — Zypern. Der UN-Sicherheitsrat verlängert das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) um weitere sechs Monate (bis zum 15. Dezember 1976). Die Vertreter der Volksrepublik China und Benins nehmen an der Abstimmung nicht teil.

15.—18. 6. — Finnland/BRD. Bundespräsident Scheel absolviert einen Staatsbesuch in Finnland. Gastgeber des Bundespräsidenten, zu dessen Begleitung auch Bundesaußenminister Genscher gehört, ist Präsident Kekkonen.

18.—19. 6. — SPD. Die Sozialdemokratische Partei hält in Dortmund ihren Wahlparteitag ab. Hauptredner sind der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Schmidt. Die Delegierten verabschieden ein „Regierungsprogramm" der Partei für die nächste Legislaturperiode.

19. 6. — U N O. Auf Antrag der afrikanischen Gruppe in den Vereinten Nationen debattiert der Sicherheitsrat auf einer Dringlichkeitssitzung die Lage in Südafrika; Anlaß ist das Vorgehen der südafrikanischen Behörden gegen demonstrierende Farbige in Soweto (der Ghettostadt von Johannisburg), das in einer Resolution des Rates scharf verurteilt wird. Der Resolutionsentwurf passiert den Rat ohne formelle Abstimmung im Konsensusverfahren. — Am 23. 6. verhindern die USA durch ein Veto eine Empfehlung von 13 der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates zur Aufnahme Angolas in die Vereinten Nationen. Die VR China nimmt an der Abstimmung nicht teil. Ein amerikanischer Antrag, die Frage bis zu „einem günstigen Zeitpunkt" zu verschieben, hatte im Rat keine Mehrheit gefunden.

20.—21. 6. — I t a l i e n. Bei den vorzeitig angesetzten Parlamentswahlen (vgl. „Blätter", 6/1976, S. 601) kann die Kommunistische Partei (PCI) ihren Stimmenanteil beträchtlich erhöhen. Es entfallen auf die PCI 34,4 (1972: 27,2) Prozent (Wahlen für die Kammer) und 33,8 (27,6) Prozent (Wahlen für den Senat). Das Ergebnis für die Christlichen Demokraten (DC) lautet 38,7 (38,7) bzw. 38,9 (38,1) Prozent. Stimmenverluste müssen vor allem die Neofaschisten (MSI), die Sozialdemokraten (PSDI) und die Liberalen (PLI) sowie die Sozialisten (PSI) hinnehmen. Zusammensetzung der Kammer: DC 262 (1972: 266), PCI 228 (179), PSI 57 (61), MSI 35 (56), PSDI 15 (29), PLI 5 (20), Republikaner (PRI) 14 (15), Radikale 4 (—), Demokratische Proletarier 6 (—), Südtiroler Volkspartei (SVP) 3 (3), Kommunistische Sozialisten 1 (—) Mandate. / Zusammensetzung des Senats: DC 135 (135), PCI 116 (91), PSI 29 (33), MSI 15 (26), PSDI 6 (11), PLI 2 (8), PRI 6 (5), SVP 2 (—), Vereinigte Liberale und Republikaner 2 (—), Union Valdotaine 1 (—), Kommunistische Sozialisten 1 (—) Mandate. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in Rom stellt die PCI erstmalig die stärkste Fraktion im Parlament der Hauptstadt.

23.—24. 6. — S ü d a f r i k a / U S A. Der südafrikanische Premierminister Vorster und Außenminister Muller treffen sich zu einem Meinungsaustausch mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger in der Bundesrepublik. Die Begegnung findet unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen im Bayerischen Wald statt. Vorster, der zusammen mit Muller zuvor eine Konferenz südafrikanischer Botschafter in Bonn geleitet hatte, wird am 26. 6. von Bundeskanzler Schmidt zu einer längeren Unterredung empfangen.

24. 6. — V i e t n a m. In Hanoi konstituiert sich die gesamtvietnamesische Nationalversammlung. Mit dem Zusammentritt der Versammlung, der 249 Delegierten aus dem Norden und 243 Delegierte aus dem Süden angehören, wird der Wiedervereinigungsprozeß offiziell abgeschlossen.

27. 6. — P o r t u g a l. Zum neuen Präsidenten wird General Antonio Ramalho Eanes gewählt. Eanes erhält schon im ersten Wahlgang mit 2 967 414 Stimmen (61,5 %) die erforderliche absolute Mehrheit. Es folgen Otelo de Carvalho, früher Befehlshaber der Sicherheitstruppe Copcon, mit 796 392 Stimmen (16,5 %), Ministerpräsident José Azevedo mit 692 382 Stimmen (14,4 %) und Octavio Pato, der Kandidat der Kommunistischen Partei, mit 365 371 Stimmen (7,6 %). Die Wahlbeteiligung beträgt 75,4 Prozent.

27.—28. 6. — U S A. Auf Anregung von Präsident Ford treffen sich die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Kanadas, Japans und der Bundesrepublik in Puerto Rico zu einem „Gipfelgespräch" über internationale Wirtschaftsprobleme. Bundeskanzler Schmidt wendet sich auf der Zusammenkunft gegen die Errichtung eines integrierten Rohstoffonds, wie ihn die Entwicklungsländer auf der Welthandelskonferenz (UNCTAD IV) in Nairobi gefordert hatten.

29. 6. — S e y c h e l l e n. Die im Indischen Ozean gelegene Inselgruppe erhält nach 160jähriger Zugehörigkeit zu Großbritannien die Unabhängigkeit. Der neue Staat besteht aus rund 90 Inseln und zählt rund 58 000 Einwohner.

29.—30. 6. — K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i e n. Die führenden Repräsentanten von 28 Parteien halten in Berlin eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas ab. Die Konferenz billigt ein Dokument mit dem Titel „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa", das in zweijährigen Beratungen von einer Redaktionskommission ausgearbeitet wurde (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

Kommentare und Berichte

Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn

In spürbarer Sorge um die Entspannung hat die Regierung der Sowjetunion am 22. Mai 1976 eine Erklärung an die Bundesregierung gerichtet, in der sie die Frage aufgreift, wie das seit dem Moskauer Vertrag von 1970 Erreichte bewahrt und ausgebaut werden kann *). Daß die Sowjetunion initiativ geworden ist, verwundert nicht, denn gegenwärtig kommen fast ausnahmslos alle konstruktiven Vorschläge zur Abrüstung, zur Schaffung von regionalen Sicherheitssystemen und internationalen Gewaltverzicht von der Sowjetunion. Gleichwohl ist mit solcher Feststellung unsere Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen. Es wäre zu begrüßen, wenn ähnliche Initiativen auf allen Ebenen der Entspannung auch von ihr entwickelt würden, und zwar solcher Art, daß sie weiterführen, daß sie Lösungen nahebringen und nicht zusätzliche Schwierigkeiten und Hemmnisse schaffen.

Man durfte gespannt sein, ob die Bundesregierung die durch die sowjetische Initiative gebotene Chance nutzt und sich rückbesinnt, auch auf die Vorteile, die ihr selbst durch ihre konstruktiven Beiträge zur Entspannungspolitik erwachsen sind. Die Art der Aufnahme und Reaktion auf die sowjetische Initiative allerdings ließ auch für den Inhalt der Bonner Antwort fürchten. In der fast schon gewohnten Lässigkeit, daß nichts dränge, ließ man sich Zeit und der CDU/CSU die Möglichkeit, durch eine eigene Antwort politischen Inhalt vorzugeben, und zwar in einer Art, die an die frühen 50er Jahre erinnert, wie Rolf Zundel in der „Zeit" feststellte („Die Zeit" v. 2. 7. 1976).

*) Wortlaut der sowjetischen Erklärung in „Blätter", 6/1976, S. 695—699. D. Red.

**) Wortlaut im Dokumentarteil dieses Heftes. D. Red.

Nun hat sich nach vier Wochen auch die Bundesregierung erklärt: zurückhaltend, in Form einer allgemeinen Stellungnahme im Bulletin des Presse- und Informationsamtes **). Eine parlamentarische Erklärung, die solcher Stellungnahme mehr Gewicht verliehen hätte, wurde für nicht opportun erachtet.

Nach den Unklarheiten, die Präsident Ford und Bundesaußenminister Genscher durch ihr zeitweiliges Abrücken vom Entspannungsbegriff verursachten, bringt die Erklärung der Bundesregierung vom 1. Juli 1976 notwendige und begrüßenswerte Klarstellungen. „Die Erfahrungen der Geschichte und die Verantwortung für den Frieden", heißt es dort, „schreiben der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zwingend vor, den Weg der Entspannung unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit beider Länder zu verschiedenen Gesellschaftsordnungen, Wirtschafts- und Bündnissystemen beharrlich fortzusetzen. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative." Die von der Bundesregierung erklärte Absicht, „auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge, insbesondere des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970, die beiderseitigen Beziehungen konsequent und geduldig auszubauen und zugleich die wirtschaftliche Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse zu entwickeln", impliziert offenkundig zweierlei: eigene konstruktive Beiträge für Abrüstung und Zusammenarbeit als materielle Grundlage der Entspannung zu leisten und sich zugleich entschieden mit jenen Kräften auseinanderzusetzen, die der Entspannung entgegenarbeiten. Nicht die Leugnung der Existenz solcher Kräfte, nicht die Bagatellisierung ihres Einflusses und ganz gewiß nicht die Bereitschaft, sich im Namen eines scheinbaren „nationalen Konsensus" entspannungsfeindliche Positionen zu

eigen zu machen, hat der Bundesregierung seit 1970 die Teilnahme am Entspannungsprozeß ermöglicht. Sie ist vielmehr in dem Maße vorangekommen, in dem sie den Mut fand, sich von solchen Positionen zu lösen und abzugrenzen.

Es läuft also der eigenen Erfahrung zuwider, daß die Bundesregierung es verurteilt, „wenn die sowjetische Erklärung vom 22. Mai 1976 versucht, die Teilnehmer der internen politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über Mittel und Wege ihrer friedlichen Außenpolitik in gutwillige und böswillige einzuteilen." Als hätten nicht die Verketzerungen und Angriffe gegen die Ostverträge wie gegen die KSZE ihren massivsten Ausdruck in unserem Lande gefunden. Als wäre es nicht die CDU/CSU als einzige Partei in ganz Europa, die sich gegen die KSZE ausgesprochen hat. Daß die Entspannungsgegner sich, auch international gesehen, besonders in der Bundesrepublik konzentrieren, kann gewiß nicht der Sowjetunion angelastet werden; ebenso wenig der Versuch dieser Kreise, die Entspannung durch Angriffe — vor allem auf die Sowjetunion — in Frage zu stellen.

*

Angesichts der in den letzten Monaten von den verschiedensten Seiten wieder in Umlauf gebrachten Klischees über eine „sowjetische Bedrohung" erscheint die Erklärung der Bundesregierung, sie „gehe davon aus, daß beide Länder sich längst für den Frieden entschieden haben", als bemerkenswert. Allerdings vermißt man Folgerungen. Unbeirrt wird an der Strategie vom „Gleichgewicht des Schreckens" festgehalten, die militärische Stärke (und das impliziert immer noch Rüstungswettlauf) als Grundlage jeglicher friedlichen internationalen Ordnung ansieht. Dies aber ist ebenso wie die Rede vom atomaren Erstschlag, wie die forcierte Aufrüstung und der z. B. von der US-Regierung wiederholt erklärte Anspruch auf strategische Überlegenheit objektiv und innerer Dynamik nach eher dem Kriege als dem Frieden dienlich. Solange das Wettrüsten anhält, kann die Frage von Krieg oder Frieden nicht als erledigt gelten. „Die Gefahren des Rüstungswettlaufs sind der Bundesregierung bewußt", erklärt diese selbst. Es erscheint also wenig angebracht, wenn sie zugleich die Gefahren bagatellisiert, die der Entspannungspolitik in unserem Lande erwachsen, und durch ihre Darstellung, daß „sich die Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren politischen Kräften seit ihrer Gründung (dem Frieden) verschrieben hat", über die Erfahrung hinweggeht, daß die Politik des Kalten Krieges in der Dulles-Adenauer-Ära oft genug an den Rand eines dritten Weltkrieges führte.

Das Lob, das die CDU der Bundesregierung für ihre Stellungnahme zuteil werden ließ, ist offensichtlich nicht zufällig. Ein Beitrag zur Überwindung entspannungspolitischer Stagnation kann darin allerdings kaum noch gesehen werden.

*

Nicht die für den gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Europa irrelevanten Grundsatzbehauptungen immer von neuem zu wiederholen, sondern konstruktive Programme zu entwickeln, dies würde der Fortsetzung des 1970 eingeschlagenen Kurses dienen. In dieser Hinsicht aber ist die Bonner Erklärung eher karg ausgefallen. Stattdessen werden strittige Fragen und solche, die nicht weiterführen, in den Vordergrund gestellt. Weder das Beharren auf Utopien betreffs der „deutschen Frage", die auch durch ihre Wiederholung nicht realistischer werden, noch „übertriebene Experimente zur Erprobung der Tragfähigkeit des Viermächteabkommens" („Die Zeit" v. 2. 7. 1976) können als Ausdruck einer weiterführenden Haltung zur Entspannung in Europa verstanden werden.

In der Abrüstungsfrage, jenem anderen wichtigen Bereich, durch den Entspannung zu konkretisieren wäre, zeigt sich die Erklärung der Bundesregierung ebenfalls eher passiv, abwartend. „Die Bundesregierung hat alle bisherigen Vorschläge der Sowjetunion für weltweite Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen in konstruktivem Sinne geprüft". Sie vergißt hinzuzufügen, daß sie zu diesen Vorschlägen bisher Nein gesagt bzw. sich der Stimme enthalten hat — zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, zum Verbot neuer Massenvernichtungswaffen usw. usf. Das Bekenntnis von Bundeskanzler Schmidt, daß der politischen Entspannung die militärische folgen müsse, erfordert jetzt eigene konsruktive Schritte.

*

Ausgesprochen überflüssig erscheint die polemische Zurückweisung einer These durch die Bundesregierung, die in der sowjetischen Erklärung gar nicht aufgestellt worden war. „Entspannung bedeutet nicht Einfrieren der objektiven Prozesse der historischen Entwicklung und kann es auch nicht bedeuten. Sie ist kein Freibrief für morsche Regime und auch nicht zur Unterdrückung des gerechten Kampfes der Völker für ihre nationale Befreiung. Mit ihr entfällt nicht die Notwendigkeit sozialer Umgestaltungen", stellt die sowjetische Erklärung fest, und sie fügt ausdrücklich hinzu: „Aber diese Frage entscheidet das Volk in jedem Land selbst." Worauf will die Bundesregierung demgegenüber hinaus, wenn sie dieser wohl kaum anfechtbaren Beschreibung eines Sachverhaltes entgegenhalten zu müssen glaubt, daß es der Entspannung abträglich sei, wenn „eine Seite (die sowjetische Erklärung beansprucht dies nicht) für sich in Anspruch nehmen will zu entscheiden, was in einem anderen Staat ein ‚morsches Regime' ist und was nicht"? Sollte Entspannung es nach Bonner Auffassung verbieten, Faschismus zu kritisieren und solidarisch zu bekämpfen, den Rassismus abzulehnen und gegen ihn international Front zu machen — Entspannung also doch ein Freibrief für Imperialismus und Reaktion, für antidemokratische Praktiken?

Das Europa der KSZE aber, das erstmals in der Geschichte einvernehmlich die demokratischen Prinzipien friedlicher Koexistenz kodifiziert hat, ist — mit einem Wort von Helmut Ridder — parteilich. Es nimmt Partei für Demokratie und sozialen Fortschritt. Die Durchsetzung der Entspannung ist Ausdruck der gewachsenen demokratischen Potenzen auf unserem Kontinent, Potenzen, die nur erwachsen können aus der Auseinandersetzung mit Gewalt, Unterdrückung und Inhumanität.

Entspannung schließt also die demokratische Kritik morscher Regime und den Kampf für soziale Veränderungen nicht aus, sondern als unabdingbare Voraussetzung und als Wesensbestandteil ein.

*

Wie die sowjetische, geht auch die Bundesregierung davon aus, „daß die Möglichkeiten für einen weiteren Ausbau der vertraglichen Zusammenarbeit bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind". Entspannung hat mithin ihre Zukunft noch vor sich. Die positiven Perspektiven eines friedlichen, zusammenarbeitenden und abgerüsteten Europas bedürfen aber zu ihrer Verwirklichung intensiver Bemühungen und guten Willens ebenso wie eines neuen, der Verständigung angemessenen Verhaltens. Man sollte von den Gewohnheiten der alten Politik der Konfrontation endgültig Abstand nehmen.

Es wäre gut, wir würden uns auf die internationale Anerkennung zurückbesinnen, die unserem Lande seinerzeit für seine aktive Teilnahme an der Entspannungspolitik entgegengebracht wurde.

Für Anerkennung allerdings muß man arbeiten; sie ist kein Dauergut, sondern erfordert täglich neue Anstrengungen, sicherlich mehr Anstrengungen, als sie auf die Antwort an die Sowjetregierung und bislang die Verwirklichung der Helsinki-Beschlüsse verwandt wurden.

Gunnar Matthiessen

Italien - Stillstand oder Durchbruch nach links?

Die Frage nach den Perspektiven, die sich nach den Parlamentswahlen jetzt und in nächster Zeit stellt, ist leicht zu beantworten: Möglichkeiten zur Bildung einer stabilen Regierung sind praktisch gleich Null — Möglichkeiten zur Ausweitung der Krise auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet unübersehbar groß. Der Wahlausgang hat zunächst unter dem Zeichen des Krebses eine klare Verlängerung der Stagnation, wie sie sich unter der tonangebenden Christdemokratie entwikkelte, ergeben, während die Krise selbst nicht einfach mit der westweltweiten Rezession zu erklären ist. Das wäre zu bequem und oberflächlich, denn die Auswirkungen dieser Krise werden ein strukturell schwaches Land mit starker sozialer Spannung nach den Gesetzen unerbittlicher Logik härter treffen müssen.

Wenn nun wider Erwarten die um die Christdemokratie im Zeichen des Antikommunismus gescharten Kräfte ziffernmäßig gerade noch einmal davongekommen sind, so mag ein Hans Dietrich Genscher etc. befriedigt sein"; doch nachdem nun ihre erste freudige Überraschung verflogen ist, sind es sogar die führenden Christdemokraten Italiens nicht mehr. Eine nüchterne Analyse ergibt im Endeffekt zwei Sieger, zwei fast gleichgroße Blöcke in einer bipolaren Kräftekonzentration, bei einer eindeutigen Tendenz zur Eliminierung des aus kleinen Parteien bestehenden Mittelfelds, und das als Folge einer schon Jahre andauernden Entwicklung, die jetzt fast abgeschlossen ist.

In einem höheren Sinne ging es bei diesen Wahlen um die Konfrontation zwischen Konservation und Fortschritt. Die eigentliche Überraschung, wenn man von einer solchen sprechen will, besteht darin, daß sich das Gesetz der Trägheit noch einmal bestätigt hat und es der DC damit gelungen ist, trotz größter Krediteinbußen im Volk noch einmal relativ stärkste Partei zu werden. Eines der Hauptargumente im DC-Wahlkampf war das von dem neuen Parteisekretär Zaccagnini idealistisch vorgebrachte Versprechen auf eine innere Erneuerung der Partei („Versetzt uns in die Kondition, vorwärts zu gehen!). Ein platonisches Versprechen, weil die alten Köpfe in der Parteihierarchie wie Fanfani und andere aktiver denn je wurden, während von den „neuen" nicht viel zu merken ist. Damit blieb das Ganze ein eilig ausgestellter Wechsel auf die Zukunft, ausgestellt in prekärer Lage. Ob er eingelöst werden wird, ist nach allen bisherigen Erfahrungen mehr als fraglich.

Der Wahlkampf wurde von der DC jedenfalls in altbekannter antikommunistischer Manier geführt, wobei Papst Paul und die Bischofskonferenz, als ob es einen Papst Johannes nie gegeben hätte, wertvolle Unterstützung leisteten. Namhafte Katholiken auf der Unabhängigenliste der KP ließen sich von dem neuaufgelegten alten Feindbild des gottlosen Marxismus ebenso wenig beirren wie viele katholische Jungwähler, doch so manche Hausfrauen aus sämtlichen Schichten des Volkes vermochten sich der beabsichtigten Wirkung dieser Propaganda nicht zu entziehen, die auch von der bürgerlichen Presse als Einmischung in die

inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates scharf kritisiert wurde.

Als wirksam erwies sich auch die von langer Hand kommende Drohung, daß im Falle einer kommunistischen Regierung bzw. Regierungsbeteiligung der Kredit aus dem Ausland verspielt sei, womit der Ruin unausweichlich werden würde. Sich mehr auf andere als auf sich selbst zu verlassen, war immer ein bequemes Argument, dem leicht Gehör geschenkt wurde. Schon de Gasperi hatte 1947 mit dem Hinauswurf der Kommunisten aus der Regierung gegen US-Kredite und den Beitritt zum Atlantikpakt grundsätzlich die Nützlichkeit einer solchen Politik bewiesen. Wie man weiß, riß auch der Strom finanzieller Zuwendungen aus Übersee an jene gehorsamen Parteien nicht ab; Gelder, die einzig und allein den Zweck hatten, den Vormarsch der Kommunisten aufzuhalten; ein nicht sehr geglücktes Unterfangen. Sogar der rechtsstehende Journalist und Schriftsteller Indo Montanelli, mit seiner Kritik an der DC immer eher mitleidlos, gab diesmal in seiner Zeitung „Il Giornale Nuovo" die Parole aus, sich in der Wahlkabine die Nase zuzuhalten und DC zu wählen. Sein Rat ist zweifellos befolgt worden — und in größerem Maße, als man erwartete.

So blieb dann die Überrundung der DC, die ihre Stimmen von 1972 halten konnte, durch die Kommunisten aus. Die von der DC nach links abgewanderten Stimmen wurden durch Zugänge der Mitte und vor allem von rechts ersetzt; ein Verdienst von Fanfani, Moro und anderen, die offen an die neofaschistische Wählerschaft appelliert hatten. Die größte Zeche aber zahlten die kleinen laizistischen Satelliten der DC: die Liberalen (nicht einmal mehr 1,5 %) und die ohnehin oft als „amerikanische" Partei bezeichnete und „ideologisch" nur auf Antikommunismus um jeden Preis ausgerichtete Sozialdemokratie Saragats (nicht einmal mehr 3,5 %), deren Wähler in der Stunde der Gefahr unter die Fittiche der DC flüchteten.

In ihren Erwartungen enttäuscht wurden auch die Sozialisten, die sich gegenüber den Parlamentswahlen von 1972 knapp halten konnten (—2 %). Ihre nicht immer geradlinige Politik zwischen den Polen KP und DC mag viele ihrer seitherigen Wähler abgestoßen haben. Verglichen mit den Wahlergebnissen von 1972 hat die DC ihren Erfolg auf Kosten der kleinen Satelliten und, wie gesagt, aufgrund der Angstmacherei vor der Kommunistengefahr errungen, während die Kommunisten bis 7 % stürmisch vorrückten und in Rom und Neapel bei gleichzeitigen Gemeindewahlen die DC erstmals überholten.

Wenn auch die Wahlen ein Remis der beiden großen Blöcke bescherten, ist die nachhaltige Verschiebungstendenz nach links unbestreitbar. Ein kurzer Blick auf die Sitzverteilung beider Kammern des Parlaments demonstriert damit einen der schwersten Fälle politischer Paralyse, und eine Regierungsbildung erscheint so unmöglich, daß bereits von einer Wiederholung der Wahlen in kurzer Frist gesprochen wird. Berlinguer hat erklärt, nun komme die DC um die kommunistische Regierungsbeteiligung nicht mehr herum. Tatsächlich können die Christdemokraten nach dem Aufschlucken ihrer Satelliten dennoch aus eigener Kraft keine Regierung mehr auf die Beine bringen, denn auch die wenigen Republikaner reichen für eine tragfähige Koalition nicht aus.

Es zeichnen sich also nur zwei Möglichkeiten ab, deren Realisierung jedoch vorläufig vollkommen hypothetisch ist: Eine stabile Regierung, die sich auf den „historischen Kompromiß" gründet, oder die Neuauflage des total bankrotten Centro-Sinistra. Ersterer Lösung stehen unüberwindliche Hindernisse entgegen, vor allem in der vielschichtigen DC selbst, die ihren Pyrrhussieg unter dem Zeichen der Zurückweisung des kommunistischen Angebots und

eines konzentrierten Antikommunismus errungen hat, und der Streit in der Spitze über das „Kleiner Mann, was nun?" ist bereits in Gang. Dem „historischen Kompromiß" näherzutreten, hieße hingegen, die DC zu sprengen, weil die rechten Falken wie Fanfani — der sich als eigentlicher Sieger fühlt — hier nicht folgen können und wollen. Doch selbst wenn man sich in Richtung des „historischen Kompromisses" zu einigen beabsichtigte, ist man nicht Herr einer solchen Entscheidung, die, gekoppelt mit Kreditspritzen und Hilfen, nicht im Lande, sondern von Politikern und politischen Kräften außerhalb Italiens gefällt wird.

So bliebe nur noch das, was der „große Henry" als „letzte Chance" bezeichnet: die reumütige Rückkehr der Sozialisten in die Mitte/Links-Koalition. Daß in dieser Richtung von außen massive Pressionen erfolgen werden, ist kein Geheimnis; nicht zuletzt von seiten der BRD — als Teil einer neuen „Realpolitik" gen Süden. Zwar ist die jetzige politische und wirtschaftliche Lage der Kündigungsgrund der Sozialisten an die DC gewesen, was jedoch die Ratgeber von draußen nicht sonderlich interessiert, wohl aber die Führungsgremien der Sozialistischen Partei Italiens, die bei einem so abrupten Canossagang Gefahr liefen, Gesicht, Wähler und Bedeutung zu verlieren. Deshalb haben sie bis jetzt diese Zumutung zurückgewiesen und beharren weiter auf ihrer These einer Mitverantwortung der Kommunisten in einer neuen Regierung. Zweifellos geht es den uneigennützigen Vermittlern mehr darum, die eigenen strategischen und politischen Positionen abzusichern, als zu echter Stabilisierung des Verbündeten beizutragen.

Die letzte schlaue Variante einer solchen Politik, der auch die Christdemokraten zustimmen könnten, wäre eine Mitte/Links-Koalition mit den Sozialisten mit einem von den Kommunisten gebilligten und von ihnen parlamentarisch abgestützten Reformprogramm, wozu der Segen der Verbündeten bestimmt erteilt werden würde. Den Kommunisten fiele dann die Rolle eines Ja-Sager-Chores draußen vor der Tür zu.

Daß sich Enrico Berlinguer trotz aller Zugeständnisse und Garantien, mit einem runden Drittel aller Wähler im Rücken, auf ein solches Manöver, das einem freiwilligen Rückzug ins alte Getto gleichkäme, einlassen könnte, erscheint unrealistisch, denn auch er hat Rücksicht auf Partei und Wähler zu nehmen. Seine kürzliche Feststellung, daß man nun nicht mehr ohne die KPI regieren könne, klang ernst.

Die DC-Führung hat nun den berühmten Schwarzen Peter in der Hand und dürfte ihn auch nicht loswerden. Gefangene ihres eigenen „Sieges", liegt es an ihr, einen annehmbaren Ausweg zu finden. Darüber wird viel kostbare Zeit verstreichen, zum Schaden des Landes und seiner bankrotten Wirtschaft, bei verstärkter Unsicherheit. Schon geistert die provisorische Lösung einer „DC-Sommerparkplatzregierung" durch die Presse, mit der niemandem gedient ist. Die Aussichten, das neue und erheblich größere Vakuum auszufüllen, erscheinen erschreckend gering.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebio

Zur BdWi-Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung"

Am 11. und 12. Juni 1976 veranstaltete der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vor seiner 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz in Hamburg als Auftakt einer Reihe weiterer Fachtagungen zu anderen Themen seine

erste Fachtagung zum Thema „Umwelt und industrielle Entwicklung — Die Aufgaben der Wissenschaftler bei der Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt". Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Umweltproblemen verschiedenster Art für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD (Stichwort: Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken), bei denen Wissenschaftler auf verschiedenen Seiten der Barrikaden bereits eine wichtige Rolle spielen (entweder als Spezialisten für die wissenschaftlich aufgeputzte Public-relations-Arbeit der Konzerne oder als Berater und Mitorganisatoren von Bürgerinitiativen gegen umweltfeindliche technologische Entwicklungen o. Ä.), war die Wahl dieses Themas naheliegend.

Noch ein anderer Grund hat dabei mitgespielt. In der BRD ist die ökonomische und technologische Entwicklung zunehmend in Widerspruch zur Befriedigung der wachsenden menschlichen Bedürfnisse und zur Notwendigkeit der Erhaltung bzw. Bereicherung der natürlichen Lebensgrundlagen geraten. Kaum jemand zweifelt daran, daß diese Entwicklung nicht mehr in der bisherigen Form fortgesetzt werden kann. Aber welche neuen Orientierungen stehen im Einklang mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit? Es ist klar, daß den Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen bei der Bestimmung neuer gesellschaftlicher Prioritäten eine große Verantwortung zufällt. Die Hamburger Fachtagung sollte sich der Beantwortung zweier Fragenkomplexe widmen:

1. Auf welchen technologischen Grundlagen ist eine humane und demokratische Entwicklung der BRD möglich?

2. Welche praktischen Möglichkeiten und Aufgaben haben Wissenschaftler bei der Realisierung einer demokratischen und humanen Umweltpolitik?

In vier Arbeitsgruppen sollten diese Fragen weiter aufgeschlüsselt werden:

AG I: Energiepolitik und technologische Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Kernkraftwerkbaus.

AG II: Die Konkurrenz von Produktion und Reproduktion am Beispiel Raumplanung, Stadtplanung, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gesundheitsvorsorge und des Denkmalschutzes.

AG III: Gesellschaftliche Voraussetzungen der Konkurrenz von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit. Möglichkeiten ihrer Überwindung.

AG IV: Rechtliche Fragen der Bürgerbeteiligung und der Teilnahme von Wissenschaftlern an Planungsprozessen.

Auftakt der Tagung war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Grenzen des Wachstums" am 11. Juni. Unter der Leitung von H. Hülsmann (Universität Münster) diskutierten H. H. Wüstenhagen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); M. Winkler, Gruppe Ökologie und Bund Naturschutz in Bayern e. V.; Th. Sonnemann, Staatssekretär i. R., Naturschutzring e. V.; D. Schmidt (Kernforschungszentrum Karlsruhe); K. Krusewitz (TH Darmstadt); J. Kölble, Abteilungsleiter für Umweltschutz im Bundesinnenministerium; und H.-W. Gabriel als Gewerkschaftsvertreter. Hier wurde bereits die Frage nach dem historisch-gesellschaftlichen Ursachenzusammenhang der Umweltkrise in den Vordergrund gerückt. Wegen der etwas verschwommenen Thematik und der gegensätzlichen Standpunkte der Diskutanten war es nicht zu vermeiden, daß oft aneinander vorbei geredet wurde. Doch wurde die Diskussion schnell konkret, als sich im Auditorium anwesende Umweltfachleute und Vertreter von Bürgerbewegungen mit gezielten Fragen an den Vertreter der Bundesregierung wandten.

Die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen der Umweltkrise wurde dann am folgenden Tag im umfangreichen Plenumsvortrag von K. Krusewitz wieder aufgegriffen. H.-H. Wüstenhagen widmete seinen Plenumsvortrag dem Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und Bürgerinitiativen bei der Entwicklung der Kernenergie, wobei der bisherigen undemokratischen Praxis der Begutachtung potentiell umweltfeindlicher technologischer Projekte mögliche Formen einer breiten Beteiligung der betroffenen Bürger in Zusammenarbeit mit verantwortungsbewußten Wissenschaftlern entgegengestellt wurden. Der Vortrag von H. Krysmanski (Universität Münster) und R. Krysmanski (Fachhochschule Dortmund) umriß die wissenschaftspolitischen Konsequenzen der Umweltkrise, wobei herausgearbeitet wurde, daß die Umweltkrise in weit stärkerem Maße ein gesellschaftliches als ein technologisches Problem darstellt. Die in diesem Referat dargelegten Ansätze einer demokratischen Wissenschaftspolitik gipfelten in der Forderung nach Kooperationsverträgen zwischen dem DGB und allen westdeutschen Universitäten mit dem Lehr- und Forschungsschwerpunkt „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung".

Die hier herausgearbeitete Orientierung auf eine Zusammenarbeit zwischen Umweltbewegung, demokratischen Wissenschaftlern und den Gewerkschaften, um die als notwendig erkannten umweltpolitischen Ziele gegenüber dem Staat und den Unternehmen durchzusetzen, diente auch in den zum Teil sehr konkreten Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften als allgemeine Richtschnur. Kontrovers blieb u. a. die Frage, mit welchen Argumenten ein von praktisch allen Tagungsteilnehmern befürwortetes Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken zu rechtfertigen sei. Zwischen grundsätzlichen und nur bedingten Gegnern der weiteren Erschließung der Kernenergie gab es hier kein Entgegenkommen. Bei der Diskussion in der AG I wurde sehr deutlich, wie notwendig es ist, zu einem ausgewogenen Verhältnis von natur- und sozialwissenschaftlicher Argumentation zu gelangen. Das bei Industrie, Staat und Massenmedien üblich gewordene Gegeneinanderausspielen von natur- und sozialwissenschaftlichen Argumenten in der Umweltdiskussion darf in den Reihen der demokratischen Wissenschaftler nicht reproduziert werden.

In allen vier Arbeitsgemeinschaften wurde an konkreten Problemen aufgezeigt, daß Umweltprobleme zwar in sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auftreten, daß diese Tatsache aber nicht für einen gemeinsamen Ursachenzusammenhang spricht. Umweltverschmutzung ist keine automatische Folge wirtschaftlichen Wachstums.

In der BRD wie in anderen kapitalistischen Ländern sind die Umweltprobleme (etwa die sich als Folge zu lascher Wassergesetze anbahnende Wasserkrise) und die Widersprüche zwischen Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit Resultat der einseitigen Ausrichtung der Produktion nach dem Profitinteresse einer Minderheit. Ohne Einschränkung der Dominanz des Profitmotivs, wie es etwa gemäß Art. 15 des GG möglich wäre, läßt sich kein einziges Umweltproblem in Übereinstimmung mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit lösen. Z. B. erfordert die zum Aussteuern umweltpolitischer Ziele und einer höheren Lebensqualität notwendige Umstrukturierung der Volkswirtschaft in Richtung auf eine Ausweitung des gesellschaftlichen Konsums und verschiedener Dienstleistungen ein garantiertes Recht auf einen der Qualifikation des einzelnen Arbeiters angemessenen Arbeitsplatz und eine weitgehende betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Betroffenen und ihrer Organisationen, wenn die unumgängliche Umsetzung

von Arbeitskräften zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen reibungslos erfolgen soll.

Für die BdWi-Sektionen ergeben sich aber bereits jetzt aus der Hamburger Tagung wichtige Anregungen. In der erwähnten Empfehlung an den BdWi-Vorstand heißt es, den einzelnen Sektionen komme die Aufgabe zu, als „Katalysator zwischen Bürgerinitiativen und Wissenschaft" zu wirken. Bereits in Hamburg sind neue Kontakte zwischen Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern geknüpft worden. Auch mit den Gewerkschaften bahnen sich zumindest auf örtlicher Ebene bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit an, was hoffen läßt, daß das bereits vor Jahren verabschiedete DGB-Umweltprogramm endlich eine orientierende Funktion in den Tageskämpfen der Gewerkschafter spielt und die bisherige Praxis der Hintanstellung umweltpolitischer Forderungen hinter die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze ein Ende findet. Solche äußerst bedenklichen Entwicklungen wie Demonstrationen von um ihre Arbeitsplätze fürchtenden Betriebsarbeitern gegen Bürgerinitiativen, die sich gegen eine weitere Zerstörung ihres Lebensraumes durch unkontrollierte Industrieansiedlungen wehren wollten, sollten der Vergangenheit angehören. Außerdem könnten viele bisher lediglich engstirnig nach dem „Sankt-Florians-Prinzip" vorgehende Bürgerinitiativen durch eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Wissenschaftlern zu realistischen gesamtgesellschaftlichen Orientierungen gelangen.

Edgar Gärtner

Kleine Bibliothek

49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 303 S. DM 19,80
50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80
51 *Bayer,* Hegel zwischen Phänomenologie und Logik. 350 S. DM 19,80
52 *Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft. 279 S. DM 14,80
53 *Deppe (Hrsg.),* Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration. 383 S. DM 14,80.
54 *Räuschel,* Die BASF. Ein multinationaler Konzern. 264 S. DM 9,80
56 *Doernberg u. a.,* Probleme des Friedens. 357 S. DM 17,80
57 *Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. 208 S. DM 9,80
59 *Krysmanski/Marwedel* (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie. 294 S. DM 12,80
61 *Menschik* (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. 424 S. DM 9,80
62 *Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 320 Dokumente. 512 S. DM 9,80
67 *Buhr/Irrlitz,* Der Anspruch der Vernunft. Die klassische bürgerliche Philosophie. 238 S. DM 14,80
73 *Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. BRD 1945—1955. 512 S. DM 9,80
74 *Frauenaktion Dortmund,* Schwangerschaft und der neue § 218. Handbuch für Frauen. 204 S. DM 9,80.

Pahl-Rugenstein

Zwischen Helsinki und Belgrad

Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE

Von Lorenz Knorr

Vor nunmehr einem Jahr, vom 30. Juli bis 1. August 1975, tagte in Helsinki die Gipfelkonferenz der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE, die mit der Unterzeichnung der „Schlußakte", einer Art Magna Charta der friedlichen Koexistenz in Europa, abgeschlossen wurde. Der in den folgenden Herbst- und Wintermonaten 1975/76 im Zeichen einsetzender Wahlkämpfe vor allem in den USA und der Bundesrepublik unternommene Sturmlauf entspannungskritischer Kreise gegen den in Helsinki kodifizierten Geist der friedlichen Koexistenz hat eine Zeitlang fast vergessen machen können, daß in Helsinki weniger ein Schlußstrich gezogen, als ein Anfang gemacht wurde und daß bereits in einem Jahr in Belgrad die erste Überprüfungskonferenz der KSZE ansteht.
Der nachstehende Beitrag beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen Konsequenzen der KSZE-Schlußakte, einer in der bisherigen Diskussion in der Bundesrepublik stark vernachlässigten Frage. D. Red.

Die Hauptaufgabe der KSZE bestand zweifellos darin, praktikable Regeln für eine Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen auszuarbeiten und anzunehmen. Nach zwei Weltkriegen, die vom Zentrum Europas ausgingen und mit zusammen 65 Millionen Toten endeten, und nach der katastrophenschwangeren Konfrontation des Kalten Krieges galt es — unter den qualitativ neuen Bedingungen nuklearer Massenvernichtsmittel und der antagonistischen Existenz der beiden größten Militärblöcke der Menschheitsgeschichte —, den Krieg endgültig aus dem Leben der europäischen Völker zu verbannen. Internationale Streitfälle oder Interessenwidersprüche zwischen Staaten lassen sich im Atomzeitalter nicht mehr mit den Mitteln voratomarer Epochen bewältigen. Deshalb entwickelte die KSZE jene politischen Mittel, mit denen künftig Sicherheit zu gewährleisten ist, und praktizierte das produktive Suchen nach für alle vertretbaren Kompromissen. „Die Konferenz hat sich für die Teilnehmerstaaten als eine nützliche Schule internationaler Politik erwiesen, die besonders nützlich heutzutage ist, da es Mittel von unwahrscheinlicher Zerstörungs- und Vernichtungskraft gibt... Wenn es hier Kompromisse gibt, so sind es begründete Kompromisse, die dem Frieden nützen, ohne die Unterschiede in Ideologie und Gesellschaftsordnung zu verwischen", erklärte Leonid Breschnew in Helsinki. Die Gefahr menschlicher Selbstausrottung hatte Lernprozesse eingeleitet und reifen lassen, die zu einer kritischen Infragestellung herkömmlicher „Sicherheits"-Praktiken der Staaten führten. Stimmte es noch, daß militärische Stärke der Garant dafür war, eigene politische Interessen und dazugehörende ideologische Motivationen gegenüber anderen durchzusetzen? Die möglich gewordene gegenseitige Auslöschung von NATO- und Warschauer Pakt-Staaten ließ nur *eine* Alternative gemeinsamen Überlebens zu: die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, wie sie von der UdSSR seit Beginn ihres Bestehens gefordert wurde.

Sollte aber an die Stelle permanenter internationaler Krisen und kriegstreibender Spannungen eine funktionierende Friedensordnung und beiderseits nützliche

intersystemare Zusammenarbeit treten, so waren allgemein anerkannte und praktizierte Verhaltensnormen erforderlich. „Der Erfolg des Entspannungsprozesses (wird) von neuen Verhaltensmustern abhängen", bestätigte US-Präsident Ford während des Gipfeltreffens. Der als Konsequenz aus der waffentechnischen und militärstrategischen Entwicklung eingeleitete und von der neuen Machtkonstellation gefestigte Entspannungsprozeß bedurfte eines konkret materialisierten Inhalts mit jederzeit kontrollierbaren Regeln, um jene neue Struktur der internationalen Verhältnisse zu schaffen, die kollektive Sicherheit als unabdingbare Existenzgrundlage der Menschheit zu garantieren vermochte. „Heute ist der Friede der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben", sagte Gustav Heinemann zu Recht.

Nicht erst seit Beginn und Abschluß der KSZE ist jedoch bekannt und erfahrbar, daß die Art der internationalen und bilateralen Beziehungen der Staaten gesellschaftspolitische Folgen mit sich bringt, wie auch innenpolitische Machtstrukturen je nach ihrer Besonderheit auf die weltpolitische Lage und auf den Inhalt zwischenstaatlicher Verhaltensweisen wirken. Insofern bedurfte er nicht nur friedenssichernder Maßnahmen durch ein prinzipiell neues Sicherheitskonzept. In der Schlußakte der KSZE finden sich zugleich innenpolitische Verpflichtungen, die festigend für die Friedensordnung und die koexistentielle Zusammenarbeit wirken sollen.

Frieden hängt von außen- und innenpolitischen Strukturen ab

Ein kurzer Vergleich der gesellschaftspolitischen Situationen in der etwa ein Jahrzehnt zurückliegenden Phase des Kalten Krieges mit der eingeleiteten Entspannung zeigt die divergierenden innenpolitischen Wirkungen der militärischen Konfrontation und der friedlichen Koexistenz sowie die unterschiedlichen Einflüsse auf die Außenpolitik, die von gegensätzlichen Besitz- und Machtverhältnissen ausgeht.

Solange das Streben der Bonner Regierung — unterstützt von der NATO —, durch eine „Politik der militärischen Stärke" die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen und damit die Liquidierung der DDR sowie die Ausdehnung des westlichen Systems zu Lasten des östlichen zu erreichen, existierte, dominierte folgerichtig der Primat der Rüstung vor allen anderen staatlichen Aufgaben. Politische Probleme mit militärischen Mitteln zu lösen und der sowohl materielle als auch konzeptionelle Vorrang der Rüstung sind jedoch typische Kennzeichen des Militarismus. Er zeigte sich auch in der „Politik der Todfeindschaft" gegenüber dem Kommunismus und der Diffamierung oder Ausschaltung jeder prinzipiellen innenpolitischen Opposition gegen eine derart aggressive Expansionspolitik entgegen allen Lehren der deutschen Geschichte. Die gleichzeitige Rehabilitierung und Reaktivierung hochbelasteter Aktivisten Hitler-Deutschlands bewies nicht nur personelle, sondern auch geistige Verbindungen mit dem Dritten Reich. Der antifaschistische und antimilitaristische Auftrag des Grundgesetzes wurde damit ins Gegenteil umfunktioniert und die demokratischen Ansätze durch die Militarisierung des zivilen Lebens und Abbau der Grundrechte gestört, ja zerstört. Die verfassungswidrigen Notstandsgesetze von 1968 — die Vorbereitung auf den „Ernstfall", den Krieg — bildeten einen Höhepunkt dieser Entwicklung. Zugleich ergab sich eine fast sträfliche Vernachlässigung dringender gesellschaftlicher Innovationen im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie bei der zivilen Infrastruktur. Kennzeichen der Hinterlassenschaft der CDU/CSU nach zwanzigjähriger Herrschaft war die Misere in Schulen und Universitäten, Krankenhäusern

und im öffentlichen Nahverkehr, bei Städtesanierung und Raumplanung. Zwar hatte die stürmische Entfaltung der Produktivkräfte während der Nachkriegsprosperität einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich gebracht. Aber das soziale Unrecht bei gleichzeitiger Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen und die Hintanstellung der sozialen Reformen begleiteten diesen widersprüchlichen Prozeß.

Diese expansiv ausgerichtete Außen- und Militärpolitik mit ihren negativen gesellschaftspolitischen Folgen wurde möglich, weil mit Hilfe der USA die gleichen politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die 1914 mit Wilhelm II. und nach 1933 mit Hitler liiert waren, bestimmenden Einfluß auf die BRD erreicht hatten. Die in den NATO-Staaten restaurierte Machtstruktur beeinflußte die internationale Lage bzw. die zwischenstaatlichen Beziehungen so, daß permanente Kriegsgefahr, Haß und Verhandlungsunwilligkeit jede vernünftige Regelung der Nachkriegsprobleme verhinderten. Wo die Privilegien einer Minderheit innenpolitisch gegen den Anspruch auf Volkssouveränität und soziale Sicherheit und außenpolitisch gegen die souveräne Gleichheit der Staaten, gegen die bestehenden Grenzen und Nichteinmischung mit militärischer Macht verteidigt werden, ist Friedensgefährdung die unausweichliche Folge.

Die Veränderung der internationalen Machtkonstellation zu Lasten der NATO ermöglicht es in wachsendem Maße, Entspannung und koexistentielle Zusammenarbeit im Interesse der Völker durchzusetzen. Der Abbau der zwischenstaatlichen Spannungen verringerte die innenpolitischen Disziplinierungsmöglichkeiten, stärkte das Gewicht und vergrößerte den politischen Handlungsspielraum der gesellschaftlichen Kräfte gegenüber den Regierungen, schwächte das antikommunistische „Feindbild" — man benötigte inzwischen die UdSSR mehr denn je als Handelspartner! —, förderte das Verlangen nach überfälligen sozialen Reformen und ließ die Frage immer deutlicher aufkommen, ob angesichts der wachsenden Entspannung der überproportionale Aufwand für eine fast kriegsstarke Rüstung in Friedenszeiten weiterhin zu rechtfertigen sei. Regierungen, die sich der Anpassung an diese veränderten Bedingungen nicht unterziehen und am Kalten Krieg mit seinen verheerenden innenpolitischen Folgen festhalten wollten, verloren die Mehrheit. Die von den USA gestützten faschistischen Regime in Griechenland, Portugal und Spanien wankten und stürzten. Es entstanden nicht nur günstigere Voraussetzungen für die Lösung außenpolitisch-zwischenstaatlicher Probleme, sondern auch von aufgestauten innenpolitischen.

Nicht nur die westlichen Länder erfuhren innenpolitische Rückwirkungen veränderter internationaler Beziehungen. „Der Sozialismus sieht sich durch internationale Spannungen und von außen gesteuerte subversive Aktionen gezwungen, einen bedeutenden Teil seiner Mittel für Verteidigungszwecke bereitzustellen und zusätzliche Vorkehrungen zum Schutz der revolutionären Errungenschaften zu treffen. Das alles wirkt sich natürlich in der einen oder anderen Form auf viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens aus. Wie ohne weiteres einzusehen ist, können sich bei einer Entspannung die objektiven Gesetze der sozialistischen Ordnung vollständiger und umfassender durchsetzen. Die gesellschaftliche Produktion dient dann in erster Linie den Aufgaben des friedlichen Aufbaus, der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, der weiteren Förderung ihrer politischen Aktivität, des Arbeitselans, der sozialistischen Demokratie usw." (Georgi Schachnasarow in „Sowjetunion heute", 7/1976).

Es ist kaum zu bestreiten, daß Initiative und Hauptkraft von Entspannung und friedlicher Koexistenz in einer Sozialstruktur wurzeln, die von sozialer Gerechtigkeit und einer Politik im Interesse der Völker gekennzeichnet ist und daß sie jenen in harter politischer Arbeit abgerungen werden mußte, die zur Verteidigung unsozialer Privilegien am Vorrang des Militärischen bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele festzuhalten versuchen.

Als wichtige Marginalie zu diesem Transformationsprozeß von den international und intern erstarrten Fronten des Kalten Krieges bis zur Dynamik der Entspannung bleibt festzuhalten, daß er sich vor einem weltgeschichtlichen Hintergrund vollzog. Der Sieg antiimperialistischer Befreiungsbewegungen — unterstützt vom sozialistischen Lager und der Weltfriedensbewegung — gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten und die daraus resultierenden neuen Mehrheitsverhältnisse in der UNO, die Konsolidierung des sozialistischen Lagers und der wachsende weltpolitische Einfluß der UdSSR bei gleichzeitigen krisenhaften Erschütterungen in den NATO-Staaten und schrumpfendem Einfluß der USA: dies alles sind Faktoren bzw. lang vorher erkennbare historische Entwicklungsprozesse, die den Übergang vom Kalten Krieg mit gesellschaftspolitischer Restauration zur Entspannung mit potentiellen innenpolitischen Fortschritten einleitete und beschleunigte, aber auch die KSZE ermöglichte und ihren erfolgreichen Abschluß gewährleistete.

Langfristige Friedenssicherung und kollektive Sicherheit fördern also im Gegensatz zu der das Kriegsrisiko einschließenden militärischen Konfrontationspolitik Tendenzen zur Demokratisierung der Gesellschaft und die Lösung gesellschaftlicher Reformen. Jedoch handelt es sich nicht um einen automatischen Prozeß. Konzernmacht und Staatsapparate im Bereich der NATO können trotz Entspannung Gegenmaßnahmen wider sozialen und demokratischen Fortschritt einleiten. Selbst wenn dies nur Entlastungsangriffe aus der historischen Defensive sind, dürfen die damit verbundenen Gefahren nicht unterschätzt werden. Es sind jedoch auch beschleunigende Maßnahmen zur Förderung demokratischer Entfaltung und sozialer Reformen möglich, wenn die gesellschaftlichen Kräfte durch angemessene Aktivität die Möglichkeiten der Entspannung nützen. Je größer der Einfluß der demokratischen Kräfte auf die Regierungspolitik, desto sicherer wird auch der Friede. Die Haupttendenz in diesen widerstreitenden Richtungen ist jedoch das, was den substantiellen Inhalt der KSZE ausmacht.

„Dies ist ein großer Augenblick in der Geschichte Europas, der zur Hoffnung auf ein besseres Morgen und auf ein glücklicheres Leben der gegenwärtigen und künftigen Generation inspiriert. Viele Generationen mußten unbeschreibliche Nöte und Prüfungen erdulden, ehe Europa beginnen konnte, entschlossen die negativen Aspekte seines Erbes abzuschütteln und sein Gesicht der Zukunft zuzuwenden", erklärte Präsident Tito in Helsinki.

Informations- und bildungspolitische Folgerungen der KSZE

In der Schlußakte der KSZE finden sich Verpflichtungen, die zwar primär auf die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen und auf die neue Struktur der internationalen Politik zielen, in denen aber zugleich informations- und bildungspolitische Konsequenzen enthalten sind. Stellt man sich diesen innenpolitischen Konsequenzen nicht, sind laufende Störungen in der Außenpolitik nicht auszuschalten, womit Rückfallgefahren in die Zeit der Konfrontation drohen. Schon die zehn Regeln der friedlichen Koexistenz, wiewohl sie direkte Verpflich-

tungen für die Regierungen bedeuten, bedürfen der intensiven bildungs- und informationspolitischen Vermittlung, wenn der Entspannungsprozeß gefestigt und eine notwendige innenpolitische Kontrolle der Regierungen durch Staatsbürger und gesellschaftliche Organisationen erfolgen soll. Schon dies verlangt politische Aktivität aller von der Außenpolitik Betroffenen. Insbesondere das neue Sicherheits-Konzept der KSZE ist bei entsprechender informations- und bildungspolitischer Vermittlung geeignet, die Überreste des Kalten Krieges und den Militarismus im Denken und Verhalten der Menschen zu überwinden und die Konsequenzen aus der waffentechnischen Revolution zu verdeutlichen: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verhinderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken." Dies ist eine deutliche Absage an das bisherige Konzept der NATO, nach dem immer mehr Waffen angeblich immer mehr Sicherheit produzieren.

Verschiedene Verpflichtungen der Staaten in der Schlußakte der KSZE beziehen sich jedoch noch direkter auf das Verhalten der Menschen zu den Partnern der koexstentiellen Zusammenarbeit. In der Präambel zu „Fragen der Sicherheit in Europa" werden z. B. „Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens" als Aufgabe gestellt. Von „besserem gegenseitigen Verständnis" ist die Rede und von der „Solidarität zwischen den Völkern". Schon die letzte Formulierung zeigt, daß nicht nur veränderte — koexistentielle! — Verhaltensweisen zwischen den Regierungen, sondern von allen Einwohnern der Staaten notwendig sind, wenn der Entspannungsprozeß weiter gefestigt und friedliche Koexistenz dauerhaft gestaltet werden soll. Solche gegen Konfrontation und für intersystemare Zusammenarbeit nötigen Denkgewohnheiten und Haltungen entstehen aber nicht von selbst; es handelt sich auch nicht um angeborene Eigenschaften der Menschen. Hier akzeptierten die Staaten Verpflichtungen und Forderungen, die in prinzipiellem Widerspruch zu dem stehen, was während des Kalten Krieges von staatlichen Institutionen und Massenmedien vermittelt wurde — man denke nur an die informations- und bildungspolitischen Folgen der „Politik der Todfeindschaft" gegen den Kommunismus — und was heute bei vielen Menschen als Nachwirkung der unheilvollen militärischen Konfrontationspolitik den Weg zur völligen Normalisierung aller zwischenstaatlichen Beziehungen hemmt.

Wenn auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Menschen aus eigener Einsicht und Überzeugung solche Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen praktiziert, die neben den objektiven Faktoren wichtige subjektive Voraussetzungen einer sich festigenden Entspannung darstellen, so stehen heute Politiker und Journalisten, Schriftsteller und Lehrer, Verleger und Lehrplangestalter, Künstler und Nachrichtenvermittler vor verantwortungsvollen Aufgaben. An ihrem Wirken auf die Bevölkerung zeigt sich, wie ernst und aufrichtig sie die friedliche Koexistenz und die europäische Sicherheit nehmen.

Das nötige Vertrauen in die Entspannung und in die Träger der friedlichen Koexistenz zu erschüttern sowie mit gezielt geschürtem Mißtrauen weitere Verständigungsmaßnahmen und zusätzlichen friedlichen Interessenausgleich zu erschweren oder zu verhindern: diesem Ziel dient der von den Entspannungsgegnern nach erfolgreichem Abschluß der KSZE verschärfte psychologische Krieg. Er unterscheidet sich im Wesen von der nötigen geistigen Auseinandersetzung, die eine Bereicherung darstellt, wenn sie sachgemäß und wahrheits-

entsprechend geführt wird. Psychologischer Krieg zielt auf Irritierung, Täuschung, Verunsicherung und Fehlleitung aktiver, aber auch noch unentschlossener Bevölkerungsgruppen; dies waren schon immer wirksame Mittel unsozialer Herrschaftsausübung, die durch das „divide et impera" ergänzt wurden. Gesellschaftliche Aktivität für die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische zu lähmen, damit eines der wichtigsten Hindernisse der Unumkehrbarkeit des Entspannungsprozesses, das Wettrüsten, fortgesetzt und besser legitimiert werden kann, ist ein Hauptziel der Entspannungsgegner. Die Parolen vom „Kalten Krieg Nr. 2" und vom „Ende der Entspannung" weisen genau in diese Richtung.

Natürlich wird heute nicht mehr vom „Erbfeind Frankreich" und vom „perfiden Albion" oder vom „minderwertigen Judentum" gesprochen, um den „Wehrwillen" zu mobilisieren, das Wettrüsten zu rechtfertigen und von den Nachteilen der eigenen Sozialstruktur abzulenken. „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" und „Wir fahren gegen Engeland" sind heute überholte Motivationen für die psychologische Einstimmung auf Gegnerschaft und Ausschaltung der Konkurrenten jener, die nach wie vor am Primat der Rüstung festhalten. Das neue „Weißbuch zur Sicherheit der BRD" zeigt jedoch die gegenwärtige Mobilisierungsrichtung von politischem Irrationalismus und Emotionen: die „kommunistische Orthodoxie", deren Rüstung „zu Lasten der Menschen", die „Starrheit des Systems" und die „Indoktrination von Gesellschaft und Streitkräften" in Verbindung mit „großangelegter Aggression gegen Westeuropa" und „Bereitschaft zum Überraschungsangriff" sollen trotz KSZE das Feindbild des Kalten Krieges erhalten. Die Methoden, den „potentiellen Angreifer" zu verteufeln, sind nicht prinzipiell anders als vor 1914 und nach 1933 — von raffinierteren Psychotechniken abgesehen. Allerdings verfügt man heute auch über mehr Erfahrung über die Funktion solcher Feindbilder und deren Überwindung.

Wie aber läßt sich dieser militante Antikommunismus vereinbaren mit dem Auftrag der KSZE, mit der „Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen" zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, mit der „Achtung der Eigenart eines jeden" und mit der „vollen Berücksichtigung der Eigenart und Vielfalt" in Europa, ohne die das friedliche Miteinander und die „verstärkte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil" kaum möglich sind? Der Antikommunismus lieferte stets die vorherige Begründung und nachträgliche Rechtfertigung für den Terror nach innen und außen, der stets den gesamtgesellschaftlichen Interessen der Deutschen nur schadete. Er nützte stets nur der privilegierten Minderheit, die auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit Besitz und Macht ausdehnte.

Der schwedische Ministerpräsident Palme erklärte beim Gipfeltreffen in Helsinki: „Es war ein gemeinsamer Ausgangspunkt für die Verhandlungen in Helsinki und Genf, daß sich eine fruchtbare Zusammenarbeit nur auf die Respektierung der Unterschiede in den Gesellschaftssystemen unserer Länder gründen kann." Dieser „gemeinsame Ausgangspunkt" muß aber auch erkennbare und nachhaltige Auswirkungen im Bereich von Information und Bildung zeitigen! Die Wesensverschiedenheiten der beiden Systeme besser kennen, verstehen und respektieren zu lernen und zu lehren, ist unvereinbar mit jenem verlogenen Antikommunismus, wie er z. B. im regierungsoffiziellen Weißbuch sich ausdrückt.

In der Schlußakte der KSZE verpflichten sich die Staaten auch zur „Verstärkung des Bewußtseins gemeinsamer Werte". Damit ist trotz der noch vorhandenen Spuren des Kalten Krieges und trotz antikommunistischer Positionen etwas

durchgebrochen, was für die Perspektive eines koexistentiellen und von kollektiver Sicherheit geprägten Europa von ausschlaggebender Bedeutung ist. Dazu erklärte Wilson in Helsinki: „Dreißig Jahre lang schienen die Unterschiede, die uns gespalten haben, größer zu sein als das uns gemeinsame europäische Erbe. Doch auf diesem Erbe baute diese Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf." Dies bezieht sich keineswegs nur auf die reiche kulturelle Hinterlassenschaft Europas in Literatur und Musik, bildenden Künsten und Folkloristik, Wissenschaft und Erfindergeist oder technische Errungenschaften. In all dem liegt keineswegs das gesamte europäische Erbe, auf das die KSZE bauen konnte. Zum geistesgeschichtlichen und politischen Nachlaß, dessen Vielfalt den kulturhistorischen Reichtum Europas ausmacht, gehören Thomas von Aquin und Erasmus von Rotterdam, Müntzer und Comenius, Rousseau und Kant, Hegel und Marx, Bertha von Suttner und Dunant, Buber und Einstein, Lenin und Rathenau, Erzberger und Rosa Luxemburg. Bürgerliche und sozialistische Demokratie bauen auf die humanen Traditionen Europas; und nur aus diesen ergaben sich die gemeinsamen Werte, auf die ein befriedetes demokratisches Europa zu bauen ist.

Mit dem Geist Moltkes und Hindenburgs, Mussolinis und Horthys, Hitlers und Himmlers, Quislings und Salazars, aber auch Dulles' und Adenauers, Strauß' und Springers hätte man keine KSZE schaffen können. Sie stehen mit anderen außerhalb des humanen Erbes und der „gemeinsamen Werte", auf die das künftige Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und der Sicherheit zu bauen ist. Faschismus und Militarismus, Obrigkeitsstaat und Revanchismus gehören zu jener europäischen Tradition, die in zwei Weltkriegen gipfelte. Der Widerstand der CDU/CSU gegen die KSZE und gegen die Akzeptanz ihrer humanen Ergebnisse hatte einen tiefen geistesgeschichtlichen und politischen Grund. Wer die gemeinsamen Werte nicht anerkennt, strebt politische Frontenbildungen an, die der wirklichen Interessenlage widersprechen und auf Irreführung der Völker zielen. Wer die gemeinsamen Werte nicht akzeptiert, wurzelt im Boden des Militarismus mit dem Primat der Rüstung.

Bessere Lebensbedingungen und volle Entfaltung der Menschen

Die Schlußakte der KSZE enthält jedoch auch Selbstverpflichtungen, die unmittelbarer gesellschaftspolitischer Natur sind. Sie ergeben sich aus der Erkenntnis, daß Kriege und risikobeladene militärische Konfrontationen keineswegs nur von außenpolitischen Ursachen hervorgerufen werden. Auch aus unterschiedlichen systembedingten Betrachtungsweisen lassen sich innenpolitische Triebkräfte für externe militärische Gewaltanwendung erkennen. Neben bekannter faschistischer Aggressivität nach innen und außen, von der es sich abzugrenzen galt und die verhindert werden sollte, sind Militarismus, Kampf um Rohstoffgebiete und zusätzliche Absatzmöglichkeiten heimischer Überproduktion keineswegs schon Vergangenheit ebenso wie anders begründete Ansprüche auf Grenzrevisionen und daraus resultierende innenpolitische Aktionen und entsprechende Reaktionen darauf.

Solche Erfahrungen führten dazu, die internationalen Regeln einer dauerhaften Friedenssicherung durch allgemeine interne Verpflichtungen zu ergänzen. Im Rahmen des koexistentiell Möglichen sollten aggressive und expansive Bestrebungen innenpolitisch wenigstens begrenzt werden, wenn sie z. Z. noch nicht völlig auszuschalten sind. So wurde in der Schlußakte der KSZE versucht, kollektive-äußere mit individueller und sozialer-innerer Sicherheit zu verbinden. „Die

Vereinbarungen, die wir erzielt haben, schaffen für die Völker größere Möglichkeiten, auf die sogenannte große Politik verstärkt Einfluß zu nehmen. Zugleich betreffen sie auch Probleme des täglichen Lebens. Sie werden dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, ihnen Arbeit zu sichern und mehr Bildungsmöglichkeit zu schaffen", sagte Breschnew in Helsinki. Ford dagegen betonte — wie auch andere westliche Sprecher — mehr die Menschenrechte und den „freien Fluß von Informationen". Der Schweizer Bundespräsident Graber erklärte während des Gipfeltreffens: „Es gibt keine persönlichen Freiheiten ohne nationale Souveränität, genauso wie die staatliche Unabhängigkeit ihre vornehmste Rechtfertigung in der vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit findet."

In der Präambel zu „Fragen der Sicherheit in Europa" und auch an anderen Stellen ist die „Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts" als Verpflichtung ebenso fixiert wie die „Förderung der Grundrechte ... und des Wohlergehens der Völker". Auch „Gerechtigkeit" wird mehrfach erwähnt, wenn auch mit unterschiedlichem Bezug. In der Präambel zur „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft ..." ist die „Verbesserung der Lebensbedingungen" als gemeinsame Aufgabe gestellt. Die „freie und volle Entfaltung des Menschen" ist innerhalb der zehn Regeln friedlicher Koexistenz fixiert. Die „geistige Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit" findet sich als gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung in der Präambel zur „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen". Welche Fülle weitreichender gesellschaftspolitischer Verpflichtungen!

Einige dieser Kollektiv-Forderungen für das koexistentielle Europa können zweifellos auch die Konzernherren akzeptieren. Am wirtschaftlichen Fortschritt sind sie selbstverständlich interessiert. Soweit sich aus diesem das „Wohlergehen der Völker" und eine „Verbesserung der Lebensbedingungen" ergeben und sofern diese nicht alte Privilegien antasten, dürfte auch dies für sie annehmbar sein. Aber das Wohlergehen und verbesserte Lebensbedingungen beinhalten nicht nur quantitativ-materielle Werte, sondern auch qualitative: z. B. das Recht auf Mitbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einschließlich der Planung von Zukunftsperspektiven in Politik und Wirtschaft. Ohne derartige demokratische Rechte, die in vielen Verfassungen westeuropäischer Staaten verankert sind und die in der sozialistischen Demokratie als Wesensmerkmal gelten, gibt es keine „freie und volle Entfaltung der Menschen". Diese bedarf vieler Aktionsfelder und kann nicht auf die Freizeit — in der Manipulationsmechanismen ebenso stark wie im Berufsleben wirken — begrenzt bleiben. Schließlich kann „sozialer Fortschritt" nur heißen, daß überkommene Besitz- und Machtverhältnisse aus der Zeit des Obrigkeitsstaates durch öffentliche Kontrolle von Staat und Wirtschaft sowie durch gerechte Teilhabe aller an den gemeinsam geschaffenen Werten transformiert werden im Sinne des Sozialstaatsauftrags unseres Grundgesetzes. Selbst im Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar 1947 wurde die Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse gefordert, weil verhinderte Neuordnung die Keime kommender Konflikte in sich trägt.

Wie sollte auch die „geistige Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit" anders erreicht werden als durch eine Ordnung der gesellschaftlichen Umwelt, in der der Mensch nicht ständig entmündigt und entwürdigt wird wie durch die Vorherrschaft der Konzerne und Großbanken? Wie sollte der Persönlichkeitskern des Menschen anders ansprechbar und voll entfaltbar werden als durch ständiges Mitdenken, Mitgestalten und Mitregieren? Wie könnte man die „freie und

volle Entfaltung der Menschen" anders verwirklichen als durch ausreichende Informationen über zentrale Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die gerade in der Monopolherrschaft durch eine erdrückende Informationslawine mit Banalitäten, Skandalen und Verbrechen als Nervenkitzel ersetzt wird? Wer mit solcher Art der Information geistige Kapazitäten brachlegt oder auf niedrigstem Niveau hält, wird dem Anspruch auf „geistige Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit" nicht gerecht. Insofern verlangt eine Neuordnung der sozialen Verhältnisse, die friedensfördernd wirkt, auch nach einer Bildungsreform, die nicht primär auf wirtschaftliche Effizienz, sondern vor allem auf die Allgemeinbildung der zur gemeinsamen Schicksalsgestaltung aufgerufenen Menschen ausgerichtet ist und bei der die Befähigung zur friedlichen Koexistenz einen wichtigen Platz im Bildungsziel einnimmt.

All dies zeigt, daß der Friedensbegriff der KSZE kein statischer, sondern ein dynamischer ist. Privilegierte Minderheiten, die zur Verteidigung ihrer unsozialen und undemokratischen Vorrechte die Streitkräfte oder andere Formen der Gewaltanwendung benötigen und damit entsprechende Reaktionen provozieren, erhielten keinen Garantieschein für ihre weitere Existenz. Sie mögen mit Berufsverboten und anderen Disziplinierungsmitteln, deren historische Reichweite begrenzt ist, das Rad der Geschichte aufzuhalten versuchen. Sie mögen von anderen Staaten das fordern, was sie der eigenen Bevölkerung vorenthalten. Der soziale Fortschritt wird sich durchsetzen. Es ist und bleibt das Recht der Völker, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln und den inneren Status ihres Landes ebenso selbst zu bestimmen wie den äußeren.

Aus der Schlußakte der KSZE läßt sich das Bemühen ableiten, die unsoziale und von der Monopolherrschaft deformierte Verfassungswirklichkeit der BRD anzupassen an die antifaschistische, antimilitaristische und antimonopolistische Urfassung unseres Grundgesetzes. Die gesellschaftspolitischen Perspektiven der KSZE bergen die Möglichkeit in sich, nicht nur die konfliktfördernde — und das profitable Waffengeschäft sichernde — „Abschreckung nach außen" schrittweise zu überwinden, sondern auch die „Abschreckung nach innen" gegen alle Staatsbürger, die unser Grundgesetz realisieren wollen. Auch das Streben nach einer Bildungsreform, die nicht in technokratischer Manier einseitig auf Konzerninteressen ausgerichtet ist, sondern auf die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse und auf Volkssouveränität, erhält durch die Ergebnisse der KSZE eine wichtige Stütze.

Der Hauptwiderstand gegen die Realisierung der Ergebnisse der KSZE

Die Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Konsequenzen der KSZE kündigt sich in einem widersprüchlichen zeitgeschichtlichen Entwicklungsprozeß an. Der Hauptwiderstand liegt beim militärisch-industriellen Komplex als dem aggressivsten Kern der NATO. Dieser versucht nicht nur mit vielfältigen Mitteln, die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische zu verhindern, sondern zugleich die Entspannung selbst zu bremsen oder gar umzudrehen. Die fruchtbaren Ergebnisse der KSZE werden zu disqualifizieren oder zu verschweigen oder umzudeuten versucht sowie das gewachsene Vertrauen in die — alternativlose! — friedliche Koexistenz in Zweifel gezogen. Zugleich erstrebt man derartige innerstaatliche Bedingungen, die das Bemühen um die Festigung der Entspannung und um Abrüstung einschränken oder verhindern. Das kann nur auf Kosten demokratischer Möglichkeiten versucht werden, was zwar einerseits lähmend wirken kann, andererseits aber auch zusätzliche Widerstandskräfte produziert. Vor allem im Ausland ist man angesichts der Wirkungen des deutschen

Militarismus in der Vergangenheit sensibel geworden für neue Erscheinungen, die im Widerspruch zur KSZE stehen und die auch Nachbarvölker betreffen können. Die Reaktionen auf das Berufsverbot beweisen dies.

Das Handicap des militärisch-industriellen Komplexes liegt auch darin, daß sich in der UNO eine breite internationale Front für Abrüstung bildete, um „Kanonenboot-Diplomatie" zu verhindern sowie finanzielle Mittel freizusetzen für Entwicklungsprojekte in den blockfreien Staaten oder für Sozialreformen in den technisch hochentwickelten Ländern. Das soziale Gefälle in der Welt als Folge von Kolonialismus und rücksichtsloser Ausbeutung schwächerer Staaten nach 1945 wird nicht mehr akzeptiert. Bei der KSZE zeigte sich dies bereits in der Berücksichtigung der Interessen der nicht anwesenden Entwicklungsländer — auch weil die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit wächst. Tito machte sich in Helsinki zum Sprecher der Entwicklungsländer: „Es wird immer deutlicher, daß es ohne eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, die abgestimmte Anstrengungen und die Zusammenarbeit aller Nationen mit Blick auf die Überbrückung der Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern erfordert, keine allgemeine Stabilität geben kann." Eine große Mehrheit in der Welt drängt auf die Reduzierung der Rüstungen, was den militärisch-industriellen Komplex als Inkarnation des Militarismus weiter in die Defensive drängt.

Das Problem besteht jedoch nicht allein darin, daß 1975 ca. 300 Mrd. Dollar in der ganzen Welt für Rüstung ausgegeben wurden: etwa dreißigmal mehr als für Entwicklungshilfe. Die fast kriegsstarken Rüstungen wirken sich auch in den westlichen Ländern immer negativer aus. Wirtschaftswachstum und Technologie verlieren an Effektivität und Tempo, wenn Hochrüstung und militärisch-industrieller Komplex (MIK) jene Mittel verbrauchen, die für Qualifikations- und zivile Infrastruktur, also für Bildung und Ausbildung, Verkehrswesen und Raumplanung benötigt werden. Hochrüstung und MIK verhindern jene „besseren Lebensbedingungen", den „wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt" sowie die „freie und volle Entfaltung der Menschen", die durch realisierte Ergebnisse der KSZE möglich wären. Damit wird nicht nur die allgemeine Krise des Westens verschärft, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit im Systemwettstreit gemindert. Dagegen kann man sich teilweise durch Abbau der Hochrüstung wappnen, was den Einfluß des MIK verringert und den Militarismus schwächt.

US-Außenminister Kissinger faßte in einer weltweit beachteten Rede am 3. Februar 1976 in San Francisco seine Warnung vor dem weiteren Wettrüsten noch einmal zusammen: „Jahrhundertelang war es eine unumstößliche Tatsache, daß sich ein Zuwachs an militärischer Stärke praktisch sofort in einen politischen Vorteil umsetzen ließ. Heute steht jedoch fest, daß ein neuer Zuwachs des strategischen Waffenarsenals nicht auch automatisch zu politischen und militärischen Vorteilen führt. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, daß die andere Seite zwangsläufig nachzieht, wenn eine Seite ihr strategisches Waffenarsenal ausweitet ... Am Ende aber wird keine Seite einen strategischen Vorteil erlangt haben. Zumindest aber werden sie ihre Mittel vergeuden — was aber das Schlimmste ist, sie werden die Risiken eines Nuklearkrieges vergrößern." Deutlicher läßt sich kaum ausdrücken, welche Dringlichkeitsstufe die Abrüstung und die Schwächung der Möglichkeiten von MIK und Militarismus haben.

In der Schlußakte der KSZE sind ausreichende Prinzipien und Verpflichtungen festgelegt, die sich in der Substanz gegen die Interessen des MIK und seines Parasitentums wenden. Unterschiedliche Positionen der realistischeren Kräfte im Westen gegen die der aggressivsten, die der MIK vertritt, wurden außenpolitisch

— aber mit gesellschaftspolitischen Rückwirkungen — sichtbar. Zusätzlich zu allen bereits erwähnten gesellschaftspolitischen Aspekten heißt es unter „Fragen der Verwirklichung einiger der vorstehenden Prinzipien" verpflichtend für alle beteiligten Staaten: „... Wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und durch ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen." Selbst US-Präsident Ford sah sich zu der Erklärung veranlaßt: „Nunmehr ist die Zeit gekommen, unter Aufrechterhaltung dieser Stabilität das hohe Niveau der militärischen Potentiale auf beiden Seiten substantiell zu reduzieren... Ein Abkommen, das die gegenseitige Sicherheit erhöht, ist erreichbar — und essentiell." Wenn auch Bundeskanzler Schmidt sagte, „das Ziel muß sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern", weil dadurch „zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschritts" möglich ist, so sollte ihn die Öffentlichkeit ständig daran erinnern, wenn er die Rüstungslasten überproportional steigen und die Reformfinanzierung verkümmern läßt.

Ohne das verstärkte Wirken gesellschaftlicher Kräfte, gerade im Westen, werden die Ergebnisse der KSZE, vor allem ihre gesellschaftspolitischen Konsequenzen, kaum zügig zu realisieren sein. Abrüstung ist die Hauptaufgabe unserer Zeit geworden; die Schlüsselfrage für Schwächung von Militarismus und Stärkung der Demokratie, sozialen Fortschritt und bessere Bildungsbedingungen ist die Senkung des Rüstungsetats. Darauf gilt es in diesen und den kommenden Monaten alle Kräfte zu konzentrieren. Die verlockenden Perspektiven der KSZE können politische Wirklichkeit werden, wenn sich möglichst viele Staatsbürger mit der Schlußakte der KSZE identifizieren — im Bewußtsein, daß diese auf bisher nicht dagewesenem Niveau ihre Interessen zum Ausdruck bringt.

Neuerscheinung

Manfred Buhr / Gerd Irrlitz

Der Anspruch der Vernunft

Die klassische deutsche bürgerliche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus

Kant – Fichte – Schelling – Lessing – Herder – Goethe – Schiller.

Unveränderte Neuauflage

Kleine Bibliothek Bd. 67

280 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein

Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung*)

Von Wolf Graf v. Baudissin

1. „Abrüstung" und „kooperative Rüstungssteuerung"

Bei Gesprächen über Wege zur Überwindung des qualitativen wie quantitativen Wettrüstens sollte deutlich unterschieden werden zwischen

— allgemeiner, vollständiger Abrüstung (general and complete disarmament)

— und kooperativer Rüstungssteuerung (arms control).

Diese beiden Begriffe stehen für zwei in vieler Hinsicht unterschiedliche Strategien. Ihre Verwechslung oder Vermischung führt zu schwerwiegenden Mißverständnissen und sachwidrigen Fragen, zu Fehlurteilen über bisher Erreichtes, zu undifferenzierten illusionistischen Erwartungen bzw. nicht weniger gefährlicher Desillusionierung und in falsche Frontstellungen.

Abrüstung zielt auf vollständige Abschaffung der Militärpotentiale und soll den Staaten nur soviel Polizeikräfte belassen, wie für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung notwendig sind. Soll Abrüstung nicht in einen Zustand erhöhter Unsicherheit führen, muß sie weltweit ansetzen und in kontrollierten Schritten verlaufen. Man darf nicht vergessen, Abrüstung allein löst keinen der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Konflikte, auch schafft sie nicht die Fähigkeit bzw. Möglichkeiten aus der Welt, erneut Waffen zu fertigen und gegen abgerüstete Nachbarn zu gebrauchen. Damit stellt sich — allen Abrüstungsplänen voran — die Frage nach einer Sanktionsautorität, die den Vertragstreuen Sicherheit garantiert. Abrüstung ist eben ein Mittel und nicht ein Ziel in sich selbst. Ihre politische Voraussetzung ist eine funktionierende Welt-Friedensordnung. Isolierte Abrüstung festigt den Frieden ebensowenig wie unkontrollierte Aufrüstung.

Seit den Gründungsjahren der UNO sind die Aussichten auf einen gewaltfreien Abrüstungsprozeß eher schlechter geworden. Das prinzipielle Gewaltverbot der Charta ist aufgeweicht; der Sicherheitsrat hat seine Autorität als überparteiliche Entscheidungsinstanz verscherzt; Sanktions-Streitkräfte wurden niemals aufgestellt; auch die Staaten der Dritten und Vierten Welt verfügen inzwischen über erhebliche, ständig wachsende Militärpotentiale mit teilweise überregionalen Reichweiten; das sich überstürzende Tempo der Entwicklung stellt sowohl ihre aus Kolonialzeiten überkommenen zwischenstaatlichen Grenzen, als auch ihre gesellschaftlichen Strukturen ständig in Frage; die Zahl und Intensität der vielfältigen Konflikte — auch im Nord/Süd-Verhältnis — nehmen von Jahr zu Jahr zu. All das unterstreicht die oben angeführte These, daß Abrüstung nur weltweit, vollständig und unter zentraler Kontrolle zu verwirklichen ist, zeigt aber andererseits, wie weit die Menschheit noch von einer Welt ohne nationalstaatliche Militärpotentiale entfernt ist.

*) Druckfassung eines Beitrags, den Graf v. Baudissin auf dem wissenschaftlichen Symposium des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien am 4./5. Juli 1975 über „Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung" gehalten hat. Das kürzlich erschienene Protokoll der Tagung kann beim Internationalen Institut für den Frieden, Müllwaldplatz 5, A-1040 Wien, bezogen werden. D. Red.

Propagandisten baldiger Abrüstung sind daher dem Verdacht ausgesetzt, entweder Illusionisten zu sein oder aber ihre Forderungen nur zur „Entlarvung" des Gegners aufzustellen, d. h. Abrüstung nicht um des Friedens willen, sondern als Kampfmittel zu propagieren. Aus ihrer Sicht nehmen sich die Verfechter kooperativer Rüstungssteuerung wie getarnte Agenten des militärisch-industriellen Komplexes aus.

Kooperative Rüstungssteuerung ist hingegen eine pragmatische und politisch operationable Strategie. Sie diente ursprünglich der bilateralen Regelung nuklearer Rüstungsprobleme und führte vom Atomteststop-Moratorium bis nach Wladiwostok, aber auch zu multilateralen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Wien. Die Verfechter sahen und sehen in kooperativer Rüstungssteuerung einen Schritt in Richtung auf eine abgerüstete Welt, zumindest aber einen schicksalentscheidenden Platzhalter für die Zeit, bis Abrüstung mit ihren radikalen Postulaten dermaleinst globale Chancen gefunden haben wird.

Die Strategie der kooperativen Rüstungssteuerung geht von den bestehenden Machtverhältnissen aus; sie bietet einer begrenzten, überschaubaren Zahl von Vertragspartnern — Staaten, Bündnissen oder Regionen — Strukturen und Verfahren, um ihre Rüstungen und — im erweiterten Rahmen — auch ihre Rüstungstransferpolitik gegenüber Dritten derart aufeinander abzustimmen, daß gegenseitige Bedrohung und politisch bedeutsame Destabilisierung militärischer Kräfteverhältnisse ausgeschlossen werden. Dabei ist die generelle Ausgewogenheit der Rüstungen wichtiger als ihr Umfang und ihre technologische Qualität. Dessen ungeachtet liegt es in der Logik der kooperativen Rüstungssteuerung, das Gleichgewicht durch abgestimmte Reduzierungen auf möglichst niedrigem Niveau zu stabilisieren. Doch besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der politischen und „militärischen Entspannung". Einschneidende Reduzierungen sind erst zu erwarten, wenn die Entspannungspolitik neben dem bisher wesentlich negativen Interesse am Nicht-Krieg auch positive Antriebe fördert, den allseitig vorteilhaften Kooperationsprozeß nicht zu gefährden.

Die Militärpotentiale erhalten in diesem Konzept eine lediglich prohibitive und stabilisierende Funktion. Ihre Existenz und abgewogene Effizienz machen jeden Versuch, politische Konflikte durch militärische Gewaltanwendung zu regeln, zu einem kalkuliert untragbaren Risiko und verweisen deshalb auf Dialog und kompromißbereites Verhandeln. Gleichgewichtige Potentiale wirken insofern stabilisierend, als sie das Vertrauen in das sicherheitspolitische Wohlverhalten der anderen Seite erleichtern, Häufigkeit wie Heftigkeit von Krisen herabsetzen und gefährlichen Überreaktionen wie Eskalationen entgegenwirken. In strategisch stabilen Verhältnissen lassen sich Krisen weder beliebig aufheizen, noch einseitig ausnutzen. Auf jeden Fall verspricht weder der direkte, noch der indirekte Einsatz von Streitkräften politischen Gewinn; Drohungen sind daher wenig glaubwürdig. Zahl und Gewichtung der Abkommen kooperativer Rüstungssteuerung wachsen. Trotzdem bleibt die Gefahr der De-Stabilisierung durch Aufrüsten — qualitativ in den Zentren, quantitativ an der Peripherie — nach wie vor immanent. Zwar ist — auch rein strategisch gesehen — die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa während des letzten Jahrzehnts sicher nicht gestiegen. Doch hat die Zerstörungskraft der Potentiale Ausmaße angenommen, für die es sicherheitspolitisch keine rationale Begründung gibt. Diese unbefriedigenden Ergebnisse gehen weithin zu Lasten einer eigendynamischen Technologie und sollten einer Strategie nicht angelastet werden, die die internen Rüstungsprozesse einer zwischenstaatlichen politischen Kontrolle unterwerfen will. Zudem werden die psychologischen wie materiellen Ergebnisse der Verhandlungen solange

mager bleiben, wie Rüstungssteuerung nicht kooperativ, sondern kompetitiv oder gar konfrontativ begriffen und angewandt wird.

2. *Sicherheitspolitik und Entspannungsprozeß*

Trotz handfester Interessengegensätze, widersprüchlicher Zielvorstellungen und antagonistischer Ideologien haben sich Ost und West zur Entspannungspolitik entschlossen. Das tragende Mittel dieser Politik ist Kooperation. Sie schafft nicht nur partielle Gemeinsamkeiten, sondern auch Interdependenzen, die Gedanken an gewalttätigen Konfliktaustrag faktisch ausschließen. Dies ist sicherheitspolitisch bedeutsam und umso wichtiger, als intensive, d. h. politisch relevante Kooperation — das ist ihre Kehrseite — Friktionen und Konflikte eigener Art erzeugt. Die Bedeutung der Verhaltensregeln, zu deren Beachtung sich die Unterzeichner der KSZE-Schlußakte insbesondere im Korb 1 und 3 verpflichten, wird durch diesen Tatbestand unterstrichen.

Kooperation verlangt gegenseitige Vertrauensvorgaben und die Bereitschaft, gewisse Abhängigkeiten und damit Verwundbarkeiten hinzunehmen und sogar in den unvermeidlichen Konflikten zu ertragen. Vertrauen kann nur mit gegenseitig guten Erfahrungen wachsen und nur unter generell ausgewogenen Kräfteverhältnissen. Über- und Unterlegenheiten wirken sich jedenfalls entspannungswidrig aus.

Militärpolitik ist sicher nur ein — und heute nicht einmal der wichtigste — Bereich, dessen Bedingungen über die inter- und intranationale Sicherheit mitentscheiden. Doch bleibt das militärische Kräfteverhältnis ein heikles Gebiet; Bedrohtheitsgefühle dieser Art erweisen sich als besonders zählebig.

Wer also Fortschritte im Entspannungsprozeß wünscht, muß das Sicherheitsbedürfnis der anderen Seite ebenso ernst nehmen wie das eigene. Er muß sich klar darüber sein, daß der militärisch Unterlegene nicht bereit ist, größere Kooperationsrisiken einzugehen, und auch nicht in der Lage sein wird, Friktionen und Konflikte gelassen als selbstverständliche Kooperationsphänomene hinzunehmen. Der militärisch Unterlegene wird im Zweifelsfall zu der Annahme neigen, daß der Überlegene zu keinem Kompromiß bereit ist und daher dramatische Krisen Routineregelungen auf niedriger Ebene vorziehen wird.

Sicherheitspolitik als Teilstrategie der Entspannungspolitik soll für ein stabiles strategisches Gleichgewicht sorgen; sie dient damit auch der Stabilisierung von nicht-militärischen Konfliktsituationen. Ein derartiges Kräfteverhältnis bei den heutigen technologischen Entwicklungen herzustellen und zu erhalten, erfordert bewußte Empathie in die Vorstellungen der Gegenseite und — wie alle Entspannungspolitik — die Modifizierung der eigenen Zielvorstellungen durch selbstauferlegte „constraints" [1]). Überlegenheiten, die der andere als latente Bedrohung empfindet, können negative Auswirkungen auf die Entspannungsbereitschaft und auf das gesellschaftliche Klima des Unterlegenen haben. Dabei geht es — psychologisch gesehen — gar nicht allein um die tatsächlichen Absichten des Überlegenen oder dessen Selbstverständnis, sondern nicht weniger darum, wie die militärisch unterlegene Gesellschaft die Situation perzipiert.

Dieser Gesichtspunkt gilt auch für die Wiener Verhandlungen. Dazu kommt die Lehre von SALT, daß bestehende, drohende oder vereinbarte Ungleichgewichte entscheidende Verhandlungsaspekte ausgeklammert lassen, daß sie die Konferenzen belasten und spätere Reduktionsabkommen erschweren. Wird jedoch ein

1) Deutsch etwa: „Beschränkungen"; d. Red.

einigermaßen ausgewogenes „common ceiling" [2]) vereinbart, ist eine wichtige Barriere überwunden und sogar Raum geschaffen für einseitiges Nicht-Nutzen der Höchstgrenzen als Anreiz für ein entsprechendes Verhalten des Gegenüber. Diese Erkenntnis hat im Blick auf Wien besonderes Gewicht, da die dortigen Verhandlungsbedingungen ungleich schwieriger sind: nach Zahl der beteiligten Regierungen und der zur Diskussion stehenden Waffen, nach geographischen Faktoren und politischen Implikationen.

3. *Transparenz*

Kooperative Rüstungssteuerung bedarf — im Gegensatz zur Abrüstung — keiner übergeordneten Sanktionsinstanz. Die Wirksamkeit dieser Strategie, der sicherheitspolitische Wert der Verträge und der Anreiz zur Umkehr des Wettrüstens hängen hier von der Glaubwürdigkeit der Vertragschließenden ab. Diese steht aber in engstem Zusammenhang mit dem Grad an gegenseitiger politischer und militärischer Transparenz.

Technische Mittel ermöglichen es — jedenfalls den Weltmächten — heute, die operationellen Potentiale nach Belieben zu kontrollieren. Die eigentlichen Antriebe zu Unsicherheit, Mißtrauen und qualitativem Umrüsten sind damit aber nicht beseitigt. Sie wurzeln in den, nach wie vor, schwer einsichtigen Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsvorhaben. Ungewißheit über Qualität und Quantität möglicher Rüstungsprogramme reizt zum „Vorhalten" und „Aufholen", selbst wenn man nicht mehr — wie herkömmlicherweise — nach Überlegenheit, sondern „nur" nach Gleichstand der Kräfte strebt.

Die Wiener Gespräche werden sich mit der Verifikation des vereinbarten Plafonds beschäftigen müssen. Zweifellos geben die oben erwähnten „National Means" [3]) relativ hohe Sicherheit vor unentdeckten Überraschungsaggressionen. Doch wird sich das entspannungsnotwendige Sicherheitsverständnis der europäischen Mittel- und Kleinstaaten nur dann entwickeln können, wenn jeder der vertragsschließenden Staaten — möglichst auch einige Neutrale — aktiv an der Verifikation der Vertragseinhaltung beteiligt ist. Bei Verifikation sollte es sich — im Gegensatz zur „intelligence" — darum handeln, in eindeutig offenen und formalisierten Verfahren ganz bestimmte deklarierte Quantitäten zählen zu lassen. Das würde bei bewußter Vermeidung von politisch beunruhigenden Fehlalarmen beiden Seiten ein hohes Maß an Vertrauen in die Vertragstreue der Gegenseite vermitteln und nicht nur die psychologischen Voraussetzungen des Entspannungsprozesses verbessern, sondern auch die Bereitschaft zu weiteren Reduktionen fördern. Während Undurchsichtigkeit das „worst-case" [4])-Denken bestätigt, das ohnehin die Beziehungen sich antagonistisch verstehender Systeme überschattet, macht Transparenz sogar kalkulierte Unterlegenheiten auf bestimmten Waffengebieten politisch möglich. Daß militärisch perfekte, auf Lückenlosigkeit der Beobachtungen und extrem hohe Entdeckungsraten abgestellte Verifikation politisch kontraproduktiv wirken würde, braucht nicht begründet zu werden. Doch öffnete das Fehlen vereinbarter Verifikationsverfahren all den Besorgnissen und Verdächtigungen Tür und Tor, die auf dem Boden unkontrollierbarer Meldungen wuchern — zumal weder der Ankläger, noch der Betroffene zur Offenlegung seiner Quellen bzw. der Tatbestände verpflichtet wäre. Scheinbare oder unbeabsichtigte Unregelmäßigkeiten erhielten gefährliche politische Bedeutung, während sie sich durch Strukturen wie das Standing Consultative Committee (SALT I) vor-

[2]) Deutsch: „gemeinsame Decke" im Sinne vereinbarter Obergrenzen; d. Red.
[3]) Gemeint sind nationale Kontrollmittel. D. Red.
[4]) Deutsch: „schlimmster Fall"; d. Red.

beugend oder auf Antrag — jedenfalls undramatisch und ausreichend — klären ließen. Unsicherheit und Mißtrauen fänden erneut Nahrung.

Der Forderung nach Transparenz stehen freilich die herkömmlichen Vorstellungen entgegen, denen zufolge verläßliche Sicherheit in einer feindseligen Staatenwelt nur durch Überlegenheit, Überraschung und Unkalkulierbarkeit zu gewährleisten ist. Unter vornuklearen Verhältnissen, bei denen es noch um Kriegführen und Siegen gehen konnte, hatte diese Konzeption ihre Berechtigung. Heute aber hat der Entspannungsprozeß die politische Dimension für die seit Jahren in Europa wirksame strategische Erkenntnis geöffnet, daß Sicherheitspolitik jeglicher Art von kriegerischem Konfliktaustrag entgegenwirken muß. Eine Politik der Kriegsverhütung und Friedenserhaltung verlangt jedoch militärische Transparenz und Möglichkeiten der Kommunikation auch auf diesem Gebiet; sie steht damit konzeptionell — wie auch ihre Strategien der gegenseitigen Abschreckung und der kooperativen Rüstungssteuerung — im fundamentalen Gegensatz zu den Kriegführungsstrategien des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Daher spielt Verifikation seit dem Antarktis-Vertrag (1959) in fast allen Abmachungen eine wichtige Rolle. Auch sollten die anderen Vorschläge von der Offenlegung vergleichbarer Budgets bis hin zur UNO Agency für die Publikation von Rüstungsfakten sorgfältig auf ihre Wirkung geprüft werden. Allerdings wäre es mehr als unklug, sich durch die spektakuläre Massivität der Rüstungen von den katastrophalen Folgen ablenken zu lassen, die aus unkontrolliertem Verkauf und Betrieb ziviler Kernreaktoren erwachsen. Auch hier gelten gewisse Gesetze kooperativer Rüstungssteuerung; nur verbindliche Transfer-Abkommen der Lieferstaaten, die Transparenz und Verifikation sicherstellen, können die hier drohenden Weltgefahren eingrenzen. Die Konferenz für die Überprüfung des Nichtweiterverbreitungsvertrages (Genf 1975) wurde diesem Aspekt noch nicht gerecht. Es ist dringend notwendig, neue Konzepte, Strukturen und Verfahren zu entwickeln. Nur so läßt sich das tragische Dilemma mit einiger Fairness für alle Beteiligten auflösen, daß Kernenergie auf der einen Seite ein unersetzliches Mittel ist, um die Errungenschaften der industriellen Gesellschaften zu bewahren und die Entwicklung der Armen wirksam zu fördern, daß auf der anderen Seite jedoch jede Verbreitung von Reaktoren die Gefahr des Mißbrauchs in allen seinen bedrohlichen Formen erhöht. Wir befinden uns in einem Lernprozeß, der von allen beteiligten Bürokratien und Gesellschaften zu vollziehen ist. Er wird dadurch erschwert, daß die tradierten Denkkategorien noch immer beträchtliche Attraktivität besitzen. Solche Lernprozesse sind ihrer Natur nach wesentlich interne Vorgänge, an denen die Wissenschaftler verantwortlich teilnehmen. Sie sollten im interdisziplinären und internationalen Dialog Strategien des Transformationsprozesses zu friedlicheren zwischenstaatlichen Beziehungen und friedenssichernden Strukturen entwickeln und ihren Gesellschaften nahebringen. Sie sollten sich dabei nicht scheuen, neue Optionen für die Politik ihrer Regierungen vorzuschlagen bzw. zur Diskussion zu stellen.

Allerdings hängen Erfolg und Tempo der einzelnen Lernprozesse in hohem Grade von der internationalen Interaktion ab. Durch „Feindbilder", Drohungen und Geheimniskrämerei der anderen Seite fühlt sich jeder zum Beharren in gleicher Haltung animiert. In einem erklärlichen Rückkopplungsprozeß wirkt das eigene Selbst- und Sicherheitsverständnis auf das Gegenüber. Ist die eigene Haltung entspannungsgerecht, fördert sie ähnliche Tendenzen im anderen Lager. Hier sehe ich übrigens für die bi- wie insbesondere die multilateralen Rüstungssteuerungsverhandlungen unabschätzbare Möglichkeiten, die in ihrer Bedeutung weit über die schließlichen Verträge hinausreichen können.

Freiheit oder/statt Sozialismus?

Zu Entstehung und Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte in der BRD

Von Michael Charlier

I

„Bei dieser Wahl geht es um das Schicksal Deutschlands und Europas" — so beginnt die am 20. Mai 1976 veröffentlichte Wahlplattform der CDU/CSU, in der das Motto „Freiheit statt Sozialismus" zum Hauptthema der innenpolitischen Auseinandersetzungen gemacht wird. An einem historischen Entscheidungspunkt, wie es die Plattform der Unionsparteien suggerieren will, steht die Bundesrepublik in diesem Herbst sicher nicht, doch immerhin: Die Wahlen im Oktober entscheiden über die Zusammensetzung von Parlament und Regierung für die Jahre bis 1980, in denen die Bundesrepublik vor großen Anpassungsproblemen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ebenso wie auch in der Außenpolitik steht.

Für die Inhaber wirtschaftlicher Macht und die Eigentümer der großen Kapitalien lautet die Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um in den nächsten Jahren optimale Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen und darüber hinaus sicherzustellen, daß auch auf längere Sicht die Gewinnmöglichkeiten ausgeweitet oder zumindest gewahrt werden [1]). Inflation und Arbeitslosigkeit, steigende Ausgaben im Sozialbereich, Verlust der Herrschaft über wichtige Rohstoffvorkommen sind nur einige der hierhin gehörenden Probleme. Für die Kapitalbesitzer ist es die Hauptaufgabe jeder Politik, das weitere Funktionieren der Profitwirtschaft auch über das Ende des in der Krise zerbrochenen Mythos von der Überflußgesellschaft hinaus sicherzustellen; welche Partei diese Aufgabe übernimmt, ist dabei von sekundärer Bedeutung, solange sie sich nur dieser Aufgabe gewachsen zeigt.

Neben der tiefgehenden Wirtschaftskrise in der westlichen Welt gehört auch die zunehmende und zunehmend spürbar werdende ökonomische, politische und kulturelle Potenz der sozialistischen Länder zu den Faktoren, die eine Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erschweren. Zwar hat die Außenpolitik der BRD durch das System der Ostverträge die Anpassung an das gewandelte internationale Kräfteverhältnis formal inzwischen vollzogen, doch einige Illusionen der Vergangenheit werden hartnäckig aufrechterhalten. Obwohl die Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern eine immer größere Rolle spielen, stehen einflußreiche Kapitalgruppen jeder Weiterführung der Entspannungspolitik ablehnend gegenüber. Sie wollen um fast jeden Preis verhindern, daß die Folgen der Entspannung auch innenpolitisch wirksam werden und den Weg zu tiefergehenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen eröffnen. Mit großer Sorge beobachten die herrschenden Gruppen, daß solche Prozesse in den meisten westeuropäischen Ländern als Ergebnis der neuen Kräftekonstellationen bereits eingesetzt haben. Sie reagieren darauf mit verstärkten Einmischungsversuchen und streben danach, EWG und NATO zu Instrumenten zu machen, mit denen sie aufgrund der westdeutschen Wirtschaftskraft auch ihre

[1]) Eine unmißverständliche Sprache führt in dieser Hinsicht der Jahresbericht 1975/76 des Bundesvorstandes der Deutschen Industrie, vorgelegt der 27. ordentlichen Mitgliederversammlung am 1. 6. 1976 in Köln, z. B. in seinem programmatischen Kapitel „Die Zukunft meistern", S. 9—25.

politische Vorherrschaft in Westeuropa etablieren können. Einige geben sich sogar der Hoffnung hin, die Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses wieder rückgängig machen zu können, indem sie auf jede erdenkliche Weise auf die inneren Verhältnisse der sozialistischen Länder einwirken.

Selbst wenn die Inhaber und Nutznießer ökonomischer Macht sich nicht in allen Einzelheiten darauf einigen konnten, welche Politik sie von der zukünftigen Regierung verlangen sollen, so können sie doch bereits jetzt mit Genugtuung feststellen, daß die Verwirklichung ihrer Grundvorstellungen gesichert erscheint: In ihren Wahlprogrammen wetteifern die Bundestagsparteien geradezu darum, sich als kompetenteste Kraft für die Lösung der genannten Aufgaben darzustellen. Insoweit kann von einer schicksalhaften Entscheidung am 3. Oktober tatsächlich nicht die Rede sein.

Auch von der Seite derjenigen aus gesehen, die kein Kapital zu verwerten haben, sondern die nur ihre wie auch immer qualifizierte Arbeitskraft zum Markte tragen können, bietet die bevorstehende Wahl auf den ersten Blick keine nennenswerten Alternativen. Die von manchen noch 1972 gehegte Hoffnung, daß bei einer Regierungsübernahme durch Sozialdemokraten wenn nicht der Sozialismus, so doch grundlegende Reformen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit auf die Tagesordnung gesetzt würden, hat sich inzwischen als illusionär erwiesen. Auf der anderen Seite kann auch nicht behauptet werden, daß ein Wahlsieg der Rechtsparteien CDU und CSU gleich zur Errichtung eines faschistischen Regimes führte. Auch in den Fragen, die das Lebensinteresse jedes Einzelnen unmittelbar berühren, zeigen die Bundestagsparteien keine tiefergehenden Alternativentwürfe.

Gerade nach dem Wahlkampf des Jahres 1972, der weite Kreise der Bevölkerung in der Auseinandersetzung um die Ostverträge zum politischen Engagement ermutigte, der die demokratische Bewegung dieses Staates wie schon bei der Entscheidung über die Atombewaffnung und beim Kampf gegen die Notstandsgesetze zu starken und diesmal auch erfolgreichen Aktionen vereinte, fällt die Inhaltsarmut des diesjährigen Wahlkampfes besonders ins Auge. In einem groß angelegten „semantischen Krieg" [2]) streiten sich die Parteien um die Besetzung von Begriffen wie „Freiheit", „Wohlstand", „Sicherheit" und „sozial", die eine unmittelbare Identifikationsreaktion in der Öffentlichkeit auszulösen geeignet sind. Über die Inhalte dieser Begriffe wird dabei jedoch so gut wie nichts Konkretes ausgesagt. Gleichzeitig versuchen die Wahlkampfstrategen, der jeweils anderen Partei Etiketten wie „Sicherheitsrisiko", „regierungsunfähig", „gescheitert" und „unzuverlässig" anzuhängen. Beide Verfahren sind darauf aus, Emotionen hervorzurufen und kritisches Nachdenken zu ersticken. Das wird besonders sichtbar an der rapide sich ausbreitenden Welle des neuen Nationalismus: Aus Liebe zu Deutschland, Modell Deutschland. Brandt übertrumpft die Freiheits-Proklamation der CDU/CSU und stellt die *„deutsche* Freiheit" vor, deren Partei die SPD sei. Alternativen verschwinden im Unwägbaren, Politik findet nicht mehr statt: Dieser Wahlkampf läuft darauf hinaus, eine bewußte und politische Entscheidung möglichst vieler Bürger zu verhindern und sie stattdessen zum Objekt einer Manipulation herabzuwürdigen. Doch nicht nur in dieser Hinsicht richtet sich der Wahlkampf dieses Jahres mehr gegen die Wähler insgesamt als gegen die jeweils konkurrierende Partei, und dieser Stoßrichtung soll im folgenden ausführlicher nachgegangen werden.

[2]) Siehe dazu das von I. Fetscher und H. E. Richter herausgegebene rororo-aktuell-Taschenbuch „Worte machen keine Politik", Reinbek 1976.

II

Auf ihrem Wahlparteitag, der vom 24. bis zum 26. Mai in Hannover veranstaltet wurde, hat die CDU Klarheit darüber geschaffen, daß auch sie nach dem Vorbild der CSU mit der Parole „Freiheit oder/statt Sozialismus" in die Bundestagswahlen gehen wird. Die Beteuerung des Generalsekretärs Biedenkopf, daß es sich bei dieser Parole nur um das Motto des Parteitags handele, der wirkliche Wahlslogan jedoch erst „zu gegebener Zeit" in die Auseinandersetzung eingeführt und bis dahin zurückgehalten werde, kann nicht viel besagen. Denn wie dieser zukünftige Slogan auch ausfallen mag, die Kette der Wahlparteitage hat klargemacht, daß der diesjährige Wahlkampf in erster Linie im Zeichen des Mottos „Freiheit oder Sozialismus" geführt wird.

Über den Unsinn, Freiheit und Sozialismus als kontradiktorisches Gegensatzpaar darzustellen, soll hier nicht abgehandelt werden. Die demokratische Bewegung wird sich durch diese Parole schwerlich von ihrer Forderung abbringen lassen, daß ein Mehr an sozialer Kontrolle vor allem über wirtschaftliche Entscheidungen eine Grundvoraussetzung für ein Mehr an Freiheit für die Mehrheit der Bevölkerung darstellt. Entsprechend den Kampfregeln des „semantischen Krieges" spielen solch falsche Gegensatzpaare wie auch noch „Mensch — Gesellschaft", „Gleichheit — Freiheit", ja sogar „Grundrechte — Freiheit" [3]) im diesjährigen Wahlkampf eine bedeutende Rolle. Von Politikern, die „dialektisch" höchstens als Schimpfwort gebrauchen, ist ein anderer Umgang mit Begriffspaaren, zwischen deren Elementen komplizierte Wechselbeziehungen bestehen, wohl nicht zu erwarten. Auch der historische Hintergrund dieses Wahlkampfmottos muß hier zu kurz kommen, so interessant es wäre, die „Freiheit oder Sozialismus"-Parole bis hin zu Adenauers „Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau" zurückzuverfolgen und ihre Verwurzelung in der antikommunistischen Staatsdoktrin der BRD zu analysieren.

Hier soll in erster Linie untersucht werden, welche Überlegungen die CDU zur Übernahme dieses Wahlkampfmottos veranlaßt haben und ob sie damit tatsächlich ihrem Ziel näherkommen kann, in der nächsten Legislaturperiode wieder den Bundeskanzler zu stellen. Immerhin führt dieses Motto zu einem Ausmaß der Polarisierung in der politischen Diskussion (wenn auch nicht in der politischen Wirklichkeit), das es schwer machen wird, eine eventuelle Koalition der CDU mit einer der anderen Bundestagsparteien zu begründen. Außerdem werden die Erfolgsaussichten der Unionsparteien noch dadurch vermindert, daß die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei keineswegs so einmütig hinter dem Motto des Parteitags von Hannover stehen, wie sie das nach außen hin erscheinen lassen wollen.

Um besser zu verstehen, warum sich die CDU dennoch für dieses umstrittene Wahlkampfmotto entschieden hat und was diese Entscheidung für die innenpolitische Entwicklung dieses Staates bedeuten kann, ist ein Blick auf die Entwicklung der politischen Argumentation dieser Partei in den letzten Jahren, vor allem aber in den letzten zwölf Monaten, nützlich.

Nach dem Verlust der unmittelbaren Beteiligung an der Ausübung der Regierungsmacht stand die CDU lange unter einer Art von Schock, aus dessen Erstarrung sie sich erst nach der wiederum verlorenen Wahl von 1972 lösen konnte.

[3]) In einer Diskussion vor der Katholischen Akademie Hamburg meinte der Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung (SZ), Hans Heigert, die Grundrechte hätten in den vergangenen hundert Jahren dazu geführt, daß zunehmende Unfreiheit entstanden sei (SZ v. 24. 5. 1976). Zur Arbeit der CDU-Propaganda mit solchen ‚Gegensatzpaaren" enthält ein Artikel des „Spiegel" v. 31. 5. 1976, S. 31, interessante Hinweise.

Erst damals sah die Union ein, daß sie nicht mit geradezu naturgesetzlicher Notwendigkeit Träger der Staatsgewalt war, und begann sich auf ihre Oppositionsrolle einzustellen. Eine „neue CDU" sollte geschaffen werden, die vom alten Stigma der „Unternehmerpartei" befreit werden und für alle wählbar sein sollte; eine Partei sollte entstehen, die jedem sozialen Fortschritt aufgeschlossen gegenüberstand. Unter dem Einfluß einer für Reformen und Veränderungen relativ aufgeschlossenen Grundhaltung in der Bevölkerung und unter dem Eindruck der von einer breiten demokratischen Bewegung vorgetragenen Forderungen nach besserer Ausbildung, erhöhten Sozialleistungen, mehr Umweltschutz, realer Mitbestimmung usw. ging auch die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag 1973 daran, in Konkurrenz mit der „Reformpartei SPD" um Vertrauen bei der Bevölkerung zu werben. Zur Reform der Berufsbildung, zur Vermögenspolitik und zum Baubodenrecht wurden damals beachtenswerte Beschlüsse gefaßt [4]). Trotz allen Beharrens auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und den übrigen Elementen der „freien Marktwirtschaft" im Grundsätzlichen sah sich die CDU damals veranlaßt, die Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14, II GG stark in den Vordergrund zu rücken [5]).

Gleichzeitig bemühte sich die Union nicht ohne Erfolg jedoch darum, auch die konservativen Kräfte in der Bevölkerung weiterhin an sich zu binden, indem sie für eine Politik der „Wachsamkeit und Härte gegenüber dem Osten" eintrat. Mit einer solchen zweigleisigen Politik rechnete sich die Parteiführung gute Chancen bei den nächsten Wahlen aus. Wie die von den Unionsparteien dort, wo sie Regierungsverantwortung trugen, realisierte Politik deutlich machte, war von der programmatisch niedergelegten Reformwilligkeit in der politischen Praxis wenig zu spüren. Diese dabei offenbar werdende Tradition, ihr politischer Stellenwert wurde bereits von Konrad Adenauer in der ihm eigenen Offenheit dargelegt: „Bevor wir etwas für die Wirtschaft tun können, müssen uns die Arbeiter erst einmal wählen." [6])

Ihren Höhepunkt und vorläufigen Abschluß fand diese Taktik der CDU mit der „Mannheimer Erklärung", die vom Bundesvorstand der CDU am 12. November 1975 verabschiedet worden ist. Mit dieser Erklärung schien die Marschrichtung der CDU für die kommenden Bundestagswahlen endgültig festgelegt zu sein. Wie schon fast wieder in Vergessenheit geraten ist, war die starke Betonung der Sozial- und Gesellschaftspolitik für das Wahlprogramm der Unionsparteien monatelang Gegenstand heftigster innerparteilicher Auseinandersetzungen, die fast zur Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU sowie zur Bildung einer Bundes-CSU geführt hätten. Außer den Fragen des Sachprogramms war es damals auch das Problem der Kanzlerkandidatur, welches besondere Sprengkraft entwickelte.

Daß es unter diesen Umständen überhaupt zur Nominierung Kohls kommen konnte, ist nur so zu erklären, daß in der Führung der CDU ein erhebliches Mißtrauen gegenüber den Erfolgsaussichten des von Strauß in Sonthofen ausgerufenen Kurses bestand. Die Mannheimer Erklärung der CDU ist in diesem Zusammenhang als bewußte Absage an Straußens Sonthofener Rede zu werten. Mit der Mannheimer Erklärung unterstrich die CDU ihre Absicht, sich im Wahlkampf als der fähigere Konkurrent der Sozialdemokraten, ja geradezu als die bessere SPD darzustellen. Ausgehend von diesem Dokument, sollte eine den Wähler überzeugende Alternative zur Politik der Regierungskoalition entwickelt werden.

[4]) Das Berliner Programm — Mit Beschlüssen des Hamburger Parteitages 1973, S. 59 ff. Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Best.-Nr. 246.
[5]) Ebd., S. 73.
[6]) Zit. nach „Wirtschaftswoche" v. 2. 7. 1971.

Ausgangspunkt der Mannheimer Erklärung war die Feststellung, daß die vergangenen Jahre eine „tiefgreifende Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Situation" [7]) gebracht hätten, in der insbesondere die europäischen Staaten ihre frühere politische Stellung verloren. Das gelte vor allem für Westeuropa, auf das „die militärische Macht der Sowjetunion einen politischen Schatten wirft" (S. 13). Außerdem seien die westlichen Industrienationen in einen tiefgreifenden Verteilungskonflikt mit den Entwicklungsländern verwickelt, der jedoch nicht nur eine Bedrohung darstelle, sondern auch Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Gestaltung einer gerechten Weltordnung biete (12). Zur „Bewältigung dieser Herausforderungen" seien „neue Ideen, eindeutige Prioritäten und entschlossenes politisches Handeln" (8) gefordert.

Das Programm, das diesen hohen Ansprüchen genügen sollte, befaßte sich dann auf zwanzig Druckseiten in überwiegend sachlichem Ton mit zahlreichen Fragen der Außen-, Militär-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es verband die bekannten traditionellen CDU-Positionen wie das Verlangen nach einer „Offenhaltung der deutschen Frage" (23) oder der Förderung privater Investitionen und Reduzierung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft (28) mit so schillernden Neuentwicklungen wie Biedenkopfs „neuer sozialer Frage" (33—36) oder dem doch bemerkenswerten Vorschlag, „die ständig zunehmende Last der Verteidigungskosten" zu vermindern (25). Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles schlug die CDU allerdings keine Abrüstungsmaßnahmen vor, sondern verlangte die forcierte Vereinheitlichung der Waffensysteme innerhalb der NATO. Dennoch zeigte sich auch in diesem Punkt, daß sich die CDU wenigstens verbal zu einem Eingehen auf die internationalen Tendenzen der Entspannung und zu einer Berücksichtigung der Forderung der demokratischen Bewegung nach Abbau der Rüstungslasten veranlaßt sah. Auch in der Ost- und der Gesellschaftspolitik wie auch in anderen Bereichen griff die Mannheimer Erklärung zahlreiche Gesichtspunkte auf, die erst von der SPD-FDP-Koalition — oft unter dem Druck der demokratischen Bewegung — in die westdeutsche Politik eingeführt worden waren.

In einer heute nicht mehr denkbaren Weise ging das Mannheimer Dokument nachsichtig und zurückhaltend mit der Regierung um. Es hatte offensichtlich die Aufgabe, das CDU-Programm positiv und wählerwirksam darzustellen, die Kritik an der Regierung trat demgegenüber weit in den Hintergrund. Eine direkte Auseinandersetzung findet an nur überraschend wenigen Stellen statt, so wenn von „politischen Fehlentwicklungen in unserem Lande" (7) die Rede ist oder der Regierung „unzureichende Erfüllung der politischen Voraussetzungen der Sozialen Marktwirtschaft" (16) vorgeworfen (oder nicht doch immerhin auch bescheinigt?) wird. Zum Härtesten gehört noch der an die SPD gerichtete Vorwurf, für die „spürbare Beeinträchtigung der inneren Stabilität und äußeren Sicherheit unseres Gemeinwesens" (18) verantwortlich zu sein. Von solchen Bemerkungen, die eher den Charakter von Pflichtübungen tragen, abgesehen, weist dieses Programm in vielerlei Hinsicht „sozialdemokratische" Züge auf. Es setzt die Einbindung der ursprünglich dem Godesberger Programm entnommenen politischen Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität" (20; man beachte die gegenüber der Vorlage veränderte Reihenfolge!) in die CDU-Politik fort und läßt sich sogar dazu hinreißen, die Existenz eines allerdings als bereits entschärft angesehenen „Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital" (32) anzuerkennen.

Die Reaktion von Strauß und seinen Gefolgsleuten innerhalb der CDU auf die Verabschiedung dieser Erklärung durch den CDU-Vorstand brachte zusammen

[7]) Argumente — Dokumente — Materialien, Unsere Politik für Deutschland, Mannheimer Erklärung; Erklärung des Bundesvorstandes der CDU. Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Nr. 5408, S. 7. Die im folgenden Abschnitt in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese Broschüre.

mit der gleichzeitig stattfindenden Auseinandersetzung um die Annahme der Polenverträge die Union ein weiteres Mal fast zum Auseinanderbrechen. Zähe Verhandlungen, bei denen immer wieder die Gründung einer CSU auf Bundesebene als Druckmittel eingesetzt wurde, führten dann am 17. November 1975 zu einer höchst merkwürdigen Kompromißformel: „Die CSU hat nicht die Absicht, sich bundesweit auszudehnen. Dabei vertreten die beiden Parteivorsitzenden nachdrücklich ihre gemeinsame Meinung, daß es für eine weitere politische Partei in der politischen Landschaft der Bundesrepublik keinen sinnvollen Platz gibt, *wenn* (Hervorhebung v. Verf.) die beiden Unionsparteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten" [8]). Mit diesem Wenn hatten die Vertreter der CSU-Linie nun einen Hebel in der Hand, mit dem sie in der Folgezeit ihren Kurs der CDU immer mehr aufzwingen konnten.

Bei alledem kann man davon ausgehen, daß Strauß, Filbinger und Dregger samt ihren Freunden aus der Wirtschaft kaum befürchten, daß die Mannheimer Erklärung tatsächlich zu einer „Reformpolitik" unter Leitung der CDU führen könne und so zu einer Gefahr für alte Privilegien würde — für so naiv sollte man sie nicht halten. Wie weiter unten noch näher zu überlegen sein wird, ging es ihnen viel mehr darum, der gesamten Reformdiskussion überhaupt die Spitze zu nehmen, weil sie bereits in jeder Anerkennung der Veränderbarkeit und Veränderungsbedürftigkeit unserer Gesellschaft eine Kapitulation vor ihrem Hauptgegner sehen, vor allen politischen Kräften, die für die volle Anwendung und Weiterentwicklung der Verfassung mit dem Ziel einer immer stärkeren Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit eintreten. Diese Stoßrichtung hat Strauß als der legitime Sprecher dieser Gruppe ganz deutlich gemacht, als er kürzlich im Bundestag zur Abwehr der Kritik einiger SPD-Abgeordneter an den gegenwärtig schnell steigenden Gewinnen ausrief: „Das ist kein Beitrag zum sozialen Frieden, und das gibt doch nur den Systemüberwindern in ihren eigenen Reihen immer wieder neue Munition. Und das werden Sie schwerer haben zu überwinden als wir!" [9]) Um auch nur den Anschein jeder Haltung zu vermeiden, die „Systemveränderern" der verschiedensten Couleur entgegenkommen könnte, haben Strauß, Dregger und Co. mit dieser geradezu verbissenen Entschlossenheit den Kurs der Biedenkopf, Blüm und Katzer, wie er sich in der Mannheimer Erklärung niederschlug, wieder korrigiert.

Selbtverständlich versuchten die Verfasser der Erklärung, ihre Positionen zu verteidigen. Sie konnten sich dabei in erster Linie darauf berufen, daß in der gegen Ende des vergangenen Jahres noch immer höchst angespannten wirtschaftlichen Situation — fast zwei Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, ungebrochene Inflationsraten — ein an den Erwartungen der sozial schlechtergestellten Schichten orientierter Wahlkampf die meisten Stimmengewinne verspreche. Um diese verunsicherte Wählergruppe anzusprechen, verwiesen die CDU-Wahlstrategen immer wieder auf die Zeit des Aufbaus nach dem Kriege, wo die CDU in der Person des „Staatsgründers" Adenauer und des „Wirtschaftswundermannes" Erhard den Grundstein zu einer glücklichen Entwicklung gelegt hätten, die jetzt aber durch die Unfähigkeit der sozialliberalen Koalition abgebrochen worden sei. Nur durch die Rückgabe der Regierungsmacht in die Hände einer neuen CDU-Regierung könne auch in Zukunft wirtschaftlicher Aufschwung und soziale Sicherheit gewährleistet werden.

[8]) Zit. nach „Deutsche Volkszeitung" v. 27. 11. 1975.
[9]) Strauß in der Etatdebatte des Deutschen Bundestages v. 13. 5. 1976, hier zitiert nach einem Tonbandmitschnitt der Übertragung des WDR.

Die Position dieser CDU-Politiker, die sich im Sinne der Mannheimer Erklärung auf der Ebene der *Konkurrenz* mit der SPD um die Stimmen der Wähler bemühen wollten, wurde seit Beginn des Jahres 1976 durch mehrere Entwicklungen ernsthaft beeinträchtigt. Die Hauptrolle dabei kommt dem oft angekündigten und nun langsam einsetzenden wirtschaftlichen „Aufschwung" zu. Zwar sind sich die Sachverständigen durchaus noch nicht darüber einig, ob hier nur ein saisonaler oder doch schon ein konjunktureller Anstieg vorliegt, und sie stimmen sogar weitgehend darin überein, daß die strukturelle Krise der letzten Jahre noch in gar keiner Weise überwunden ist [10]). Doch die Aufwärtstendenz, die sich in einer allmählichen Abnahme der Arbeitslosenzahlen und einem vorübergehenden langsamen Rückgang der Inflationsrate sowie einem stürmischen Anstieg der Unternehmergewinne ausdrückt [11]), ist nicht mehr zu übersehen.

Obwohl diese Aufwärtstendenz weder die Arbeitslosigkeit noch die Inflation nachhaltig verringern konnte, ließ sich die Bevölkerung zu einem guten Teil davon überzeugen, daß nun der langerwartete Aufschwung eingesetzt habe. Dadurch verringerten sich jedoch die Chancen jener CDU-Politiker, die sich im Wahlkampf als Krisenbewältiger darstellen wollten: Sie waren auf dem besten Wege, sich als überflüssig zu erweisen. In dem Maß, in dem die Erfolgsaussichten eines Wahlkampfes der Konkurrenz mit der SPD um die besseren Rezepte zur Sicherung des Wohlstandes abnahmen, verbesserten sich die Chancen von Strauß und Dregger, zur totalen Konfrontation überzugehen.

Zwei weitere Entwicklungen begünstigten diese Tendenz noch. Das waren einmal die Ereignisse in Italien und Frankreich, wo die konservativen Kräfte unter dem Druck einer in starken Parteien organisierten demokratischen Bewegung derart in die Defensive geraten sind, daß linke Regierungen unter Beteiligung von Kommunisten in den Bereich des Möglichen gerückt sind. Für Italien bietet eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten nach dem letzten Wahlergebnis sogar die einzige Alternative in einer sonst immer ausweglosen werdenden Situation. In dieser Lage sehen sich die „staatstragenden" politischen Kräfte der BRD schneller als erwartet im letzten strikt auf Antikommunismus eingeschworenen Staatswesen Mitteleuropas isoliert. Nicht nur der äußerste rechte Flügel der CDU/CSU reagiert unter diesen Umständen mit dem traditionsreichen Trotzreflex „Viel Feind, viel Ehr" und sieht sich gerade durch die zunehmende Isolation in der Richtigkeit seiner Anschauungen bestätigt.

Zum zweiten ist hier die groß angelegte Kampagne vom „Ende der Entspannung" zu nennen. Seit dem Abschluß der Konferenz von Helsinki wird unter diesem Schlagwort versucht, das Wirksamwerden der Folgen der Entspannungspolitik in der Innenpolitik abzublocken, und an diesem Versuch ist nicht nur die CDU/CSU, sondern unter Führung von Verteidigungsminister Leber und Außenminister Genscher ein wesentlicher Teil des Regierungslagers beteiligt. Diese Kampagne richtet sich weniger gegen den tatsächlichen Entspannungsprozeß selbst — so selbstmörderisch sind die Wenigsten, daß sie ihn ernsthaft rückgängig machen wollten — als gegen dessen weitere Fortschritte und eben gegen die logischen innenpolitischen Konsequenzen. Um hohe Rüstungsausgaben und Repressionsmaßnahmen wie Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei weiterhin rechtfertigen zu können, muß man vom alten Feindbild, dem „Fall rot", so viel wie irgend möglich aufrechterhalten. Die Folgen dieser Politik schlagen jetzt in Form der hemmungslosen CDU-Wahlpropaganda auch auf die dafür Mitverantwortlichen in den Reihen der Sozialdemokratie zurück.

10) Siehe dazu: Kolbe/Dietz, Verstärkter Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise. „IPW-Berichte", 3/1976, S. 17 ff.
11) Übersicht des IMSF „Zur Wirtschaftssituation und zur Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Anfang 1976", zit. nach „Unsere Zeit" v. 5. 4. 1976.

Diese drei Faktoren gaben der Gruppe in den Rechtsparteien, die auf die totale Konfrontation setzt, den benötigten Auftrieb. Der Marinestabsrichter a. D. Filbinger führte mit Unterstützung seiner Nachbarn Dregger und Strauß den Wahlkampf in Baden-Württemberg unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus" überwiegend im Sinne des Konfrontationskonzeptes und errang einen zumindest auf den ersten Blick eindrucksvollen Wahlsieg.

Trotzdem stellten sich die Befürworter eines differenzierter geführten Wahlkampfes der Übernahme des Mottos „Freiheit oder Sozialismus" für den Bundestagswahlkampf weiterhin entgegen. Noch am 7. April erklärte CDU-Generalsekretär Biedenkopf, daß seine Partei auf dieses Motto verzichten wolle [12]). Gleichzeitig nannte er die Schwerpunkte des von ihm entwickelten Wahlkampfkonzepts, und zwar in dieser Reihenfolge: 1. Wirtschafts- und Sozialpolitik; 2. Bildungspolitik; 3. Freiheit und ihre Ausgestaltung; 4. Außen- und Europapolitik. Doch offensichtlich handelte es sich dabei schon um ein Rückzugsgefecht. In langwierigen Verhandlungen — die Bekanntgabe der Wahlplattform wurde mehrmals angekündigt und dann jeweils wieder um einige Tage aufgeschoben — setzten sich die Vertreter der bedingungslosen Konfrontation fast auf der ganzen Linie durch. Das schließlich am 20. Mai, wenige Tage vor dem Parteitag von Hannover, veröffentlichte Wahlpapier begann mit den schon eingangs zitierten Worten „Bei dieser Wahl geht es um das Schicksal Deutschlands und Europas" und steckte in einer ausführlichen Präambel den Konfrontationskurs ab. Nachdem so der Komplex „Freiheit" als Generalthema für den Wahlkampf herauspräpariert wurde, werden noch vier weitere Bereiche als Schwerpunkte des Wahlkampfes bezeichnet; es heißt nun: 1. Außenpolitik; 2. innere Sicherheit; 3. Bildungs- und Ausbildungsfragen; 4. Wirtschafts- und Sozialpolitik [13]). In der Unterordnung dieser Sachkomplexe unter das Generalthema „Freiheit" und darüber hinaus in der völlig veränderten Reihenfolge gegenüber dem 6 Wochen vorher von Biedenkopf vorgelegten Entwurf spiegelt sich die inzwischen vorgenommene Totalrevision des Wahlkampfkonzeptes wider.

Die sozialpolitischen Maßnahmen wie Partnerrente, Erziehungsgeld, Investivlohn usw., die in der CDU-Propaganda der Vormonate so sehr im Vordergrund standen, fanden in der nun vorgelegten Wahlplattform keine Berücksichtigung. Wie Strauß in einem Interview mit dem Deutschlandfunk andeutete, wurden diese Punkte vor allem auf Drängen seiner Partei ersatzlos gestrichen [14]). Im übrigen begründete Kohl die fehlende Konkretisierung der sozialpolitischen Seite in diesem Programm damit, daß eine CDU-Regierung zuerst einmal eine Bestandsaufnahme der angeblich zerrütteten Staatsfinanzen vornehmen müsse, bevor sie irgend etwas über die zukünftigen Ausgaben sagen könne. Um so entschiedener ist das Programm jedoch in anderen Bereichen, so z. B. wenn „Zur Sicherung der Arbeitsplätze" [15]) der Wirtschaft Investitionsförderung durch Steuererleichterungen versprochen wird — als ob nicht ein Großteil der in den letzten Jahren vorgenommenen Investitionen durch Rationalisierung oder Produktionsverlagerung ins Ausland Arbeitsplätze vernichtet hätte [16]).

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Aussagen des Programms, die sich mit Maßnahmen zur Steigerung und Absicherung der Gewinne in der Großindustrie befassen, ist hier nicht notwendig. Diese in Aussicht gestellten Maß-

12) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 8. 4. 1976.
13) Zit. nach FAZ v. 21. 5. 1976.
14) Siehe SZ v. 21. 5. 1976.
15) Wahlprogramm der CDU und CSU, 1976, Presseexemplar, S. 28.
16) Siehe dazu: Hantelmann, Die Investitionen der BRD-Industrie seit 1967, „IPW-Berichte", 3/1976, S. 35 ff. — Welteke, Von Krise zu Krise, „Frankfurter Hefte", 4/1976, S. 79 f.

nahmen übersteigen erstens nicht den Rahmen, der ihnen traditionell in der Programmatik der Rechtsparteien zukommt, zum anderen spielen sie in der öffentlichen Auseinandersetzung des Wahlkampfs so gut wie keine Rolle. Wie die Reden auf dem Parteitag in Hannover gezeigt haben, richtet die Partei ihre Aufmerksamkeit überhaupt nur zum geringsten Teil auf die vier oben genannten Wahlkampfschwerpunkte, sondern beschränkt sich fast ausschließlich auf die Argumentation im Rahmen des Generalthemas „Freiheit oder/statt Sozialismus". Dieses Verfahren ist allerdings innerhalb wie außerhalb der Union noch immer nicht unumstritten, wie Stellungnahmen von Polikern und Kommentare in der CDU-nahen Presse vermuten lassen.

Viel beachtet wurde insbesondere der sparsame Gebrauch, den Kanzlerkandidat Kohl selbst in Hannover vom Wahlkampfmotto seiner Partei machte. Vom vorbereiteten Redetext mehrmals abweichend, ließ er entsprechende Passagen teilweise ganz aus, sprach andererseits abschwächend davon, daß seine Partei „mehr Freiheit und weniger Sozialismus" verwirklichen wolle. Den Grundtenor seiner Rede konnte er mit solchen eher kosmetischen Operationen allerdings nicht verändern. Noch deutlicher ist das Unbehagen über den Einsatz dieses Mottos im Wahlkampf 1976 dem Chefideologen Biedenkopf anzumerken, der übrigens mit einer 1973 gehaltenen Rede „Unionspolitik als freiheitliche Alternative zum Sozialismus" [17]) als eigentlicher Urheber des Mottos zu gelten hat. In einer sehr abstrakten und komplizierten Argumentation versuchte er, den Delegierten des Parteitages den eigentlichen Inhalt und den korrekten Gebrauch der Formel „Freiheit statt Sozialismus" zu vermitteln. Seine Zuhörer klatschten zwar begeistert Beifall, doch mit nach Hause nahmen sie die auf dem Parteitag viel öfter vorgetragenen plumpen, aber griffigen Formeln eines Strauß oder eines Dregger, der die Alternative „Freiheit oder Sozialismus" unermüdlich auf seine Weise für jedermann leicht verständlich erläutert: „Hier freier Reisepaß, dort Stacheldraht; hier Opposition im Parlament, dort in den Gefängnissen; hier freie Gewerkschaften, dort verlängerter Arm des Staates" [18]).

Gerade gegen diese anachronistische Sprache des Kalten Krieges bestehen auch in bürgerlichen Kreisen große Bedenken. Sie beziehen sich vor allem darauf, daß die so absolut vorgestellte Alternative kaum dem Bewußtseinsstand der noch zu umwerbenden Wähler entsprechen dürfte. „Wahrscheinlich ist die harte Formel besser geeignet, Anhänger zu mobilisieren, als ein vorsichtig geschnürtes Sozialpaket. Doch gilt das auch für den Wähler? ... Die Union sollte sehr überlegen, ob sie mit diesem totalen Wahlkrieg nicht ebensoviele Wähler abschreckt, wie sie möglicherweise anzieht" [19]). Diese Sätze eines Pressekommentars geben eine sehr weit verbreitete Anschauung wieder. Der Grund für diese Skepsis liegt vor allem darin, daß Politik und Person Helmut Schmidts wie auch sämtlicher anderer Kabinettsmitglieder denkbar ungeeignet sind, um als Beleg für eine drohende Sozialismusgefahr zu dienen. Weiterhin zählt hier auch die Tatsache, daß die BRD schließlich schon seit mehr als einem Jahr faktisch von einer großen Koalition regiert wird, da die Regierung sich mit Rücksicht auf die CDU-Mehrheit im Bundesrat sehr oft zur Herbeiführung eines weitgehenden Konsens mit den Unionsparteien veranlaßt sah. Woran sollte bei so vielen gemeinsam verabschiedeten Gesetzen [20]) und bei einer so starken Übereinstimmung im Grundsätz-

17) Auszüge in „Die Welt" v. 28. 5. 1976.
18) Dregger am 16. 5. 1976 in Wuppertal vor der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU, zit. nach „Die Welt" v. 17. 5. 1976.
19) „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) v. 25. 5. 1976.
20) Hier nur einige Beispiele aus den letzten Monaten: Mitbestimmung, Hochschulrahmengesetz, Scheidungs- und Familienrecht, Umwelt- und Gewässerschutz, Aufhebung der Doppelbesteuerung von Aktiengewinnen, Kein Planungswertausgleich im neuen Baubodenrecht u. v. a. m. Von 450 in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzen waren weniger als 40 zwischen Regierung und Opposition in irgendeiner Weise um-

lichen, wie sie in den vergangenen Monaten zum Ausdruck kam, also in überzeugender Weise der Vorwurf einer „freiheitsfeindlichen Politik" festgemacht werden?

Auch der Hinweis auf den scheinbaren Erfolg des Mottos bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg kann die Zweifel an seiner Wirksamkeit kaum ausräumen. Die bisher bekanntgewordenen Wahlanalysen haben offenbar widersprüchlich deutbare Ergebnisse erbracht — ganz abgesehen davon, daß die Methodik der Wahlanalyse immer noch reichlich unvollkommen ist. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die Wahlbeteiligung spürbar geringer als vor vier Jahren war und daß weiterhin die relativen Stimmengewinne der Union in den meisten Wahlkreisen weitaus höher als die absoluten waren. Das läßt doch darauf schließen, daß die SPD mehr Stimmen verlor, als die CDU zusätzlich gewinnen konnte — trotz des massiven Einsatzes der „Freiheit oder Sozialismus"-Parole. Bei diesem Sachverhalt zeigt sich das ganze Ausmaß der Unzufriedenheit beträchtlicher Wählerschichten mit der von der SPD betriebenen Politik. Leber, Vogel und andere Exponenten des rechten Flügels versuchten wie üblich, diesen Vertrauensverlust auf das Konto der bösen Jusos abzubuchen — einen Beweis dafür blieben sie freilich schuldig. Die große Enttäuschung bei vielen, die 1972 mit der SPD eine zu Reformen auf allen Gebieten entschlossene Partei zu wählen glaubten, die Tatsache, daß viele von ihnen dabei sind, sich in einen apolitischen Schmollwinkel zurückzuziehen, spricht gegen diese Deutung. Jedenfalls fand es der SPD-Vorstand von Baden-Württemberg angebracht, eine von ihm in Auftrag gegebene Wahlanalyse unter Verschluß zu halten [21]).

Angesichts der verbreiteten und begründeten Zweifel an der Durchschlagskraft des Wahlkampfes unter dem Motto „Freiheit statt Sozialismus" drängt sich die Frage auf, inwieweit auch Überlegungen, die über den Wahltermin vom 3. Oktober hinausweisen, bei der Festlegung des Wahlkampfmottos im Spiel waren [21a]). Tatsächlich zeigen sich schon jetzt Auswirkungen auf das innenpolitische Klima, die weitreichende Bedeutung haben dürften. Exemplarisch soll zu diesem Zweck die Reaktion der Sozialdemokraten, an deren Adresse sich das Wahlkampfmotto in erster Linie richtet, dargestellt werden.

III

Als sich die Festlegung der Unionsparteien auf das „Freiheit statt Sozialismus"-Motto abzeichnete, war Betroffenheit die erste Reaktion der Sozialdemokraten. Hatten sie nicht „ein Deutschland geschaffen, das vielen Menschen als nachahmenswertes Modell gilt" [22])? Konnten sie nicht stolz sagen: „Die hohe Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Unternehmen hat der Bundesrepublik Deutschland einen internationalen Spitzenplatz und unserem Volk einen hohen Lebensstandard eingebracht. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben dazu als drängende und zugleich stabilisierende Kraft entscheidend beigetragen" [23])? Und hatten sie nicht recht mit ihrer Aussage: „In Ländern, in

stritten. Bei Auseinandersetzungen setzte sich die Union wie erst jetzt wieder beim Berufsausbildungsgesetz in entscheidenden Punkten durch.

21) FAZ v. 19. 5. 1976.

21a) Höchst aufschlußreich ist in dieser Hinsicht der folgende Kommentar von W. Hertz-Eichenrode in der „Welt" v. 28. 6. 1976: „Es ist also gekommen, wie es Strauß, Carstens, Dregger und Filbinger aus prinzipieller Beurteilung der Lage in Europa für notwendig hielten: Unser Land, das der Sozialismus mit einer barbarischen Todesgrenze teilt, muß in diesem Wahlkampf versuchen, sein Verhältnis zum Sozialismus zu klären. Wie es in der Natur eines Wahlkampfes liegt, kann das bis zum 3. Oktober nicht mit erschöpfenden Argumenten, sondern nur in groben, harten Strichen geschehen; gelänge es aber, die Grundfrage des freien Europas und Deutschlands nach der Ära Brandt wieder in das allgemeine Bewußtsein zu rücken, so wäre über den Wahltag hinaus viel erreicht."

22) Entwurf: Regierungsprogramm für 1976—1980, Presseexemplar, S. 6.

23) Ebd., S. 8.

denen grundlegende Reformen in Staat und Gesellschaft zur rechten Zeit versäumt oder verhindert worden sind, haben die Kommunisten zunehmend an Boden gewonnen. Starke sozialdemokratische Parteien und ihre Arbeit für Freiheit und Gerechtigkeit sind die beste Gewähr gegen den Kommunismus" [24])? Für eine Partei, die sich mitten in einer gefährlichen Wirtschaftskrise so große Verdienste um die Stabilisierung des marktwirtschaftlichen Systems erworben hatte, mußten die Versuche, sie zum Wegbereiter des Sozialismus und des Kommunismus zu stempeln, wie grober Undank und bitterer Hohn wirken. Empört setzten sie sich deshalb zur Wehr: „Sozialdemokraten lassen Idee und Leistung des demokratischen Sozialismus nicht durch Gleichsetzung mit kommunistischen Systemen verunglimpfen. Wer diese Gleichsetzung vornimmt, zerstört die notwendige demokratische Übereinstimmung in unserem Land" [25]).

In dieser Reaktion der so unfair angegriffenen Sozialdemokraten wird sichtbar, wie sehr die „notwendige demokratische Übereinstimmung" der politischen Kräfte in diesem Staat auch in den Augen der SPD kein anderes Fundament hat als einen längst überlebten Antikommunismus. Da sie mit den Rechtsparteien weitgehend darin übereinstimmen, daß die Anstrengungen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in den Staaten Osteuropas zu nichts anderem geführt hätten als zu „sozialistischer Staatssklaverei" [26]), sind sie vor allem um die Klarstellung bemüht, daß der von ihnen angestrebte „demokratische Sozialismus" nichts, aber auch gar nichts mit dem Gesellschaftsmodell der verteufelten sozialistischen Länder gemein habe. Wie sehr sie mit dieser bedingungslosen Abgrenzung letztlich auch die Grundlage für jede eigenständige, nicht an den Zielvorstellungen der Rechtsparteien orientierte Politik gefährden, soll unten noch untersucht werden.

In der Abwehr gegen den „Sozialismus-Vorwurf" der Unionsparteien erklärte Willy Brandt zur Verwendung des Begriffes „Sozialismus" in der Sozialdemokratischen Partei: „Sozialismus ist teils eine Bewegung, dann ein System von Ideen, und es gibt Regime, die sich sozialistisch nennen. Zu diesen steht die SPD in einem klaren Gegensatzverhältnis, aber vor den beiden anderen Tatsachen kann man nicht einfach weglaufen. Daß es hier den Nationalsozialismus gab, hat die SPD auch nicht daran gehindert, das auf ihre Weise weiterzuführen, was selbst in der katholischen Soziallehre freiheitlicher Sozialismus heißt" [27]). Und Horst Ehmke vervollständigte das noch mit der Aussage: „Die Formel ‚Freiheit oder Nationalsozialismus' etwa ist genauso hirnrissig wie die Parole der CDU/CSU" [28]).

Eine auch nur unvollständige Analyse dieser beiden Sätze führt zu bemerkenswerten Einblicken in die zutiefst defensive Grundhaltung, mit der die SPD auf den Sozialismus-Vorwurf eingeht. Ist Sozialismus als „Bewegung" und als „System von Ideen" etwas, vor dem die SPD davonlaufen würde, wenn sie nur könnte? Und vor den „Regimen, die sich sozialistisch nennen", kann man davor weglaufen? Die von Brandt selbst gegen den Widerstand der Rechtsparteien eingeleitete Ostpolitik spricht doch wohl dagegen. Und der SPD-Vorsitzende kann doch nicht wirklich der Meinung sein, daß der Nationalsozialismus irgend etwas Wesentliches mit dem Sozialismus als „Bewegung" oder „System von Ideen" zu tun haben könnte, wie das seine Formulierung „Daß es hier den

24) Ebd., S. 86.
25) Ebd., S. 13.
26) In seiner Wuppertaler Rede (s. Anm. 18) erklärte Dregger, er sei nicht wegen „Wirtschaft, Schule oder Finanzen in die Politik gegangen, sondern weil ich Kinder habe und verhindern möchte, daß meine Kinder zu sozialistischen Staatssklaven werden."
27) In einem Interview mit der WAZ v. 20. 5. 1976.
28) Zit. nach SZ v. 22. 5. 1976.

Nationalsozialismus gab" anklingen läßt. Vermutlich meint er das auch nicht, aber die völlig verunglückte Formulierung zeigt, wohin es selbst bei einem Mann wie Brandt führen kann, wenn das unglückselige „Rot ist gleich braun" der Totalitarismus-Doktrin so verinnerlicht worden ist, daß schon die katholische Soziallehre zur Rechtfertigung sozialistischer Elemente in der SPD-Politik herangezogen werden muß.

Noch haarsträubender fällt die Untersuchung der Äußerung Ehmkes aus. Wenn er die Gegenüberstellung „Freiheit oder Nationalsozialismus" als hirnrissig bezeichnet, soll das dann heißen, daß Freiheit und Nationalsozialismus miteinander vereinbar wären oder daß Sozialismus und Nationalsozialismus — wenigstens in der politischen Agitation — als gleichwertige und austauschbare Begriffe erscheinen? Vermutlich ist Ehmkes Ausspruch so zu erklären, daß er die von der CDU intendierte Gleichsetzung „jeglicher Sozialismus ist gleich Kommunismus" unbewußt übernahm und dementsprechend den Kernsatz der Totalitarismus-Doktrin in „Nationalsozialismus ist gleich Sozialismus" abwandelte. Auf der Grundlage dieser Gleichung glaubt er, nun auch ein Anrecht darauf ableiten zu können, von der „Verteufelung" [29]) der SPD als „sozialistisch" verschont zu bleiben, da schließlich auch seine Partei der CDU keinen Nazismus vorhält. Ist das alles, was ein Spitzenmann der SPD zur Verteidigung seines Sozialismusbegriffs vorbringen kann? Und muß man auf diese Weise den Rechtskräften in der CDU/CSU einen Freibrief ausstellen, daß sie nichts mit Faschismus zu tun hätten? Natürlich ist die heutige CDU keine faschistische Partei, aber sie ist schließlich zur politischen Heimat einer großen Zahl ehemaliger Nazis und NPD-Anhänger geworden, und das ist an ihrer Programmatik wie an ihrer praktischen Politik nicht spurlos vorbeigegangen; sollte man ihr das aus „Solidarität der Demokraten" nicht vorhalten dürfen?

Aus solchen Überlegungen wie den hier von Brandt und Ehmke wiedergegebenen spricht jener Geist der Selbstaufgabe des „demokratischen Sozialismus" gegenüber der antikommunistischen Staatsideologie der Kapitalbesitzer, der in Marburg die große Koalition zwischen SPD und CDU bewirkt hat, um nicht für die Wahl eines Bürgermeisters auf die Unterstützung durch die Stadtverordneten der DKP angewiesen zu sein. Diese Haltung brachte die SPD dazu, ihrem Wahlprogramm in Anpassung an die Strategie der Rechtsparteien eine überdeutlich antikommunistische Stoßrichtung zu geben und in Dortmund mit so starken Worten von den Solinger Forderungen der „Sozialdemokratischen Fachkonferenz Jugend" zur Wirtschaftspolitik abzurücken. Diese Haltung führte dazu, daß sich Brandt gegen die Parole „Freiheit statt Sozialismus" damit verteidigte, daß er — ebenso wie auch das Wahlprogramm seiner Partei [30]) — das Eingreifen der SPD in Portugal anführt: „Aber wir — sechs sozialdemokratische Parteiführer und einige andere — haben ein Komitee gebildet und eingewirkt ... Da ging es doch um die Wurst, es war doch nicht selbstverständlich, daß Portugal eine Chance hat, nach fast fünf Jahrzehnten Diktatur sich demokratisch zu entwickeln" [31]). Und das zu einem Zeitpunkt, wo SPD-Musterschüler Soares sich anschickte, dem Kandidaten der portugiesischen Rechten zur Präsidentschaft zu verhelfen!

Diese Art des Zurückweichens vor dem frontalen Angriff der CDU/CSU ist charakteristisch für die gegenwärtig in der SPD-Führung herrschende Linie.

[29]) Als „Verteufelung" bezeichnete Wehner in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages den Versuch der Union, „die SPD mit dem (zu) belasten, was die Kommunisten Sozialismus nennen". Zit. nach SZ v. 15. 5. 1976.

[30]) Das Regierungsprogramm (s. Anm. 22) schreibt auf S. 85: „Wir begrüßen die Fortschritte bei der Entwicklung demokratischer Verhältnisse in Portugal", und ergänzte diesen Absatz nachträglich um die Formulierung: „zu der die europäische Sozialdemokratie ihren Beitrag geleistet hat".

[31]) Zit. nach WAZ v. 20. 5. 1976.

Die Sozialdemokraten setzen damit der Strategie der totalen Konfrontation ihrerseits einen Wahlkampf der Konkurrenz entgegen, und zwar einer Konkurrenz um den besten Weg zur Verwirklichung eines gesellschaftlichen Modells, dessen Definition sie in weitem Umfang vom politischen Gegner übernommen haben. Damit wird ihr Spielraum zur Verwirklichung irgendwelcher sozialistischer Programmpunkte zwar immer geringer, gleichzeitig steigen jedoch ihre Chancen, eine Mehrheit unter den auf dieses Gesellschaftsmodell festgelegten Wählern für sich zu gewinnen und dann auch mit Duldung und durchaus im Interesse der Masse der Kapitalbesitzer die Regierungsgeschäfte zu führen. So führt die Reaktion der Sozialdemokraten auf das Motto der CDU/CSU durchaus nicht von vornherein zu einer Verminderung ihrer Wahlchancen, aber sie trägt erheblich dazu bei, jede Politik unmöglich zu machen, die auf Veränderungen des gegenwärtigen Gesellschaftszustands abzielt. Und damit kommt sie den Intentionen der Kräfte in den Unionsparteien, die mit „Freiheit oder Sozialismus" in die Wahlauseinandersetzung gehen wollten, nicht unerheblich entgegen.

IV

Angesichts der im Sinne der Rechtsparteien so begrüßenswerten Reaktion der Sozialdemokraten auf den Konfrontationswahlkampf stellt sich die Frage, ob nicht in dieser Behinderung jeder auf Veränderung abzielenden Politik eines der Hauptziele der Wahlstrategie der CDU/CSU besteht. Bei dem komplizierten und widersprüchlichen Meinungsbildungsprozeß innerhalb der CDU-Führung wäre es sicherlich verfehlt, darin das einzige Ziel ihrer Wahlstrategie zu sehen, doch hier soll zunächst die These aufgestellt werden, daß ein ganz wesentlicher Aspekt der Konfrontationsstrategie darin besteht, das politische Spektrum in der BRD, die Zone legitimierter politischer Betätigung auf genau *den* Bereich einzuschränken, der den Kapitalbesitzern als ungefährlich bzw. nützlich für die Wahrung ihrer Interessen erscheint.

Wie schon in der Einleitung erwähnt, steht die kapitalistische Hälfte der Welt gegenwärtig vor dem Problem, eine der tiefsten strukturellen Krisen ihrer bisherigen Geschichte bewältigen zu müssen, und das in einer Epoche, in der das gewandelte internationale Kräfteverhältnis es mehr und mehr erschwert, die systemimmanenten Widersprüche durch imperialistische Expansion zu überdecken. Im Gegenteil, die Existenz sozialistischer Gesellschaften, so unfertig und problembehaftet diese auch sein mögen, erschwert sogar zunehmend das traditionelle Abwälzen der Krisenlasten nach innen, auf die werktätige Bevölkerung. Diese Existenz des Sozialismus in realen, auch zu Vergleichszwecken heranziehbaren Staaten wirkt sich ganz besonders stark in der Bundesrepublik aus, die als einziger unter allen kapitalistischen Staaten durch die Existenz der DDR mit einem sozialistischen Staat durch gemeinsame Tradition und Geschichte sowie die Erfahrung einer seit dreißig Jahren auseinanderstrebenden Entwicklung besonders intensiv konfrontiert ist. In dieser Situation sieht sich die herrschende Klasse in der BRD in eine besonders heftige ideologische Auseinandersetzung verwickelt [32]).

Obwohl es den Großkonzernen der Bundesrepublik weitgehend gelungen ist, die Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung und zu einem geringeren Teil auch auf mittlere und kleine Unternehmen abzuwälzen, zeigen sie sich von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1975 aufs höchste alarmiert.

32) Wie sehr man sich dieser besonderen Situation bewußt ist, zeigt die Tatsache, daß zur Rechtfertigung der sonst in Europa (außer Spanien!) unüblichen Berufsverbote von rechter Seite immer wieder auf „die besondere Situation in einem geteilten Land" hingewiesen wird.

Das hat seine Ursache weniger darin, daß die Profiterwartungen unter den Bedingungen der Krise nicht immer voll erfüllt werden konnten — schließlich wurde in einigen Branchen so gut wie selten zuvor verdient [33]) —, sondern beruht in erster Linie darauf, daß die Nutznießer der „freien Marktwirtschaft" ihre Position in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus ernsthaft bedroht sehen.

Als kompetenter Sprecher soll dazu Jacques Billy, der NATO-Direktor für wirtschaftliche Angelegenheiten, zu Wort kommen, der diese Befürchtungen außerordentlich deutlich ausgesprochen hat: „Man muß sich davon hüten, ... nur einige Stärken der kommunistischen Regime zu sehen: eine verhältnismäßig hohe Wachstumsrate, die konstanter ist als in westlichen Ländern, und eine weiterreichende soziale Absicherung. Sollte die Rezession noch zunehmen und mit ihr die Masse der Arbeitslosen sich vergrößern, so besteht die Gefahr, daß eine solche Betrachtungsweise sich weiter ausbreitet." Unter diesen Umständen fürchtet Billy auch für die Zukunftsaussichten einer Politik der Hochrüstung: „In dieser schwierigen gesellschaftspolitischen Phase fällt antimilitärische Propaganda auf fruchtbaren Boden und versucht, den Verteidigungsanstrengungen die Forderungen der Allgemeinheit in anderen Bereichen entgegenzustellen." Der Autor schließt seine Bestandsaufnahme der Krisensituation mit der Feststellung: „Daher lastet als Folge der Wirtschaftskrise auf der Allianz eine reale Gefahr weltweiten Einflußverlustes. Nicht nur ihre Rolle als Bastion der freien Völker ist bedroht, sondern auch ihr Einfluß in der Welt. Auch darum ist es dringend, neue Wege zur Lösung der Krise zu finden, die, wie aufgezeigt, weitgehend ohne Beispiel ist" [34]).

In dieser aus der Sicht der Kapitalbesitzer so kritischen Situation ist es das Hauptanliegen der wirtschaftlich Mächtigen, ihren Einfluß auf das Krisenmanagement nicht zu verlieren, sondern so weitgehend wie möglich auszubauen. Den eigentlichen Bereich der Kapitalverwertung wollen sie sich dabei in traditioneller Weise selbst vorbehalten [35]). Natürlich streben sie wie schon immer nach Erhöhung der profitträchtigen Rüstungsausgaben, nach Vermehrung der Subventionen, Steuervergünstigungen, Privatisierung einträglicher Staatsbetriebe u. ä.; das ist nichts Neues. Zu einem gewissen Grade neu ist jedoch das Ausmaß, das die zum Systemerhalt notwendigen Maßnahmen angenommen haben und die sich inzwischen auf die gesamte Gesellschaft erstrecken. Das Ausmaß, das die Probleme der schulischen und beruflichen Bildung sowie der sozialen Sicherung angenommen haben, soll hier als kurzer Hinweis genügen.

All diese hier erforderlich werdenden Maßnahmen rechtzeitig durch den Staat und ohne Verminderung der Kapitalerträge, also auf Kosten der Lohnabhängigen, durchführen zu lassen, ist die erste Erwartung der Monopole an jede zukünftige Regierung.

Allerdings ist diese Erwartung in sich von Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Ganz allgemein ist auf den hier auftretenden Effekt hinzuweisen, daß die zur Systemabsicherung erforderliche Ausweitung der Sphäre der gesellschaftlichen

33) 1459 Aktiengesellschaften der BRD erhöhten die Summe der Dividendenausschüttungen von 1972 auf 1973 um 22 % und steigerten sie 1974 um weitere 10 %· siehe Tammer, Profite der BRD-Industriekonzerne im Jahre 1974, „IPW-Berichte" 12/1975, S. 8 f. — Der Gewinnanstieg setzte sich auch im Krisenjahr 1975 bei zahlreichen Aktiengesellschaften fort, vor allem die Banken machten exorbitante Gewinne; siehe Hantelmann, Zur Krise der BRD-Wirtschaft im Jahr 1975, „IPW-Berichte", 4/1976, S. 27.

34) Zit. nach „Europa Archiv", 3/1976, S. 85—92.

35) Diese Auseinandersetzung wurde in erster Linie um den Begriff der „Investitionslenkung" geführt, zu dem inzwischen Stellungnahmen von zahllosen Wirtschaftlern und Politikern vorliegen, die sich vielfach in steriler Ablehnung erschöpfen. Eine eingehendere Darstellung des Unternehmerstandpunkts hat sich vor allem die FAZ zum Ziel gesetzt; siehe dazu u. a. Beiträge von Prof. Wochner (8. 11. 1975), Prof. v. Hayek (6. 3. 1976) und Prof. Hamm (19.6.1976).

Konsumption auf Kosten der im Sinne der Mehrwerterzeugung interessanteren produktiven Arbeit geht [36]). Auch beeinträchtigt die notwendig gewordene Steigerung der Sozialleistungen, wenn sie nicht zu Lasten der Gewinne gehen soll, die Massenkaufkraft — zumindest in ihrem frei verfügbaren Anteil. Das mag sich bei starker Exportorientierung zu einem gewissen Teil ausgleichen lassen, ist jedoch im Sinne bedeutender Wirtschaftsgruppen unerwünscht, wie die in der letzten Zeit heftig vorangetriebene Kampagne gegen den „sozialen Wildwuchs" belegt [37]).

Eine der ersten Konsequenzen dieses Sachverhalts besteht nun darin, daß immer mehr die tatsächliche Erfüllung sozialer Forderungen durch soziale Demagogie ersetzt wird. Erfolgreich kann das allerdings nur unter der Voraussetzung durchgeführt werden, daß die Bevölkerung nachhaltig gegen jegliches Denken in Alternativen zum gegebenen Gesellschaftsmodell immunisiert wird. Diese Immunisierung, die in der BRD geradezu als Alternativ-Verbot vorangetrieben wird, erweist sich damit als eines der Hauptinstrumente zur Krisenbewältigung. Noch wirkungsvoller als die ideologische Immunisierung wäre es zwar, durch Beseitigung des existierenden Sozialismus jedes Alternativ-Denken in dieser Gesellschaft auf Utopie zu reduzieren, doch das internationale Kräfteverhältnis ist einem solchen Versuch immer weniger günstig.

Die herrschenden Kräfte sehen sich also zu dem Versuch gezwungen, durch eine sorgfältige Balance von einem Mindestmaß an Erfüllung sozialer Forderungen, sozialer Demagogie und ideologischer Immunisierung die Funktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems so abzusichern, diß es ihnen heute und auch noch auf längere Sicht eine optimale Kapitalverwertung ermöglicht. Sie setzen auf Integration. Punktuelle Repression schließen sie dabei nicht aus, doch die Errichtung eines faschistischen Regimes steht solange nicht zur Diskussion, wie sich der gewünschte Erfolg durch die Anwendung von Integrationsstrategien erreichen läßt.

Soziale Integration und ideologische Immunisierung, das sind die beiden untrennbar miteinander verbundenen Seiten des Instrumentariums zur Krisenbewältigung. Je mehr die Kapitalbesitzer es durchsetzten, den Existenzweck des Staates Bundesrepublik Deutschland auf Krisenbewältigung, d. h. den Erhalt des kapitalistischen Wirtschaftssystems, einzuschränken, um so mehr bildeten Integration und Immunisierung die Eckwerte, die das Feld legitimierter Ziele politischer Betätigung begrenzen. So gesehen, stellt die Wahl des Mottos „Freiheit statt Sozialismus" nichts anderes dar als den Versuch der Unionsparteien, die eine dieser Grenzen für das legitimierte Spektrum politischer Anschauungen noch einmal ganz deutlich zu markieren: Jede Politik, die sich nicht der Immunisierung gegen gesellschaftsverändernde Tendenzen verpflichtet, soll als gegen die „Freiheit" gerichtet erscheinen.

Mit dieser von der CDU dekretierten Festsetzung des politischen Bewegungsraumes sind weitreichende Konsequenzen verbunden. Sie betreffen alle fortschrittlichen, an Reformen und Veränderungen interessierten Kräfte der Bundesrepublik, ob politisch organisiert oder nicht. Da das politische Tagesziel der Unionsparteien erst einmal darin besteht, die Regierungsgewalt von der SPD

[36]) Siehe dazu: Klein, Politökonomische Aspekte des Kampfes zwischen den Weltsystemen, „IPW-Berichte", 3/1976, S. 5 f.

[37]) Leitartikel zu diesem Komplex brachte die FAZ unter anderem unter folgenden Titeln: „Strategie für magere Jahre" (5. 8. 1975); „Lob der Rezession" (30. 6. 1975); „Vom Füllhorn zum Besen", „Die Quittung für den Reform-Eifer" (beide 28. 8. 1975); „Nach uns die Sintflut" (8. 4. 1976); „Da hilft nur eine Roßkur" (29. 4. 1976) usw. Eine eingehendere Durchsicht der FAZ und der „Welt" würde zweifellos noch eine um ein Vielfaches größere Zahl solcher Artikel erbringen.

zurückzuerobern, wurden die Auswirkungen des Wahlkampfmottos in der kurzen Zeit seiner bisherigen Anwendung jedoch vor allem in bezug auf den in der SPD mitarbeitenden Teil der demokratischen Bewegung sichtbar. Diese Auswirkungen sollen hier daher kurz dargestellt werden; dazu ist erforderlich, sich noch einmal die objektive Funktion der SPD in der heutigen politischen Landschaft der BRD zu vergegenwärtigen.

Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ist davon auszugehen, daß die gegenwärtig in der Partei dominierende Richtung ihre Politik an den beiden genannten Eckwerten Integration und Immunisierung orientiert. Dadurch erweist sie sich auch in den Augen der Kapitalbesitzer als durchaus zur Führung der Regierungsgeschäfte geeignet. Das gilt auch dann, wenn sie die kurzfristigen Kapitalverwertungsinteressen einzelner Wirtschaftsgruppen nicht in jedem Fall optimal wahrt, weil sie durch ihre Potenz zur „Sicherung des sozialen Friedens" für längerfristige Systemstabilisierung sorgt. Mit Hinweisen darauf wirbt denn auch die Wahlplattform der SPD um Vertrauen, wenn sie schreibt: „Unser Netz sozialer Sicherung ist wesentliche Ursache für den beispielhaften sozialen Frieden und damit die politische Stabilität unseres Landes" [38]). Zur Erklärung führt das Programm aus: „Der Schlüssel für den Erfolg von sozialdemokratisch geführten Ländern ist ihre Reformbereitschaft, das von ihnen geschaffene dichte soziale Netz und die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften" [39]).

So beruft sich die SPD also darauf, daß sie bei einem großen Teil ihrer Wähler als zwar stabilisierende, aber auch reformfreudige Kraft gilt, die letztlich auf irgendeine Weise schon den Interessen der werktätigen Bevölkerungsmehrheit zur Geltung verhelfen wird. Und genau das ist der Punkt, an dem die CDU jetzt mit ihrer Immunisierungsstrategie einsetzt. So bereitwillig die Monopole die Fähigkeit der SPD einsetzen, durch ihre enge Verbindung mit der Arbeiterbewegung Integrationsprozesse vorzunehmen, so unheimlich ist ihnen der Sachverhalt, daß nun aus dieser Verbindung heraus innerhalb dieser Partei immer wieder weitergehende Tendenzen spürbar werden, die unter dem Begriff „systemverändernd" schlagwortartig zusammengefaßt wurden. Gegen alle diese Tendenzen richtet sich der Vorwurf des „freiheitsfeindlichen Sozialismus", und gegen sie gerichtet erhält die Wahlkampfparole der CDU/CSU erst ihren Sinn und ihre Durchschlagskraft.

Die oben unter anderem Aspekt als Schwäche des „Freiheit statt Sozialismus"-Konzepts dargestellte Tatsache, daß der Sozialismusvorwurf in den Augen der Wähler die „Macher" Schmidt, Vogel oder Leber kaum treffen werde, wird in diesem Kontext zu einem besonders wirkungsvollen Propagandamittel. „Wer garantiert, daß nicht die *ganze* SPD mit Unfreiheit gleichgesetzt wird?" [40]) fragte ein um die Wirkung und Glaubwürdigkeit der Parole besorgter Kommentator und ging mit seinem Bemühen um Differenzierung schon der Hauptaussage des CDU-Spruches auf den Leim, nämlich daß 1. Sozialismus Unfreiheit bedeute und daß 2. solche „freiheitsfeindlichen Tendenzen" von Teilen der Sozialdemokraten vertreten würden. Darum geht es den Erfindern des Wahlmottos ja nicht zuletzt, daß nämlich die linke von den beiden innerhalb der SPD zusammengefaßten politischen Linien [41]) aus dem Feld legitimierter politischer Betätigung herausgedrängt wird. Gerade das von einigen CDU-Sprechern gezeigte Bemühen um differenzierten Gebrauch der Wahlkampfparole erweist sich als besonders wirksam in ihrem Versuch zur Spaltung der Sozialdemokratie.

38) Regierungsprogramm (s. Anm. 22), S. 33.
39) Ebd., S. 25.
40) Kommentar des ZDF am 26. 5. 1976 im Rahmen der Parteitagsberichterstattung.
41) Siehe dazu ausführlicher: Eckert, Zwei Klassenlinien in der SPD, „Marxistische Blätter", 2/1967, S. 28 ff.

Einige entsprechende Zitate sollen diese Taktik verdeutlichen. Wie so oft, gab auch hier wieder Strauß den Ton an. Nachdem er zuerst versicherte, daß es ihm nicht im Traum einfalle, *jeden* Sozialdemokraten „auch nur unterschwellig mit Unfreiheit zu identifizieren" [42]), fuhr er fort: „Aber hier muß bei dieser Gelegenheit einmal gesagt werden, daß die SPD in weiten Bereichen der Bundesrepublik aus zwei Parteien besteht, von denen die eine als demokratische Sozialisten — sicherlich mit einem etwas starken Anspruch, aber als Demokraten — anerkannt werden, von denen die andere aber zum Teil offen ausgesprochene Sympathien zu einer sozialistischen Gemeinschaft der europäischen Nationen und zu einer Art Räterepublik in der Bundesrepublik bekunden" [43]). Fast noch deutlicher wurde der CDU-Fraktionsvorsitzende Carstens. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk wollte er die Wahlkampfformel nur auf einen Teil der SPD bezogen wissen: „Wir meinen, daß es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einen Flügel gibt, der mit unseren Vorstellungen von Freiheit nicht übereinstimmt, der die Soziale Marktwirtschaft beseitigen will, der eine andere Republik will, wie Karl Schiller es vor kurzem ausgedrückt hat; übrigens ein Flügel, der seine Gegner mit Terrormethoden bekämpft, dafür haben wir ja viele Beispiele aus dem Lager der Sozialdemokraten selbst, und ein Flügel, der mit den Kommunisten zusammengeht. Diesen Flügel meinen wir, wenn wir von dem Gegensatz ‚Freiheit und Sozialismus' sprechen, und diejenigen Sozialdemokraten, die sich nicht mit diesem Flügel identifizieren, mit diesem ihrem linken Flügel, denen muß man entgegenhalten: Sie befinden sich in einer Partei zusammen mit Parteifreunden, die eine andere Republik wollen!" [44])

In diesen Ausführungen wird die ganze Stoßrichtung deutlich; bei Carstens deutet sich sogar die Absicht an, systemkritische Kräfte nicht nur in einen nichtlegitimierten Raum abzudrängen, sondern sogar in die Illegalität zu verweisen — wie anders wäre sonst der völlig unsinnige Hinweis auf „Terrormethoden" zu verstehen?

Diese Auswirkungen des „Freiheit statt Sozialismus"-Mottos betreffen selbstverständlich nicht nur den linken Flügel der SPD, von dem in der aktuellen Wahlauseinandersetzung mehr die Rede ist, als es seinem tatsächlichen politischen Gewicht entsprechen dürfte.

Der Versuch zum Entzug der politischen Legitimität richtet sich gegen die gesamte demokratische Bewegung, die seit Bestehen der Bundesrepublik Träger der Bestrebungen nach mehr Freiheit und der Abwehr gegen die Versuche zum Abbau der Freiheitsrechte ist. Ihr politischer Wirkungsraum soll unter demagogischer Berufung auf die „Verteidigung der Freiheit gegen verfassungsfeindliche Tendenzen" eingeschränkt werden. Das richtet sich beileibe nicht nur gegen die SPD-Linke, die nur einen der Kristallisationspunkte der demokratischen Bewegung darstellt.

Mit noch größerem Nachdruck richten sich diese Bestrebungen schon geradezu traditionell gegen einen anderen Kristallisationspunkt, gegen die DKP. Das schon unter Adenauer ausgesprochene totale Verbot der Kommunisten ließ sich zwar nicht in seinem ganzen Umfang aufrechterhalten, doch der Versuch, die DKP-Mitglieder als Anhänger einer „noch nicht verbotenen Partei" in die Zone nichtlegitimierter politischer Betätigung abzuschieben, ist nur die Fortsetzung der Verbotstaktik mit vermeintlich zeitgemäßeren Mitteln [45]).

---

42) Als Beispiel eines über alle Zweifel erhabenen Sozialdemokraten nannte er u. a. Gustav Noske.
43) Strauß in der Etatdebatte des Deutschen Bundestages, zit. nach „Die Welt" v. 15. 5. 1976.
44) Carstens im Deutschlandfunk am 24. 5. 1976, zit. nach Tonbandmitschnitt.
45) Ein Kommentar der FAZ vom 17. 3. 1976 begründete die Notwendigkeit der Berufsverbote u. a. damit, daß die Bundesbürger im anderen Fall glauben könnten, daß „organisierter Kommunismus eine legitime

In diesem Zusammenhang wird auch sichtbar, wie kurz der Weg von der Immunisierungsstrategie zur Politik handfester Repression ist: Eine wirkungsvolle Immunisierung gegen unerwünschte politische Anschauungen erfordert in einem so starken Ausmaß auch deren Verteufelung, daß die anschließende Unterdrückung als notwendige Maßnahme erscheint, um die Glaubwürdigkeit der gesamten Veranstaltung aufrecht zu erhalten. Besonders leicht fällt den „staatstragenden" Gruppen diese bis zur Kriminalisierung reichende Repression von Andersdenkenden vor dem Hintergrund solcher Aktionen, wie sie von selbsternannten „Stadtguerillas" durchgeführt wurden, die sich mit letztlich gänzlich unpolitischen Mitteln selbst außerhalb der Verfassung und der Gesetze dieses Staates stellten. Die „Guerillas" wurden unter dem Beifall weitester Kreise der Öffentlichkeit mit unerhörter Machtentfaltung des „starken Staates" zur Strecke gebracht, und nun macht ihnen eine Republik, die begonnen hat, Elemente ihrer früheren Liberalität und Rechtsstaatlichkeit abzustreifen, mit der bekannten deutschen Gründlichkeit den Prozeß. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Repressionsinstrumente aber liegen zur weiteren Verwendung gegen alle von Fall zu Fall zu „Gegnern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" ernannten demokratischen Kräfte bereit.

Wenn es erst einmal gelungen ist, nennenswerte Teile der demokratischen Bewegung in die Grauzone der Illegitimität abzudrängen, ergibt sich bald die Gelegenheit zu dem Versuch, diese Bewegung als ganze aus dem politischen Leben auszuschalten. Nachdem die Kommunisten allerhöchsten Ortes und unter Umgehung der ganz eindeutigen Festlegungen [46]) des Grundgesetzes als Verfassungsfeinde gebrandmarkt worden waren, wurden auch alle übrigen politischen Gruppierungen, die sich dadurch nicht von jeder Zusammenarbeit mit Kommunisten abbringen ließen, gleicherweise in Acht und Bann getan. Im Zusammenhang mit der Politik der Berufsverbote sind die absurdesten Beispiele für dieses Verfahren bekanntgeworden.

Wie sich in dem Verhalten der Rechtskräfte beim Druckerstreik im April zeigte, beschränken sich diese Versuche zur Einengung des politischen Betätigungsfeldes inzwischen nicht länger auf die im engeren Sinne politischen Gruppierungen. Offenbar im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, Auswege aus der wirtschaftlichen Krisensituation zu finden, wurden als nächste nun diejenigen Gewerkschaften bzw. Gewerkschafter auf die Abschußliste gesetzt, die sich nicht den zwischen Regierung und Unternehmern ausgehandelten Lohnleitlinien unterwerfen wollen: Auch die Vertretung wirtschaftlicher Interessen im Rahmen der geltenden Gesetze ist verdächtig, sofern sie von seiten der Lohnabhängigen erfolgt. Schon wurde anläßlich des Druckerstreiks der Vorwurf erhoben, daß es sich bei diesem Arbeitskampf nicht um einen Streik für höheren Lohn, sondern um einen „Aufstand gegen die bestehende Ordnung" [47]) gehandelt habe, und im Anschluß an diese bemerkenswerte Feststellung wird sogar nach der Aufhebung des Streikrechts überhaupt gerufen [48]).

Und nun haben die Rechtsparteien also auch alle Kräfte in der SPD zum Abschuß freigegeben, die sich ihrem politischen Ziel des Systemerhaltes um jeden Preis nicht unterordnen wollen. Die Führung der SPD hat sich dabei durch den dauernd von ihr erhobenen Anspruch, zum einen eine „große Volkspartei der

Form politischen Verhaltens" sei. Inzwischen hat ja auch die SPD-Führung eingeräumt, daß der „Radikalenerlaß" Ersatzfunktion für ein inopportunes Parteiverbot übernehmen sollte.

46) Art. 18 des Grundgesetzes bestimmt, daß, wer Grundrechte „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht", diese „verwirkt". Der Artikel stellt dann fest: „Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen."

47) Johannes Binkowski, Präsident des Bundes Deutscher Zeitungsverleger, in „Die Welt" v. 21. 5. 1976.

48) Leitartikel der „Welt" v. 25. 5. 1976.

Mitte" zu sein, gleichzeitig aber auch *die* Position einzunehmen, links von der es in der Bundesrepublik nichts mehr geben dürfe, in die Lage manövriert, daß sie diesen Angriffen der Rechten fast wehrlos ausgeliefert ist. Wo linken, systemverändernden politischen Zielvorstellungen die Legitimität vorenthalten wird, schrumpft auch der Spielraum für sozialdemokratische Politik immer mehr zusammen. Tatsächlich hat die SPD, wie ihr Wahlparteitag in Dortmund bestätigte, in dieser Situation mit einer noch stärkeren Disziplinierung ihres linken Flügels reagiert. Damit wird der Raum für jede systemverändernde Politik innerhalb dieser Partei noch weiter vermindert und dazu beigetragen, das Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten in der Tendenz auf das Parteiprogramm der Rechtsparteien zu reduzieren.

Hier wird der volle Umfang der Wirkungsmöglichkeiten der CDU/CSU-Wahlstrategie deutlich. Wenn alles nach ihrem Plan verliefe, könnten nur die Rechtskräfte Gewinner des Wahlkampfes sein. Nicht unbedingt in der Form, daß die CDU/CSU tatsächlich die Wahl gewinnt und die nächste Regierung stellen kann. Im Gegenteil sieht es gegenwärtig sogar danach aus, als ob eine weitere Regierung der SPD mit der FDP, die durch Koalitionsauseinandersetzungen und die sichere CDU-Mehrheit im Bundesrat ein Alibi für mangelnden Veränderungswillen hat, den Wirtschaftsinteressen im Sinne einer wirkungsvolleren Integration der Arbeiterschaft durchaus willkommen wäre. Doch wer auch die zukünftige Regierung bildet, so, wie die innenpolitische Diskussion unter der Wirkung des von der Rechten durchgesetzten Wahlkampfthemas verändert wird, kommen die Rechtskräfte auf jeden Fall ihrem Ziel ein Stück näher, das Denken in politischen Alternativen mehr und mehr einzuschränken. Hier liegt die eigentliche Gefahr des unter dem Motto „Freiheit statt Sozialismus" geführten Wahlkampfes.

Andererseits zeigte die Darlegung der Gründe, die zur Wahl dieses Mottos geführt haben, wie defensiv im Grunde die Haltung all derer ist, die unter dieser Parole zur Verteidigung ihrer Machtpositionen angetreten sind. Dem Fortschritt der demokratischen Kräfte, die sich in ganz Europa gute Ausgangspositionen für die Verwirklichung einer Politik geschaffen haben, die auf Veränderung gerichtet ist, will die deutsche Rechte wenigstens für ihren Machtbereich noch einmal einen Riegel vorschieben. Ob ihr das auf Dauer gelingen kann, ist zweifelhaft. Die Aufgabe der demokratischen Bewegung dieses Staates besteht unter diesen Umständen ganz wesentlich darin, der von der Rechten geplanten Verengung des politischen Spielraums, dem zur Institution erhobenen Alternativ-Verbot, entschieden entgegenzuarbeiten, weil nur so eine folgenschwere Isolation gegenüber der Entwicklung in den Nachbarstaaten verhindert und auch für die Bundesrepublik die Möglichkeit zu einer fortschrittlichen Entwicklung offengehalten werden kann.

Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich

Von Gerhard Leithäuser

1. Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage in Frankreich

1.0 Die konjunkturelle Situation in Frankreich

Auch in Frankreich zeichnet sich der Wiederaufschwung ab. Die Prognosen werden nach oben revidiert. Entgegen dem von Regierungsseite verbreiteten Optimismus zeigt jedoch ein Blick auf das vorgelegte Zahlenmaterial, daß der Aufschwung sich nicht endgültig durchgesetzt hat und daß vielmehr die Gefahr groß ist, im Herbst mit einem neuerlichen Abschwung konfrontiert zu werden bzw. in eine Phase der Stagnation überzugehen.

Das Jahr 1975 war für die französische Wirtschaft ein zweites, zunächst unerwartet schweres Krisenjahr, das an den Potentialen des Aufschwungs gezehrt hat: Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3 %, der Exporte um 3,7 %, der privaten Investitionen um 7 %, der Importe um 9,6 % (alle Zahlen preisbereinigt) [1]). Die Ertragslage der privaten Unternehmen ist ausgesprochen schlecht. Ihre Investitionstätigkeit hat sich, entgegen früheren Erwartungen, nicht erholt, so daß ihr für 1976 auf 5 % prognostiziertes Wachstum auf — 1,3 % reduziert werden mußte. Der Selbstfinanzierungsanteil der privaten Unternehmen ist auf den extrem niedrigen Wert von 46,6 % gefallen gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 75 % für die vorangegangenen Jahre. Der Aufschwung stellt sich deshalb zur Zeit nur dar als verbesserte Auslastung schon vorhandener Kapazitäten. Unsicher bleibt, ob und wann der Akkumulationsprozeß wieder in Gang kommt. Die regierungsoffizielle Verlautbarung gesteht ein, daß die Investitionstätigkeit 1976 noch immer keine positiven Wachstumsraten aufweisen wird, mit anderen Worten der Akkumulationsprozeß im nationalen Durchschnitt in diesem Jahr günstigstenfalls stagniert.

Die Zunahme des Verbrauchs der privaten Haushalte im Jahr 1975 betrug 3,7 %, und die für 1976 nach oben auf 4,1 % revidierte Prognose zeigt, daß die wirtschaftspolitische Zielsetzung: verbesserte Kapazitätsauslastung durch Stützung der effektiven Nachfrage, erfolgreich war, aber auch 1976 weiterhin für erforderlich gehalten wird. Ob überhaupt oder inwieweit mit dieser Strategie, deren keynesianische Ursprünge evident sind, die Rentabilität der Investitionen dergestalt verbessert werden kann, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß

[1]) Am 23. April 1976 hat die französische Regierung der „Commission des Comptes de la Nation" ihre jüngsten revidierten Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung vorgelegt. Auszüge, von denen hier eine Auswahl getroffen wurde, wurden in der Zeitung „Le Monde" 25.—26. April 1976 abgedruckt.

	1975 Ergebnisse	1976 Prognose (September 1975)	1976 Prognose (April 1976)	1977 Prognose	Plan 1976—80 durchschnittlich
Bruttoinlandsprodukt	— 3	+ 4,7	+ 5	+5,2	+5,0
Importe	— 9,6	+11,5	+12,4	+6,9	—
Verbrauch der privaten Haushalte	+ 3,7	+ 2,3	+ 4,1	+3,7	+4
Private Investitionen	— 7	+ 5	— 1,3	+4	+7,6
Exporte	— 3,7	+ 6	+ 6,4	+8	+8
Verbraucherpreise	+11,8	+ 8,2	+ 8,7	—	+6

In der letzten Kolonne sind die entsprechenden Zahlen des VII. Plans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung 1976—1980 hinzugefügt. Siehe: VIIe plan de développement économique et social, 1976—1980, projet soumis par le gouvernement à l'avis du conseil économique et social, Paris, 21. April 1976, Zahlen im Text verstreut.

von neuem startet, ist in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation Frankreichs keineswegs gesichert. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, daß die französische Strategie in diesem Punkt sich von der deutschen, die vorrangig auf eine Verbesserung der Rentabilität der privaten Investitionen unter Hintanstellung der effektiven Nachfrage zielt, grundsätzlich unterscheidet. Diese unterschiedliche Zielbestimmung der Wirtschaftspolitik hat ihre Gründe in der unterschiedlichen politischen bzw. weitergehend der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Machtverteilung in beiden Ländern, auf die weiter unten einzugehen sein wird.

Die Verbraucherpreise sind in Frankreich 1975 um 11,8 % gestiegen. Die Prognose für 1976 wurde um den Kompromißwert von 0,5 % auf eine jährliche Zuwachsrate von 8,7 % erhöht. Die jüngsten monatlich verfügbaren Preisindizes deuten jedoch darauf hin, daß die offizielle Prognose allzu optimistisch — zweckoptimistisch im Hinblick auf Lohnforderungen — ist und mit einer Preissteigerungsrate von mindestens 10 % gerechnet werden muß. Die Hoffnung, daß im Aufschwung (z. B. wie in der Bundesrepublik) die Preissteigerungsraten geringer ausfallen könnten, dürfte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in Frankreich nicht verwirklichen lassen, d. h. einem Land das ohnehin grundsätzlich und im Vergleich zur Bundesrepublik höhere Preissteigerungsraten aufweist. Die vergleichsweise höheren Preissteigerungsraten belasten den europäischen Währungsverbund (Währungsschlange) und sind letztendlich auch der Grund für Frankreichs Ausscheiden in diesem Jahr, das synonym für eine Abwertung des französischen Franken steht. Die traditionsgemäß größeren Schwierigkeiten der Inflationsbekämpfung in Frankreich sind ein schwer zu überwindendes Hindernis auf dem Weg zur europäischen Einigung, die notwendig über eine gemeinsame, schrittweise zu verwirklichende europäische Währungsunion führen muß. Die sukzessiven Abwertungen führen zu Erhöhungen der Importpreise, die weiterhin für die Entwicklung der französischen Zahlungsbilanz, wie im folgenden zu zeigen sein wird, von zentraler Bedeutung sind.

Die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft kommen am deutlichsten in den Außenhandelsbeziehungen dieses Landes zum Ausdruck. Frankreichs Spezialisierung läuft zugunsten der Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln, deren Anteil am Gesamtexport von 1962 bis 1971 von rund 14 % auf rund 17 % angestiegen ist — ein für Industrieländer, selbst im Vergleich zu Italien, atypischer Entwicklungsverlauf [2]). Demgegenüber stagniert der Exportanteil der industriellen Erzeugnisse bei rund 75 % während desselben Zeitraumes. Eine solche Exportstruktur deutet auf einen Entwicklungsrückstand der Industrialisierung, der trotz erheblicher Anstrengungen und im Vergleich zur Bundesrepublik relativ hoher Zuwachsraten in den 60er Jahren noch immer nicht aufgeholt werden konnte. Besonders ins Gewicht fällt dieser Rückstand bei Halbfertigprodukten und dort insbesondere bei chemischen Erzeugnissen. Ein binnen- oder auch exportinduzierter Aufschwung führt unter diesen Bedingungen zunächst zu einer sprunghaften Erhöhung der Importe dieser Erzeugnisse, die ihrerseits zu einem erheblichen, tendenziell chronischen Außenhandelsdefizit füh-

[2])

Exportstruktur (in %)	Frankreich		Italien		Bundesrepublik	
	1962	1971	1962	1971	1962	1971
Industrielle Erzeugnisse	74,0	75,9	75,9	83,8	90,2	91,1
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungsmittel	14,3	17,2	15,7	8,8	2,2	3,7
Rohstoffe, Energie	11,7	6,9	8,4	7,4	7,6	5,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Zusammengestellt aus J.-P. Pagé (Hrsg.), Profil Economique de la France, structures et tendances, Paris 1975, S. 286.

ren muß. Devisenmangel kann unter diesen Bedingungen zu Schwierigkeiten bei der Sicherung der Importbedürfnisse führen. — Die Bundesrepublik ist auf der Export- wie auf der Importseite der erste Handelspartner Frankreichs. Sie ist Abnehmer vor allem von Nahrungsmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und liefert industrielle Produkte. Für den deutschen Maschinenbau ist Frankreich ein traditionell wichtiges Absatzgebiet. Die in Frankreich jedoch bisher ausgebliebene Wiederbelebung der Investitionstätigkeit setzt deutschen Exportstrategien auf diesem Sektor Grenzen.

Der Wiederaufschwung der französischen Wirtschaft kann unter den gegenwärtigen Bedingungen (so unzureichend sie auch statistisch dokumentiert sein mögen) nicht als gesichert angesehen werden. Er hat bisher nur höchst geringe Auswirkungen für diejenige Bevölkerungsgruppe, die unter der Krise am meisten zu leiden hatte: die Arbeitslosen. Die Zahl der Arbeitssuchenden schien sich seit November 1975 bei rund 925 000 stabilisiert zu haben, ist aber im März 1976 plötzlich — trotz des sich abzeichnenden Aufschwungs — wieder auf 950 000 angestiegen und sinkt in den folgenden Monaten nur langsam [3]). Ignoranz gegenüber den politisch möglichen Folgen, die sich in den 30er Jahren nur allzu deutlich gezeigt haben, Zynismus gegenüber den Betroffenen und Blindheit vor den hohen gesamtwirtschaftlichen Folgekosten von Arbeitslosigkeit scheinen in Frankreich wie auch in der Bundesrepublik seitens Regierung und Unternehmerorganisationen zu einer Politik der Verniedlichung geführt zu haben, die aus den für die Kapitalseite positiven Folgewirkungen einer relativ hohen „Sockelarbeitslosigkeit" motiviert sein mag: Verschärfung der Konkurrenz unter Lohn- und Gehaltsempfängern, die eine Erhöhung der Arbeitsintensität, Abbau des Krankenstandes usw. durchzusetzen erleichtert. Höher und deshalb schwerwiegender als in der Bundesrepublik ist der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen, der angelernten, der ausländischen Arbeitskräfte, der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Alljährlich suchen 600 000 Jugendliche einen Arbeitsplatz: 450 000 Lohn- und Gehaltsempfänger scheiden aus dem Arbeitsprozeß aus. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage bedeutet dies eine jährliche Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit um rund 150 000. Besonders hart betroffen sind Mädchen, deren Anteil an der Gesamtzahl der jugendlichen Arbeitslosen (unter 25 Jahren) sich Ende 1975 auf rund 65 % belief [4]).

Die Autoindustrie galt — zumindest bis vor der Krise — als wichtiger Indikator der wirtschaftlichen Aktivität. Hier allerdings sind ungewöhnlich hohe Zuwachsraten in den letzten Monaten festzustellen: plus rund 41 % im März 1976 gegenüber dem gleichen Monat des vorangegangenen Jahres. Die Produktionszahlen des Jahres 1973 sind damit jedoch noch nicht erreicht. Auch substantielle Preiserhöhungen scheinen die Kauflustigen auf diesem Markt nicht mehr abzuschrekken. In der dritten französischen Republik galt die heute längst überholte konjunkturpolitische Spruchweisheit: „Quand le bâtiment va, tout va . . ." (Wenn es der Bauindustrie gut geht, geht alles gut). Läßt sich eine ähnliche Spruchweisheit noch für die Autoindustrie aufrechterhalten, die ihre Potentiale als Antriebsmotor des konjunkturellen Aufschwungs im Vergleich zu den 60er Jahren nur noch in verringertem Umfang wahrzunehmen in der Lage ist?

Die französische Bevölkerung stellt die nun über zwei Jahre dauernde Krise vor allem vor drei Probleme, die ihre Lebensbedingungen negativ beeinflussen: Preissteigerungen, wirtschaftliche Unsicherheit und Ungleichheit. Preissteigerungen,

3) „Le Nouvel Observateur", Nr. 599, 3.—9. 5. 1976, S. 37.
4) Parti Socialiste, Chomage et Inflation, Paris 1976, S. 13. Die im Text aufgeführten Zahlen stimmen mit Presseberichten überein.

die ein langfristiges Schicksal zu werden drohen, dabei kontraktbestimmte Einkommen von Einkommensgruppen mit geringer Verhandlungsmacht benachteiligen und kleine Sparer, die der zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheit zu begegnen gezwungen sind, schädigen. — Drohende weil zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit in ihrer für das kapitalistische System im langfristigen Durchschnitt typischen, aber unerträglichsten Form: Arbeitslosigkeit, die insbesondere ältere Arbeiter und Angestellte hart trifft. Die langfristige Existenz einer hohen „Sokkelarbeitslosigkeit" von rund 1 Million bedeutet, daß ein zunehmender Teil der Erwerbsbevölkerung, gegebenenfalls mehrfach in ihrem Arbeitsleben, die Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen muß.

Gesellschaftliche Ungleichheit, auch wirtschaftliche Ungleichheit, wird in einem Land wie Frankreich mit radikaldemokratischen bürgerlichen Traditionen leichter zu einem gesellschaftspolitischen Problem als in der Bundesrepublik. Scharfe Klassentrennung, ungleiche Vermögensverteilung und vor allem ungleiche Einkommensverteilung werden von der französischen Bevölkerung schwerer ertragen als von der deutschen. Alle Regierungen und alle Parteiprogramme der letzten 20 Jahre haben die „Reduzierung der Ungleichheit" gefordert. In einer neueren Studie, die in Frankreich einiges Aufsehen erregt hat, wird nachgewiesen, daß die Disparitäten zwischen Löhnen bzw. Gehältern (vor Steuerabzug) sich in den letzten 20 Jahren nur unwesentlich verändert haben [5]). Bis 1968 war eine Erhöhung der Disparitäten zu verzeichnen; die Mairevolte 1968 hat offenbar eine Umkehr dieser Tendenz zur Folge gehabt.

Frankreich kennt die Trennung von Politik und Wirtschaft nicht, zumindest nicht in dem Maß, in dem sie sich in der Bundesrepublik etabliert hat. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen setzen sich in Frankreich in politisches Bewußtsein um. Vermittelnde Instanz sind die in der Linksunion vereinigten Oppositionsparteien — in der Reihenfolge ihrer Wahlergebnisse die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die Radikalen der Linken (eine gemäßigte Partei mit sozialdemokratischen Tendenzen), die seit den letzten Präsidentschaftswahlen 1974 ein gemeinsames Programm mit systemverändernden Akzenten vorgelegt haben. Ihr Präsidentschaftskandidat Mitterrand hat sich auf diese Koalition und ihr Programm festgelegt. Sie hat bei den Kantonalwahlen dieses Jahres die Mehrheit gegenüber der Regierungskoalition errungen, und es werden ihr große Chancen eingeräumt, die Parlamentswahlen des Jahres 1978 zu gewinnen. Ein Rücktritt des Präsidenten ist für diesen Fall, wenn man der breiten Diskussion in der Presse gegenwärtig Glauben schenkt, nicht auszuschließen. Bei einer Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Konstellation sind vorzeitige Wahlen möglich. Innerhalb der zeitlichen Horizonts von 6 Monaten und spätestens 2 Jahren sind in Frankreich tiefgreifende politische und das Wirtschaftssystem einbeziehende Veränderungen möglich und wahrscheinlich, die in die entgegengesetzte Richtung zu dem in der Bundesrepublik obrigkeitlich inszenierten präventiven Rechtsruck (Tendenzwende) laufen.

1.1 Strukturelle Komponenten der französischen Wirtschaftsentwicklung

Französische Wirtschaftspolitik war, ist und wird auch in Zukunft notwendig Industrialisierungspolitik sein. Der kumulierte Rückstand aus der Frühzeit der industriellen Revolution, die ich in Frankreich im 19. Jh. nicht zuletzt infolge sozialer Spannungen nur vergleichsweise zögernd durchgesetzt hat, hinterließ

[5]) CERC, dispersion et disparités de salaires en France an cours des vingt dernières années, Paris 1976. — Die steuerlichen Verteilungswirkungen sind in dieser Studie bedauerlicherweise nicht berücksichtigt.

Spuren, die sich bis in den heutigen Disproportionalitäten in der Produktion industrieller Erzeugnisse nachweisen lassen (siehe oben) [6]). In den Jahren 1960 bis 1972 wurde in Frankreich versucht, den Nachholbedarf an Industrialisierung durch hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts (BSP) zu kompensieren. Im Bereich der OECD nimmt Frankreich mit jahresdurchschnittlich 5,8 % den zweiten Platz hinter Japan (10,6 %) ein, liegt aber für diesen Zeitraum klar vor der Bundesrepublik (4,5 %). Im Jahr vor der Krise, 1973, wurde in Frankreich noch einmal eine hohe Wachstumsrate des BSP von 6,3 % durchgesetzt [7]). Die bahnbrechende Studie von Malinvaud und anderen über die Ursachen des französischen Wirtschaftswachstums in der Nachkriegszeit, in der der neoklassische theoretische Apparat zur Anwendung kommt, weist auf folgende drei Bestimmungsfaktoren zukünftigen Wirtschaftswachstums hin: Weiterentwicklung des Erziehungs- und Ausbildungssystems, Weiterführung der Investitionsprogramme der 60er Jahre im technologischen Bereich (einschließlich Forschung und Entwicklung), Anpassung an bzw. Integration in die internationalen Konkurrenzbeziehungen [8]). Die Einsichten, die die Krise in Frankreich erzwingt, führen zu einer differenzierten Betrachtungsweise. Es kann trotz der zweifelsohne systemorientiert effizienten Ausbildung in den französischen technischen Elitehochschulen nicht davon ausgegangen werden, daß das gesamte französische Erziehungs- und Ausbildungssystem den Anforderungen einer modernen kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft gerecht wird. Die alternierenden Zustände von völliger Apathie und Revolte (1968 und 1976) an französischen Schulen und Universitäten bzw. die zunehmenden Klagen über ein Absinken der Qualität der Ausbildung, deuten in eine andere Richtung. Es dürfte keineswegs sichergestellt sein, daß die französischen Ausbildungserfordernisse von dem bestehenden, durch aufeinanderfolgende, einander zum Teil widersprechende Reformen chaotisierten Erziehungs- und Ausbildungssystem erfüllt werden können. Es kann deshalb auch nicht davon ausgegangen werden, daß vom französischen Erziehungs- und Ausbildungssystem weitere relevante Wachstumsimpulse ausgehen werden.

Die technologischen Kapazitäten der französischen Wirtschaft sind zweifelsohne von Spitzenqualität. Sie sind jedoch vor allem in der Luftfahrt-, Raumfahrt-, Atom- bzw. Rüstungsindustrie konzentriert und werden in Prestige- oder Rüstungsprojekten wie „Concorde" oder Atomunterseebooten vergegenständlicht. Die französische Wirtschaft ist insbesondere infolge ihrer vergleichsweise archaischen Unternehmensstruktur noch immer weitgehend außerstande, die Modernisierungsmöglichkeiten, so wie sie Regierung oder Planungskommissariat vorschweben, zu nutzen. 1970 noch beschäftigten 85,5 % der französischen Unternehmn zwischen 6 und 100 Arbeiter bzw. Angestellte, d. h. 21,6 % der Beschäftigten, partizipieren mit 17,7 % am Gesamtumsatz des Landes, führen aber nur 12,1 % der Gesamtinvestitionen durch, in denen der technische Wandel zum Tragen kommen könnte [9]). Einschließlich der großen, hier aber nicht einmal auf-

[6]) Eine grobe Vorstellung über die Geschwindigkeit der Durchsetzung der industriellen Revolution gibt der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung (in %)

Jahr	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
1820	46	75	80
1850	22	64	65
1870	15	49	49
1910	6	42	18

Der in Frankreich zu beobachtende vergleichsweise geringe Rückgang des Anteils der in der Landwirtschaft Beschäftigten um nur 30 Prozentpunkte von 1820 bis 1910 kann mit Einschränkungen als Indikator des Durchsetzungsgrades der industriellen Revolution interpretiert werden. Siehe hierzu: J.-P. Rioux, La révolution industrielle 1780—1880, Paris 1971, S. 192.

[7]) Pagé, a.a.O., S. 33.

[8]) J.-J. Carré, P. Dubois, E. Malinvaud, Abrégé de la Croissance Française, Paris 1973, S. 263. — Siehe auch die programmatische Studie des heutigen Mitglieds der Regierung L. Stoleru, L'impératif industriel, Paris 1969.

[9]) Pagé, a.a.O., S. 118. Aus einer dort veröffentlichten Tabelle errechnet.

geführten Zahl von Kleinstunternehmen (1—5 Beschäftigte) konkretisiert sich in dieser Unternehmensstruktur auch die Wurzel des französischen Traditionalismus und Konservatismus, die jede bürgerliche französische Regierung zu respektieren gezwungen ist und die der Reformpolitik des liberal-konservativen Präsidenten enge Grenzen setzen; z. B. für eine moderne Steuerreform, wie die jüngste Zurücknahme von wesentlichen Teilen eines Reformprojekts zur Besteuerung von realisierten Wertzuwächsen (insbesondere bei Zweitwohnungen) seitens der Regierung illustriert.

Im internationalen Vergleich nimmt sich der Konzentrationsgrad der französischen Wirtschaft relativ gering aus [10]). Die Produktion und Verbreitung von Innovationen (neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren) konnte in der französischen Wirtschaft bisher aus strukturellen Gründen nicht adäquat gelöst werden, obwohl im Rahmen der Wirtschaftsplanung in den sogenannten Modernisierungskommissionen, die mit Vertretern des Staates, der Unternehmen und der abhängig Beschäftigten besetzt sind, erhebliche Anstrengungen in dieser Richtung unternommen wurden [11]). Der öffentliche Sektor der französischen Wirtschaft hat die Probleme des technischen Wandels dagegen organisatorisch zum überwiegenden Teil gut gelöst — man denke nur an die im internationalen Vergleich mustergültig geführte staatliche Elektrizitätsversorgungsunternehmung (EdF), Renault oder die französische Staatsbahn (SNCF). Der Export technologisch hochwertiger Produkte hat für Frankreich nicht zuletzt aus den oben geschilderten strukturellen Gründen seinen Schwerpunkt bedauerlicherweise im Export von Waffensystemen gefunden, die zu einem der wichtigsten Exportartikel und zu einer wesentlichen Position in der französischen Handelsbilanz geworden sind. Frankreich ist nach den USA, der UdSSR, aber noch vor England zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt geworden [12]).

Die Anpassung an oder Integration in die internationale Konkurrenz führt die französische Wirtschaft angesichts der Probleme bei der durch die archaische Unternehmensstruktur behinderten Verbreitung des technischen Fortschritts in eine schwierige Situation. Die Gleichzeitigkeit der Krise in allen Industrieländern, die offenbar nur in Schweden — wie die OECD ausdrücklich hervorhebt — durch eine adäquate Wirtschaftspolitik in ihren Folgen eingeschränkt werden konnte, bestätigt empirisch, daß die Weltmarktkonjunktur gegenüber den nationalen Zyklen zur dominierenden Instanz geworden ist. Die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses, dessen agierende Subjekte in der Gegenwart die multinationalen Unternehmen sind, reduziert nationalstaatliche Wirtschaftspolitik tendenziell auf flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage von angeschlagenen multinationalen Unternehmen. Die keynesianische Wirtschaftspolitik, die in den 30er Jahren in vergleichsweise zur heutigen Situation geschlossenen Nationalwirtschaften praktiziert wurde, wird bei zunehmender Öffnung der nationalen Märkte, d. h. bei zunehmenden grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen ihrer Effizienz weitgehend beraubt.

---

10) Der Konzentrationsgrad einer Nationalwirtschaft kann im internationalen Vergleich näherungsweise bestimmt werden als Verhältnis des Umsatzes der ersten 4, 6, 8, 12 etc. größten Firmen zum BSP.

Umsatz der jeweils größten Firmen im Verhältnis zum BSP in % für das Jahr 1969

	Bundesrepublik	England	Frankreich
4 größten Unternehmen	6,9	10,9	5,3
8 größten Unternehmen	12,4	17,4	8,8
12 größten Unternehmen	15,5	21,6	11,8
16 größten Unternehmen	18,1	24,8	14,1
20 größten Unternehmen	19,4	27,5	15,6

Nach: Pagé, a.a.O., S. 122

11) Näheres hierzu: Y. Ullmo, La planification en France, Paris 1974, S. 57 ff.

12) La France trafiquant d'armes, Paris 1974, S. 5.

2. *Die wirtschaftspolitische Strategie der Regierung*

Im konjunkturellen Bereich wurden Inflation, stagnierende Investitionstätigkeit, Handelsbilanzdefizite und Arbeitslosigkeit als Hauptprobleme der französischen Wirtschaft identifiziert. Die langfristig wirksamen strukturellen Komponenten, die den beachtenswerten Wachstumsprozeß der französischen Wirtschaft in den 60er Jahren getragen haben: Ausbildungsniveau der Arbeitskraft, technologisch hochwertige Investitionsprogramme und internationale Konkurrenz, sind nach der Krise nur noch in vermindertem Umfang wirksam. Im Sinne einer deskriptiven Analogie erscheint die Hypothese berechtigt, daß die französische Wirtschaft — wie m. E. auch die westlich-kapitalistische Wirtschaft insgesamt — in das Abschwungstadium eines Kondratieffzyklus eingetreten ist. Der langfristige Trend der Wirtschaftsentwicklung ist günstigstenfalls als Stagnation interpretierbar, die von Zyklen überlagert wird, deren Boom möglicherweise und im Gegensatz zur bisherigen Nachkriegsperiode kürzer und weniger wachstumsintensiv, deren Rezession dagegen länger und schwerer zu werden drohen.

Die Einstellung der Wirtschaftspolitik der französischen Regierung zu den konjunkturellen und strukturellen Problemen der gegenwärtigen Wirtschaftslage kann aus dem jüngst veröffentlichten VII. Plan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgelesen werden [13]). Dieser Plan ist laut Vorwort des liberalkonservativen Präsidenten „weder eine unfehlbare Voraussage der Zukunft, noch ein illusorisches Mittel, die Wirtschaft mittels Zwang zu entwickeln". Er liefert vielmehr „eine verbesserte Kenntnis der Mechanismen der modernen Wirtschaft". Gesellschaftspolitische Oberziele des Plans sind: die „nationale Unabhängigkeit" Frankreichs und die „progressive Verwirklichung des Gesellschaftssystems unserer Wahl" [14]). Unterziele, die gleichrangig zu verwirklichen sind, bestehen aus kräftigem Wachstum, Kampf gegen die Inflation, Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Man vermißt das Außenhandelsgleichgewicht, dem bei zunehmender Integration Frankreichs in den kapitalistischen Weltmarkt eine mindestens gleichrangige Behandlung zukommen sollte [15]). Stattdessen enthält das Vorwort des Präsidenten einen polemischen Hinweis auf das gemeinsame Programm der Opposition, die Ergebnisse erzielen wolle, indem sie auf „falsche Einkommen, falsches Geld, falsche Arbeitsplätze" rekurriere [16]). Ansonsten gilt als allgemeine Perspektive des Plans die beschleunigte Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität und insbesondere die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die im wesentlichen von einem kräftigen Wirtschaftswachstum und der damit verbundenen mehr als proportionalen Erhöhung des Steueraufkommens erwartet wird.

Die konkreten Maßnahmen jedoch, die zur Beseitigung der konjunkturellen und strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft aufgeboten werden, sind z. T. wenig überzeugend. Bei der Inflationsbekämpfung werden gute Absichten aufgelistet, ohne daß ihre Durchsetzungschancen näher geprüft werden [17]). Die Inflationsrate soll 6 % nicht übersteigen. Die Produktivitätsfortschritte, die in der Krise organisiert werden und im Aufschwung zum Tragen kommen sollen, werden als wesentlicher Bestimmungsfaktor erkannt. Das Gewicht der Klein- und Mittelbetriebe, die zu größeren Produktivitätsfortschritten jedoch nicht in der

13) VIIe Plan, a.a.O., Vorwort von Valery Giscard D'Estaing, Président de la République.
14) Ebd.
15) Da im weiteren Verlauf des Dokuments dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht eine zentrale Rolle eingeräumt wird, mag es sich im Vorwort des Präsidenten um eine unbeabsichtigte Weglassung handeln.
16) VIIe Plan, a.a.O., Vorwort. Der Begriff der „falschen Einkommen" taucht m. W. zum erstenmal in der physiokratischen Theorie auf. „Falsche" stehen dort im Gegensatz zu „reellen Einkommen". Siehe hierzu: Institut National d'Etudes Démographiques, François Quesnay et la Physiocratie, Band II, Textes annotés, Paris 1958, insbes. Quesnays Beitrag „Observations sur l'intérêt de l'argent", S. 763 ff.
17) VIIe Plan, a.a.O., S. 63 ff.

Lage sind, wird notwendig die gesamtwirtschaftlich realisierbaren Produktivitätsfortschritte einschränken. Aufrufe und Hinweise auf die Notwendigkeit von Lohn- und Preisdisziplin fehlen nicht, sind aber angesichts der bisherigen französischen Erfahrungen ohne Relevanz. Die Sparquote, die auf dem hohen Niveau von 17 % gehalten werden soll, würde durch eine höhere Inflationsrate im Aufschwung gefährdet. Die krisenbedingte, aus Angst vor der wirtschaftlichen Unsicherheit, insbesondere Arbeitslosigkeit, sehr hohe gegenwärtige Sparquote, wird sich bei Inflationsraten von über 10 %, d. h. einer negativen Realverzinsung, im Aufschwung nicht halten lassen. Um unkontrollierte Lohnerhöhungen weitestgehend in den Griff zu bekommen, soll das System der Tarifabschlüsse, das im Vergleich zur Bundesrepublik geringer entwickelt ist, weiter ausgedehnt werden. — Eine zentrale Rolle soll auch in Frankreich die Geldpolitik im Sinne der monetaristischen Theorie spielen. Auch die Geldpolitik stößt rasch an die strukturelle Grenze des Umfangs der Klein- und Mittelbetriebe, die bei einer Reduzierung der Geldmenge in Vergleich zu Großbetrieben benachteiligt und deshalb schnell an den Rand ihrer Existenz getrieben würden. Inflationsfördernde Defizite der öffentlichen Haushalte sollen abgebaut werden.

Die konjunkturell unerwartete Schwäche der Investitionsneigung ist im VII. Plan nicht angemessen berücksichtigt worden. Dies muß überraschen, wenn in Betracht gezogen wird, daß den Steuerermäßigungen, die bei Investitionsgüterkäufen gewährt wurden, nicht der gewünschte Anstieg der Investitionsneigung gefolgt ist. Die angekündigte scharfe Antiinflationspolitik ist in Frankreich gegenwärtig sicher nicht geeignet, die Investitionstätigkeit dergestalt zu steigern, daß die Bruttoinvestitionsquote sich im Planungszeitraum jahresdurchschnittlich auf 29 % einspielt. Die unzureichende Ertragslage der Unternehmen zu verbessern, auf die der Rückgang der Investitionsneigung letztendlich zurückzuführen ist, bleibt das im Gegensatz zu den USA und der Bundesrepublik in Frankreich noch immer ungelöste zentrale Problem. Vorschläge, wie zu einer rationelleren Selektion der Investitionen im öffentlichen Sektor übergegangen werden könne, etwa durch Vorgabe des internen Zinsfußes, können wenn überhaupt, dann günstigstenfalls mittelfristig Auswirkungen haben [18]).

Die Gefahren einer langfristig defizitären Handelsbilanz werden in Frankreich traditionell, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Thematik von „nationaler Unabhängigkeit", in den Vordergrund gerückt. Der VII. Plan enthält hierzu vergleichsweise detaillierte Angaben. Auf der Importseite sind Maßnahmen zur Reduktion der Einfuhren von Energie und Rohstoffen vorgesehen [19]). Bis 1985 soll die Energieabhängigkeit von 75 % auf 60 % reduziert werden. Ein Aufbauprogramm für Atomenergie, dessen Prinzipien noch immer kontrovers diskutiert werden, sieht eine Zunahme der Produktion von Atomstrom von 2 % im Jahr 1975 auf rund 25 % der Elektrizitätsproduktion im Jahr 1985 vor. Die Abhängigkeit von anderen Rohstoffen soll vor allem durch das „Recycling" herabgesetzt werden; für Kupfer soll beispielsweise ein Satz von 42 % erreicht werden. Das Atomstromprogramm soll über das Elektrizitätsversorgungsunternehmen EdF finanziert werden, dessen Verschuldungskapazität auch bei stark steigenden Strompreisen damit überfordert sein dürfte. Weitere Finanzhilfen von rund 1,5 Mrd. FF sind für diesen den Planungszeitraum überschreitenden Zeithorizont vorgesehen. — Auf der Exportseite soll die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse in der Handelsbilanz einen Überschuß von 40 Mrd. FF im Jahr 1980 erbringen — in diesem Zu-

18) VIIe Plan, a.a.O., S. 65/66. Siehe auch: Commissariat Général du Plan, Calcul économique et planification, Paris 1973.
19) VIIe Plan, a.a.O., S. 103 ff.

sammenhang ist zu erinnern, daß die französische Handelsbilanz von 1962 bis 1972 ausnahmslos defizitär war. Neue Exportmärkte sollen in den erdölproduzierenden Ländern des Vorderen Orients, Afrikas, Lateinamerikas erschlossen werden. Die jüngsten Erfahrungen in den Handelsbeziehungen mit diesen Ländern geben trotz anfänglicher Hoffnungen, die sich nicht umsetzen ließen, zu einem solchen Optimismus wenig Anlaß. Weitere Maßnahmen, die im VII. Plan vorgesehen sind, betreffen die Exporte von Dienstleistungen.

Die Arbeitslosigkeit droht als „Sockelarbeitslosigkeit" nicht nur als konjunkturelles, sondern auch als systembedingtes strukturelles Phänomen in Erscheinung zu treten. Arbeitslosigkeit wirft für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, vor allem dann, wenn sie massiv und langdauernd ist, Legitimationsprobleme auf, die systemverändernde Bewegungen von rechts und links hervorbringen. Der Plan widmet diesem Problem einen besonderen Abschnitt „Sicherung der Vollbeschäftigung", die jedoch statistisch dort nicht einmal definiert wird. Zwei Programme sind vorgesehen: Verbesserung der Ausbildungssituation der Jugendlichen, Transformation der Arbeitsbedingungen und Aufwertung der körperlichen Arbeit. Die Einzelvorschläge gehen über die üblichen Maßnahmen nicht hinaus, lassen aber in der programmatischen Aufwertung der körperlichen Arbeit, die über die Grenzen der technokratischen Zirkel hinaus in Frankreich diskutiert werden, erkennen, daß die Industrialisierungspolitik, die eine Ausdehnung des Anteils körperlich Arbeitender an der Erwerbsbevölkerung voraussetzt, auch bis in die Organisation der Ausbildung bzw. der Bewertung von Industriearbeit hineinreicht. Diese Stoßrichtung der regierungsoffiziellen Arbeitsmarktpolitik wird von dem Begriff der „Inkohärenzarbeitslosigkeit" ausgehend entwickelt. Darunter ist die Tatsache zu verstehen, daß es eine zunehmende Differenz zwischen der Art der nachgefragten und der angebotenen Arbeitsplätze gibt. Das höhere Bildungsniveau führt zu unerfüllbaren Erwartungen hinsichtlich der Positionen bzw. der Qualität der Arbeitsplätze, die zu verbessern ist[20]). — Durch diese Maßnahmen jedoch kann die diagnostizierte Sockelarbeitslosigkeit nicht überwunden werden, mit der sich die westlich-kapitalistischen Gesellschaften nach dem amerikanischen Vorbild abgefunden zu haben scheinen. Die Überwindung der dergestalt produzierten Armut in den reichen Ländern wird in den technokratischen Zirkeln um die Regierung diskutiert; die Einführung einer „negativen Einkommenssteuer" wird erwogen[21]). Es dürfte fraglich sein, ob die Übernahme dieses oder ähnlicher amerikanischer Konzepte dem Legitimationsdruck der von der Linksopposition ausgeübt wird, standhalten kann. Insgesamt gesehen, dürften die regierungsoffiziellen Planziele zur Bekämpfung der strukturellen Sockelarbeitslosigkeit sowie zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation nicht ausreichen, um die Krisenfolgen zu überwinden. Die französische Regierung läßt bei ihren wirtschaftspolitischen Eingriffen reaktive Verhaltensmuster erkennen, die die entscheidenden Krisenauswirkungen als Daten akzeptiert und, liberalen Grundvorstellungen folgend, nur marginale Korrekturen marktgesteuerter Produktions- und Verteilungsergebnisse vornimmt.

Eine für die „nationale Unabhängigkeit" Frankreichs im ökonomischen Bereich entscheidende Entwicklung liegt in der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem französischen Staat und den in- und ausländischen multinationalen Unternehmen. Eine neuere Studie des Planungskommissariats weist nach, daß das gegenwärtige Gewicht ausländischer Firmen, berechnet als Anteil am Import und an unter ausländischer Kontrolle produzierten Erzeugnissen, 28 % beträgt[22]). —

[20]) VIIe Plan, a.a.O., S. 2/3.
[21]) L. Stoleru, Vaincre la pauvreté dans les pays riches, Paris 1974, ist der Ausgangspunkt dieser Diskussion.
[22]) Commissariat Général du Plan, L'industrie française face aux multinationales, Paris 1975, S. 8.

Ein interministerielles „Komitee der Auslandsinvestitionen" steuert die sektorale Verteilung von Auslandsinvestitionen über eine Genehmigungspflicht. Auf diesem Wege soll eine Selektion ausländischer Investitionen vorgenommen werden, bei denen Technologietransfers erste Priorität eingeräumt wird. Die bisherige Entwicklung und Verteilung der Auslandsinvestitionen in Frankreich scheint sich jedoch trotz Genehmigungspflicht nicht grundsätzlich von einer weltmarktorientierten zu unterscheiden; die Genehmigungspflicht ist tendenziell nur mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung der weltmarktorientierten Allokation der Investitionen gefolgt.

Die französische regierungsoffizielle Wirtschaftspolitik ist wie in allen kapitalistischen Ländern eine Mischung aus Fiskalismus und Monetarismus. In Frankreich dominieren im Gegensatz zur Bundesrepublik fiskalistische Eingriffe, insbesondere eine Stützung der effektiven Nachfrage, gegenüber monetaristischen, für die seitens des Präsidenten bzw. der Regierung eine gewisse Präferenz angedeutet wird. Der Stand der französischen Unternehmenskonzentration, d. h. der unverhältnismäßig hohe Anteil von Klein- und Mittelbetrieben, und der Legitimationsdruck, der von der linken Opposition ausgeht, zwingen die offizielle Wirtschaftspolitik jedoch, eine tendenziell überwiegend fiskalistische Politik vorzuziehen, die sich in Frankreich traditionell als eine nicht durchgängig konsistente, auch partikulare Interessen begünstigende Summe dirigistischer Eingriffe darstellt — im Gegensatz wiederum zur Bundesrepublik, in der global-interventionistischen Eingriffen der Vorzug gegeben wird.

Französische Wirtschaftspolitik ist — und dies ist die Hauptthese dieses Beitrags — gewollt oder ungewollt im wesentlichen keynesianische Wirtschaftspolitik mit einer wachstumspolitischen Komponente geblieben. Die monetaristischen Anteile sind unter dem Einfluß struktureller und politischer Bedingungen relativ gering. Die zunehmende Integration der französischen Wirtschaft in die Weltmarktkonkurrenz aber verhindert, daß die insbesondere durch Unterstützung der effektiven Nachfrage stärker ausgelasteten Kapazitäten rasch zu einer entsprechenden Verbesserung der Ertragslage der privaten Unternehmen führen. Der empirische Befund deutet im Ländervergleich darauf hin, daß monetaristische Politik dies Ziel besser zu erreichen in der Lage ist. Die Wahl der Instrumente aber kann angesichts der systemverändernden Alternative der Linksunion nicht nur — wie z. B. in der Bundesrepublik — als technokratisches Entscheidungsproblem analysiert werden, sondern ist in Frankreich eine weitergreifende politische Entscheidung, die dem das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Zweifel ziehenden Legitimationsdruck der Linksopposition begegnen muß.

3. *Die wirtschaftspolitische Alternative der Linksunion*

Das Gemeinsame Programm der Linksunion vom 27. Juni 1972, zu dem sich die 3 Linksparteien und ihr Präsidentschaftskandidat weiterhin bekennen, ist vor der Krise abgefaßt und steht deshalb konjunkturell und strukturell auf einer grundsätzlich anderen ökonomischen Basis, die den systemverändernden Akzenten des Programms einen veränderten Stellenwert zuweist. Teile des Programms, insbesondere jene, in denen quantitative Zielsetzungen enthalten sind, müssen als überholt angesehen werden. Das Programm ist heute weniger interessant in seinen konjunkturellen als in seinen strukturellen Zielvorstellungen. Die konjunkturellen Vorstellungen der Linksunion, die sich als „konfliktuelle Allianz" begreift und nicht als monolithischen Verband, können aus einem Streitgespräch entwickelt werden, das der Präsidentschaftskandidat der Linksunion und Sekretär

der Sozialistischen Partei mit dem amtierenden Finanzminister geführt hat[23]). Gegenstand des Streitgesprächs war der sozialistische Plan zur Wiederbelebung der französischen Wirtschaft, der jedoch von der Kommunistischen Partei nur mit erheblichen Einschränkungen befürwortet wird.

Die vorgeschlagene Antiinflationspolitik des sozialistischen Plans besteht aus einem selektiven Preisstopp für industrielle Erzeugnisse — eine wirtschaftspolitische Praxis, die von vielen konservativen Regierungen, auch von der jetzigen, mit wechselndem Erfolg praktiziert wurde. Weiterhin wird zum Sparerschutz eine Indexierung ausgewählter Sparkonten vorgeschlagen. Die Indexierung von ausgewählten Sozialleistungen ist ebenfalls vorgesehen. Die Inflationsbekämpfung ist eine selektive Politik, die ein Bündel nach der sozialen Lage der Betroffenen gestaffelter Maßnahmen vorsieht und grundsätzlich punktuell-dirigistischer Natur ist. Sie bezeichnet damit die grundsätzlich dirigistische wirtschaftspolitische Stoßrichtung, die eine Regierung der Linksunion einschlagen würde.

Die vordringliche Aufgabe, die Investitionsneigung zu stimulieren, wird hervorgehoben. Grundsätzlich soll die Allokation der Investitionen über einen Plan geleitet werden, dessen Instrumente neben rein administrativen Geboten und Verboten u. a. aus einer Zinsverbilligung für Investitionen bestehen soll, durch die neue Arbeitsplätze geschaffen werden. — Damit ist gleichzeitig das Problem der Arbeitslosigkeit von der konjunkturellen Seite her tangiert. Im öffentlichen Sektor sollen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere im Bereich der Produktion öffentlicher Dienstleistungen (Post, Schulwesen, öffentliche Verwaltung usw.) — eine Beschäftigungspolitik, die Effizienzgesichtspunkte berücksichtigt, aber im Gegensatz zur Beschäftigungspolitik der meisten anderen kapitalistischen Staaten steht, die den Personalbestand im öffentlichen Sektor aus Ersparnisgründen ohne Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation einschränken wollen.

Die außenwirtschaftliche Problematik, die im Fall einer Machtübernahme seitens der Linksunion unmittelbar und sofort als Kapitalflucht, Kursverfall des Franken, Störung der Export- und Importströme die französische Wirtschaft vor schwierigste Probleme stellen muß, wird vom Präsidentschaftskandidaten der Linksunion mit überraschender Diskretion behandelt, woraus jedoch nicht zu schließen ist, daß auf diesem Gebiet keine Lösungsansätze und Reaktionsmuster projektiert worden sind.

Der sozialistische Plan zur Wiederbelebung der französischen Wirtschaft sieht massive wirtschaftspolitische Eingriffe zur Stimulierung der Massenkaufkraft vor, die weit über die regierungsoffiziellen Maßnahmen hinausgehen. Erhöhung der Altersrenten (Verdoppelung der Minimalsätze), die im Vergleich zur Bundesrepublik extrem niedrig sind, substantielle Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne, die in Frankreich angesichts des hohen Anteils von Klein- und Mittelbetrieben, die relativ niedrige Löhne zahlen, von großer Bedeutung sind; Steuerermäßigung für Kleineinkommen; Streichung der Mehrwertsteuer für ausgesuchte lebensnotwendige Erzeugnisse — und vieles andere mehr.

Regierungsoffizielle und sozialistische Wirtschaftspolitik unterscheiden sich auf der konjunkturellen Ebene nur in der Schwerpunktsetzung, bzw. ihre Unterschiede sind gradueller Natur. Die regierungsoffizielle Wirtschaftspolitik insistiert auf der Inflationsrate und der außenwirtschaftlichen Absicherung; die sozialistische Wirtschaftspolitik dagegen auf der Stimulierung der Massenkauf-

[23]) „Le Monde" v. 2. 3. 1976 und 4. 3. 1976.

kraft und der Investitionsneigung. Beide Politiken sind m. E. keynesianischen Ursprungs und enthalten zusätzlich eine wachstumspolitische Komponente. Die entscheidenden Unterschiede zwischen beiden Wirtschaftspolitiken liegen auf der strukturellen Ebene und in den institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb deren die jeweilige Wirtschaftspolitik umgesetzt werden soll. Die regierungs-offizielle Wirtschaftspolitik geht von dem gegebenen institutionellen Rahmen aus, der durch punktuelle Reformen sich als „fortgeschrittene liberale Gesellschaft" darstellen soll, von diesem Idealzustand jedoch angesichts der steckengebliebenen Reformen heute noch weit entfernt ist. Die sozialistische Wirtschaftspolitik bezieht tiefgreifende institutionelle Änderungen im wirtschaftlichen Bereich ein bzw. setzt sie voraus, insbesondere Verstaatlichungen, Arbeiterselbstverwaltung, progressive Substitution der Marktsteuerung durch Plansteuerung, die Frankreich in eine „sozialistische Demokratie" verwandeln sollen.

Das Gemeinsame Programm, in dem konjunkturelle Probleme ohnehin eine untergeordnete Rolle spielen, ist weiterhin von Bedeutung für die Steuerung der drei strukturellen Komponenten, die für die langfristige französische Wirtschaftsentwicklung als relevant identifiziert wurden: Ausbildungsniveau der Arbeitskraft, technologisch fortgeschrittene Investitionen und Integration in die internationale Konkurrenz. — Das Ausbildungsniveau der Arbeitskraft ist im Gemeinsamen Programm nicht nur funktionelle Komponente, sondern Selbstzweck. Gesellschaftliche Barrieren sollen abgebaut, Privatschulen verstaatlicht werden [24]). Grundausbildung in der Schule und Berufsausbildung sollen enger verzahnt, ihre Qualität verbessert werden. Es ist schwer, angesichts der zahlreichen Schul- und Ausbildungsreformen in Frankreich, die z. B. widersprüchlich und in der Durchführung stecken geblieben sind, eine Prognose über die Durchsetzungschancen des Gemeinsamen Programms in diesem Bereich zu wagen. Zweifelsohne würde das verwirklichte Programm eine wesentliche Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungssystems bedeuten, das umfassendere Wachstumspotentiale freisetzen würde als das Bestehende. Obwohl das Gemeinsame Programm vor der Krise ausgearbeitet wurde, ist das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, insbesondere der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit und die für diesen Zusammenhang entscheidende Ausbildungssituation der Betroffenen erkannt. Für eine substantielle Erhöhung des Beschäftigungsniveaus muß die vorgesehene Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und die Verlängerung des Jahresurlaubs führen — eine Wiederaufnahme entsprechender Programmpunkte der Volksfrontregierung des Jahres 1936.

Der Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischer Forschung und industrieller Entwicklung ist im Gemeinsamen Programm nur locker gestaltet [25]). Die langfristigen Wachstums- und Entwicklungspotentiale der adäquaten Kombination beider scheinen m. E. ihrer Bedeutung entsprechend nicht erkannt bzw. angemessen dargestellt zu werden. Selektionskriterien für Auslandsinvestitionen sind ebenso wie ihre regierungsoffizielle Politik auf diesem Gebiet auf Technologietransfer konzentriert. Auch Frankreich als sozialistische Demokratie wird sich aus den Verflechtungen der internationalen Konkurrenz nicht lösen können, die eine schnelle Verbreitung des technischen Fortschritts erzwingt, und ist deshalb auf eine adäquate Vergegenständlichung des technischen Wandels in den öffentlichen und privaten Investitionen angewiesen.

Kommt die Linksunion an die Macht, dann wird sich langfristig die Stellung Frankreichs auf dem Weltmarkt ändern, nachdem die oben skizzierten konjunk-

[24]) Programme commun de gouvernement, Paris 1972, 1. Teil, Kapitel IV, S. 73 ff.
[25]) Programme commun de gouvernement, a.a.O., 1. Teil, Kapitel V, S. 85 ff.

turellen außenwirtschaftlichen Probleme unter Kontrolle gebracht wurden — sofern sie überhaupt kontrollierbar sind und nicht der Linksunion außenwirtschaftliche gesteuerte Grenzen gesetzt werden, die auch — analog dem Schicksal der 30er Jahre in Frankreich — zu ihrem Sturz führen können. Frankreich wird als sozialistische Demokratie dann mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem relativen Isolationismus zurückkehren. Ökonomischer Nationalismus mit verstärkten protektionistischen Tendenzen und stagnierender bzw. rückläufig außenwirtschaftlicher Verflechtung wird Ausdruck dieser Entwicklung sein. Das in den allerdings unzulänglichen Begriffen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemessene Wirtschaftswachstum wird sich wahrscheinlich verlangsamen. Mit einem teilweisen Rückzug ausländischer multinationaler Unternehmen aus Frankreich ist zu rechnen. Diese Entwicklung muß auch für die Außenhandelsposition der Bundesrepublik restriktive Folgen haben.

Die jeweiligen Programme der Parteien, die sich zur Linksunion zusammengeschlossen haben, und das Gemeinsame Programm sehen tiefgreifende Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen vor. Im Gemeinsamen Programm ist eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors durch Verstaatlichungen bzw. massive Kollektivinvestitionen (Infrastrukturinvestitionen) vorgesehen. Die geplanten Verstaatlichungen sollen progressiv durchgeführt werden und mit der Übernahme des gesamten Bankensektors (einschließlich Versicherungen etc.) beginnen und z. T. auch namentlich aufgeführte Firmen und Schlüsselindustrien einbeziehen. Die Verstaatlichung der im Gemeinsamen Programm angegebenen Wirtschaftssektoren bzw. Firmen werden ausdrücklich als Minimalprogramm bebezeichnet. Damit wird die Verstaatlichung zur Durchsetzungsbedingung wirtschaftspolitischer Eingriffe, die bei inadäquatem Verhalten der privaten Unternehmen zum Zuge kommen kann. Mehrheitliche staatliche Beteiligungen sind ebenfalls vorgesehen. Werden diese Verstaatlichungen nach einer möglichen Machtübernahme der Linksunion durchgeführt, worüber ihr Präsidentschaftskandidat keine Zweifel gelassen hat [26]), dann wird der Akkumulationsprozeß, d. h. das Herzstück des kapitalistischen Systems, in der französischen Wirtschaft der Steuerung über den Markt bzw. Profit weitestgehend entzogen. Die Allokation der Investitionen wird dann zum überwiegenden Teil über eine demokratische Wirtschaftsplanung gesteuert.

Der Übergang von der markt- bzw. profitgesteuerten zur plangesteuerten Allokation bedeutet die Aufgabe kapitalistischer Formprinzipien im entscheidenden Bereich dieser Produktionsweise und damit eine möglicherweise irreversible Verlagerung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die von den Privateigentümern an den Produktionsmitteln auf den Staat übergehen. Frankreich kennt das Institut der Wirtschaftsplanung seit 1946. Die französischen Wirtschaftspläne sind jedoch mit Ausnahme des ersten Plans in der Nachkriegszeit bisher nie von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, sondern haben eine eher begleitende, zeitweise im öffentlichen Sektor auch programmatische, als eine Einzelpläne koordinierende Rolle gespielt. Ihr Aufgabenbereich wird sich quantitativ ausweiten, und ihre Durchführungsmodalitäten werden nicht länger indikativer, sondern in zunehmendem Maß imperativer Natur sein. Die bisher in den Parteiprogrammen, dem Gemeinsamen Programm oder von autorisierten Zirkeln der in der Linksunion vertretenen Parteien vorgelegten Studien zur „demokratischen Wirtschaftsplanung" lassen bisher noch kein theoretisch fundiertes, voll ausgearbeitetes, operationales Konzept erkennen [27]). Dies gilt gleichermaßen für die

[26]) F. Mitterrand, in: „Le Monde" v. 6. 5. 1976.
[27]) Repräsentativ hier die der Sozialistischen Partei nahestehende Studie von Ch. Pierre, L. Praise, Plan et autogestion, Paris 1976.

Konzepte der KPF, auch wenn sie auf die Bedeutung einer „wirtschaftlichen Entwicklung neuen Typs" hinweist. Die eigentlichen, im übrigen u. a. auch durchaus technokratischen Probleme der bisher weitgehend konturlosen demokratischen Wirtschaftsplanung müssen sich nach der Machtübernahme durch die Linksunion offenbar in einer Art „soziologischem Experiment" präzisieren.

Ein drittes, bisher nur skizzenhaft erläutertes Konzept gesellschaftlicher Transformation, das von der Sozialistischen Partei, der linkssozialistischen kleinen PSU (Parti socialiste unifié — Vereinigte sozialistische Partei) und der ihr nahestehenden Gewerkschaft CFDT (Confédération francaise et democratique du travail) propagiert wird, betrifft die Arbeiterselbstverwaltung (Auogestion), die sich als eine Form der direkten Basisdemokratie in den Betrieben darstellt und und auch bei Planaufstellung, -durchführung und -kontrolle eine entscheidende Rolle spielen soll. Die Kommunistische Partei verhält sich gegenüber diesbezüglichen Vorstellungen vorsichtig distanziert[28]). Mit hoher Wahrscheinlichkeit aber wird aus dem Konzept der Arbeiterselbstverwaltung nicht der gesellschaftspolitische anarcho-syndikalistische Ursprung verwirklicht[29]), sondern eine noch nicht präzisierte Form der Kontrolle durch die unmittelbar betroffenen Produzenten. Die Gewerkschaft CFDT und die linkssozialistische PSU sehen in der Arbeiterselbstverwaltung ein unverzichtbares Institut einer sozialistischen Demokratie und notwendiges Gegengewicht gegen zentralistische Tendenzen des sozialistischen Staates[30]). Uber das Institut der Arbeiterselbstverwaltung sollen nach ihren Vorstellungen jederzeit spontane Massenaktionen als Korrektiv gegen obrigkeitliche Verfügungen möglich werden. Der Kommunistischen Partei, die gegenüber der Sozialistischen Partei und der extremen Linken über einen vergleichsweise konsolidierten Parteiapparat verfügt, der sich auf die französische Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus als verbindliches, jedoch ebenfalls kaum als operational zu bezeichnendes Konzept bezieht, kann bei der Verwirklichung der beabsichtigten gesellschaftlichen Umgestaltung eine mäßigende Rolle zufallen[31]). Die Sozialistische Partei ist innerhalb von wenigen Jahren zur größten Partei Frankreichs aufgestiegen, die heute rund 30 % der Wählerschaft auf sich vereinigen kann. Mitterrand, der Präsident der Sozialistischen Partei, ist aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat. Die Sozialistische Partei ist bei den französischen Technokraten der öffentlichen Verwaltung und des nationalisierten Sektors vergleichweise stark vertreten. Aus dieser insgesamt starken Position heraus werden die gesellschaftlichen Umgestaltungen, die in Frankreich heute politisch möglich sind, von der Sozialistischen Partei im wesentlichen getragen, es sei denn, es kommt zu neuen, von einer breiteren Massenbasis ausgehenden radikaleren Bewegungen wie beispielsweise im Mai 1968, die über eine erzwungene weitergehende Arbeiterselbstverwaltung in einen revolutionären Prozeß einmünden.

4. Abschließende Bemerkungen

Es erschien für diesen Beitrag sinnvoll, konjunkturelle Tendenzen von strukturellen Komponenten in der gegenwärtigen französischen Wirtschaftssituation zu unterscheiden. Die konjunkturellen Tendenzen wurden punktuell in den Bereichen der Preisstabilität, der Investitionsneigung, der Handels- bzw. Zahlungs-

28) Yvon Bourdet, Pour l'autogestion, Paris 1974, S. 199 ff.
29) Bourdet, a.a.O., S. 49 ff.
30) E. Maire, J. Julliard, La *Cfdt d'aujourdhui*, Paris 1975, S. 163.
31) Autorenkollektiv (Boccara u. a.), Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1975; eine kritische Position dazu vertritt Jaques Valier, Le parti communiste français et le capitalisme monopoliste d'Etat, Paris 1976.

bilanz und des Beschäftigungsniveaus untersucht. An strukturellen Komponenten wurden als langfristige Wachstumspotentiale der Ausbildungsstand der Arbeitskraft, die Weiterführung technologieintensiver Investitionen und die Integration der französischen Unternehmen in den Weltmarkt, d. h. die Bestimmungsfaktoren des längerfristigen Wirtschaftswachstums, die aufgrund neoklassischer Studien und Prognosen als entscheidend eingestuft wurden, analysiert.

Ich habe zu zeigen versucht, daß die Strategien zur Krisenüberwindung der regierungsoffiziellen Seite wie auch der Linksunion im konjunkturellen Bereich letztendlich offen oder versteckt („bewußt" oder „unbewußt") in der Keynesschen Theorie verankert sind. Die Setzung der Schwerpunkte seitens der gesellschaftspolitischen Gegner differieren. Die regierungsoffizielle Seite gibt offensichtlich der Geldwertstabilität und dem Außenhandelsgleichgewicht Priorität, ist aber gezwungen, unter dem Legitimationsdruck der Linksunion der Stimulierung der effektiven Nachfrage eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken. Die Sozialistische Partei, die in der Linksunion infolge ihres Gewichts eine dominierende Rolle spielt, hat detaillierte Vorstellungen auch zur Überwindung der konjunkturellen Aspekte der Krise vertreten. Sie insistiert mit Priorität auf der Unterstützung der effektiven Nachfrage, der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, gegebenenfalls auch zu Lasten der Geldwertstabilität. — Die strukturellen Wachstumskomponenten, die die letztlich keynesianischen Politiken beider Kontrahenten, die sich auf diesem Gebiet weniger prinzipiell als graduell unterscheiden, ergänzen, dürften in punkto Ausbildung der Arbeitskraft von der Linksunion effizienter gefördert werden. Die regierungsoffizielle Seite dagegen dürfte eine weitaus effizientere Politik der Integration der französischen Wirtschaft in den Weltmarkt und damit der Sicherung von Technologieimporten zu betreiben in der Lage sein, wobei jedoch dahingestellt bleiben muß, ob vom Weltmarkt langfristig noch Wachstumsimpulse von gleicher Intensität wie in den 60er Jahren ausgehen werden.

Die Linksunion hat es verstanden, drei Brennpunkte sozialer Unzufriedenheit: Preissteigerungen, zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit und rigide Ungleichheit in Frankreich, in ein Programm politischer Mobilisation, das sich gegen zentrale Bestandteile der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung richtet, zu integrieren. Nationalisierungen, Plansteuerung anstelle von Marktsteuerung, Arbeiterselbstverwaltung (Autogestion) setzen für Konjunktursteuerung und längerfristige Strukturpolitik neue Rahmenbedingungen, die ihre Funktionsweise nachhaltig beeinflussen müssen. Eine Prognose ihrer Funktionsfähigkeit ist gegenwärtig noch unmöglich. Soziale Unzufriedenheit ist in Frankreich von der Linksunion politisch umgesetzt worden. Von der politischen Ebene aus soll nach der möglichen Machtübernahme durch die Linksunion auf dem Wege von Parlamentswahlen im Jahr 1978 — gegebenenfalls auch früher — der Umwandlungsprozeß der liberal-konservativen „fortgeschrittenen liberalen Gesellschaft" in eine „sozialistische Demokratie" eingeleitet werden — eine Entwicklung, die auch für die benachbarte Bundesrepublik nicht folgenlos bleiben kann.

Multinationale Konzerne, Bilanzen und die Wirtschaftsprüfer

Von Fritz Götte

Die Systematik, mit der die großen Mineralölgesellschaften insbesondere seit der „Ölkrise" ihre Preise hochgeschraubt haben — in diesen Wochen hat die Benzinpreisschraube erneut mehrere Umdrehungen gemacht —, lenkt verstärkte Aufmerksamkeit auf die Manipulationsmöglichkeiten der sogenannten Multinationalen, zu deren klassischen und größten Repräsentanten die Ölkonzerne gehören. Der Verfasser des nachstehenden Artikels ist mit Vorder- und Hintergründen des Themas durch seine langjährige Tätigkeit als Revisor in Großunternehmen, insbesondere in der Mineralölbranche, vertraut. D. Red.

Einleitung

Das im Gefolge der Bankpleite des Hauses Herstatt ausgesprochene Urteil des Kölner Landgerichts, in dem die von der renommierten Essener Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft Karoli als ordnungsgemäß testierte Jahresbilanz für nichtig erklärt wurde, hat eine Zunft ins Gerede gebracht, die, wie „Der Spiegel" schreibt, zwar durch beträchtliches Selbstgefühl und Einkommen charakterisiert ist, aber bei kaum einer Pleite von Rang vorher Warnungen ausgesprochen hat, sondern stets ihr weitgehend nichtssagendes Testat unter die Bilanzen setzte [1]).

Während in der Öffentlichkeit bisher die Meinung vorherrschte, die „vereidigten Wirtschaftsprüfer" würden schon dafür sorgen, daß die veröffentlichten Bilanzen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen „einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage" des Unternehmens gewähren, erfuhr man nunmehr, daß bei der Ausübung der Prüfertätigkeit mehr geglaubt als geprüft wird. Glaubensstärke verleiht den Wirtschaftsprüfern das Gefühl der Berechtigung, den Bilanzen von in Agonie liegenden Betrieben das Gütesiegel in Form ihrer Unterschrift zu verleihen.

Doch nicht nur der spektakuläre Verlust an Ersparnissen und Arbeitsplätzen für viele Menschen aufgrund von Fehlinvestitionen der Geschäftsleitungen und ihres nicht rechtzeitigen Erkennens durch die Bilanzprüfer wirft die Frage nach der Effektivität der Wirtschaftsprüfer auf. Die seit der Energiekrise forcierten Preiserhöhungskampagnen der Ölkonzerne haben die Prüfung der Angemessenheit von Gewinnspannen zu einem zentralen öffentlichen Anliegen gemacht, da Preiserhöhungen von Mineralölprodukten unmittelbare Bedeutung für das Realeinkommen des Normalbürgers haben.

Die Kritik, die seitdem in einer Fülle von Publikationen zum Ausdruck gebracht wurde, hat für unsere Betrachtung in zwei Punkten Bedeutung:

I. Die weltweite Aufhebung des Wettbewerbs und damit der Gesetze der freien Marktwirtschaft gestattet es den multinationalen Konzernen, ihre Preise hoheitlich festzusetzen, wie etwa die Bundespost ihre Gebühren. Lt. US-Volkswirt John Kenneth Galbraith seien die letzten brüchigen Stützen des liberalen Systems in den USA nur noch die Landwirte, das Dienstleistungsgewerbe und die Künstler sowie „Bordelle, Pornographen, Drogenhändler" [2]).

[1]) „Der Spiegel", 11/1975, S. 5.
[2]) John Kenneth Galbraith, Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München 1974, S. 11.

II. Die Verteilung der Produktionsstätten auf verschiedene Länder gewährt den multinationalen Konzernen Gestaltungsprivilegien, die mittelständische, lediglich im nationalen Rahmen operierende Unternehmen nicht nutzen können. Bei den konzerninternen Lieferungen von Land zu Land, die mehr als ein Drittel des Welthandels der westlichen Welt ausmachen, können sie die internen Verrechnungspreise für ihre Lieferungen so gestalten, daß der Gewinn bei der Konzerneinheit *des* Landes zum Ausweis kommt, bei der die Gewinnerzielung am niedrigsten besteuert wird, wodurch die Steuerlast der Gesamtunternehmung niedriger ist als die des lediglich national operierenden Unternehmens. Die relativ geringen Steuerzahlungen führen zu einer untragbaren Steuerlast für die übrigen Bürger, d. h. der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der mittelständischen Betriebe. Die multinationalen Konzerne können somit ihre Gewinne in Höhe der Differenz zwischen den Verrechnungspreisen und den Marktpreisen, die zwischen unabhängigen Dritten ausgehandelt werden, verschieben. Wie die amerikanischen Autoren Richard Barnet und Ronald Müller in ihrem Werk „Die Krisenmacher" darlegen [3]), haben hierbei die Mineralölkonzerne die Kunst der Konzernverrechnungspreise und die Wissenschaft von der Steuerhinterziehung vervollkommnet. Wie die genannten Autoren weiter ausführen, ist die Buchführung als Spiegel der Geschäftstätigkeit tot [4]).

Die fast zwanzigjährige Tätigkeit des Verfassers in den Zentralbuchhaltungen und Revisionsabteilungen multinationaler Konzerne wie Bayer Leverkusen, Quandt-Gruppe, Salzgitter-A.G., Firma Hans Schwarzkopf (Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst), Mineralölkonzern Texaco sowie im Betriebsprüfungsdienst der Oberfinanzdirektion Hamburg haben ihn zu der festen Überzeugung gebracht, daß die Kontrolle der Buchhaltung ein Widerspruch in sich geworden ist. Denn, wie Barnet und Müller ausführen, sind die Buchhalter in den multinationalen Konzernen die Alchimisten des Raumfahrtzeitalters, die Gewinne in Verluste und umgekehrt zu verwandeln haben [5]). Eine Revision der Buchführung wäre hier ein Anachronismus.

Bekanntlich begründen die Mineralölkonzerne ihre Preiserhöhungen mit gestiegenen Kosten. Wie die Illustrierte „stern" jedoch in ihrem Artikel „Der gewisse Kniff" [6]) anhand eines Geheimpapiers des Bundeskartellamtes enthüllte, wurden zur Rechtfertigung von Preiserhöhungen die Kosten einfach „nachgeschoben". D. h., im Gegensatz zu „normalen" Unternehmern, die ihre Preise aufgrund der Kosten festsetzen, werden bei den Ölkonzernen umgekehrt die Kosten von den Preisen gemacht.

Geradezu grotesk ist die Situation bei *den* Personen, denen man eine korrekte Prüfung der Buchhaltung der Konzerne noch am ehesten zutrauen sollte, nämlich den Finanzbeamten. Sie ist am besten charakterisiert durch den Ausspruch eines Brüsseler Spitzenfunktionärs, der über Beamte, die hinter die Machenschaften der Ölkonzerne kommen sollten, folgendes sagte: „Mancher Beamter fällt beim Anblick der angegriffenen Wirtschaftsmacht erst einmal innerlich aus den Latschen. Ich empfehle ihnen daher eine alte Geheimdienstregel: Kein Alkohol und keine Frauen" [7]).

---

3) R. Barnet/R. Müller, Die Krisenmacher, Reinbek b. Hamburg 1975, S. 194.
4) Ebd., S. 234.
5) Ebd., S. 233.
6) „stern", 10/1974, S. 206.
7) „Der Spiegel", 12/1974.

I

Wie Dr. Rainer Hellmann, Leiter der Europadirektion der führenden kontinentalen Wirtschafts-Nachrichtenagentur Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) in Brüssel in seinem Buch „Kontrolle der multinationalen Unternehmen [8]) ausführt, liegt das eigentliche Problem dieser neuartigen Wirtschaftsform im Kontrolldefizit des grenzüberschreitenden Wirtschaftens. Die öffentliche Hand habe ein großes Vakuum entstehen lassen, das von privaten Subkulturen, nämlich den multinationalen Konzernen, besetzt wurde. Diese schufen nicht nur wild wuchernde Marktformen, sondern auch eigene private Kapitalmärkte, wie den Eurodollarmarkt, die sich der Kontrolle der staatlichen Notenbanken entziehen. Angesichts der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise wird von Hellmann darauf hingewiesen, daß diese private Ordnung von sich aus nur schwer die Kräfte mobilisieren könne, um einen Zusammenbruch dieser wild wuchernden Marktformen zu verhindern.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, Jurist, Schriftsteller und Diplomat Adolf Berle bezeichnet in seinem Buch „Macht, die treibende Kraft der Geschichte" die Situation der Wirtschaft der westlichen Welt auf dem Investitionssektor als chaotisch und sieht es als entscheidenden Punkt der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an, daß Kapitalinvestitionen nach einem rational entworfenen Plan staatlich gelenkt und kontrolliert werden müssen [9]).

Angesichts der Tatsache, daß die Konzerne hinsichtlich ihrer Bedeutung den Rahmen von privaten Organisationen mit begrenzten Zielen und begrenzter Rechenschaftspflicht längst gesprengt haben, fordern immer mehr namhafte Persönlichkeiten Westeuropas und Amerikas, daß die Buchhaltungen der multinationalen Konzerne öffentliche Dokumente zu sein haben und daß die Bilanzierungsvorschriften der einzelnen Länder harmonisiert werden müßten, um einen Vergleich der einzelnen Gesellschaften hinsichtlich ihrer Vermögens- und Ertragsverhältnisse auf internationaler Ebene zu ermöglichen [10]).

Diese theoretisch recht banal klingende Forderung ist jedoch in der Praxis kaum durchzuführen, da die Zielsetzungen der einzelnen Gesellschaften bei der Bilanzaufstellung von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr und von Land zu Land zu unterschiedlich sind und die Bilanzen mehr Kampfinstrumente sind als dem Zweck dienen, eine allseitige, für Verbraucher, Gläubiger, Lohnempfänger und Anteilseigner gleichermaßen brauchbare Information hinsichtlich Vermögens- und Ertragslage zu sein.

Vor allem sind die nationalen Merkmale der Kapitalbildung, die Strategie der Konzentration und die damit zusammenhängende Bilanztechnik so unterschiedlich, daß sie nicht in den jeweiligen nationalen Gesetzgebungen ihren Niederschlag gefunden haben. So spielt in der Bundesrepublik Deutschland bei den Sparern die Geldanlage in Aktien eine untergeordnete Rolle. Das Finanzgeschehen wird vielmehr von den drei großen privaten Finanzinstituten wie Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank kontrolliert, die in zunehmendem Maße die Finanzierung der großen Kapitalgesellschaften durch Gewährung langfristiger Bankkredite garantieren, wodurch diese auf das Werben um Aktionäre verzichten können. Im Gegenteil, die Konzernverwaltungen haben ein Interesse daran, einen möglichst großen Anteil der erwirtschafteten Gewinne zurückzubehalten, um damit ihre Erweiterungsinvestitionen zu finanzieren, anstatt sie an die Aktionäre auszuschütten.

8) R. Hellmann, Kontrolle der multinationalen Unternehmen, Baden-Baden 1974, S. 9 und S. 119/120.
9) Adolf Berle, Macht, die treibende Kraft der Geschichte, Hamburg 1973, S. 241.
10) Cairncross/Giersch, Wirtschaftspolitik für Europa, München 1974, S. 132.

Die Interessenlage der privaten Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik besteht also darin, bei ihren veröffentlichten Jahresbilanzen den Eindruck zu erwecken, daß sie ärmer sind, als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die gesetzlichen Bestimmungen, die bei der Aufstellung der zu veröffentlichenden Jahresbilanzen zu berücksichtigen sind, können den Wünschen der Konzernverwaltungen um so mehr entgegenkommen, als der Schock der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren es dem Gesetzgeber leichtgemacht hat, die Bilanzierung künftiger Gewinne zu untersagen und lediglich dafür Sorge zu tragen, daß aus der Bilanz zum 31. 12. eines Jahres die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens hervorgeht. Die Aufstellung der Jahresbilanz ist an der rein juristisch ausgerichteten Denkweise orientiert, deren Hauptaugenmerk darauf gerichtet ist, daß beim Zusammenbruch einer Firma die Verwertung der noch vorhandenen Vermögenswerte eine Sicherstellung der Gläubiger wie Lieferanten und Banken gewährleistet. Daß gerade in der gegenwärtigen Krise die besten Pfänder nicht viel wert waren und bei den zahlreichen Pleiten Lieferanten und Banken große Verluste erlitten, wurde in dem Buch „Die Pleitemacher" [11]) von Hans-Lothar Merten eingehend geschildert. Für einen Gläubiger ist es wichtig, daß das Unternehmen erfolgreich wirtschaftet, und gerade hierüber sagen die Bilanzen nichts aus. Die aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften lassen es ausdrücklich zu, daß die Gewinne nicht restlos offen ausgewiesen werden müssen, sondern daß ein Teil von ihnen zum Beispiel für Wertverschleiß von Maschinen und Gebäuden als Aufwandsposten in Form von Abschreibungen ausgewiesen wird, der in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden hat. D. h., die Firma besitzt Anlagen, die noch Jahre arbeiten, in der Bilanz aber nicht mehr als Vermögensgegenstände ausgewiesen werden. Die mangelnde Rechenschaftspflicht der Konzernverwaltungen über den Nutzen von gewissermaßen als „stille Reserve" gehaltenen Vermögenswerten kann sich in der Abschwungsphase dann unter Umständen als verhängnisvoll erweisen, wenn der Beginn einer Talfahrt noch eine Zeitlang dadurch verschleiert werden kann, daß das Unternehmen von den Reserven zehren kann, indem es z. B. in der Bilanz mal keine Abschreibungen für den Wertverschleiß von Anlagen ansetzt oder, mit anderen Worten, die Abschreibungen „streckt".

Völlig anders hingegen ist die Situation in den USA. Die mangelnde soziale Absicherung durch den Staat sowie die ausgeprägte unternehmerische Mentalität der Bevölkerung hat das Geldanlegen in Aktien zu einer populären Nebenbeschäftigung vieler Amerikaner werden lassen, wobei für den Aktienkauf das Wachstumspotential der Firma ein entscheidenderes Kriterium ist als die ausgeschütteten Dividenden.

Diese unterschiedliche Mentalität hat Konzernverwaltungen und Gesetzgeber in den USA zu einer anderen Verhaltensweise gegenüber Fragen der Bilanzaufstellung gezwungen. Das Werben um das Sparkapital der Aktionäre machte es erforderlich, daß die Führungskräfte der Konzerne jedes Jahr zufriedenstellende Wachstums- und Profitraten in ihren Jahresbilanzen vorzeigen konnten. Vorstandsmitglieder, die in ihren Bilanzen kein Wachstumspotential mehr aufweisen konnten, fanden sich neben ihrem Sessel wieder. Wer jedoch als Bilanzsieger galt, konnte sich in Privilegien baden, die nur noch Ölscheichs vergönnt waren [12]).

Hieraus ergibt sich von selbst, daß die „Tyrannei der Jahresbilanz" in Amerika den Gläubigerschutzgedanken bei der Bilanzierung in den Hintergrund treten

11) Hans-Lothar Merten, Die Pleitemacher, München 1975, S. 21.
12) R. Barnet/R. Müller, a.a.O., S. 49.

läßt. Im Wettlauf um das Privileg, die Firma mit dem größten Wachstumspotential zu sein, um die größten Chancen beim Werben um die Aktionäre zu haben, haben die Alchimisten des Raumfahrtzeitalters oder die Meister der neuen okkulten Wissenschaft, wie man die Bilanzbuchhalter und Steueranwälte nennt [13]), eine wahre Virtuosität entwickelt, wie man zukünftige Gewinne in die Jahresbilanz einbaut und Aufwendungen in Erträge verwandelt. Wie geht das vor sich?

Nach herrschender bundesdeutscher Bilanzauffassung darf ein Gewinn nur dann ausgewiesen werden, wenn folgende drei Voraussetzungen erfüllt sind:

I. Der Prozeß des Verdienens muß abgeschlossen sein, d. h. die Leistung muß erbracht bzw. die Ware dem Kunden übergeben worden sein.

II. Alle laufenden Kosten wie Forschungs-, Entwicklungs-, Verwaltungs- und Anlauf- und Werbungskosten, mit denen kein neues Wirtschaftsgut hergestellt worden ist, müssen im Jahre ihrer Entstehung als solche gebucht und von den Erlösen gewinnmindernd abgesetzt werden.

III. Gewinne, die nicht aus der laufenden Produktion, sondern dem Verkauf von Substanzwerten stammen, müssen als solche gekennzeichnet werden.

Zu I. In den USA hatte man keine Bedenken, Anzahlungen auf noch nicht erbrachte Leistungen bzw. im voraus erstellte Rechnungen als Erlöse zu behandeln. Ebenso kennt man dort das sogenannte Realisierungsprinzip nicht. Während z. B. in der BRD Wertverluste an noch nicht verkauften Vermögensgegenständen gewinnschmälernd ausgebucht werden müssen, entsprechende Wertsteigerungen hingegen zu keiner Gewinnerhöhung führen dürfen, kennt man in Amerika derartige Bestimmungen nicht [14]). Kurserhöhungen von noch im Firmenbesitz befindlichen Wertpapieren können somit in der Bilanz als vorweggenommener Gewinn behandelt werden. Das bei den westdeutschen Kapitalgesellschaften übliche gegensätzliche Prinzip des Versteckens von Gewinnen, die Bildung sogenannter „stiller Reserven", indem man beispielsweise die Abschreibungen von Maschinen und Gebäuden schneller vornimmt, als es der Abnutzung der Anlagen entspricht, wird in den USA wenig geschätzt [15]). Dort wollen die Anteilseigner selbst beurteilen, ob sich eine Investition gelohnt hat oder nicht, da sie in Finanzierungsfragen die Freiheit für sich in Anspruch nehmen, ihr eigenes Geld dort anzulegen, wo es den höchsten Nutzen für sie bringt.

Zu II. Im Gegensatz zur bundesdeutschen Auffassung, wonach eine Bilanz mehr den Liquidationswert darstellen soll, gehen die Amerikaner bei ihren Bilanzen mehr von der Fiktion aus, daß das Unternehmen Ewigkeitswert hat. D. h., die oben dargestellten laufenden Kosten werden nicht als laufende Kosten angesehen, sondern man setzt für sie fiktive Vermögenswerte in die Bilanz ein, d. h. Vermögenswerte, die in Wirklichkeit gar nicht existieren, von denen man hofft, daß man sie gegen zukünftige Erlöse ausbuchen kann. Der amerikanische Wirtschaftsprüfer A. Briloff schildert in seinem Buch „Unaccountable Accounting", zu deutsch „Unverantwortliche Buchhaltung", neben zahlreichen anderen Beispielen anhand des Falles der Flugzeugfirma Lockheed [16]), wie diese bei einem Regierungsauftrag in ihrer Kalkulation die zu erwartenden Kosten für Entwicklung und Bau unterschätzt hat und die dann tatsächlich angefallenen Mehrkosten in Erwartung weiterer Anschlußaufträge der Regierung als Vermögensposten in

13) Ebd., S. 120.
14) Der Jahresabschluß von Aktiengesellschaften in Europa und USA, Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft, Berlin (West) 1967, S. 211.
15) Christopher Tugendhat, Erdöl, Sprengstoff der Weltpolitik, Reinbek b. Hamburg 1972, S. 274.
16) Abraham Briloff, Unaccountable Accounting, New York 1972, S. 58 und S. 158.

die Bilanz einsetzte. Die Anschlußaufträge blieben aus und die Firma geriet in Schwierigkeiten. Wie die Firma daraufhin versuchte, mit Hilfe von Bestechungsgeldern Anschlußaufträge im Ausland zu erhalten, ist in jüngster Zeit deutlich geworden.

Zu III. Eines der Hauptantriebsmomente für die rasante Konzentrationswelle der amerikanischen Industrie in den 60er Jahren war die Möglichkeit, Erlöse aus dem Verkauf von Substanzwerten aufgekaufter Firmen in den Bilanzen als Gewinne aus laufender Produktion darzustellen. Der einmalige Effekt der verschönernden Auswirkung auf ihre Bücher zwang die Mischkonzerne, immer weitere Firmen aufzukaufen [17]). Das unermüdliche Streben nach Neuerwerbungen diente mehr der Superlativierung der Bilanzen als der Vortrefflichkeit des Fabrikates.

Diese liberale Gesetzgebung gestattete es den amerikanischen Kapitalgesellschaften jedoch nicht nur, ungehemmt das Sparkapital amerikanischer Bürger anzulocken; es ermöglichte ihnen darüber hinaus, entsprechend der besonderen Interessenlage der amerikanischen Großwirtschaft, mit Hilfe des Publikums sich andere große Gesellschaften einzuverleiben, ohne dafür Bargeld auszugeben, und somit wesentlich schneller zu expandieren als beispielsweise die europäischen Gesellschaften.

Hierzu sind einige grundsätzliche Überlegungen zum Problem der Fusion, d. h. der Konzentration in der Wirtschaft durch Firmenzusammenschlüsse, erforderlich.

Graham Bannock beschreibt in seinem Buch „Die unersättlichen Giganten" den Unterschied zwischen sogenanntem Innen- und Außenwachstum der Konzerne [18]). Um zu wachsen, das heißt, um Vermögen, Umsatz und Gewinn zu vergrößern, muß ein Konzern gewöhnlich zwei Dinge tun: Produktion und Absatz seiner Produkte steigern und die erforderlichen Investitionsmittel zustandebringen. Wenn er nicht brachliegende Kapazitäten oder Fertigwarenlager hat, kann er seinen Absatz nicht ausweiten, ohne Kapital zu investieren. Dieses kann aus drei Quellen fließen: Der Konzern kann seine eigenen Einnahmen aus gegenwärtigen oder vergangenen Umsätzen verwenden, d. h., er kann Abschreibungserträge und unverteilte Gewinne reinvestieren; er kann Geld zu festen Zinsen in Form von Bankkrediten borgen oder das Eigenkapital erhöhen durch Aktienemission. Schließlich kann der Konzern sich mit einem anderen Konzern vereinigen, der entweder über die nötige Kapitalausstattung oder über die Mittel zu deren Anschaffung verfügt.

Dieser letztgenannte Weg führt auch zu einer unmittelbaren Vergrößerung von Vermögen, Umsatz und Profit, wenn zwei Konzerne zu einem werden, sich also fusionieren. Wachstum durch Vereinigung mit einem zweiten Konzern ist etwas ganz anderes als Wachstum aus eigener Kraft. Das erste wird als Außen-, das zweite als Innenwachstum bezeichnet.

Welche Methoden muß nun ein Aufkäuferkonzern anwenden, um sich einen anderen Konzern einzuverleiben, ohne selbst einen Preis dafür zu zahlen, d. h., ohne aus seiner eigenen Substanz etwas hergeben zu müssen und das Publikum, also die Anteilseigner, zum Mitmachen zu veranlassen? Es geschieht durch eine sogenannte „Gleichschaltung" von Buchhaltung und Bilanz beider Firmen, auch „Interessenvereinigungs-Buchhaltung" genannt [19]). Hier wird zunächst in

17) Barnet/Müller, a.a.O., S. 306.
18) Graham Bannock, Die unersättlichen Giganten, Wien 1972, S. 94.
19) Anthony Sampson, Weltmacht ITT, Reinbek b. Hamburg 1973, S. 125; sowie Briloff, a.a.O., S. 59 ff. und S. 104, S. 108 ff.

die Bilanz des Aufkäuferkonzerns „Luft" reingelassen, indem der Gewinn durch noch nicht verdiente Erlöse inflationiert wird. Die Bilanz des untergehenden Konzerns hingegen wird mit Schulden für Kosten vollgestopft, die noch gar nicht entstanden sind, während den Direktoren durch entsprechende Angebote das Aufgehen in den neuen Großverband schmackhaft gemacht wird. Wie Briloff sagt, gewinnt hierbei jeder [20]). Wirklich jeder? Das „Publikum", die Masse der kleinen Aktiensparer, muß die Zustimmung geben. Hierzu ist noch der große Börsencoup erforderlich. Die Kurse des Aufkäuferkonzerns werden hochgetrieben, während umgekehrt die Anteile des geschluckten Unternehmens unter Wert gehandelt werden, so daß ihre Inhaber von dem „günstigen" Umtauschangebot Gebrauch machen, ihre „wertlosen" Papiere gegen die des Aufkäuferkonzerns einzutauschen, dessen hoher Kurs zum Teil aus Luft besteht.

Völlig anders hingegen ist die Konzernstrategie bei Konzentrationsvorgängen in der BRD. So wie beim inneren Wachstum der deutschen Konzerne die Finanzierung der Investitionen durch zurückbehaltene Gewinne und ihre Ergiebigkeit durch willkürliche Abschreibungen vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleibt, so braucht man auch beim externen Wachstum, also beim Zusammengehen mehrerer Großkonzerne, das Publikum nicht.

Zunächst einmal bestand in Westdeutschland in den ersten zwanzig Jahren nach dem Kriege kein Bedürfnis nach Fusionen. Abgesehen davon, daß es aus politischen Gründen nicht opportun war, in der ersten Zeit nach dem Kriege durch offene Zusammenschlüsse wirtschaftliche Macht zu demonstrieren, war infolge weitgehender Zerstörung des Wirtschaftspotentials der Bundesrepublik derart viel Raum für inneres Wachtstum, daß die einzelnen Firmen genug Ausdehnungsradius besaßen.

Darüber hinaus haben sich vielfach völlig neue Formen der Unternehmenskonzentration herausgebildet. Mit relativ geringen Barmitteln haben sich gerade die führenden Konzerne durch Erwerb von Beteiligungen an kleineren Konzernen Machtbereiche geschaffen, die weit über das eigene Kapital hinausreichen [21]). Völlige Fusionen sind selten geworden.

Auf einen weiteren Tatbestand ist noch hinzuweisen, der eine offene Fusion wie den Zusammenschluß der deutschen chemischen Fabriken zu dem IG-Farben-Trust in den 20er Jahren überflüssig macht. So haben die führenden deutschen Kapitalgesellschaften unter sich vielfach eine Arbeitsteilung eingeführt, oder, vornehmer ausgedrückt, eine zwischenbetriebliche Kooperation [22]). So haben sich beispielsweise die Farbwerke Hoechst eine führende Stellung auf dem Gebiet der Erzeugung chemischer Fasern erworben. Der BASF-Konzern ist hingegen der größte Kunststoffproduzent, während bei Bayer die Herstellung von synthetischem Kautschuk konzentriert ist.

Diese unterschiedliche Interessenlage der amerikanischen und westdeutschen Kapitalgesellschaften hat in den 60er Jahren zu einem wohl einmaligen Kuriosum geführt, was den möglichst „genauen Einblick in die Vermögens- und Ertragslage" amerikanischer und westdeutscher Kapitalgesellschaften anhand veröffentlichter Bilanzen anlangt. Während in der Bundesrepublik die veröffentlichten Handelsbilanzen mit ihren weitgehenden Unterbewertungen als eine vernünftige Vermögensaufstellung nicht mehr angesprochen werden konnten [23]),

[20]) Ebd., S. 72.
[21]) B. Grossfeld, Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär, Tübingen 1968, S. 11.
[22]) Manfred Straube, Zwischenbetriebliche Kooperation, Zürich 1972, Vorwort.
[23]) H. Brönner, Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, Stuttgart 1960, S. 10.

waren die amerikanischen Bilanzen vielfach „Luft". Der Drang, Papiergewinne zu machen, veranlaßte Leonard Spacek, ehemals Präsident der amerikanischen Wirtschaftsprüfergesellschaft Arthur Andersen, zu folgender Äußerung: „Mein Berufsstand scheint eine Anzahl Finanzberichte als ein Rouletterad für das anlegende Publikum anzusehen." David Norr vom amerikanischen Institut für Wirtschaftsprüfer ist derselben Ansicht: „Buchführung als Spiegel der Geschäftstätigkeit ist tot." Der Chef einer pharmazeutischen Gesellschaft gibt folgenden Leitsatz wieder: „Ein guter Buchhalter ist tausend Vertreter wert" [24]). Wie Sorba in seinem Buch „Die Größten der Großen" ausführte, werden die europäischen Werke von Unternehmern und Technikern geschaffen, während die amerikanischen Konzerne von Bankiers und Spekulanten gegründet wurden und wegen ihres spekulativen Charakters oft schon den Keim des Mißerfolgs in sich tragen [25]).

Im Laufe der US-Wirtschaftsgeschichte gab es zwar immer wieder politische Gegenbewegungen, wenn die Machtzusammenballung und deren Mißbrauch durch einzelne Wenige zu offensichtlich wurde, da nach dem Selbstverständnis der Amerikaner „freier Wettbewerb" die dem gesamten politischen Leben der USA zugrundeliegende Ideologie ist. Auf der anderen Seite jedoch ist es den Expansionskräften der amerikanischen Wirtschaft immer wieder gelungen, neuartige Wege der Konzentrationsmöglichkeiten zu finden. Das beste Beispiel hierfür liefern die Banken. Als in den 30er Jahren das Spekulieren der amerikanischen Geldinstitute an der Börse überhand nahm, wurde es ihnen kurzerhand verboten. Man wollte verhindern, daß die Banken das aufgrund des Kreditgeschäfts gewonnene interne Wissen der Kapitalgesellschaften benutzen, um auf Kosten des Sparerpublikums Spekulationsgewinne einzustreichen. Das Ansammeln von Depositen und das Geldverleihgeschäft einerseits sowie das Wertpapiergeschäft andererseits durfte nicht von ein und demselben Bankinstitut betrieben werden. Doch die Banken fanden eine Gesetzeslücke, wonach es ihnen nicht verwehrt ist, Eigentümer von nichtverwandten Industriezweigen zu werden bzw. im Ausland Beteiligungen zu erwerben. Als die beweglichsten aller Unternehmen waren sie einer der Wegbereiter einer ganz neuen und viel rascher sich entwickelnden Form wirtschaftlicher Machtzusammenballung, nämlich der wechselseitigen Subventionierung.

Eine gegenseitige Subventionierung liegt dann vor, wenn beispielsweise die dem ITT-Konzern gehörende amerikanische Versicherungsgesellschaft Hartford die in Hamburg aufgekaufte Transatlantische Versicherungsgesellschaft veranlassen würde, die deutsche Konkurrenz preislich so zu unterbieten, daß sie nur noch mit Verlust arbeiten kann, und diese Verluste dann solange subventionieren würde, bis die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet ist und der amerikanische Konzern nach Erringung einer dominierenden Stellung auf dem deutschen Versicherungsmarkt die Preise kräftig erhöhen kann.

Die Methode, auf diese Weise einen Sektor nach dem anderen unter ihren herrschenden Einfluß zu bekommen, hat es auch den amerikanischen Industriekonzernen ermöglicht, die Antitrust-Gesetzgebung zu umgehen. Doch was sind Antitrust-Gesetze?

Als um die Jahrhundertwende Rockefeller aufgrund seines Transportmonopols die Aktionäre der meisten amerikanischen Ölgesellschaften zwang, ihren gesamten Besitz dem von ihm gegründeten „Trust" zu übertragen, um dafür „Trust-

[24]) Barnet/Müller, a.a.O., S. 234.
[25]) Sorba, Die Größten der Großen, Düsseldorf 1972, S. 173.

zertifikate" zu erhalten, führte die öffentliche Gegenbewegung zu der sogenannten „Antitrust-Bewegung". „Trust" bedeutet „zu treuen Händen übertragen" und hatte damals nur diese Bedeutung. Durch Rockefellers Standard Oil wurde jedoch dieses Wort zu einer Bezeichnung einer Organisation, bei der die Aktionäre ihre Anteile einem Treuhänderausschuß, einem „Board of Trustees", übergeben, der nicht Besitzer des Unternehmens ist, dieses Unternehmen aber unbeschränkt beherrscht. Die Anti-Trust-Gesetze nun besagen, daß kein Unternehmen verwandte oder komplementäre Industrien aufkaufen und mit ihnen fusionieren darf, um so eine Monopolstellung zu erreichen und die Konkurrenz auszuschalten. Zum Beispiel darf keine große Chemiefirma kleinere auffressen oder mit Kunden oder Lieferanten fusionieren.

Bei der Umgehung der Antitrust-Gesetze kam den neuen Konzernbauern ein besonderer Umstand zu Hilfe, nämlich die Gier des amerikanischen Börsenpublikums. Wie André Kostolany in seinem Buch „Geld, das große Abenteuer, Aufzeichnungen eines Börsianers" ausführt, ist das entscheidende Charakteristikum eines Börsenspekulanten, aus Schaden nie klug zu werden und, ähnlich wie bei einem süchtigen Alkoholiker, der trotz des Katers am Morgen am Nachmittag das Trinken wieder anfängt, sich immer wieder von neuartigen Methoden betrügerischer Konstruktionen mißbrauchen und berauschen zu lassen [26]). Insbesondere beim amerikanischen Börsenpublikum läßt sich die Gier auf „Mitnahme von Kursgewinnen" immer wieder mißbrauchen. So haben in den 60er Jahren die liberalen Bestimmungen hinsichtlich der Aufstellung veröffentlichter Bilanzen die Konzernmanager dazu inspiriert, mit Hilfe neuartiger „Bilanzierungsmethoden" die Unterstützung des Publikums beim Aufbau neuartiger Konzernstrukturen für sich in Anspruch zu nehmen. Die Techniken dieser Bilanzierung wurden bereits kurz erwähnt. Doch um was für neuartige Konzernstrukturen handelt es sich? Aufgrund der Antitrust-Gesetze durften Firmen gleicher Branchen nicht mehr fusionieren. Also verleibte man sich Betriebe fremder Branchen ein, und zwar gleich ganze Industrien. Es entstand der sogenannte Mischkonzern. Diese amerikanischen Konglomerate eigneten sich Firmen in der ganzen Welt an, von Tokio bis Chile, vom Räucherschinken, deutschen Versicherungsgesellschaften, Hotels, Mietwagen, Immobilien bis zum Telefon [27]), ohne in der Regel dafür Bargeld zu bezahlen. Die Neuerwerbungen wurden hingegen mit eigenen Aktien finanziert. Dieses System ruhte jedoch wie eine riesige, auf die Spitze gestellte Pyramide auf einem winzigen Angelpunkt: dem Aktienkurs an der New Yorker Börse. Um den Kurs ständig steigen zu lassen und damit die Aktien für die Besitzer der einzuverleibenden Firmen „interessant" zu machen, mußten stetige Wachstumsbilanzen, auch schöpferisches Schriftstellertum genannt, aufgestellt werden. Dies geschah zum Beispiel dadurch, daß Gewinne aus Substanzverkäufen, wie Patente aufgekaufter Firmen, als Gewinne aus der laufenden Produktion dargestellt wurden [28]). Ein derartiges Spiel geht natürlich nur solange gut, als es gelingt, mit immer neuen Scheingewinnen in der Bilanz neue Firmen an sich zu ziehen, deren „Versteigerungserlöse" dann wiederum dazu dienen, neue Wachstumserfolge zu simulieren. Diese Entwicklung zum Privatsozialismus hin hat den amerikanischen Gesellschaftskritiker Art Buchwald veranlaßt, in einer Glosse die Situation plastisch vor Augen zu führen [29]). Hierin schildert er, wie bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung eines Tages sämtliche Unternehmen westlich des Mississippi von dem Konzern Samson gekauft werden, während

[26]) André Kostolany, Geld — das große Abenteuer, München 1972, S. 165.
[27]) Anthony Sampson, a.a.O., S. 123.
[28]) A. Briloff, a.a.O., S. 62 ff.
[29]) Mintz/Cohn, Amerika GmbH, München 1972, S. 53.

östlich des Mississippi der Konzern Delilah alle Betriebe schlucken würde. Anschließend würden Samson und Delilah zur Antitrust-Behörde gehen und um offizielle Heiratserlaubnis einkommen, da es im Interesse des amerikanischen Verbrauchers liege, wenn die Herstellung der Waren für Amerika von möglichst einer großen Produktionseinheit betrieben würde. Nun, es kam Gott sei Dank nicht so weit. In den späten 60er Jahren begannen die ersten Mischkonzerne zusammenzubrechen. Kursstürze und Konkurse führten zur Vernichtung vieler Sparkapitalien, und der darauf folgende Sturm der Öffentlichkeit veranlaßte den Gesetzgeber, bei Firmenerwerbungen Vorankündigungen vorzunehmen (siehe auch das Buch von Robert Hargreaves „Superpower") [30]).

In der BRD hingegen sind derartige Mißheiraten wie die von Samson und Delilah mit anschließender Mißgeburt wie der spektakuläre Verlust vieler Sparkapitalien weniger wahrscheinlich. Hier schätzt man mehr die wilde Ehe. Mißgeburten wird vorgebeugt durch Abtreibungen. Die schädlichen Folgen einer inneren Verblutung zahlt dann mehr schleichend der Verbraucher durch überhöhte Preise im Gegensatz zu Amerika, wo der Spekulant und der Sparer die Zeche für Fehlinvestitionen zu zahlen haben. Wie bereits oben erwähnt, wird in der BRD die Konzentration der Konzerne mehr durch Erwerb von Beteiligungen geschätzt, wobei die rechtliche Selbständigkeit der beherrschten Unternehmen aufrechterhalten bleibt und völlige Fusionen vermieden werden. Durch die Verschachtelung von Aktiengesellschaften lassen sich in Form auf den Kopf gestellter Pyramiden mit relativ geringen Mitteln große Machtbereiche aufbauen, wie folgendes Beispiel zeigt (siehe Großfeld „Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär") [31]):

Muttergesellschaft A (Kapital 1 Mio. DM) beherrscht Gesellschaft B (Kapital 2 Mio. DM) und Gesellschaft C (Kapital 4 Mio. DM), diese beherrscht Gesellschaft D (Kapital 8 Mio. DM).

Die Gesellschaft A beherrscht also die Gesellschaft D mit lediglich $^1/_8$ des gesamten Kapitals von 8 Mio. DM. Diese Beherrschung ermöglicht es z. B. auch der Gesellschaft A, den Gewinn der von ihr beherrschten Gesellschaften weitgehend bei sich auf Kosten der außenstehenden Aktionäre der Gesellschaften zu konzentrieren, was zum Beispiel durch eine Verteilung allgemeiner Kosten wie Forschung, Verwaltung usw. entsprechend programmiert werden kann [32]). Eventuelle Verluste, die sich durch Fehlinvestitionen bei diesen Beteiligungen ergeben, werden in der veröffentlichten Bilanz in Form von Abschreibungen als Kosten ausgewiesen, ohne daß die Verwaltung der Öffentlichkeit hierüber Rechenschaft schuldig ist. Der deutsche Gesetzgeber hat dafür Sorge getragen, daß die Folgen dieser eigenen „Ermessensentscheidung" der Allgemeinheit verborgen bleiben. Die Zeche zahlt der Verbraucher in Form überhöhter Preise, was nicht so schmerzlich ist, als wenn Sparer schlagartig ihr Geld verlieren.

Wie „Der Spiegel" hinsichtlich der Unterbewertung deutscher Bilanzen berichtete, gab die BASF in ihrer Bilanz 1973 einen Jahresüberschuß von 405,1 Mio. DM an, wohingegen der Gewinn, den die Firma versteuern muß, von Fachleuten auf 1,278 Mrd. Mark geschätzt wird. Die Differenz wurde unauffällig in anderen Bilanzpositionen versteckt.

---

30) Robert Hargreaves, Superpower, London 1973, S. 156.
31) B. Grossfeld, a.a.O., S. 11.
32) Cairncross/Giersch, a.a.O., S. 137.

II

Zur Verdeutlichung dieser weltweiten Buchhaltungsspiele multinationaler Unternehmen unter Assistenz der Wirtschaftsprüfer, wobei einmal die westdeutschen Firmen Gewinne in Kosten und zum anderen die US-Konzerne Kosten in Gewinne verwandeln und beide trotz unterschiedlicher Methoden das gleiche Ziel verfolgen, nämlich mit Hilfe von Bilanzierungsmanipulationen sich andere Firmen zu unterwerfen, deren Gewinne der Muttergesellschaft dann nicht mehr aufgrund einer Marktleistung, sondern als Tribut infolge des Unterwerfungsaktes zufließen, wollen wir einschlägige Bilanzzahlen zweier repräsentativer Firmen beider Länder, nämlich des BASF-Konzerns und des aufgrund des Bestechungsskandals „berühmt" gewordenen Lockheed-Konzerns heranziehen.

Wie bereits erwähnt, schilderte „Der Spiegel", wie auf der einen Seite die BASF in ihrer Bilanz für 1973 einen Jahresüberschuß von 405,1 Mio. DM angab, der tatsächliche Gewinn, den die Firma hätte versteuern müssen, dagegen von Fachleuten auf 1,278 Mrd. Mark geschätzt wurde. Die Differenz wurde unauffällig in anderen Bilanzpositionen versteckt und von der Firma nach eigenem Gusto investiert, ohne die Eigentümer auch nur zu fragen. Anhand der in der

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der BASF Aktiengesellschaft für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1973

	DM	DM
Außenumsatzerlöse	*11 412 885 828*	
Nicht gesondert ausgewiesene Aufwendungen nach Verechnung mit Bestandsänderungen und Eigenleistungen	*6 462 158 103*	*4 950 727 725*
		4 950 727 725
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	*7 130 390*	
Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	*36 156 980*	
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	*2 571 894*	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	*108 275 975*	
Erträge aus Zuschreibungen	*2 292 115*	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	*34 409 592*	
Sonstige Erträge	*101 337 138*	*292 174 084*
		5 242 901 809
Löhne und Gehälter	*2 242 197 486*	
Soziale Abgaben	*292 485 311*	
Aufwendungen für Altersversorgung	*178 705 576*	
Abschreibungen auf Sachanlagen	*712 477 680*	
Abschreibungen auf Finanzanlagen	*33 087 504*	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*265 633 212*	
Steuern	*1 091 441 725*	
Lastenausgleichs-Vermögensabgabe	*16 877 427*	
Aufwendungen aus Verlustübernahme	*715 427*	
Aufwendungen aus Gewinnabführungen an konzernfremde Gesellschafter	*4 197 963*	*4 837 819 311*
Jahresüberschuß		*405 082 498*

Quelle: Geschäftsbericht der BASF für das Geschäftsjahr 1973.

Tabelle auf S. 793 aufgeschlüsselten Gewinn- und Verlustrechnung wollen wir festzustellen versuchen, welche Einzelposten versteckte Gewinnanteile enthalten könnten.

Die Abschreibungen in Höhe von DM 712 477,7 Mio. enthalten mit Bestimmtheit wesentliche Gewinnanteile, da es eine Binsenwahrheit ist, daß sie wesentlich höher angesetzt sind, als es dem tatsächlichen Abnutzungsgrad der Sachanlagen entspricht.

Die Aufwendungen für Altersversorgung umfassen auch Neubildungen für Rückstellungen, deren Inanspruchnahme in voller Höhe zu einem späteren Zeitpunkt in der Regel nicht realisiert wird und somit ebenfalls versteckte Gewinnanteile enthalten dürfte.

Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, wie zum Beispiel Lizenzen, dürften auch Zahlungen enthalten sein, die an nicht in den Konzernabschluß einbezogene Tochtergesellschaften geleistet wurden. Die Tochtergesellschaften schütten also ihre Gewinne nicht an die Muttergesellschaft aus, sondern verwandeln sie in Darlehen, womit gewissermaßen ein Kreditverkehr unter Verwandten stattfindet. Umgekehrt verhält es sich bei den Erträgen aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen in Höhe von fast DM 36,15 Mio., die sicherlich wesentlich höher angesetzt werden müßten, falls alle Gewinne aus dem Ausland in die BRD zurücktransferiert worden wären. Bei den Lizenzzahlungen wäre zu prüfen, inwiefern Anteile davon an die BASF-Gesellschaft für Chemieverfahren AG, Chur/Schweiz, geleistet wurden, die im Interesse der westdeutschen Muttergesellschaft Patente und Lizenzen verwaltet, obgleich sich die Forschungseinrichtungen des Konzerns fast ausschließlich in Ludwigshafen befinden (siehe Jürgen Räuschel, Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, Köln 1975, S. 186). In diesem Falle würde es sich um eine Gewinnverschiebung handeln.

Der vom „Spiegel" auf DM 873 Mio. geschätzte verschleierte Gewinn entspricht mehr als einem Drittel der insgesamt vom Konzern gezahlten Löhne und Gehälter in Höhe von DM 2242 Mio.

Die im Gegensatz zu der bundesdeutschen Bilanzpraxis mit ihren Unterbewertungen stehende US-Methode der Überbewertungen hat erst jüngst die Zeitschrift „Capital" (Nr. 3/1976) in ihrem bemerkenswerten Artikel „Wirtschaftskrach statt Aufschwung" zu dem Hinweis veranlaßt, daß die Gefahr eines weltweiten Bankenzusammenbruchs deshalb nicht mehr auszuschließen sei, da die auf Wachstum versessenen und in einer Traumwelt lebenden Großbanken der USA die zukünftige Entwicklung auf so wesentlichen Gebieten wie Luftfahrtgesellschaften, Tankerflotten und Wohnungsbau derart falsch eingeschätzt haben, daß die Problemkredite zu einem ähnlichen Bankenkrach führen könnten wie in den 30er Jahren.

Das Problem der Überbewertung wollen wir nunmehr anhand des konkreten Falles der Firma Lockheed behandeln (Briloff, a.a.O., S. 159 ff.).

Im September 1965 schloß die US-Luftwaffe mit der Firma Lockheed einen Vertrag über 1,4 Mrd. Dollar zum Bau von 58 Lufttransportern ab. Mitte 1968 waren jedoch die Kosten, die im Vertrag mit 1,3 Mrd. Dollar veranschlagt wurden, auf 2,4 Mrd. Dollar gestiegen, womit der Gesellschaft anstatt 0,1 Mrd. Dollar Gewinn ein bedeutender Verlust drohte. Obschon jedoch die amerikanische Luftwaffe Anfang 1967 die Firma auf bereits damals absehbare wesentliche Kostenüber-

schreitungen aufmerksam machte, hatte Lockheed den Aktionären die Geschäftslage in den rosigsten Farben geschildert und es unterlassen, die unerwartet angefallenen Entwicklungskosten auch als solche auszuweisen und einen entsprechenden Verlust zu deklarieren. Auch noch im Jahre 1968 haben die Wirtschaftsprüfer unbekümmert der Firma testiert, daß bei dem Regierungsauftrag mit keinem Verlust zu rechnen sei. Erst 1969, als der Skandal publik wurde, konnte auch der Wirtschaftsprüfer nicht umhin, einen Verlust festzustellen. Die weiteren Anstrengungen der Firma, mit Hilfe von Bestechungsgeldern im Ausland Anschlußaufträge zu bekommen, die die Entwicklungskosten abdecken sollten, sind inzwischen bekannt.

III

Unter den bisher geschilderten Umständen läßt sich leicht ausmalen, welches Hakenschlagen beispielsweise die Bilanzbuchhalter eines multinationalen amerikanischen Konzerns machen müssen, die bei Aufstellung von Einzelbilanzen von Tochtergesellschaften einerseits und von Konzernbilanzen der Muttergesellschaft in Amerika andererseits die divergierenden Zielsetzungen berücksichtigen müssen. So tendieren die ausländischen Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne lt. einer Untersuchung von Brocke/Remmers dazu [33]), ihre Gewinne möglichst niedrig auszuweisen, um einmal Verbraucher davon abzuhalten, Preisermäßigungen für die Produkte zu fordern, und zum anderen, um Gewerkschaften den Appetit auf Lohnerhöhungen zu verderben. Ein weiteres wesentliches Ziel eines niedrigen Gewinnausweises ist es, die Gewinnanteile von ausländischen Minderheitsaktionären, auf die man zwecks Kapitalbeschaffung nicht mehr angewiesen ist, zu beschneiden.

In den USA hingegen wird, wie Briloff schreibt, der Ballon so vollgeblasen, daß er manchmal platzt, wie der Zusammenbruch der Eisenbahngesellschaft Penn Central sowie die finanziellen Schwierigkeiten der Flugzeugfirma Lockheed bewiesen [34]). Plastischer ausgedrückt, in Europa kleiden sich die Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne nach der schmalbrüstigen Twiggy-Mode, während die Bilanzen der amerikanischen Muttergesellschaften Bikini oder Hot Pants tragen, die das Aufreizende freilegen und das Wesentliche verhüllen sollen. Bei diesen interkontinentalen Modeschwankungen gewissenhafter und korrekter Bilanzbuchhalter kommt es, wie der Verfasser selbst es erlebt hat, vor, daß ein Vermögensposten in der Bilanz einer europäischen Tochtergesellschaft in Amerika bei der Zusammenlegung der Einzelbilanzen zur Gesamtbilanz mit einem anderen Wert ausgewiesen wird, als das in Europa der Fall war. So werden z. B. Wertpapiere, die im Falle eines Sinkens des Börsenkurses in Deutschland zu Lasten des Gewinns im Wert herabgesetzt werden müssen, in Amerika zum ursprünglichen Anschaffungswert wieder heraufgesetzt.

Der Öffentlichkeit deutlicher ins Bewußtsein gebracht wurden diese Praktiken bei den widersprüchlichen Äußerungen der Mineralölkonzerne zu ihrer Gewinnsituation nach Einsetzen der Energiekrise. Während die europäischen Töchter der Mineralölkonzerne Preiserhöhungen mit gestiegenen Kosten begründeten und immer wieder behaupteten, sie würden keine Gewinne erzielen, wiesen umgekehrt die zusammengefaßten, d. h. konsolidierten Bilanzen der amerikanischen Muttergesellschaften Riesengewinne aus. Es ist inzwischen allgemein bekannt, daß die Gewinne der europäischen Tochtergesellschaften amerikanischer Öl-

33) M. Brooke/H. Remmers, The Strategy of Multinational Enterprise, London 1970, S. 173.
34) A. Briloff, a.a.O., S. 28.

konzerne nach Amerika „verschoben" werden, d. h., das amerikanische Stammhaus „paßt die Verrechnungspreise für ihre Öllieferungen an die europäischen Töchter den in Europa erzielten Verkaufserlösen nachträglich an" [35]). Wie Manser in seinem von der internationalen Handelskammer unterstützten Buch darlegt, eignen sich diese nachträglichen „Preisanpassungen" (price adjustments) bzw. Gewinnverschiebungen, die auch von den Regierungen der ölimportierenden Länder aus Gründen ihrer gesamten Treibstoffpolitik stillschweigend geduldet werden, besonders vorzüglich für die internationalen Ölgesellschaften, da fast sämtliche Ölbezüge der europäischen Tochtergesellschaften konzerninterne Lieferungen der amerikanischen Muttergesellschaften sind, die sich auf eine Unzahl von Einzeltransaktionen verteilen. Wie Christopher Tugendhat in seinem Buch „Die Multinationalen Konzerne beherrschen die Welt" [36]) hierzu ausführt, ist die Gewinnverschiebung mit Hilfe der Manipulation der Transfer- oder Verrechnungspreise überhaupt nur dann erfolgreich, wenn sie mit „Maß und Sorgfalt" gebraucht wird, d. h. die Korrekturen müssen ganz klein sein, um nicht den Ärger des Finanzamtes herauszufordern. Je häufiger die Geschäftsvorfälle, um so mehr wächst die Möglichkeit, Gewinnverschiebungen durch Verknüpfung mit einer Leistung zu tarnen [37]).

Als nun auf der anderen Seite die amerikanischen Verbraucher eine Preisermäßigung für die Mineralölerzeugnisse forderten, da ja die Abschlüsse in den USA außerordentliche Gewinne auswiesen, erklärte die amerikanische Geschäftsleitung wiederum, die Gewinne seien nicht in den USA, sondern in Europa erzielt worden.

Und um das Karussell schizophrener Bilanzdarstellungen weiter zu drehen, ist die Frage zu untersuchen, wie die amerikanischen Finanzämter, Aktionäre und Gewerkschaften zu den Supergewinnen in der Bilanz stehen. Die Art und Weise, wie Gesetzgebung und Firmenmanagement in den USA diese Probleme lösen, zeigt, daß die amerikanische „Gefahr" nicht nur eine technologische, sondern auch eine administrative Seite hat, denn die Fähigkeit zu flexibler Darstellung der Bilanzergebnisse dürfte in Amerika ausgeprägter sein als bei uns [38]).

Zunächst zur Darstellung der Steuerbilanz. In Deutschland ist die Bilanz, die dem Finanzamt als Besteuerungsgrundlage eingereicht wird, eine aus der veröffentlichten Handelsbilanz abgeleitete Vermögensaufstellung, d. h. der der Besteuerung zugrundegelegte Gewinn muß mindestens so hoch sein wie der veröffentlichte Handelsbilanzgewinn, wird aber dann in der Regel vom Finanzamt höher angesetzt. In Amerika hingegen ist es aufgrund der andersgearteten Interessenlage durchaus gestattet, in der Öffentlichkeit hohe Gewinne, dem Finanzamt gegenüber aber Verluste zu präsentieren. In Japan wiederum müssen die Konzerne dem Finanzamt dieselben Gewinnzahlen wie den Aktionären vorlegen [39]).

Zur Frage der Gewinnausschüttung ist auf die unterschiedliche Mentalität der deutschen und amerikanischen Aktionäre hinzuweisen. Im Gegensatz zur Rentnereinstellung der meisten deutschen Aktionäre ist beim amerikanischen Börsenpublikum die Spekulationsbegeisterung vorherrschend vor dem Sicherheitsgedanken [40]). Die Aussicht auf Spekulationsgewinne durch Kurssteigerungen

35) W. Manser, Die multinationalen Unternehmen, London, International Chamber of Commerce, 1973, S. 94.
36) Christopher Tugendhat, Die Multinationalen, München 1972, S. 178.
37) Gernot Seidel, Gewinnverschiebungen über die Grenze, Düsseldorf 1972, S. 19 f.
38) A. Briloff, a.a.O., S. 3.
39) Barnet/Müller, a.a.O., S. 327.
40) Galbraith, Wirtschaft, Friede und Gelächter, München 1972, S. 142 ff.; und Grossfeld, a.a.O., Tübingen 1968, S. 20.

fördert bei Anteilseignern und Geschäftsleitung gleichermaßen die Bereitschaft, möglichst viel Gewinn der offenen Rücklage zuzuweisen, um somit das weitere Wachstum des Unternehmens zu garantieren.

Was gewerkschaftliche Lohnforderungen anbelangt, so wird den Gewerkschaftsführern gestattet, einen Blick hinter die Kulissen der publizierten Bilanzen zu werfen, um sich über die echte, weniger erfreuliche Gewinnsituation zu informieren.

Zu einer unmittelbaren Konfrontation zwischen amerikanischen und deutschen Bilanzierungspraktiken kam es zu Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik, als anläßlich des Skandals der internationalen Kapitalanlagegesellschaft IOS unter Bernard Cornfeld deutsche Sparer den größten Verlust in der Nachkriegsgeschichte hinnehmen mußten. Von den eigenen deutschen Kapitalgesellschaften als „lästiges Gesindel" angesehen [41]), wurden sie in die Arme eines der größten internationalen Schwindelunternehmen getrieben. Die IOS hatte, bevor sie zum letzten großen Sprung nach Deutschland ansetzte, Hunderttausende von Geldgebern in der ganzen Welt mobilisiert, deren Geld sie wiederum weltweit unbekannten und obskuren Gesellschaften auslieh, die anderweitig schwer Geld aufnehmen konnten [42]). Der Zustrom von Sparkapital aus der ganzen Welt in die Kassen der IOS wurde in den 50er und 60er Jahren durch zwei Faktoren besonders begünstigt. Viele südamerikanische und nahöstliche Herrscher befürchteten seinerzeit eine kommunistische Machtübernahme in ihren Ländern und transferierten ihr Geld in die Schweiz. Außerdem war die Schweiz damals ein besonders geschätztes Land für aus Steuerhinterziehungen stammendes Geld. Diese „heißen und schwarzen" Gelder wurden von Cornfeld in Spielbanken, unerschlossenen Feriengebieten und unergiebigen, von betrügerischen Geschäftemachern angepriesenen Ölfeldern Alaskas investiert. Der Wert der Anteile der IOS wurde von Cornfeld unter anderem auch dadurch ständig in die Höhe getrieben, daß mit Unterstützung der weltweit operierenden amerikanischen Wirtschaftsprüfergesellschaft Arthur Andersen (siehe „Weltmacht ITT") [43]) in die Bilanzen Wertsteigerungen von Ölbohrrechten und Grundstücken von Feriensiedlungen eingebaut wurden, die später nicht realisiert werden konnten. Mit anderen Worten: die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte stellten sich nachher als wertlos heraus, da entweder kein Öl gefunden werden konnte oder die geplanten Feriengebiete nachher nicht den erwarteten Zuspruch bekamen. In die Steuerbilanzen hingegen wurden längst keine Wertzuwächse mehr, sondern im Gegenteil Wertverluste eingesetzt.

Nachdem nun weltweit, mit Ausnahme der Bundesrepublik, die Sparer immer mehr durch die ständigen Wertzuwachsausweise mit entsprechenden Kurssteigerungen animiert wurden, ihr Geld bei der IOS anzulegen und durch Verkäufe an Kursgewinnen zu verdienen, setzte Bernard Cornfeld zum Angriff auf den letzten großen Markt, Westdeutschland, an. Hier haben noch einmal Hunderttausende von Sparern ihr Geld der IOS anvertraut, als anschließend der Preis für die Wertpapiere zusammenbrach und die Apokalypse ihren Lauf nahm.

Wie war es möglich, daß ausgerechnet die deutschen Sparer die Zeche dieses Schwindelunternehmens zahlen mußten? Dies hat zwei Gründe. Einmal hat sich in den 60er Jahren bei den westdeutschen Mittelstandsbürgern plötzlich und

41) Günter Ogger, Flick, München 1971, S. 303.
42) Raw/Page/Hodgson, Die Geschichte der IOS, München 1971, S. 202 ff.; und A. Kostolany, a.a.O., S. 166 ff.
43) A. Sampson, a.a.O., S. 126.
44) A. Kostonaly, a.a.O., S. 166 ff.

explosiv ein Sparkapital gebildet, das nach Anlage suchte, aber von den deutschen Großbanken und den von ihnen kontrollierten Kapitalgesellschaften weitgehend mit Nichtachtung bedacht wurde, da man es ja nicht nötig hatte. Diese Marktlücke wurde von Cornfeld aufgespürt. Zum andern waren die Deutschen, seit 1930 aus dem internationalen Kapitalstrom ausgeschaltet, infolge Diskreditierung alter Werte voll von Verehrung und Bewunderung für alles Amerikanische [44]). Sie fühlten sich deshalb geehrt, wenn Anlageberater der IOS persönlich an ihre Tür klopften. Und so verloren sie weitgehend ihr Sparkapital an die mit neuartigen Bilanzierungsmethoden arbeitende Kapitalanlagegesellschaft.

Diese konträren Bilanzausweise in der BRD und in den USA führten dazu, daß in der BRD die Bundestagsparteien sich zu politischen Anstößen veranlaßt sahen, die Kapitalgesellschaften zu erweiterter Offenlegung ihrer Gewinne zu veranlassen, während in den USA der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer weitgehend seine Glaubwürdigkeit verlor, da er Hilfestellung bei der Aufstellung aufgeblähter Bilanzen leistete [45]).

Hier erhebt sich nun die Frage, ob dieses Fiasko hätte vermieden werden können, wenn die Wirtschaftsprüfer weltweit ihrer Verpflichtung nachgekommen wären, die Firmen bei Aufstellung ihrer Bilanzen zu veranlassen, daß diese „einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft" geben. Stattdessen wurde in Deutschland möglichst viel vertuscht, während in Amerika Luftschlösser gebaut wurden. Wie war das möglich?

Wenn ein deutscher Wirtschaftsprüfer die von ihm geprüfte Bilanz für richtig befindet, erteilt er der Firma folgendes Testat: „Nach pflichtmäßiger Prüfung aufgrund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften."

Doch was heißt „gesetzliche Vorschriften"? Es besteht lediglich eine zwingende gesetzliche Vorschrift, festzustellen, ob die in der Bilanz ausgewiesenen Geldbestände am Jahresende auch tatsächlich vorhanden waren und die übrigen Vermögensgegenstände nicht zu hoch ausgewiesen sind. Die übrigen Prüfungshandlungen haben sich nach den sogenannten „Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung" zu richten. Diese sogenannten Grundsätze sind im einzelnen jedoch nicht kodifiziert, d. h. sie müssen im Zweifelsfall durch statistische Erhebungen in der Praxis festgestellt werden. Den Gesellschaften wird also selbst eine Schlüsselrolle bei der Kodifizierung kaufmännischer Bräuche zugeschrieben, da der Gesetzgeber davon ausgeht, daß ordentliche und ehrenwerte Kaufleute selbst wissen, wie eine ordentliche Buchführung auszusehen habe. Steinbach [46]) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Phänomen" und hat den Versuch unternommen, die zahlreichen unterschiedlichen Meinungen der Wissenschaftler, wie man die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auszulegen habe, in einem Buch zu katalogisieren.

Eine Bilanzprüfung erstreckt sich in der Regel nicht auf die Preiskalkulation oder die Maßnahmen der Geschäftsführung und schon gar nicht auf die Feststellung, ob die Firma gegen die Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen wie Preis-

45) Steinbach, Die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes, Wiesbaden 1973, S. 191; und A. Briloff, a.a.O., Inhaltsangabe.
46) Steinbach, a.a.O., S. 25 und 26.

absprachen verstoßen hat [47]). Im Gegenteil, oft wird beim einführenden Gespräch dem Prüfungsleiter seitens der Geschäftsführung der diskrete Hinweis erteilt, eine Prüfung der Kalkulation sei nicht nötig. Im Extremfall werden sogar die vielseitigen Beziehungen der Wirtschaftsprüfer zu anderen Kunden dazu benutzt, bei der Arrangierung von Preisabsprachen behilflich zu sein. So hatte ein Angestellter der Deutschen Revisions- und Treuhand AG bei der Verwirklichung der Kartellabsprachen führender deutscher Chemieunternehmen wie Farbenfabriken Bayer AG und Farbwerke Hoechst AG auf dem Kunstfasersektor mitgeholfen [48]). In Deutschland schätzt man eben mehr die vertrauliche Zusammenarbeit der Konzerne, während in Amerika der Wirtschaftsprüfer mehr bei der offenen Fusion „behilflich" ist. Verstöße gegen das Wettbewerbsgesetz werden auch lediglich als Ordnungswidrigkeiten geahndet. D. h., ein Manager oder Wirtschaftsprüfer, der derartiger Vergehen überführt wird, gilt nicht als vorbestraft. So hat beispielsweise eine Verabredung der sieben deutschen Firmen AEG, Bauknecht, BBC, Bosch, Miele, Siemens und Zanker, ihre Preise für Waschmaschinen zu erhöhen, zu einer durchschnittlichen Ordnungsstrafe von weniger als 30 000 DM Buße geführt. Zur gleichen Zeit wurde in Berlin ein Mann wegen Notzucht zu 30 Monaten Gefängnis und zur Zahlung von 5000 DM Schmerzensgeld verurteilt [49]).

Eine sogenannte objektive oder nachweisbare Prüfung, wobei also mehrere voneinander unabhängige Wirtschaftsprüfer bei Anwendung gleicher Maße zum gleichen Ergebnis kommen müßten, ist lt. Briloff nur pathologisch möglich. D. h., wenn der „Patient" tot ist, dann wird eine „Sonderprüfung" angesetzt, die die objektiven Ursachen des Konkurses untersuchen soll [50]). Ihre Ergebnisse sind dann, wie bei naturwissenschaftlichen Experimenten, objektiv nachprüfbar. Ansonsten ist eine kritische Einstellung des Wirtschaftsprüfers zu den Bewertungsmethoden, zu den Maßnahmen der Geschäftsleitung und ihren eventuellen Folgen nicht möglich.

In Amerika lautet das Testat, das der Wirtschaftsprüfer einer „ordnungsgemäßen" Bilanz erteilen muß, wie folgt: „Wir sind der Ansicht, daß die beigefügte Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und die Übersicht über die Rücklagenentwicklung die finanzielle Lage der x-Gesellschaft zum 31. Dezember 19.. sowie das Ergebnis für das zu diesem Zeitpunkt endende Geschäftsjahr angemessen und in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung wiedergibt und daß die von der Gesellschaft befolgten Grundsätze der Rechnungslegung im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden sind."

Im Gegensatz zur BRD hat man im amerikanischen Testat offenbar von vornherein auf das Wort „gesetzlich" verzichtet. Stattdessen ist das Ergebnis dessen, was nach „Ansicht" der Wirtschaftsprüfer den „allgemeinen" Grundsätzen entspricht, wie in den vorangegangenen Abschnitten hinreichend geschildert, eine Konfusion in der Praxis der Bilanzaufstellung von Konzernen. Wie Briloff schildert, haben die sogenannte „schöpferische" Buchhaltung oder die „Buchhaltungsspiele" des Managements rd. 200 verschiedene Darstellungsarten an Bilanzausweisen hervorgebracht, wo das Wesentliche in Fußnoten unbemerkt verschwand und keine gemeinsame Sprache mehr zwischen den Bilanzzahlen sowohl der einzelnen Geschäftsjahre als auch zwischen den Gesellschaften möglich war [51]). Nicht einmal die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften waren in der

47) H. Richardt, Der aktienrechtliche Abhängigkeitsbericht, Wiesbaden 1974, S. 137 und 142; sowie Goetze, Der Beruf des Wirtschaftsprüfers, Herne 1974, S. 122.
48) J. Nawrocki, Komplott der ehrbaren Konzerne, Hamburg 1973, S. 346.
49) Ebd., S. 9.
50) A. Briloff, a.a.O., S. 39.
51) Ebd., S. 45.

Lage, in diesem Turmbau von Babel auf einen einheitlichen Nenner zu kommen. Das weite Gebiet der „ordnungsmäßigen Buchführung" ist eine Geschichte wie „Alice im Wunderland".

Die geschilderten Verhältnisse in den USA sind nur verständlich, wenn man die Art und Weise berücksichtigt, wie die dortige Gesetzgebung auf dem Gebiet des Aktienrechts aufgebaut ist. Dieses ist in seinen wesentlichen Teilen Sache der Einzelstaaten [52]). Die Gesetzgebung erfolgt also nicht durch den Bund, sondern durch die Einzelstaaten. Dadurch ist es zu einem Wettlauf zwischen den einzelnen Ländern der USA um die meisten Firmengründungen innerhalb ihrer Grenzen gekommen. Jedes Bundesland versuchte also, das andere an Laxheit in der Gesetzgebung zu übertreffen (race of laxity).

Es liegt auf der Hand, daß diese Laxheit und die damit verbundene Fähigkeit amerikanischer Bilanzbuchhalter zu schöpferischen Buchhaltungsspielen nicht nur auf Amerika beschränkt bleibt, sondern sich auch auf die ausländischen Tochtergesellschaften erstreckt. Hier allerdings wird die schöpferische Energie nicht auf Luftreinlassen, sondern Luftrauslassen gelenkt. Das Kampffeld ist mehr die interne Buchhaltung. Die Zeche zahlt hier in erster Linie der Buchhalter, Wirtschaftsprüfer und Finanzbeamte. Der Buchhalter, dessen Tätigkeit durch weitgehende Arbeitsteilung durchrationalisiert ist, hat auf seinem Schreibtisch einen Termin, bis zu dem er eine bestimmte Anzahl von Handgriffen zu erledigen hat. Der letzte, bei dem alle Zahlen zusammenlaufen, der Bilanzbuchhalter, getrieben von der Uhrzeit der Briefkastenleerung, zu der er die Bilanz einzustecken hat, da sonst das Flugzeug nach Amerika die Bilanz nicht mehr mitnehmen kann, bekommt nun im Laufe des Jahres ständig ominöse Buchungsbelege, hier mal eine Gutschrift, da mal eine Lastschrift, dort ein Kabel, die er selbstverständlich nach gewissenhaften deutschen Buchhalterbegriffen, getrennt nach Soll und Haben, fein säuberlich einzutragen hat. Da aber oft auf diesen Buchungsbelegen nicht draufsteht, um was es sich handelt, wird irgendwas gebucht. Soll und Haben wird stimmend gemacht, Hauptsache, die heilige Kuh, der Bilanzeinreichungstermin, wird nicht geschlachtet. Hier tritt, international gesehen, ein Wettlauf zwischen der amerikanischen und deutschen Gesetzgebung zwecks Verschaffung von Konkurrenzvorteilen „ihrer Gesellschaften" ein. Nach amerikanischer Auffassung ist ein schnell, aber schlampig erstellter Abschluß ein Konkurrenzvorteil, da er schnelle Entscheidungsmöglichkeiten schafft. Ein deutscher Konzernchef, der lieber wochenlang Pfennigdifferenzen sucht, damit Soll und Haben stimmen, muß eben länger auf seine Entscheidungsgrundlage warten. Allerdings ist der Aufweichungsprozeß bei den deutschen Buchhaltungen in Richtung Laxheit auch soweit fortgeschritten, daß, entsprechend den Erfahrungen des Verfassers, bei den morgendlichen Kaffeepausen der Finanzbeamten das Thema „Ordnungsmäßigkeit der Buchführung" zu einem Alptraum gerinnt. So müssen beispielsweise gerade in ausländischen multinationalen Konzernen die Finanzbeamten ihre Prüfertätigkeit oft damit verbringen, dauernd hinter nicht kenntlich gemachten Belegen herzulaufen, sie werden von einem Buchhalter zum andern geschickt, jeder sagt: Das hat Herr X veranlaßt, oder: Herr Y, der das gebucht hat, ist nicht mehr da, oder: Der Beleg kommt aus Amerika. Und die Buchhaltungsleiter, die den Beleg eigentlich hätten abzeichnen und prüfen sollen, es aber nicht taten, weil sie selbst getrieben werden, wissen natürlich nichts mehr von dem Beleg.

[52]) R. Schleifenbaum, Mehrheitsmacht und Schutz der Beteiligung in den Aktienrechten der USA, Tübingen 1969, S. 5.

Noch hilfloser ist der Wirtschaftsprüfer, der ja nicht als Vertreter des Staates, sondern als „Prüfer" auftritt, bei dem die Firma Kunde ist. Die Firma bezahlt den Wirtschaftsprüfer, er wird von der Verwaltung gewählt. Diese Abhängigkeit des Försters vom „Wilddieb" hat den Engländer Graham Cleverley dazu veranlaßt, die Wirtschaftsprüfer mit einer Priesterklasse zu vergleichen [53]). So wie in früheren Kulturen nach Überwindung des Wildbeutertums und des Erreichens einer gefestigten Kultur eine Priesterklasse erforderlich war, um die Herrschaft der Etablierten zu festigen und die Dämonen der Massen durch Beschwörung zu bannen, so sind nach Überwindung der Konkurrenzwirtschaft von Privatfirmen und Erreichen der Herrschaft der Konzerne Wirtschaftsprüfer nötig, um den Managern Absolution zu erteilen und den Zorn der Aktionäre nicht zu wecken. So entspricht das üblicherweise den Firmenleitungen ohne Beanstandungen erteilte uneingeschränkte Testat der in der katholischen Kirche ausgesprochenen Absolutionsformel: „Ego te absolvo". Der Öffentlichkeit gegenüber wird die priesterliche Allwissenheit dadurch dokumentiert, daß man die Wirtschaftsprüfer ähnlich dem jesuitischen Erziehungsprogramm einer langjährigen Dressur unterwirft, mit Zwischenexamen und Hauptexamen. Dem Laienpriester entspricht der Bilanzbuchhalter, während das Abschlußexamen als Wirtschaftsprüfer zum Beichtvater legitimiert.

Diese Formeln, die in der Praxis keinerlei objektive Gültigkeit haben, werden noch weiter mystisch erhoben, indem man Kommentare von Kommentaren ansammelt und über diese Kommentare weitere Kommentare verfaßt, ohne am ursprünglichen Wissenskern etwas zu ändern.

In Amerika nennt man die Wirtschaftsprüfer auch Schneidermeister, die mit verschiedenen Bandmaßen den Konzernbilanzen *die* Anzüge verpassen, die ihnen auch sitzen. Briloff erzählt eine Anekdote, wonach eine Firma einen Wirtschaftsprüfer zwecks Bilanzprüfung sucht und sich mehrere Kandidaten kommen läßt. Sie fragt sie einzeln, was ist 2 + 2 ? Wer 4 antwortet, bekommt den Auftrag nicht. Der letzte, der zur Antwort gibt: 2 + 2 sind 5 minus 1, erhält den Prüfungsauftrag [54]).

Diese Schilderungen dürften an jene Romangestalt erinnern, die der russische Dichter Nikolai Gogol in seinem Drama „Der Revisor" zur Zentralfigur eines Themas erhebt, das am Ende des ersten Drittels des 19. Jhs. im alten zaristischen Rußland spielt, in dem der Zerfall des Feudalsystems vor sich ging. Im „Revisor" wollte er alles Schlechte zusammentragen und anhäufen — gerade da, wo Gerechtigkeit und Redlichkeit verlangt wird. Das Heer der Beamten, die vom Volk nicht gewählt und dem Volk nicht rechenschaftspflichtig sind, hat ein dichtes Spinnwebnetz gesponnen, und in diesem Netz zappeln die Menschen wie Fliegen. Nur ist es dieses Mal kein reiner Betrug, zu dem die Revisoren Hilfestellung leisten, sondern Beihilfe zu täuschender Darstellung und Irreführung der Öffentlichkeit. Beihilfe vor allem zum Raubbau der Konzerne [55]), die (so Briloff) wie Cowboys in eine Farm eindringen, den Humusboden abtragen und eine verwüstete Landschaft hinterlassen. Er fordert daher eine Unterstellung der Wirtschaftsprüfer unter die Rechtsnormen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.

Abgesehen davon, daß man hier die Falschen bestrafen würde, werden in den USA diesbezüglich auch andere Maßnahmen bereits gefordert. So wird vorgeschlagen, die Kapitalgesellschaften künftig von unabhängigen, von der Gemeinde ernannten Gesellschaftsprüfern (social auditors) prüfen zu lassen [56]).

[53]) Graham Cleverley, Zauberformel Profit, Frankfurt/M. 1972, S. 41 ff.
[54]) A. Briloff, a.a.O., S. 3.
[55]) A. Sampson, a.a.O., S. 127.
[56]) Sethi, The Corporate Dilemma, New York 1973, S. 214.

So schreibt Briloff weiter, daß wir an einem kritischen Moment der Geschichte angelangt sind, wo das Massengut der großen Kapitalgesellschaften andere Interessen und Ziele hat als die Öffentlichkeit. Die Kapitalgesellschaft befände sich in einer Identitätskrise und würde nur noch ums Überleben kämpfen [57]).

Dieser Ansicht dürfte insofern zugestimmt werden, als Interessenidentität zwischen Allgemeinheit und Kapitalgesellschaft solange bestand, wie stetiges Wachstum Wohlstandsmehrung für alle in Form von höheren Löhnen und Steuern bedeutete. Heute, bei annähernd einer Million Arbeitslosen allein in der BRD und ständigen Preissteigerungen dürfte das anonyme interkontinentale Hin- und Herschieben von Finanzkapital nicht geeignet sein, den sozialen Frieden zu fördern. Allerdings dürften die Forderungen nach einer Harmonisierung der Bilanzierungsvorschriften und nach vergrößerter Offenlegung der Buchhaltung angesichts der anarchistischen Verhältnisse der internationalen Kapitalgesellschaften mit ihren unterschiedlichen Interessen in der Praxis kaum durchführbar sein.

(Der vorstehende Aufsatz ist der erste Teil einer angekündigten Artikelserie des Autors. D. Red.)

Zu Entstehung und Funktion der AfA *) als „Arbeitnehmerflügel" der SPD

Von Karl Bachsleitner

Betriebs- und Gewerkschaftsorganisationen der SPD vor der Bildung der AfA

Die Neuformierung der SPD nach 1945 folgte ihrem traditionellen Organisationsprinzip, der Organisation nach Wohnbezirken. Zwar wurden nach 1945 die Betriebsgruppen (BG) als betriebliche Zusammenfassung sozialdemokratischer Lohnabhängiger wiederaufgebaut und 1950 die Sozialen Arbeitsgemeinschaften (SAG) als regionale Zusammenfassung sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre gebildet, doch waren BG und SAG der Wohnbezirksorganisation untergeordnet und hatten im innerparteilichen Willensbildungsprozeß keine statuarisch abgesicherten Kompetenzen. Ihre Aufgabe bestand vielmehr darin, in ihren jeweiligen Zielgruppen, den Betriebsbelegschaften bzw. den Gewerkschaften, die Politik der SPD zur Geltung zu bringen und für diese zu werben, eine Aufgabenstellung, die seit der Durchsetzung der Schumacher-Linie in der SPD politisch die antikommunistische Ausrichtung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der SPD bedeutete. So war „die kommunistische Gefahr in den Betrieben der Ausgangspunkt sozialdemokratischer Betriebsarbeit" [1]), richtete sich die Politik der BG

[57]) A. Briloff, a.a.O., S. 15 und 16.
*) „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen", vgl. S. 805 ff.
[1]) Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der SPD 1950/51. Dortmund o. J. (im folgenden zitiert: Jahrbuch . . .), S. 296.

primär gegen die Betriebsarbeit der KPD, deren betriebliche Organisation der sozialdemokratischen an Schlagkraft überlegen war, und die in den ersten Nachkriegsjahren bei den Betriebswahlen im Ruhrgebiet teilweise erfolgreicher war als die SPD [2]). Daß die Berichterstattung der SPD-Jahrbücher über die BG-Arbeit mit dem Jahrbuch 1958/59 endet, stützt die These von der primär antikommunistischen Orientierung der Arbeit der BG, die für die Parteiführung weitgehend funktionslos wurden, als im Zuge des militanten, bis zum KPD-Verbot von 1956 gesteigerten Antikommunismus der Restaurationsphase der Einfluß der KPD auch in den Betrieben stark zurückging. Zwar bestanden die BG — schwerpunktmäßig im Ruhrgebiet und in den Stadtstaaten — auch in den 60er Jahren weiter, doch beschränkte sich ihre Arbeit im wesentlichen auf die organisatorische Unterstützung der Partei bei Wahlkämpfen. Die SAG schließlich befanden sich seit dem Ende der 50er Jahre in einem Auflösungsprozeß [3]), ihre Aufgabe, die Kommunisten in den Gewerkschaften zurückzudrängen und in den Gewerkschaften eine Politik zu erreichen, die dem Anpassungskurs der SPD wenigstens nicht prinzipiell entgegenstand, war zu dieser Zeit ebenfalls hinfällig geworden. So war der desolate Zustand der sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsorganisationen ein Ausdruck der Lage der SPD in deren Phase weitestgehender Anpassung, einer Anpassung, deren Ergebnis und Voraussetzung zugleich die überwiegend gelungene Integration der Arbeiterklasse auf der Basis der besonderen ökonomischen Möglichkeiten der BRD war.

Markierte das Jahr 1966 mit der Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD vor dem Hintergrund der ersten gesamtwirtschaftlichen Krise seit Gründung der BRD den Höhepunkt des Anpassungskurses der SPD, so bewirkte die Große Koalition und deren politische Resultate (v. a. Wirtschaftspolitik und Notstandsgesetze) die Herausbildung einer innerparteilichen Opposition, deren wesentliche Träger sozialdemokratische Gewerkschafter waren. Ihnen ging es darum, den durch die Große Koalition nur ungenügend berücksichtigten Interessen der sozialen Basis der SPD stärker Geltung zu verschaffen. Dieses Ziel sollte durch die Bildung eines „Arbeitnehmerflügels" [4]) in der SPD erreicht werden. Die Gründung von Arbeitsgemeinschaften Sozialdemokratischer Gewerkschafter (ASG) in Rheinland-Pfalz und Nordhessen im Jahr 1967 bildete den organisatorischen Ansatz des intendierten Arbeitnehmerflügels [5]). Zwar lösten sich die ASG Ende 1967/Anfang 1968 nach partiellen organisatorischen Zugeständnissen der Landesvorstände (Einrichtung von Landesausschüssen für Arbeitnehmerfragen) und unter dem Druck des Parteivorstands wieder auf, doch war die Aktualisierung reformistischer Positionen, insbesondere in den Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung von Arbeiterinteressen durch die Politik der SPD, im Bereich sozialdemokratischer Gewerkschafter und deren Ablehnung der traditionellen Organisationsformen, der BG und SAG, als Instrumente zur „Indoktrinierung der Arbeitnehmerschaft von der Partei her" [6]) ein Signal dafür, daß sich die Zeit weitgehend gelungener Integration der Arbeiterklasse ihrem Ende zuneigte. Dieser Umstand wurde durch die Zunahme betrieblicher und gewerkschaftlicher

2) Vgl. Gerhard Mannschatt/Josef Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945—47, Berlin (DDR) 1962, S. 53; und Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945—1952, Frankfurt/M. 1974, S. 30 ff.

3) Bis zum Jahrbuch 1962/63 werden die SAG zwar noch bei der Aufführung der Arbeitsgemeinschaften genannt, aber nur mit dem Hinweis, daß Zuschriften an den Vorstand der SPD zu richten seien.

4) So Otto Brenner in einer Rede v. 18. 5. 1967, abgedruckt in: Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 7, 2. Teil, Berlin (West) 1969, Dok. 689, S. 269 ff.

5) Vgl. Horst W. Schmollinger, Gewerkschafter in der SPD — Eine Fallstudie, in Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 229 ff.; und die Jahrgänge 1967 und 1968 des „express international", des „Gewerkschaftsspiegel", der „Sozialistischen Hefte" und der „Sozialistischen Korrspondenz" (SK).

6) Julius Lehlbach, Arbeitnehmerflügel in der SPD?, in: „Der Mitarbeiter", Oktober 1967, S. 6. Lehlbach war DGB-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und Initiator der dortigen ASG-Gründung.

Kämpfe ab 1968, Differenzen zwischen dem DGB und der SPD und das Anwachsen der innerparteilichen Opposition unterstrichen.

Gerade angesichts des Ende der 60er Jahre einsetzenden Aufschwungs der Klassenkämpfe und der seit der Gründung der DKP 1968 forcierten kommunistischen Betriebsarbeit wurde für die Parteiführung die Frage akut, ob die traditionellen Organisationsformen sozialdemokratischer Lohnabhängiger in ihrem relativ desolaten Zustand ausreichen, Klassenkämpfe im sozialen Kernbereich der SPD einzudämmen und so zu kanalisieren, daß sie die Stabilität des staatsmonopolistischen Systems und damit ja auch den Inhalt integrationistischer Politik und Ideologie nicht ernsthaft angreifen. Die erste organisationspolitische Maßnahme der Parteiführung bildete der vom Nürnberger Parteitag 1968 angenommene Vorschlag des Parteivorstands zur Bildung eines Gewerkschaftsrats unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, dem neben Mitgliedern des Parteivorstands der DGB-Vorsitzende und die sozialdemokratischen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften sowie außerhalb des DGB organisierter Gewerkschaften angehörten. Wenn Brandt auf dem Parteitag bezüglich der Diskussion um die Bildung eines Arbeitnehmerflügels und der Differenzen zwischen Parteiführung und Gewerkschaften vor allem in der Frage der Notstandsgesetze feststellte, daß es nicht schaden würde, „wenn die Gewerkschaften von uns als Partei mehr Empfehlungen erhielten, die ihre Arbeit anregen und befruchten könnten" [7]), implizierte dies eine eindeutige Funktionsbestimmung des Gewerkschaftsrats, nämlich die Verstärkung des Einflusses des Parteivorstands auf die Gewerkschaftsspitze, um deren Unterstützung für den eigenen Integrationskurs zu gewinnen. Des weiteren ist nach 1968 auch eine verstärkte Aktivität des im Jahrbuch der SPD 1964/65 erstmals erwähnten Beirats für Arbeitnehmerfragen zu registrieren, dem der Ausbau und die Anleitung der sozialdemokratischen Betriebsarbeit oblag, wozu seit 1970 zentral und vor allem regional „Arbeitnehmerkonferenzen" abgehalten wurden. Ausgangspunkt dieser Konferenzserie war die erste Bundesarbeitnehmerkonferenz der SPD, die im Oktober 1970 in Schweinfurt stattfand. Dieser folgten zwischen Oktober 1971 und Mai 1972 50 Arbeitnehmerkonferenzen anläßlich der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Betriebsratswahlen und 70 Arbeitnehmerkonferenzen im Herbst 1972 anläßlich der Bundestagswahlen [8]). Daß der Beirat für Arbeitnehmerfragen die Antikommunismusbeschlüsse des Parteirats vom November 1970 und Februar 1971 ausdrücklich billigte [9]) und der Parteivorstand im Aufruf zu den Betriebsratswahlen 1972 im Widerspruch zu der in vielen ökonomischen und politischen Kämpfen, gerade im Frühjahr 1972 anläßlich des Mißtrauensvotums, praktizierten Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten diese kategorisch ablehnte [10]), verdeutlicht die intendierte antikommunistische Ausrichtung der Reaktivierung sozialdemokratischer Betriebsarbeit.

Doch war mit der Installierung und Reaktivierung betriebs- und gewerkschaftspolitischer Spitzengremien, der Abhaltung zentraler und regionaler Konferenzen und einer sehr ungleichmäßig entwickelten und aktiven Betriebsorganisation, die nach den Richtlinien für die Betriebsgruppenarbeit von 1959 nur für die Bereiche der Ortsvereine und Unterbezirke organisatorisch zusammengefaßt war [11]), noch keine einheitliche und alle Ebenen der Parteigliederung umfassende Organisationsform sozialdemokratischer Lohnabhängiger vorhanden, mittels derer die Parteiführung vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Klassenaus-

[7]) Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17.—21. März 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen, Bonn 1968, S. 108.
[8]) Vgl. Jahrbuch . . . 1970—72, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 316 ff.
[9]) Vgl. ebd. und SK, 11/1973, S. 12.
[10]) Vgl. „Gewerkschaftsspiegel", 3/1972, S. 24.
[11]) Vgl. Jahrbuch . . . 1958/59, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 402 f.

einandersetzungen ihren Einfluß in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften hätte koordiniert zur Geltung bringen können. Als geeignetes organisatorisches Mittel hierzu erschien, seit das im Dezember 1971 verabschiedete neue Organisationsstatut dem Parteivorstand das Recht zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften und zur Festlegung von Grundsätzen für deren Tätigkeit verlieh, die Bildung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Am 21. Februar 1972 beschloß der Parteivorstand die Grundsätze für die Tätigkeit von Arbeitsgemeinschaften in der SPD und am 24. Juni 1972 auf deren Grundlage die Richtlinien der AfA [12]). Nach der Bundestagswahl 1972 wurde der organisatorische Aufbau der AfA forciert und zur 1. Bundeskonferenz im Oktober 1973 nach Angaben Rohdes folgender Stand erreicht: „In den 248 Unterbezirken und 22 Bezirks- und Landesverbänden wurden regionale Untergliederungen konstituiert. Nahezu 3000 SPD-Betriebsgruppen in Betrieben und Verwaltungen, rund 260 Arbeitsgemeinschaften auf Ortsvereins- und Unterbezirksebene sowie 22 Bezirks- und Landesarbeitsgemeinschaften bilden zur Zeit dieser Bundeskonferenz die organisatorische Grundlage der Arbeitsgemeinschaft" [13]).

Die 1. Bundeskonferenz der AfA im Oktober 1973

Zwei Faktoren der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gilt es zu berücksichtigen, die für den Verlauf der 1. Bundeskonferenz der AfA, die vom 19. bis 21. Oktober 1973 in Duisburg stattfand, von besonderer Bedeutung waren: die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe des Jahres 1973 [14]) und nach dem klaren Wahlsieg der SPD und der Regierungskoalition insgesamt die gestiegenen Reformerwartungen bei deren Anhängern. Angesichts des antagonistischen Charakters der Sozialdemokratie kristallisierte sich somit folgende Widerspruchslage heraus: gestiegene Kampftätigkeit und Reformerwartungen der sozialen Basis auf der einen und „permanente und bedingungslose Absicherung der Profitproduktion der Monopole ... auf Kosten der Verwirklichung des Reformprogramms der Regierungserklärung von 1969 ... (und) des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung" [15]) auf der anderen Seite als Fazit integrationistischer Politik, wie sie in der Politik der sozialliberalen Koalition zum Ausdruck kam. In diesem Widerspruchsfeld sollte die AfA als Medium der Auflösung, bzw. Neutralisierung der Widersprüche zum Zweck der Erhaltung des integrationistischen Einflusses in der Arbeiterschaft sowohl in der Partei als auch und gerade in den Betrieben wirksam werden. Welch hoher Stellenwert dabei der AfA zugemessen wurde, war bereits aus der Liste der Referenten der Konferenz ersichtlich: Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Walter Arendt traten als Redner auf. Da aber die Möglichkeiten zu ökonomischen und politischen Konzessionen, die als Grundlage für die Realisierung integrationistischer Effekte unabdingbar sind, unter der für den Integrationismus konstitutiven Prämisse der unbedingten Erhaltung und Festigung des bestehenden Systems objektiv begrenzt sind, was sich in dem geringen Maß von der sozialliberalen Koalition verwirklichter Reformen niederschlug, ergab sich für die Parteiführung neben der propagandistischen Betonung durchgesetzter und geplanter Reformansätze vor allem die Notwendig-

12) Vgl. Jahrbuch ... 1970—72, a.a.O., S. 583 ff.
13) Vorstand der SPD (Hrsg.), Soziale Demokratie verwirklichen, Dokumentation Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 19.—21. Oktober 1973 in Duisburg (im folgenden zitiert: Dokumentation 1973), S. 54.
14) So die sich seit Februar ausbreitende Welle betrieblicher Streiks um Teuerungszulagen mit Höhepunkt im August, der Drucker-Streik im April und der Streik der baden-württembergischen Metallarbeiter um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Mitte Oktober, also zum Zeitpunkt der 1. AfA-Bundeskonferenz.
15) Heinz-Gerd Hofschen/Erich Ott/Hans Karl Rupp, SPD im Widerspruch, Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975. S. 121 f. Die von diesen Autoren vorgenommene Typisierung sozialdemokratischer Hauptströmungen (vgl. ebd., S. 158 ff.) wird in diesem Beitrag übernommen.

keit des Einsatzes ideologischer Mittel, um die Loyalität der sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten zu erreichen. Drei wesentliche Momente waren hierfür charakteristisch: die Modifikation der Volksparteiideologie durch die Darstellung der SPD als „die Partei der Arbeitnehmer" [16]), der Antikommunismus [17]), der sich vor allem gegen die Betriebsarbeit der DKP richtete, und die Darstellung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als diejenige der Arbeitnehmer [18]), die sich folglich auch mit der die arbeitende Bevölkerung belastenden wirtschaftlichen Situation abfinden und bei der kommenden Tarifrunde lohnpolitische Zurückhaltung üben sollten.

Anhand des Kongreßverlaufs soll überprüft werden, inwieweit es dem Parteivorstand gelang, die AfA als Mittel zur Durchsetzung und Absicherung integrationistischer Politik zu instrumentalisieren, bzw. inwieweit die Delegierten [19]) Positionen bezogen, die der intendierten Integrationsfunktion entgegenliefen.

Nimmt man den Ausgang der Wahlen des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter als ersten, wenn auch unzureichenden Maßstab, kann ein Erfolg der integrationistischen Kräfte gegen eine starke Minderheit verzeichnet werden. Der Kandidat des Arbeitnehmerbeirats, der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Vorsitzende des Arbeitnehmerbeirats, Helmut Rohde, wurde mit 209 gegen 68 Stimmen bei 15 Enthaltungen gewählt. Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden setzten sich ebenfalls die Vorschläge des Arbeitnehmerbeirats, die Bundestagsabgeordneten Staak (Hamburg) und Urbaniak (Dortmund) mit 170, bzw. 160 Stimmen durch. Die von dem traditionell reformistisch orientierten Bezirk Hessen-Süd nominierte Alternativkandidatin Malz erhielt 119 Stimmen.

Weiteren Aufschluß bietet die Analyse der inhaltlichen Positionen der AfA anhand einzelner Konferenzbeschlüsse. Erste Ansätze politisch-ideologischer Differenzierung beinhalten die Beschlüsse zum Selbstverständnis der AfA. Akzeptierte die Konferenz einmal die der AfA zugedachte Integrationsfunktion, indem sie in einem Beschluß vorbehaltlos „die politische Mobilisierung der Arbeitnehmer für den demokratischen Sozialismus und die Politik der SPD" [20]) zur Aufgabe der AfA erklärte, so bezog sie in einem zweiten Beschluß eine kritischere Position insofern, als sie forderte, daß sich alle Entscheidungen der Partei an den Interessen der Arbeitnehmer zu orientieren hätten, und feststellte, „daß die derzeitige Gesellschaftsordnung eine Gleichstellung der Arbeitnehmer mit anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht zu erreichen vermag" [21]); eine Position, die, wenn auch nicht explizit und ohne strategische Bestimmungen anzugeben, eine sozialistische Perspektive zumindest offenhält und so tendenziell der reformsozialistischen Richtung in der SPD zuzurechnen ist.

Deutlicher, als in den Selbstverständnisbeschlüssen erkennbar, traten auf dem Kongreß Widersprüche und Konflikte bei der Behandlung einzelner Anträge hervor, die konkrete Forderungen an den AfA-Bundesvorstand, den Parteivorstand und die Bundesregierung enthielten. Dies äußerte sich einmal darin, daß die Konferenz mehrfach abweichend vom Votum der Antragskommission entschied. So in

16) Willy Brandt, in: Dokumentation 1973. S. 31.
17) Vgl. die Reden Brandts und Rohdes, in: ebd., S. 28 und 63.
18) Helmut Schmidt: „Dies ist unsere Volkswirtschaft, genau wie dies unser Staat ist", In: ebd., S. 80
19) Über die soziale Zusammensetzung der 300 Delegierten liegen keine offiziellen Daten vor. Nach Angaben der SK kam ein Drittel aus den Betrieben, ein Drittel aus der Verwaltung, ein Drittel setzte sich aus hauptamtlichen Funktionären der Gewerkschaften und Mandatsträgern zusammen. Vgl. SK, 21/1973, S. 10.
20) Vorstand der SPD (Hrsg.), Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 19.—21. Oktober 1973, Duisburg, Angenommene Anträge und Entschließungen, Bonn o. J. (im folgenden zitiert: Angenommene Anträge 1973). S. 81.
21) Ebd., S. 90.

der Forderung nach Vergesellschaftung der Banken, Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen [22]), so in mehreren Forderungen, die auf eine Ausweitung der institutionellen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung und die Absicherung aktiver Gewerkschafter gegenüber Sanktionen von seiten der Unternehmer und des Staates abzielten [23]). Diese Forderungen wie auch der Beschluß zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen [24]) reflektieren den Aufschwung der Klassenkämpfe, die gewachsene Bereitschaft zu kämpferischer Interessenvertretung, die der dem Integrationismus immanenten, den gesellschaftlichen Status quo befestigenden sozialpartnerschaftlichen Form des Interessenausgleichs widerspricht. Dies zeigt auch die Behandlung der Mitbestimmungsfrage auf der Konferenz.

Die Konferenz formulierte drei Essentials für die Zustimmung der AfA zu einem neuen Mitbestimmungsgesetz: Parität, keine Sondervertretung für die leitenden Angestellten, Entsendungsrecht der Gewerkschaften für die Hälfte der Arbeitnehmervertreter. „Kompromisse in diesen drei Kernpunkten würden die Arbeitnehmer vor den Kopf stoßen. Die Arbeitnehmerkonferenz hat daher keinerlei Verständnis für Äußerungen führender sozialdemokratischer Politiker in der Öffentlichkeit, nach denen bestimmte Kompromisse anzustreben seien. Wir erwarten in dieser Hinsicht Zurückhaltung und tatkräftigen Einsatz für das DGB-Mitbestimmungsmodell" [25]). Zur Durchsetzung dieser Forderungen stellte die Konferenz fest: „Wir dürfen hierbei jedoch nicht der Illusion erliegen, daß dies (die sofortige Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung; d. Verf.) lediglich durch parlamentarische Beratungen möglich wäre. Wie das Verhalten der Unternehmerverbände, der CDU/CSU und der FDP deutlich zeigt, ist die Durchsetzung unserer Mitbestimmungsforderungen eine Kampfaufgabe für die demokratische Arbeiterbewegung, die nur gegen den erbitterten Widerstand des Monopolkapitals, der Reaktion und ewig Gestrigen in unserem Land zu unseren Gunsten entschieden werden kann. Der Bundesvorstand der AfA wird beauftragt, in den nächsten Monaten massive Aktionen, insbesondere Kundgebungen und Demonstrationen für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Mitbestimmungsforderungen zu organisieren. Hierbei ist eine Zusammenarbeit insbesondere mit den DGB-Gewerkschaften anzustreben" [26]). Zum strategischen Stellenwert der Mitbestimmung bezog die Konferenz widersprüchliche Positionen. Einerseits wurde in einem Beschluß zur Überarbeitung des Langzeitprogramms die Durchsetzung der Mitbestimmungsforderungen als „ein wichtiger Schritt zur Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse" [27]) bezeichnet und betont, daß die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum Aufgabe sozialdemokratischer Politik bleibt, und somit eine für die reformistische Strömung in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie typische Position umrissen, die die Mitbestimmung als Bestandteil einer antikapitalistisch orientierten Reformstrategie definiert. Andererseits kennzeichnete der AfA-Kongreß in einem Beschluß unter Hinweis auf die Montanindustrie die Mitbestimmung als Beitrag zur sozialen Sicherung, der die „Bildung von Extremismus und radikalen Gruppierungen" [28]) verhindere; ein Aspekt, der konstitutiv für die integrationistische Konzeption von Mitbestimmung ist und dieser eine

22) Vgl. ebd., S. 15 f.
23) So die Forderungen nach Streichung des Tendenzparagraphen im Betriebsverfassungsgesetz, uneingeschränktem Streikrecht im öffentlichen Dienst, Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute und Zurückstellung von Jugendvertretern und Betriebsräten vom Wehr- und Zivildienst. Vgl. ebd., S. 45, 49 f., 64 und 72 f.
24) Vgl. ebd., S. 23.
25) Ebd., S. 36.
26) Ebd., S. 39.
27) Ebd., S. 42.
28) Ebd., S. 38.

systemstabilisierende Funktion im Sinne der Eindämmung sozialer Konflikte zuweist. Gleichwohl dominiert diese integrationistische Komponente die Haltung der AfA-Bundeskonfernz zur Mitbestimmung nicht. Gerade die in der Relativierung parlamentarischer Durchsetzungsmöglichkeiten und der Propagierung von Massenaktionen gegen das Monopolkapital und die politische Reaktion angelegte kämpferische, antimonopolistische Dimension der Mitbestimmung widerspricht diametral der integrationistischen Bestimmung von Strategie und Ziel der Arbeiterbewegung, die sich ausschließlich im Rahmen parlamentarischer Möglichkeiten bewegt und außerparlamentarische Kämpfe — selbst zur Unterstützung der eigenen Politik — ablehnt. Sie entspricht weit eher der in der Strategiediskussion der reformistischen Teile der Sozialdemokratie häufig anzutreffenden Forderung nach punktuellen außerparlamentarischen Aktionen zur Verbesserung parlamentarischer Durchsetzungsmöglichkeiten [29]), in denen — insofern diese dann auch wirklich in der Praxis durchgeführt werden — zumindest potentiell über die Erfahrung der politischen Kraft von Massenkämpfen und unter dem Einfluß marxistischer Kräfte die in ihrer reformistischen Ausrichtung auf die staatlichen Entscheidungsgremien angelegten Fesseln außerparlamentarischer Kämpfe aufgebrochen werden können zugunsten der marxistischen Bestimmung der dominierenden Rolle von Massenaktionen für punktuelle und grundlegende Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Folgende Ergebnisse können in einer zusammenfassenden Beurteilung der 1. AfA-Bundeskonferenz festgehalten werden: Die AfA stellte eine Vielzahl von Reformforderungen an die Bundesregierung, Forderungen, die die Reformerwartungen an die sozialliberale Koalition wie auch den Aufschwung der Klassenauseinandersetzungen seit Ende der 60er Jahre reflektierten, wie überhaupt in der Diskussion die Unzufriedenheit in den Betrieben über die wirtschaftliche Entwicklung und die Enttäuschung über die Regierungspolitik deutlich zum Ausdruck kam [30]). So stellte sich die AfA mit ihren Forderungen mehrfach in offenen Gegensatz zur Regierungspolitik und den Intentionen der Parteiführung, insbesondere in der Mitbestimmungsfrage, wo über die Forderung nach voller paritätischer Mitbestimmung hinaus auch Kampfaktionen zu deren Durchsetzung beschlossen wurden. Insofern stieß die Parteiführung an die objektiven Grenzen ihrer Integrationskraft, die darin begründet liegen, daß, resultierend aus dem Umfang und der Intensität gesellschaftlicher Klassenauseinandersetzungen, Forderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern selbst in die SPD eingebracht werden, die gegen diverse Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Systems, aber auch — wie etwa die Forderungen nach Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien — gegen dessen Grundlagen gerichtet sind und so von integrationistischer Politik, deren Grundinhalt ja gerade die Stabilisierung dieses Systems ist, nicht erfüllt werden können. So bestätigt auch die Analyse der 1. AfA-Bundeskonferenz die These, daß der gesellschaftliche Klassenantagonismus sich innerhalb der Sozialdemokratie im Wirken zweier Klassenlinien widerspiegelt.

Im Gegensatz zu den angeführten Beschlüssen, die mit integrationistischer Politik unvereinbar waren, bewegen sich die ideologischen Positionen der AfA, wie sie in den Selbstverständnisbeschlüssen ihren Niederschlag fanden, zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend im Rahmen integrationistischer Ideologie. Dies und auch der Ausgang der Vorstandswahlen deuten darauf hin, daß die auf der

[29]) Vgl. dazu die unter den Begriffen „Doppelstrategie" und „antikapitalistische Strukturreformen" geführte Diskussion der Jungsozialisten.
[30]) Vgl. Dokumentation 1973, S. 106 f.

Konferenz aufgetretenen Konflikte zwischen der Mehrheit der Delegierten und der Parteiführung nicht gleichzeitig eine durchgängige Abkehr dieser Mehrheit von integrationistischen Einflüssen zur Folge hatten, oder anders, daß diese Konflikte nicht als Auseinandersetzungen verschiedener sozialdemokratischer Richtungen oder gar Klassenlinien verstanden wurden.

Insgesamt nahm die AfA 1973 in ihren Beschlüssen eine widersprüchliche Haltung ein, was die Zuordnung der AfA zu einer der drei Hauptströmungen in der Sozialdemokratie erschwert. Einerseits setzte sich die Konferenz für die Hebung der materiellen Lebensverhältnisse und der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen der arbeitenden Bevölkerung ein, wobei klassenkämpferische und systemkritische Ansätze, allerdings ohne explizite Benennung einer alternativen gesellschaftlichen Zielsetzung, entwickelt wurden — eine Position, die insofern als nicht-integrationistisch charakterisiert werden kann; andererseits überwogen im politisch-ideologischen Bereich die Bindungen an den dominierenden integrationistischen Teil der SPD. Die Interpretation dieses Gegensatzes als Widerspruch von ökonomischem und politischem Bewußtsein weist deutliche Konvergenzen auf mit den Ergebnissen empirischer Untersuchungen des Bewußtseins der Industriearbeiterschaft der BRD. Nach Deppes Aufarbeitung dieser Untersuchungen ergibt sich folgende „Zwiespältigkeit" oder „Doppelcharakter" des Arbeiterbewußtseins [31]): Zwar reflektiere das Bewußtsein der Arbeiterklasse deren Klassenlage in einem Lagebewußtsein, das die dichotomische Struktur der Gesellschaft erkennt und sich hauptsächlich in Lohnkonflikten praktisch artikuliert, doch werde dieses Lagebewußtsein von den herrschenden Ideologien überlagert. Rekurrierend auf die Leninsche Unterscheidung von „trade-unionistischem" und „sozialdemokratischem" bzw. Klassenbewußtsein charakterisiert Deppe das Lagebewußtsein als trade-unionistisch, das sich nicht automatisch zu Klassenbewußtsein entwickelt, das als theoretisches „sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhang der empirischen Einzelerfahrungen als auch die objektiven Möglichkeiten gesellschaftlicher Emanzipation begreift" [32]), ebenso wie das Lagebewußtsein nicht notwendig zum Reformismus oder Integrationismus tendiert [33]). Solche trade-unionistischen Elemente können auf der als ökonomisches Bewußtsein gekennzeichneten Seite der Widersprüchlichkeit der Positionen des AfA-Kongresses festgestellt werden, die in den Forderungen nach Verbesserung der Lebensverhältnisse und der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen die Bedingungen der proletarischen Klassenlage der Arbeiterschaft unmittelbar zum Ausdruck bringen, die politisch aber überwiegend integrationistisch überwölbt sind. Dies reflektiert die dominierende Rolle der bürgerlichen Ideologie in Gestalt des Integrationismus in der SPD, die, so Abendroth, als „Partei der Bewahrung bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterklasse ... die Entwicklung zu höheren Stufen des Klassenbewußtseins nicht ... vorantreibt, sondern lediglich spiegelt, soweit sie spontan erfolgt" [34]). Diese Widerspiegelung schlägt sich darin nieder, daß die angeführten Divergenzen zwischen ökonomischem und politischem Bewußtsein sowohl das Arbeiterbewußtsein als auch die Positionen der AfA bestimmen.

Doch zeigen die auf der AfA-Konferenz aufgetretenen Konflikte, daß die integrationistische Festlegung trade-unionistischen Bewußtseins auf objektive Grenzen stößt, die sich in den Ansätzen sozialistisch-reformistischer Positionen äußern, die

31) Vgl. Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 72 ff. und 111 ff.
32) Ebd., S. 195.
33) Vgl. auch Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933, Darmstadt-Neuwied 1974, S. 28 f.
34) Wolfgang Abendroth, Chancen der SPD-Linken, Sozialdemokratie zwischen den Fronten des Klassenkampfs, in: „Neues Forum", April 1973, S. 19.

eine Vorstufe von Klassenbewußtsein bilden können. Objektiv sind die Voraussetzungen für die positive Aufhebung des Widerspruchs von ökonomischem und politischem Bewußtsein im Sinne der Überwindung der integrationistischen Schranken vorhanden. Gerade unter den Bedingungen der die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse bestimmenden fortschreitenden Verbindung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ist objektiv ein Prozeß der Annäherung und Durchdringung von wirtschaftlicher und politischer Macht wie auch von ökonomischem und politischem Kampf der arbeitenden Bevölkerung zu verzeichnen, so daß der ökonomische Kampf objektiv immer mehr Ansatzpunkte enthält, die über den Bereich der Ökonomie hinaus in den der Politik weisen. „Diese Ansatzpunkte ergeben sich vor allem daraus, daß der monopolkapitalistische Staat immer direkter in den Ausbeutungsprozeß eingreift, daß die herrschende Klasse ein immer stärker antidemokratisches Verhalten an den Tag legt und daß immer offenkundiger existenznotwendige Bedürfnisse der Werktätigen weder durch höheren Lohn noch durch Mitbestimmung im Betrieb allein gesichert werden können" [35]). Die bisher begrenzten subjektiven Auswirkungen dieses objektiven Prozesses manifestieren sich auch in der relativen Schwäche der marxistischen Kräfte — sowohl der Kommunisten wie auch der Marxisten in der Sozialdemokratie — in der Arbeiterbewegung, deren Existenz und Stärke aber unabdingbar ist für die Vermittlung von Trade-Unionismus und marxistischer Theorie zu Klassenbewußtsein. Da aber der integrationistische Teil der Sozialdemokratie als aktiver Mitträger des kapitalistischen Systems im Zuge des fortschreitenden Prozesses der Verbindung von Monopol- und Staatsmacht in zunehmendem Maß an Spielraum zu Konzessionen an die Interessen seiner sozialen Basis verliert, die jedoch als materielle Grundlage zur Aufrechterhaltung seiner Integrationskraft unentbehrlich sind, verschärft sich im Rahmen der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen notwendig der in der Sozialdemokratie wirksame Klassenwiderspruch und damit auch die Tendenz zur weiteren inneren Differenzierung und Polarisierung der Sozialdemokratie. Daß dieser Prozeß aber nicht quasi naturwüchsig zur Stärkung reformsozialistischer und marxistischer Positionen führt, sondern auch retardierende Phasen aufweisen kann, zeigt die Entwicklung der AfA nach der Duisburger Konferenz wie auch der Sozialdemokratie insgesamt.

Die Stellung der AfA in der Mitbestimmungsfrage zwischen den Bundeskonferenzen 1973 und 1975

Im folgenden soll kurz die Haltung der AfA in der Mitbestimmungsfrage zwischen den Bundeskonferenzen 1973 und 1975 untersucht werden, weil an dieser für die Arbeiterbewegung sehr bedeutsamen Frage deutlich wird, daß nach der Duisburger Konferenz die integrationistische Ausrichtung der AfA-Politik in der Praxis der AfA-Leitungsgremien die kritischen Ansätze der ersten Bundeskonferenz verdrängte. Dabei ist davon auszugehen, daß die Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP vom 19. Januar 1974 und der Regierungsentwurf vom 20. Februar 1974 durch die Verweigerung der Parität und die Schaffung eines Sonderstatus der leitenden Angestellten den Essentials des AfA-Gründungskongresses in entscheidenden Punkten widersprachen. Deshalb forderte der AfA-Bezirk Hessen-Süd die Einberufung einer außerordentlichen Bundeskonferenz zur Mitbestimmung als Auftakt massiver öffentlicher Aktionen der AfA, wie sie von der Gründungskonferenz beschlossen wurden. Dieser Antrag wurde vom Bundesvorstand am 10. Juni 1974 abgelehnt [36]).

35) Erich Hahn, Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein, Frankfurt/M. 1974, S. 159.
36) Vgl. Betriebspolitik. Informationen und Dokumente. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands und Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) zur Bundeskonferenz der AfA in Bremen (13. bis 15. Juni 1975). Teil A, o. Nr., o. J., S. 3. Einen ähnlichen Antrag stellte auch der Bezirk Ostwestfalen-Lippe; vgl. SK, 5/1974, S. 4, und 19/1974, S. 8.

Die Aktivitäten der AfA-Spitzengremien zur Realisierung der Mitbestimmungsforderungen der AfA beschränkten sich vielmehr darauf, diese in die Beratungen der Bundestagsfraktion und der zuständigen Bundestagsausschüsse einzubringen und eine zügige parlamentarische Beratung zu fordern. Da aber Bundesvorstand und Bundesausschuß keinen Versuch unternahmen, in Erfüllung des Auftrags der Bundeskonferenz durch die Initiierung von Massenaktionen die parlamentarischen Möglichkeiten zur Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung zu verbessern, vielmehr derartige Inititativen unterbanden, war ihre Politik nicht geeignet, den Mitbestimmungsforderungen von AfA und DGB zum Durchbruch zu verhelfen, im Gegenteil, sie begünstigte objektiv die Versuche der FDP, gestützt auf die massive Gegenpropaganda von CDU/CSU und Unternehmerverbänden, den Regierungsentwurf noch stärker zu Lasten der gewerkschaftlichen Forderungen zu verändern. Das Verhalten der AfA-Spitze in der Mitbestimmungsfrage entsprach so der der AfA von seiten der Parteiführung zugewiesenen Aufgabe, die Politik der sozialliberalen Regierung bei den sozialdemokratischen Werktätigen und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt abzusichern, zumindest aber zu verhindern, daß daraus, daß die Politik der Bundesregierung wichtigen Forderungen der sozialen Basis der SPD entgegensteht, Konflikte erwachsen, die die Integrationskraft der SPD schwächen. Diese Aufgabe der AfA in der Mitbestimmungsfrage wurde im internen AfA-Informationsdienst so umschrieben: „Die AfA wird die Bundesregierung durch eine breit angelegte Informations- und Aufklärungsarbeit in der Arbeitnehmerschaft unterstützen" [37]).

Was den AfA-Bundesvorstand betrifft, so bildet dessen personelle Zusammensetzung einen wichtigen Hinweis auf die materiellen Grundlagen seiner integrationistischen Politik: 11 der 19 Mitglieder des ersten Bundesvorstands bekleiden öffentliche Ämter auf Bundes- und Landesebene [38]), was verdeutlicht, daß die intendierte politische Anbindung der AfA an die die SPD-Politik in Bund und Ländern weitestgehend bestimmende integrationistische Richtung in der AfA-Spitze auch personell gewährleistet ist. Am prägnantesten trat diese personelle Verflechtung von AfA- und Regierungspolitik in der Ernennung des AfA-Vorsitzenden Hemut Rohde zum Bundesminister im Kabinett Schmidt/Genscher in Erscheinung.

Die 2. Bundeskonferenz der AfA im Juni 1975

Gegenüber 1973 hatten sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, vor deren Hintergrund die 2. Bundeskonferenz der AfA vom 13. bis 15. Juni 1975 in Bremen stattfand, wesentlich verändert. Der zentrale Inhalt dieser Veränderung liegt in der 1974 einsetzenden ökonomischen Krise, die zum Zeitpunkt der Bremer Konferenz ihren Höhepunkt noch nicht überschritten hatte. Folgende Zahlen sollen an dieser Stelle zur Kennzeichnung der Ausmaße der Krise genügen: im Jahresdurchschnitt 1975 eine Arbeitslosenzahl von über 1 Million, eine Kurzarbeiterzahl von 770 000 und eine Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1974 um 6 % [39]). Bildet anders als 1966/67 die Parallelität von hoher Arbeitslosigkeit und

37) „Betriebspolitik. Informationen für sozialdemokratische Arbeitnehmer — intern", 3/1974 v. 26. 6. 1974. Neben diesem seit April 1974 vom Parteivorstand der SPD (Referat für Arbeitnehmerfragen) herausgegebenen vierseitigen Informationsdienst, der Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen und Informationen vor allem über die Politik der Bundesregierung und die Arbeit der zentralen AfA-Gremien enthält, erscheint ebenfalls seit April 1974 ein zweiter Informationsdienst „Betriebspolitik — *Informationen und Dokumente*", in dem längere Beiträge und Dokumente, insbesondere Presseerklärungen von Bundesvorstand und Bundesausschuß und Reden führender AfA- und SPD-Funktionäre veröffentlicht werden.

38) Darunter sind: 1 Bundesminister (Rohde, bis Mai 1974 Parlamentarischer Staatssekretär), 2 Senatoren (Staak, bis Oktober 1974 MdB, und Steinert, beide Hamburg), 3 MdB (Urbaniak, Batz, Bredl) und 5 MdL (Dittrich, Kronawitter, Prezewowsky, Schweitzer, Weber). Diese sind bis auf Bredl wieder Mitglieder des 2. Bundesvorstands.

39) Vgl. zu den Daten: Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, Frankfurt/M., 3/1975, 4/1975 und 1/1976.

Inflation ein Hauptmerkmal der gegenwärtigen Krise, so ist als deren zweites wesentliches Merkmal festzuhalten, daß sich fast die gesamte Kapitalentwertung auf die Seite der kleinen und mittleren Unternehmen verlagert hat, während Umsatz, Akkumulation und Gewinne der Konzerne kontinuierlich gestiegen sind [40]). Diese Krisenentwicklung zugunsten der Monopole und zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, aber auch der kleinen und mittleren Unternehmen wurde durch die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition noch gefördert mit der Konsequenz, daß politische und ökonomische Zugeständnisse an die arbeitende Bevölkerung in Gestalt von Reformen ausblieben, repressiven Maßnahmen gegen systemkritische Kräfte in- und außerhalb der SPD Platz machten, so daß der Gegensatz zwischen der Regierungspolitik und den Interessen der sozialen Basis der SPD deutlicher sichtbar wurde, was sich nicht zuletzt in den Verlusten der SPD bei den Landtagswahlen niederschlug. Diese „Rechtsentwicklung der SPD-Politik" [41]) wurde durch Anpassungstendenzen relevanter Teile der reformistischen Strömungen in der SPD noch verstärkt. So stand vor der 2. AfA-Bundeskonferenz die Frage, ob die AfA vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und der Rechtsentwicklung der SPD-Politik analog der Politik ihrer Spitzengremien die auf der Gründungskonferenz mehrfach bezogenen kritischen Positionen gegenüber der Politik der Parteiführung zugunsten deren uneingeschränkter Unterstützung aufgeben wird oder ob sie der Integration widersteht und auf eine Veränderung sozialdemokratischer Politik im Sinne der Interessen der sozialen Basis der SPD drängt.

Die Analyse des Konferenzverlaufs ergibt, daß der Versuch, die AfA an den integrationistischen Kurs der Parteiführung anzubinden, 1975, wenn auch in Grenzen, auf die noch eingegangen wird, stärker gelang als auf dem Gründungskongreß.

Gingen 1973 noch in die Beschlüsse zur Preis- und Investionspolitik sowie zur Mitbestimmung mit der Forderung nach Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien dezidiert systemkritische Positionen ein, so fehlt in den Beschlüssen der Bremer Konferenz und darüber hinaus auch in den vorgelegenen, aber nicht verabschiedeten Anträgen jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit der Vergesellschaftung von Großkonzernen. Weiterhin fehlt in den Bremer Beschlüssen jeglicher über die parlamentarische Ebene hinausweisender Ansatz zur Durchsetzung von AfA-Forderungen, wie er in dem Duisburger Mitbestimmungsbeschluß enthalten war. Wo, wie in den vom Bezirk Hessen-Süd eingebrachten Anträgen S 15 und B 113 außerparlamentarische Aktionen gefordert wurden, folgte die Konferenz dem Votum der Antragskommission, die beide Anträge durch die Annahme eines die Anträge zu dem jeweiligen Themenkomplex zusammenfassenden Leitantrags für erledigt erklärt hatte [42]).

Das einzig kontroverse Thema der Konferenz war die Mitbestimmung. Hierbei ging es Arendt, Brandt, Schmidt und Rohde in ihren Ausführungen darum, die AfA zur Unterstützung des Regierungsentwurfs zu bewegen oder zumindest dessen offene Ablehnung zu verhindern, wie sie in mehreren Anträgen (so S 47, 49 und 53) gefordert wurde. Entsprechend diesen Intentionen verfuhr auch die Antragskommission. Sie nahm zwar den Antrag S 47 zum Leitantrag, formulierte diesen aber dergestalt um, daß er zwar die Forderungen von 1973 zur paritätischen Mitbestimmung, nicht aber die Ablehnung des Regierungsentwurfs enthielt. Zu

[40]) Vgl. Jörg Huffschmid, Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, in: „Blätter", 4/1975, S. 402 f.
[41]) Hofschen/Ott/Rupp, a.a.O., S. 140.
[42]) In S 15 wurde gefordert, eine Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen, in B 113 zentrale Demonstrationen und Kundgebungen zur Durchsetzung eines neuen Berufsbildungsgesetzes. Vgl. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Bremen, 13.—15. Juni 1975. Behandlung der Anträge und Entschließungen, o. O., o. J., S. 7 und 63 ff.

dieser Vorlage der Antragskommission wurde initiativ ein Änderungsantrag eingebracht, der die Grenze der Kompromißbereitschaft der AfA festlegte: „Ein Sondervorschlags- oder Wahlrecht der Leitenden Angestellten würde sich von den Vorstellungen der SPD entfernen, so daß in dieser Legislaturperiode eher auf eine gesetzliche Regelung der Mitbestimmung verzichtet werden sollte" [43]). Dieser Änderungsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem sich in der intensiven Diskussion nur die Bundesvorstandsmitglieder Rohde, Schweitzer und Staak für die Vorlage der Antragskommission ausgesprochen hatten. Die Gesamtabstimmung ergab schließlich eine überwältigende Mehrheit für den veränderten Antrag S 47, nur 6 Delegierte stimmten dagegen und 13 enthielten sich der Stimme, darunter Rohde, Urbaniak und Staak.

Die nahezu vollständige Geschlossenheit, mit der die AfA-Konferenz gegen die Appelle der Partei- und AfA-Führung die im Regierungsentwurf vorgesehene Sonderstellung der leitenden Angestellten verwarf, verdeutlicht, daß die Parteiführung ihr Ziel, von der AfA-Bundeskonferenz Zustimmung zur Politik der Bundesregierung zu erhalten, in der Mitbestimmungsfrage nicht erreicht hat. Gleichwohl fällt der Mitbestimmungsbeschluß der Bremer Konferenz hinter die Aussagen der Duisburger Mitbestimmungsbeschlüsse zurück. Einmal läßt der Bremer Beschluß durchaus die Interpretation offen, daß die gesetzliche Verankerung der leitenden Angestellten als dritte Arbeitnehmergruppe im Aufsichtsrat akzeptiert wird und lediglich Sonderrechte im Wahlverfahren abgelehnt werden, während die AfA in Duisburg eine eigene Vertretung der leitenden Angestellten auf der Arbeitnehmerbank dezidiert ablehnte; zum anderen unterstützt der Bremer Beschluß die Regelung des Regierungsentwurfs hinsichtlich der Vertretung außerbetrieblicher Gewerkschafter im Aufsichtsrat, die aber nicht der in Duisburg geforderten Parität von inner- und außerbetrieblichen Arbeitnehmervertretern entspricht. Die Unterschiede betreffen aber nicht nur Einzelheiten des Mitbestimmungsmodells. Sprengen die Aussagen zum Stellenwert und zur Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung von 1973 den Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungskonzeption, so fehlen 1975 zur Durchsetzung Hinweise, die über Appelle an die staatlichen Organe hinausgehen. Die Feststellung des Bremer Mitbestimmungsbeschlusses, daß „erhebliche soziale Konflikte für morgen und übermorgen" [44]) programmiert werden, sollte die Mitbestimmung nicht jetzt durchgesetzt werden, bildet die einzige Aussage zum strategischen Stellenwert der Mitbestimmung, die eher auf eine Konzeption von Mitbestimmung als Mittel zur politischen Neutralisierung gesellschaftlicher Klassengegensätze denn auf systemkritische Mitbestimmungsvorstellungen hinweist.

Der Vergleich der Ergebnisse der beiden AfA-Konferenzen führt zu dem Ergebnis, daß die für die Zeit ab 1973 konstatierte Rechtsentwicklung der SPD-Politik sich auch in den Positionen der 2. AfA-Bundeskonferenz niederschlägt, die mit Ausnahme des Mitbestimmungsbeschlusses die aktuellen politischen Toleranzschwellen integrationistischer Politik nicht überschritten. Dies kann aber nicht lediglich als Auswirkung der Rechtsverschiebung innerhalb der SPD erklärt werden, sondern wesentlich als Reflex der im Gefolge der ökonomischen Krisenerscheinungen und hierbei insbesondere der Arbeitsplatzunsicherheit reduzierten spontanen Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft. Dieser in der Geschichte der BRD anhand der gegenwärtigen und auch der Krise 1966/67 feststellbare Zusammenhang von ökonomischer Krise und geringer Kampftätigkeit der Arbeiterklasse findet seine theoretische Begründung im Entwicklungsgrad des Arbeiterbewußtseins, der da-

43) Ebd., S. 20.
44) Ebd.

durch gekennzeichnet ist, daß das trade-unionistische Lagebewußtsein weitgehend von herrschenden Ideologien überlagert ist [45]). Vornehmlich unter dem durch die Krise bedingten ökonomischen Druck auf die Werktätigen, der ergänzt wird durch politische Repression und ideologische Attacken gegen die Arbeiterbewegung, trifft die These Deppes, daß in Ländern, in denen es keine starke Arbeiterbewegung gibt, „die mangelnde Möglichkeit, die permanente Spannung zwischen der Erfahrung der Klassenlage und dem Druck der herrschenden Ideologien zu interpretieren ... notwendig zu individuellen Lösungsversuchen, zu Anpassung oder resignativer Integration in das herrschende Wertesystem" [46]) führt. Die Krisensituation bildet also hinsichtlich der Arbeiterbewegung der BRD, in der marxistische Kräfte keinen starken Einfluß ausüben, der es ermöglichen würde, den Zusammenhang von Kapitalismus und Krise in eine antikapitalistische Strategie der wichtigsten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung praktisch umzusetzen [47]), die materielle Grundlage der Verminderung der gewerkschaftlichen und politischen Kampftätigkeit der Arbeiterklasse und verbessert die Möglichkeit, trade-unionistisches Bewußtsein aktuell durch die in der Arbeiterbewegung der BRD vorherrschende integrationistische Ideologie festzulegen. Da der Gegensatz von trade-unionistisch geprägtem ökonomischen und integrationistisch dominiertem politischen Bewußtsein die Positionen der AfA kennzeichnet, ist die AfA den disziplinierenden Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterbewegung nicht entzogen, verlieren gegenwärtig nicht-integrationistische Positionen in der AfA an Gewicht, wie der Bremer Kongreß beweist. Insofern schließt die These Abendroths von der SPD als „Objekt des Klassenkampfes" [48]) sowohl progressive Relfexe der Entwicklung von Klassenbewußtsein im Gefolge der Zunahme gesellschaftlicher Klassenauseinandersetzungen als auch als Folge stagnierender oder verminderter Klassenkämpfe regressive Reflexe auf die innere Differenzierung der SPD ein. Das Ergebnis der Mitbestimmungsdiskussion der Bremer AfA-Konferenz weist aber auch darauf hin, daß es der Parteiführung nicht gelang, diese regressiven Tendenzen soweit für sich zu instrumentalisieren, daß die innere Widersprüchlichkeit der SPD gänzlich verdeckt worden wäre. Die Integrationskraft der Parteiführung ist also auch unter für diese aktuell günstigen Bedingungen nicht so groß, daß sie das Aufbrechen innerparteilicher Konflikte zu verhindern vermag, die wichtige Ansatzpunkte für die grundlegende Auseinandersetzung um Inhalte und Ziele sozialdemokratischer Politik bieten. Da aber die Stärkung reformsozialistischer und marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie nicht allein Resultat innerparteilicher Auseinandersetzungen sein kann, sondern entscheidend abhängig ist vom Entfaltungsgrad der Klassenauseinandersetzungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, fällt der Entwicklung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle zu. Die AfA als Vermittlungsglied zwischen dem Produktionsbereich und der Sozialdemokratie wird dabei vor allem unter den Bedingungen sozialdemokratischer Regierungstätigkeit, die bei zunehmender Schärfe der Vertretung von Monopolinteressen in immer geringerem Maße zu materiellen und politischen Zugeständnissen an die arbeitende Bevölkerung in der Lage ist, vor dem Dilemma stehen, daß die Vertretung von Arbeiterinteressen, also auch der in der AfA organisierten sozialdemokratischen Werktätigen, mit der Mobilisierung der Arbeiterschaft für integrationistische Politik unvereinbar ist. Dieser in der AfA unmittelbar wirksame Widerspruch bildet die objektive Grundlage, um die aktuell in der

45) Vgl. Deppe, a.a.O., S. 113.
46) Ebd.
47) Daß ökonomische Krisen auch zur Intensivierung der Kämpfe der Arbeiterbewegung führen können, zeigen die Entwicklungen in Frankreich und Italien, wo im Gegensatz zur BRD die Arbeiterbewegung durch die Stärke marxistischer Kräfte gekennzeichnet ist.
48) Abendroth, a.a.O., S. 24.

AfA vorherrschende integrationistische Überwölbung von ökonomischem Lagebewußtsein zu durchbrechen.

Die AfA nach der Bremer Bundeskonferenz

Seit der 2. Bundeskonferenz konzentriert sich die Arbeit der AfA auf die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes 1976, eines Wahlkampfes, den die SPD unter ungünstigen Voraussetzungen antritt; dies betrifft einmal die wirtschaftliche Lage, gekennzeichnet durch die schwerste Krise seit Bestehen der BRD, der die Bundesregierung außer mit Hinweisen auf die noch desolatere Wirtschaftslage in den meisten Ländern des kapitalistischen Auslands mit einer Krisenbewältigungsstrategie begegnete, die nicht geeignet war, die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung zu verhindern, zum anderen den Umstand, daß die gesellschaftspolitischen Reformversprechen der beiden letzten Bundestagswahlkämpfe weitgehend unerfüllt blieben oder in einer Form realisiert wurden, die auch der CDU/CSU die parlamentarische Zustimmung ermöglichte (z. B. Mitbestimmung, Hochschulrahmengesetz). Vor diesem Hintergrund, dessen negative Folgen die SPD bei den Landtagswahlen seit 1974 eindeutig zu spüren bekam, ist es das Bestreben der Parteiführung, eine möglichst einheitliche und geschlossene Unterstützung der Politik der Bundesregierung durch die Partei zu erzielen, ein Ziel, das auf dem Mannheimer Parteitag denn auch erreicht wurde. Den Preis dieser Geschlossenheit bildete der Verzicht der reformistischen Kräfte auf konkrete Alternativen zur Politik von Parteiführung und Bundesregierung. So wurde auch durch die Überweisung sämtlicher Parteitagsanträge zum Thema Mitbestimmung an die Bundestagsfraktion der Parteiführung faktisch Rückendeckung gegeben für die Verabschiedung eines Mitbestimmungsgesetzes im Bundestag, das den Forderungen beider AfA-Bundeskonferenzen und des DGB derart widerspricht, daß auch die CDU/CSU-Fraktion diesem Gesetz die Zustimmung nicht mehr verwehren konnte, was auch den AfA-Bundesausschuß zu der realistischen Feststellung veranlaßte, daß der Koalitionskompromiß nicht die paritätische Mitbestimmung beinhaltet [49]). Gleichwohl hat sich damit die Kompromißtaktik der Parteiführung in der Mitbestimmungsfrage durchgesetzt, dem einzigen Problem, bei dem die Bremer Bundeskonferenz der AfA ihre Forderungen entgegen den Intentionen von Parteiführung und Bundesregierung aufrechterhielt.

Soweit der bisherige Stand der Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfs durch die AfA gesicherte Urteile erlaubt, kann festgehalten werden, daß die Mannheimer Strategie der einheitlichen und geschlossenen Unterstützung der Politik der Bundesregierung durch die SPD auch den Wahlkampfbeitrag der AfA bestimmt bzw. bestimmen wird. Dabei kommt der AfA die Aufgabe zu, in der Arbeiterschaft, den Stammwählern der SPD, für die Politik der Bundesregierung und die Wahl der SPD zu werben. Hierzu wurde das organisatorische Gerüst der AfA auf rund 4000 Betriebsgruppen [50]) erweitert und 40 Betriebszeitungen [51]) aufgebaut, deren Aufgabe es ist, „sowohl betriebliche Probleme zu beleuchten als auch die Politik der SPD direkt bis zum Betrieb heranzubringen und die Arbeitnehmer über die Leistungen sozialdemokratischer Regierungspolitik zu infor-

[49]) Vgl. „Betriebspolitik. Informationen für sozialdemokratische Arbeitnehmer — intern", 1/1976, Januar 1976.

[50]) So Rohde auf dem Mannheimer Parteitag; vgl. ebd., 9/1975, November 1975.

[51]) Vgl. ebd., 5/1975, April 1976. Berücksichtigt man, daß erst seit dem Frühjahr 1975, angeleitet durch die Arbeitsgruppe „Betriebszeitungen", beim AfA-Bundesvorstand SPD-Betriebszeitungen erscheinen (vgl. ebd., 1/1976. Januar 1976), so stellt die augenblickliche Zahl von 40 Betriebszeitungen eine Stärkung der AfA-Aktivität in den Betrieben dar. Daß dennoch erst in 1 % der Betriebe, in denen SPD-Betriebsgruppen bestehen, auch SPD-Betriebszeitungen erscheinen, erweist aber auch das immer noch geringe Maß betrieblicher Öffentlichkeitsarbeit der AfA.

mieren" [52]). Die Bildung von „Arbeitnehmerinitiativen', in denen auch parteilose Betriebsräte und Gewerkschafter dafür gewonnen werden sollen, „sich zu Zielen und Leistungen der SPD zu bekennen" [53]), ist ein weiterer Bestandteil des Beitrags der AfA zum Bundestagswahlkampf der SPD ebenso wie die Abhaltung von Landes- und Bezirksarbeitnehmerkonferenzen und betriebs- und sozialpolitischer Wochen in den Unterbezirken.

Inwieweit bzw. ob es der AfA mit derartiger, auch das „große Gespräch mit der Arbeitnehmerschaft" [54]) genannter Wahlkampftätigkeit gelingen wird, die Werktätigen der BRD in ähnlichem Ausmaß wie 1972 für die Wahl der SPD zu mobilisieren, kann angesichts der Krisenauswirkungen und der Politik der Bundesregierung bezweifelt werden. Das Argument, das bei einem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition „die deutsche Politik auch in Zukunft von den Ansprüchen, Forderungen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer geprägt sein" [55]) wird, dürfte 1976 gegenüber 1972 nicht gerade plausibler geworden sein. Hinsichtlich der politischen Zielsetzung des AfA-Wahlkampfs jedenfalls ist abzusehen, daß mit der uneingeschränkten Unterstützung und Werbung für die Politik der Parteiführung und der sozialliberalen Koalition die integrationistische Ausrichtung der AfA-Politik, wie sie weitgehend schon auf der Bremer Konferenz zu erkennen war, im Wahlkampf der AfA voll realisiert wird. Mag es dieser Wahlkampfstrategie auch gelingen, den objektiven Widerspruch zwischen der monopolorientierten Politik der Rechtssozialdemokratie und den ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, des Kernbereichs der sozialen Basis der SPD und damit ja auch der in der AfA organisierten sozialdemokratischen Werktätigen, kurzfristig zu übertünchen, so doch nicht generell. Schon die in der diesjährigen Tarifrunde in Streiks und Warnstreiks wieder sichtbar gewordene Kampfbereitschaft in den Betrieben und die im Zuge des sich anbahnenden konjunkturellen Aufschwungs angelegte Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung [56]) deuten darauf hin, daß die Erfahrung der Werktätigen, daß sie es sind, die die Hauptlasten der Krise zu tragen haben, ähnlich wie 1969 und 1973 in erhöhte Kampfbereitschaft umschlagen wird. Unter solchen Bedingungen zunehmender Klassenauseinandersetzungen kann mit verstärkter Differenzierung innerhalb der AfA und wachsenden Gegensätzen zwischen AfA-Forderungen und rechtssozialdemokratischer Politik gerechnet werden, die die Voraussetzungen verbessern, die bislang dominierende integrative Ausrichtung der AfA in Frage zu stellen.

---

52) Ebd., 1/1976, Januar 1976.
53) „sozialdemokrat magazin", 2/1976, S. 15.
54) „Betriebspolitik. Informationen für sozialdemokratische Arbeitnehmer — intern", 1/1976, Januar 1976.
55) Ebd., 5/1976, April 1976.
56) Vgl. die Prognose der 5 wirtschaftswissenschaftlichen Institute v. 12. 4. 1976, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1976 gegenüber dem Vorjahr netto um 17 % die aus unselbständiger Arbeit dagegen nur um 3,5 % steigen werden. Vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 4. 1976.

Medienkritik

KOHLEN FÜR KALTE ZEITEN

Als *besonderen Film* präsentierte das ZDF dem deutschen Publikum einen Film, der mit einigen anderen seiner Art eigentlich zum Allgemeingut auch des deutschen Kinobesuchers gehören sollte. Claude Gorettas Film „Ganz so schlimm ist er nicht" (28. Juni, 21.15 Uhr) hat zwar einen Bankräuber zur Hauptperson, ist aber „gar nicht bösartig", wie der Titel besser übersetzt lautet.

Der biedere und sympathische Pierre verschafft sich in der Tat durch allerlei kleine Überfälle Geld, um die Schulden, die sein Vater ohne sein Wissen angehäuft hat, zu bezahlen. Dabei hat er aber in seinem Revolver immer nur eine Kugel, mit der er immer zunächst eine Lampe kaputtschießt, „damit nichts passiert". Pierre fährt mit Moped und VW-Bus zu seinen Tatorten in der idyllischen schweizer Provinz, er ist nett zu Frau und Kind. Einmal, als eine Postangestellte vor seinem Revolver in Ohnmacht fällt, vergißt er seine Rolle und hilft ihr auf: daraus entwickelt sich eine Liebe und Komplizenschaft. Bei einem Dorffest, wo er mit seiner Frau im Laienspiel auftritt, wird er schließlich verhaftet, wobei diese zum ersten Mal von seiner Nebenbeschäftigung erfährt. Sie ist böse darüber, daß er sie nicht früher eingeweiht und ihr dadurch die Möglichkeit genommen hat, den drohenden Bankrott der vom Vater übernommenen kleinen Schreinerei gemeinsam mit ihm abzuwenden. Sicher hätte auch sie dabei nicht vor ungesetzlichen Taten zurückgeschreckt, aber sie erscheint dabei dem Zuschauer ebenso sympathisch wie ihr Mann und wie die Postangestellte, die sogar einen Überfall auf eigene Faust unternimmt, wofür sie von Pierre prompt beschimpft wird.

Auch die Strafe, die Pierre von der feinfühligen Obrigkeit erwartet, die ihm vor der diskreten Verhaftung noch erlaubt, seine Nummer zu Ende zu bringen, kann nach alledem *nicht so schlimm* sein. Ganz normale Gefühle hat der Zuschauer, der sich mit dieser Figur identifiziert; er wird durch diesen Film in eine Welt versetzt, in der die Menschen vernünftige Gefühle entwickeln. Die gezeigten, eigentlich kriminellen Handlungen erscheinen als notwendige Korrekturen, um den einfach gezeichneten und sich verständlich benehmenden Menschen in dieser Welt zu dem ihnen zustehenden Glück zu verhelfen.

Leider hat das ZDF durch seine unerträgliche Art, alle Filme in derselben nivellierenden, mechanisch-geschäftigen Art und immer mit denselben Sprechern zu synchronisieren, es fertiggebracht die feine Grenze, die die subtile *Alltäglichkeit* dieses Films von der Klischeehaftigkeit der BRD-Produktionen trennt, dynamisch-bierbäuchig voll einzurennen. Gorettas Film gehört gewiß zu den weniger auffallenden Produktionen des neuen Schweizer Films. Er kann seine positive Wirkung auch nur in einer Kinokultur entfalten, in der ähnliche Filme häufig zu sehen sind und sich wechselseitig ergänzen.Leider war von den inzwischen wohl ein Dutzend Filmen der Genfer „Gruppe der Fünf" um Alain Tanner, Goretta und Soutter meines Wissens kein einziger in unseren Kinos zu sehen.

„Jedes Land hat das Kino, das es verdient" sagt Alain Tanner und meint damit die Schweiz. „Bis jetzt", fährt er fort, „haben diejenigen das Sagen, die die Flucht vor der Wirklichkeit organisieren. Wir fangen an, in dieses System einige Pfähle zu schlagen. Unsere Straßen, unsere Häuser, unsere Mitbürger beginnen sich in Bilder zu verwandeln, die gesehen, besichtigt und kommentiert werden." Ein Wim Wenders, ein Werner Herzog, oder — schlimm genug — ein Werner Schröter mögen den Intellektuellen des Quartier Latin die Existenz einer westdeutschen Kinokultur vortäuschen. Wenn unsere Filmemacher schon das, was sich die Genfer vorgenommen haben, nicht leisten wollen, so sollte man wenigstens bei uns die Straßen, Häuser und Leute aus Zürich besichtigen und kommentieren können — sie sind den unseren sehr ähnlich. Auch unser Publikum hätte dies nötig, auch unsere Kinobesucher brauchen, um mit dem Beleuchter des letzten Films von Tanner Mao zu zitieren, „Kohlen für die Zeiten, in denen der Schnee fällt.".

Günter Giesenfeld

Alfred Oppolzer, Hauptprobleme der Industrie- und Betriebssoziologie, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976 (Pocket Wissenschaft), 150 S., 14,80 DM.

Funk-Kolleg Sozialer Wandel, Bd. 1, herausg. v. Th. Hanf, M. Hättich, W. Hilligen, R. E. Vente und H. Zwiefelhofer, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975, 288 S., 6,80 DM. — Unterhalb der Ebene der Fachbücher siedelt sich immer mehr eine Literatur an, die u. U. einen viel größeren praktischen Einfluß besitzt, weil sie wissenschaftliche Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit vermitteln will. Dieses Funk-Kolleg über technologischen, ökonomischen und ideologischen Wandel gehört dazu. Es ist einer eingehenden kritischen Analyse wert.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

1. Die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 1976

	Mrd. DM	Veränderungen in % gegenüber 4. Quartal 1975	Veränderungen in % gegenüber 1. Quartal 1975
Bruttosozialprodukt (real)	144,7	— 6,0	+ 5,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme (nominal)	116,1	— 10,4	+ 4,5
Nettolohn- und -gehaltssumme (nominal)	84,9	— 5,7	+ 0,8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal)	61,1	— 10,5	+ 20,8
Abschreibungen (nominal)	32,3	— 0,6	+ 6,1
Privater Verbrauch (real)	82,5	— 14,2	+ 2,8
Investitionen (real)	30,3	— 18,8	+ 4,1
Ausfuhr (real)	54,7	± 0,0	+ 11,3
Öffentlicher Verbrauch (real)	20,5	— 14,9	+ 2,7

Real: in Preisen von 1962; nominal: in jeweiligen Preisen.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 21/1976.

2. Preise im 1. Quartal 1976

	Index (1970 = 100)	Veränderungen in % gegenüber 4. Quartal 1975	Veränderungen in % gegenüber 1. Quartal 1975
Lebenshaltungskosten	139,0	+ 1,7	+ 5,4
Industrielle Erzeugerpreise	138,3	+ 1,6	+ 2,7

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1975, S. 68 *.

3. Arbeitsmarkt Ende Mai 1976 (in 1000)

	Mai 1976	Veränderungen in 1000 gegenüber April 1976	Veränderungen in 1000 gegenüber Mai 1975
Arbeitslose	954	— 140	— 64
Kurzarbeiter	250	— 106	— 672
Offene Stellen	275	+ 23	+ 10
Abhängig Beschäftigte [1]	21 020	— 158	— 477
Ausländer [2]	2 039	— 32	— 311

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1975, S. 65 *.
1) 1. Quartal 1976; Veränderungen gegenüber 4. Quartal 1975 bzw. 1. Quartal 1975.
2) September 1975; Veränderungen gegenüber Juni 1975 bzw. September 1974.

4. Steuern in den ersten 4 Monaten 1976

	Mrd. DM	Veränderungen in % gegenüber der gleichen Vorjahreszeit
Steuereinnahmen insgesamt [1]	64,0	+ 8,4
darunter:		
Lohnsteuern	22,6	+ 11,5
Veranlagte Einkommensteuern	7,9	+ 4,7
Körperschaftsteuern	2,3	— 16,6

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1975, S. 56 *.
[1]) Bund und Länder.

5. Insolvenzen in den ersten 4 Monaten 1976

3216 + 5 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum

Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. „Handelsblatt" v. 29. 6. 1976.

6. Zielsetzung der Investitionen der verarbeitenden Industrie in Prozent [1])

	1973	1974	1975	1976
Kapazitätserweiterung	41	34	24	21
Rationalisierung	42	45	50	53
Ersatzbeschaffung	17	21	26	26

Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 17/1976.
[1]) Hauptziel der Investitionen in % der befragten Unternehmen, gewichtet mit dem Firmenumsatz.

Die konjunkturelle Belebung nach der bisher tiefsten Nachkriegskrise hat in den letzten Monaten zu einer deutlichen Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, insbesonder der Industrieproduktion geführt. Der lang erwartete „Aufschwung" scheint sich also endlich durchgesetzt zu haben.

Trotz dieser positiven Produktionsziffern und trotz der vor allem von Regierungsseite zu hörenden optimistischen Prognosen ist bei der Beurteilung der konjunkturellen Lage Vorsicht am Platze. Denn der Produktionsaufschwung vollzieht sich zum Teil nur zögernd, Unsicherheitsfaktoren sind durchaus noch vorhanden.

Im Mittelpunkt der konjunkturellen Bewegung steht die industrielle Investitionstätigkeit. Gerade hier liegt aber gegenwärtig noch der schwächste Punkt. Die Investitionen der verarbeitenden Industrie waren 1975 real nochmals um 6 % zurückgegangen. Nach den Ergebnissen des jüngsten Konjunkturtests des Ifo-Instituts von März/April 1976 — es wurden 4300 Unternehmen mit einem Anteil von 60 % der industriellen Investitionen nach ihren Investitionsplänen befragt — kann damit gerechnet werden, daß die Investitionstätigkeit 1976 real stagnieren wird. Bei den Investitionsziffern des ersten Halbjahrs ist zudem zu berücksichtigen, daß die staatliche „Investitionsprämie" nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die Anlagen bis zum 30. 6. erstellt waren. Sie dürften daher etwas überzeichnet sein, für den Zeitraum nach dem 30. 6. 1976 ist zunächst ein Rückschlag zu erwarten.

Zudem planen die Unternehmen weniger denn je eine Erweiterung der Produktion, mehr als die Hälfte der Anlageinvestitionen sollen der Rationalisierung dienen. Das zeigt auch die Zusammensetzung der Investitionen des 1. Quartals 1976: nur die Ausrüstungsinvestitionen nehmen zu, die industriellen Bauinvestitionen sind nach wie vor rückläufig. Bei einer Erweiterung der Kapazitäten würden aber auch die Industriebauten stärker zunehmen. Bezeichnend ist auch, daß die Auftragseingänge des Maschinenbaus in den ersten 5 Monaten des Jahres 1975 real 7 % niedriger waren als 1975, bei weiter sinkender Tendenz.

Im Unterschied zum Aufschwung nach der Krise 1966/67 fehlt also diesmal das tragende Moment der Industrieinvestitionen: bei immer noch niedriger Kapazitätsauslastung — mit 82,5 % war die verarbeitende Industrie im 1. Quartal 1976 mit Ausnahme von 1975 schlechter ausgelastet als in allen Jahren seit 1970 — besteht die Gefahr, daß mit Erledigung der infolge der Investitionsprämie vorgezogenen Rationalisierungsinvestitionen ein erneuter Rückschlag eintritt.

Tragende Kräfte der gegenwärtigen Belebung sind die Auslandsnachfrage und die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, durch die ein aufgestauter Nachholbedarf be-

friedigt wird. Es gibt aber Anzeichen — so in der Textil- und in der Automobilindustrie —, daß dieser Nachholbedarf allmählich befriedigt ist und vor allem der sprunghafte Anstieg der Pkw-Nachfrage sich normalisiert.

Da aber in anderen Bereichen keine deutliche Nachfragebelebung sichtbar ist, kann eine Abschwächung der wirtschaftlichen Belebung für die nächsten Monate nicht ausgeschlossen werden.

Die auf den ersten Blick positiven Daten von Produktion und Nachfrage müssen bei näherer Betrachtung also noch immer mit einigen Fragezeichen versehen werden. Dabei ist die zurückhaltende Investitionstätigkeit vom Standpunkt der bürgerlichen wirtschaftspolitischen Demagogie — anders ist diese Art von Argumentation ehrlicherweise nicht zu bezeichnen — vollständig unerklärlich.

Denn das herausragende Merkmal der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist das sprunghafte Ansteigen der Unternehmergewinne. Der Anstieg der „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" ist dabei ein nur schwaches Abbild. Aber immerhin stiegen die so definierten Selbständigeneinkommen fast fünfmal so schnell wie die Arbeitseinkommen. Ein Vergleich der Nettosummen dürfte eine noch größere Differenz ergeben. Die Löhne und Gehälter steigen netto auch nominal nur noch geringfügig. Dabei ist das inzwischen nicht mehr hauptsächlich den rückläufigen Beschäftigtenzahlen geschuldet: Zwar sinken diese nach wie vor kräftig, aber ihr Rückgang wurde durch den Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden kompensiert. Das „Arbeitsvolumen" ist nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im 1. Vierteljahr 1976 um 0,2 % größer gewesen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Tariflöhne auf Stundenbasis im ersten Quartal um 5,5 % stiegen, erhöhte sich die Produktivität je Arbeitsstunde um 5 % und stiegen die Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmerhaushalte ebenfalls um 5,5 %.

Hinzu kommt noch der Einfluß des Steuersystems, das auch seinen Beitrag zur Umverteilung der Einkommen leistet. Der starke Rückgang der Körperschaftsteuer ist z. T. der Investitionsprämie geschuldet, die inzwischen zur Auszahlung gelangt. Im Ergebnis war die Körperschaftsteuer in 2 Monaten ,im Februar und im April 1976 negativ, d. h. die Unternehmen erhielten mehr an Prämien als sie an Steuern zu zahlen hatten.

Desungeachtet steigen die Preise nun wieder beschleunigt. Die umfangreiche Kostenentlastung der Unternehmen — nach den Berechnungen des DIW sind die „Lohnstückkosten" saisonbereinigt seit einem halben Jahr rückläufig — bewegt diese erwartungsgemäß keineswegs zu zurückhaltender Preisgestaltung. Die industriellen Erzeugerpreise, die zeitweilig nur noch langsam gestiegen waren, haben in ihrem Steigerungstempo inzwischen die Entwicklung der Lebenshaltungskosten erreicht und werden in den kommenden Monaten die Rolle der Lebensmittelpreise als Hauptpreistreiber möglicherweise wieder übertreffen. Wenn auch aus saisonalen und statistischen Gründen der Index der Lebenshaltungskosten zunächst etwas langsamer steigen wird, wird sich die Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise doch früher oder später auch in den Verbraucherpreisen niederschlagen.

Während die Unternehmengewinne zunehmen und die Reallöhne sinken, bleibt die Beschäftigungslage besorgniserregend. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahlen im Mai erstmals wieder unter einer Million und damit unter dem vergleichbaren Vorjahresstand lagen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß ein um 5,2 % höheres Sozialprodukt im 1. Quartal 1976 mit 2,2 % weniger abhängig Beschäftigten erzeugt wurde. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist nur zu einem geringen Teil auf die konjunkturelle Belebung zurückzuführen. Denn noch immer gehen die Beschäftigtenzahlen zurück, noch immer gibt es einen — wenn auch kräftig abgebauten — „Sockel" an Kurzarbeitern. Die Zahl der ausländischen Arbeiter ist weiter rückläufig — gegenwärtig dürften nur noch etwa 1,9 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik arbeiten. Es darf auch nicht übersehen werden, daß obwohl 600 000 Ausländer abwandern mußten und obwohl 400 000 Rentner vorzeitig in den Ruhestand getreten

sind, die registrierte Arbeitslosenzahl im Mai immer noch die höchste der letzten 22 Jahren war — trotz „Aufschwung".

Für den Herbst dieses Jahres erwartet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung immer noch 800 000 Arbeitslose, vorausgesetzt, die wirtschaftliche Belebung hält an. Dieser „Sockel" dürfte sich auch in den nächsten Jahren kaum wesentlich verringern. Es muß berücksichtigt werden, daß der „Manövrierspielraum" auf dem Arbeitsmarkt — Abbau von Frauen — und Ausländerbeschäftigung, vorzeitige Verrentung, Verlängerung der Schulzeiten, Umschulungskurse — in einem gewissen Maße enger geworden ist. Eine auch nur leichte wirtschaftliche Verschlechterung dürfte sich daher wesentlich stärker als bisher in einem Ansteigen der registrierten Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Die Labilität des Arbeitsmarktes hat also deutlich zugenommen.

Auch ein zeitweiliger Rückgang der Arbeitslosenzahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die mit der Sicherheit der Arbeitsplätze zusammenhängenden Probleme für die Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 11. Juni 1976

(Wortlaut)

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, gaben zum Abschluß der während des Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland vom 8. bis 12. Juni 1976 geführten Gespräche die folgende Gemeinsame Erklärung ab:

I

Beide Seiten erinnern daran, daß sie mehr als 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat, den Vertrag vom 7. Dezember 1970 *) in dem Wunsche geschlossen haben, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Entwicklung normaler und guter Beziehungen zwischen ihnen zu schaffen. Beide Seiten bekräftigen die bahnbrechende Bedeutung dieses Vertrages, der Ausgangsbasis für die Entwicklung ihrer Beziehungen nach den Grundsätzen der guten Nachbarschaft und der konstruktiven Zusammenarbeit ist.

Beide Seiten stellen mit Genugtuung fest, daß die während des Treffens der führenden Repräsentanten beider Staaten in Helsinki erzielten und anschließend in Warschau am 9. Oktober 1975 unterzeichneten bedeutsamen Vereinbarungen sowie ihre abschließende Billigung die Voraussetzungen für die vollständige Normalisierung und die allseitige Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen geschaffen haben. Beide Seiten sind überzeugt, daß dieser historische Prozeß im Interesse beider Staaten und Völker und einer friedlichen Entwicklung in ganz Europa liegt.

*) Wortlaut in: „Blätter", 12/1970, S. 1325 ff.; d. Red.

Beide Seiten erkären ihren Willen, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Zielsetzungen ihres Vertrages vom 7. Dezember 1970 und der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa leiten zu lassen.

II

Beide Seiten würdigen übereinstimmend die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit als bedeutsames Ereignis in der Geschichte Europas. Sie sind der Meinung, daß die Beachtung der in der Schlußakte von Helsinki aufgeführten Grundsätze über die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und die Verwirklichung der in der Schlußakte enthaltenen Beschlüsse und Absichtserklärungen den Frieden festigen. Die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz weisen den Weg, um die Sicherheit, den Frieden und die umfassende, gleichberechtigte Zusammenarbeit in Europa dauerhaft zu gewährleisten. Beide Seiten drücken ihre Entschlossenheit aus, sich aktiv an den weiteren Bemühungen um die Erreichung der in Helsinki vereinbarten Ziele und an der Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen der europäischen Beziehungen zu beteiligen.

Beide Seiten stellen fest, daß sie weiterhin für die Vertiefung und die kontinuierliche Entwicklung des Entspannungsprozesses eintreten werden, der einen dauerhaften und umfassenden Charakter haben soll.

Beide Seiten würdigen die Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sowie das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, deren Abschluß große Bedeutung für die Entspannung, für die friedliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent und für die Vertiefung der Zusammenarbeit hat und die wesentlich zur erfolgreichen Durchführung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beigetragen haben.

III

Beide Seiten betonen die Bedeutung allseitiger Bemühungen bei der Lösung der internationalen Sicherheit, die Beendigung des Rüstungswettlaufs und die Abrüstung. Sie werden sich bemühen, die in diesem Bereich abgeschlossenen Verträge zielstrebig zu verwirklichen und auszubauen und weitere, unumgängliche Vereinbarungen abzuschließen. Nach der Überzeugung beider Seiten bleibt die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle, die sowohl Kernwaffen als auch die konventionelle Rüstung umfaßt, eine wichtige Aufgabe.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die politischen und die militärischen Aspekte der Sicherheit sich ergänzen. Sie legen großen Wert auf den Erfolg der in Wien geführten Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa. Sie stimmen darin überein, daß diese Verhandlungen zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beitragen sollen.

IV

Beide Seiten sind entschlossen, die Organisation der Vereinten Nationen tatkräftig bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie treten ein für die Beachtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

Beide Seiten heben die Bedeutung der im Rahmen der Vereinten Nationen unternommenen Bemühungen um eine ausgeglichenere und gerechtere Struktur der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen hervor. Das Ziel dieser Bemühungen ist die Förderung der internationalen Arbeitsteilung gemäß den Grundsätzen der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens und in Übereinstimmung mit den legitimen Interessen aller Staaten.

V

In Anbetracht der Bedeutung des Handelsaustausches sowie der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit für die Festigung der friedlichen Beziehungen erklären beide Seiten ihre Absicht, dem Ausbau ihrer Wirtschaftsbezeihungen und der Intensivierung der industriellen Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen

und sie im Rahmen aller ihrer Möglichkeiten nachdrücklich zu fördern. Sie würdigen die Entwicklung des beiderseitigen Warenaustausches, der in den vergangenen Jahren eine sehr dynamische Ausweitung erfahren hat. In diesem Zusammenhang halten es beide Seiten für erforderlich, die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern unter Aufrechterhaltung des hohen Niveaus des Handelsvolumens wieder ausgeglichener zu gestalten. Sie streben eine weitere Steigerung der polnischen Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland sowie die Ausschöpfung bisher noch nicht genutzter Möglichkeiten für die Unternehmenskooperation und den Ausbau der Zusammenarbeit auf Drittmärkten an.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß das „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet", das während des Besuchs des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, insbesondere die industrielle Kooperation sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Rohstoffe und Energie vertiefen sowie Geschäftskontakte erleichtern wird.

Beide Seiten wollen die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit durch Erweiterung der Kontakte und des gegenseitigen Austausches nachdrücklich fördern. Sie bekunden die Absicht, baldmöglichst auch entsprechende Abkommen und Vereinbarungen zu schließen.

Beide Seiten begrüßen die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei einem Großprojekt für Vergasung und chemische Verarbeitung von Kohle sowie eine gemeinsame Erklärung zur Vorbereitung eines langfristigen Vorhabens der Kooperation im Kupferbereich. Sie betrachten die Durchführung dieser wichtigen Kooperationsvorhaben als wegweisend für die sich ausweitende wirtschaftliche Partnerschaft beider Länder. Beide Seiten betonen die verantwortungsvolle Rolle, die die Gemischte Regierungskommission für die Erleichterung und Förderung intensiver Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere der Unternehmenskooperation zwischen beiden Ländern hat.

VI

Beide Seiten werden sich bemühen, auf der Grundlage der zwischen ihnen getroffenen Verträge und Vereinbarungen und gemäß den Zielen der Schlußakte von Helsinki durch Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, durch eine größere Verbreitung von Information, durch Kontakte zwischen den Menschen und durch die Lösung humanitärer Probleme zur Verwirklichung der Zielsetzungen dieser Gemeinsamen Erklärung beizutragen.

Angesichts der besonderen Bedeutung enger und vielfältiger kultureller Kontakte für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und die Annäherung zwischen den Völkern halten beide Seiten einen weiteren Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit für ein wichtiges Ziel gemeinsamer Anstrengungen. Sie messen der Durchführung des am heutigen Tage unterzeichneten Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit große Bedeutung bei. Sie werden weitere Initiativen unterstützen, die dem Austausch im Bereich der Kultur, Wissenschaft und Information dienen, wie z. B. Kontakte zwischen entsprechenden Vereinigungen und Institutionen.

Beide Seiten befürworten Vorhaben, die zu einer besseren Kenntnis des anderen Landes und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen.

Sie stimmen darin überein, daß die Förderung der Kenntnis und die Verbreitung der Sprache und Kultur des anderen Landes im Interesse der Zusammenarbeit liegen.

Angesichts der großen Bedeutung, die die Schule und die Schulbücher für die Jugenderziehung haben, würdigen beide Seiten die Arbeit der seit 1972 stattfindenden gemeinsamen Schulbuchkonferenzen. Sie werden ihre Bemühungen fortsetzen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur des anderen Landes zu erreichen, die eine umfassendere Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert; sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der Gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden.

In dem Bewußtsein, daß die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern wesentlich von dem gegenseitigen Verständnis der jungen Generation abhängt, bekräftigen beide Seiten ihren Willen, die Jugendkontakte auf breiter Basis

besonders zu fördern. In diesem Zusammenhang begrüßen sie Initiativen, die der Begegnung der Jugend beider Länder dienen, und sprechen sich für die gemeinsame Einrichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Polen aus, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen gefördert wird. Beide Seiten haben die Absicht, eine Vereinbarung über den Jugendaustausch abzuschließen.

Die Entwicklung des Reiseverkehrs zwischen beiden Ländern wird von ihnen als ein Beitrag zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses angesehen; sie stimmen darin überein, den Reiseverkehr zwischen beiden Ländern weiter zu fördern und zu erleichtern.

VII

Zur Intensivierung des Meinungsaustausches über gemeinsam interessierende Fragen und der Zusammenarbeit beider Regierungen im Geiste dieser Erklärung sind beide Seiten übereingekommen, den politischen Dialog kontinuierlich weiterzuführen und regelmäßig Konsultationen der Außenminister und ihrer Mitarbeiter mindestens einmal jährlich über bilaterale und internationale Angelegenheiten, darunter insbesondere Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, durchzuführen.

Beide Seiten befürworten verstärkte parlamentarische Kontakte. Sie unterstützen Bemühungen, die geeignet sind, die Kontakte zwischen Städten und Gemeinden sowie gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Journalistenverbänden und anderen Berufsgruppen sowie zwischen den Menschen in beiden Ländern zu entwickeln.

Mit dem Ziel, das gegenseitige Verstehen und die Zusammenarbeit zu vertiefen, wurde vereinbart, ein Forum für regelmäßige Treffen von Politikern, Wirtschaftlern, Wissenschaftlern und Publizisten beider Länder zu schaffen, um im beiderseitigen Interesse liegende Fragen gemeinsam zu diskutieren sowie Anregungen für den Ausbau der Beziehungen zu geben.

VIII

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen sind überzeugt, daß die weitere Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen im Geiste dieser Gemeinsamen Erklärung insbesondere auch aus den historischen Erfahrungen geboten ist, dem wohlverstandenen Interesse beider Seiten entspricht, eine gute Basis für eine auf die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit bildet und zur Festigung der Zusammenarbeit und der friedlichen Zukunft Europas insgesamt beiträgt.

Bonn, den 11. Juni 1976

Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.
Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Erklärung der Bundesregierung zu den Beziehungen Bundesrepublik Deutschland — Sowjetunion vom 1. Juli 1976

(Wortlaut)

Die Diskussion der letzten Zeit um Sicherheit und Zusammenarbeit im Ost-West-Verhältnis, in der die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihrer am 22. Mai 1976 veröffentlichten Erklärung Stellung genommen hat, gibt der Bundesregierung Anlaß, ihre grundsätzliche Haltung zu diesen Fragen darzulegen:

1. Die in den 70er Jahren erreichte Verminderung der Spannungen in Europa wäre ohne die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion nicht möglich gewesen. Sie wurde von einer Reihe von Verträgen, Vereinbarungen und Beschlüssen politischen, wirtschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen, kulturellen und humanitären Inhalts ergänzt, die dem Ausbau der Kontakte zwischen den Staaten, Völkern und Menschen in Europa zahlreiche positive Impulse

und einen gesicherten Rahmen gaben. Dadurch ist heute der Frieden, dem sich die Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren verantwortlichen politischen Kräften seit ihrer Gründung verschrieben hat, gefestigt worden. Das ist den Anstrengungen aller Beteiligten zu verdanken: Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner in der Europäischen Gemeinschaft und im Nordatlantischen Bündnis haben nicht weniger dazu beigetragen als die Sowjetunion und ihre Verbündeten.

Deshalb sollte die Frage, ob die eine oder die andere Seite sich für Krieg oder für Frieden entscheiden könnte, bei dem inzwischen erreichten Stand der Beziehungen zwischen beiden Ländern überwunden sein. Die Bundesregierung geht davon aus, daß beide Länder sich längst für den Frieden entschieden haben.

Jetzt stellt sich die Frage, wie man — von beiden Seiten — das Positive, das in den deutsch-sowjetischen Beziehungen erreicht wurde, ausgehend von den geschlossenen Verträgen und im Sinne der in gemeinsamen Dokumenten niedergelegten Ziele und Absichten, bewahren und weiterführen kann. Die stetige Verbesserung der Beziehungen ist der erklärte Wunsch aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ungeachtet ihrer Haltung beim Abschluß der Verträge. Die Bundesregierung entnimmt der am 22. Mai 1976 veröffentlichten Erklärung der Regierung der UdSSR, daß auch die Sowjetunion den Wunsch hat, sich um einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und um die Lösung strittiger Fragen zu bemühen. Die Bundesregierung begrüßt dies; sie teilt aus ihrer Sicht der deutschen Interessen voll und ganz diese Absicht, von der ihre Ostpolitik geleitet war und geleitet bleibt.

2. Entspannungspolitik muß in erster Linie durch die Übereinstimmung gekennzeichnet sein, die Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte auszuschließen. Darüber hinaus muß es das Ziel gemeinsamer Bemühungen sein, Spannungsursachen zu beseitigen oder wenigstens so weit zu entschärfen, daß sie nicht zu gefährlichen Konflikten führen. Mit Genugtuung stellt die Bundesregierung fest, daß die sowjetische Regierung dies in ihrer Erklärung vom 22. Mai 1976 ebenfalls zum Ausdruck gebracht hat.

Wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in ihrer Schlußakte festgestellt hat, sind sich die Teilnehmerstaaten darin einig, daß sich die politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit ergänzen und daß eine Wechselbeziehung zwischen der Sicherheit eines jeden Teilnehmerstaates und der Sicherheit in Europa als Ganzem besteht. Dementsprechend haben sich Osten und Westen auch im Abschlußkommuniqué zu den vorbereitenden MBFR-Konsultationen in Wien vom 28. Juni 1973 auf die Anwendung des Grundsatzes der „unverminderten Sicherheit" für alle Teilnehmerstaaten geeinigt. Die Sicherheit aller schafft die Voraussetzungen für Beziehungen der Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Grundbedingung realistischer Entspannungspolitik ist das militärische Gleichgewicht. Wer den Anspruch militärischer Überlegenheit erhebt, setzt sich in Widerspruch zu der objektiven Voraussetzung stabiler Beziehungen in Europa und in der Welt.

Nur wenn keine einseitigen Vorteile auf Kosten der anderen Seite beansprucht werden, kann Entspannung dauerhaft und für alle vorteilhaft sein. Entspannung verlangt ein vernünftiges Maß gegenseitiger Rücksichtnahme. Wenn jede Seite die andere durch ihr Verhalten in Wort und Tat hiervon zu überzeugen vermag, wird ein wesentlicher Grund dafür entfallen, daß ihre Politik Zweifeln ausgesetzt wird. Es ist der gemeinsam erklärten Absicht zur Entspannung beizutragen, nicht förderlich, wenn die sowjetische Erklärung vom 22. Mai 1976 versucht, die Teilnehmer der internen politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über Mittel und Wege ihrer friedlichen Außenpolitik in Gutwillige und Böswillige einzuteilen.

Die Bundesregierung bejaht den Wettbewerb der Ideen, sie ist von der Kraft ihrer freiheitlichen Ordnung überzeugt. Alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki haben feierlich erklärt, daß alle Völker jederzeit das Recht haben, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen. Für die Wirksamkeit der Entspannungspolitik reicht es nicht aus, wenn zwar die Staatsgrenzen für unverletzlich erklärt werden, gleichzeitig aber eine Seite für sich in Anspruch nehmen will zu ent-

scheiden, was in einem anderen Staat ein „morsches Regime" ist und was nicht. Das gilt nicht nur in Europa, sondern weltweit.

3. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung ist fest in die gemeinsame Politik der Bündnispartner eingebettet. Die Bundesregierung weiß, daß es ohne Sicherheit keine Entspannung geben kann. Nach dem Willen aller seiner Mitglieder dient das Nordatlantische Bündnis dem Frieden, es gewährleistet die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner. Es wirkt konstruktiv am Entspannungsprozeß mit. Es ist natürlich, daß sich die Bündnissysteme beider Seiten wachsam gegenüberstehen. Es ist der Entspannung nicht förderlich, wenn eine Seite beständig nur die eigenen Verteidigungsanstrengungen als friedensdienlich, die der anderen Seite dagegen als friedensgefährdend hinstellt und sie der Aggressivität bezichtigt. Die Bundesregierung und ihre Partner im Bündnis beobachten ihrerseits, wie dies im Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 21. Mai 1976 festgestellt wurde, die Rüstungsanstrengungen der Staaten des Warschauer Paktes mit Sorge.

Die fortschreitende Einigung der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft entspricht nicht nur den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Völker, sondern stellt auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Friedenssicherung in Europa dar. Mittels der politischen Zusammenarbeit wirken die neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft konstruktiv an der Entspannung und der Verbesserung der Beziehungen zwischen Westen und Osten mit. Die Ostpolitik der Bundesregierung vollzieht sich in diesem Rahmen. Die Bemühungen der Bundesregierung um die europäische Einigung stehen nicht in Konkurrenz zu ihrer Ostpolitik. Beide ergänzen sich vielmehr. Die Bundesregierung begrüßt den zwischen EG und RGW nunmehr aufgenommenen Dialog.

4. Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 hat die Grundlage dafür geschaffen, daß die praktische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR seither nicht mehr durch das Fortbestehen gegensätzlicher Vorstellungen in heute nicht lösbaren Grundsatzfragen behindert zu werden braucht. Beide Seiten haben ihr Bestreben bekundet, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern. Sie haben erklärt, daß sie dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage ausgehen werden. Sie haben diese bestehende Lage nicht als endgültig vorausgesetzt; dies kommt in den sorgfältig ausgewählten Formulierungen des Moskauer Vertrages und in dem anläßlich der Vertragsunterzeichnung übergebenen Brief des damaligen Bundesministers des Auswärtigen, Scheel, vom 12. August 1970 zum Ausdruck, der von dem sowjetischen Außenminister den zuständigen Ausschüssen des Obersten Sowjets im Ratifizierungsverfahren zum Moskauer Vertrag am 12. April 1972 bekanntgegeben wurde und in dem namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland festgestellt wurde, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Es ist unrichtig, von dem „Volk der Bundesrepublik Deutschland" zu sprechen; denn die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland empfinden sich als Teil der einen deutschen Nation, die in zwei Staaten zu leben genötigt ist.

Unter den Grundsätzen für die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten, von denen jeder unter Berücksichtigung der anderen auszulegen ist, hat die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in ihrer Schlußakte die Unverletzlichkeit der Grenzen und zugleich die Möglichkeit bestätigt, daß die „Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung geändert werden können".

Ebenso wie zu dem Moskauer Vertrag steht die Bundesregierung uneingeschränkt zu den Verträgen mit der Volksrepublik Polen, mit der CSSR und mit der DDR. Gleichermaßen anerkennt sie den hohen politischen Rang der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Durch diese Instrumente wird niemand daran gehindert, von dem selbstverständlichen Recht der Meinungsäußerung über das Verhalten anderer Staaten Gebrauch zu machen, insbesondere, wenn es darum geht, dieses Verhalten am Völkerrecht, den etablierten Grundsätzen des friedlichen zwischenstaatlichen Zusammenlebens und insbesondere an

den Menschenrechten zu messen. Das Recht der freien Meinungsäußerung steht jedem zu. Wenn dieses Recht von Deutschen in Fragen ausgeübt wird, die Angelegenheiten des deutschen Volkes betreffen und bei denen es um die Verletzung von Menschenrechten geht, so ist das weder „zynisch" noch eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen deutschen Staates.

Die Bundesregierung hält ihre Auffassung weiter aufrecht, daß die fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage, die auch im Grundlagenvertrag mit der DDR ausdrücklich unberührt gelassen worden sind, ihre Zusammenarbeit weder mit der Sowjetunion noch mit der DDR hindern sollen. Sie begrüßt es, daß seit Abschluß des Grundlagenvertrages auch Fortschritte im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten erzielt werden konnten.

5. Die Bundesregierung betrachtet das Abkommen, das am 3. September 1971 zwischen Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Berlin abgeschlossen wurde, als ein wesentliches Element der Entspannung in Europa. Dieses Abkommen wurde, wie in Absatz 3 seiner Präambel festgestellt wurde, auf der Grundlage der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit geschlossen, die nicht berührt werden. Es hat zu praktischen Verbesserungen geführt, welche die Bundesregierung voll zu würdigen weiß. Insbesondere für die betroffenen Menschen hat es bedeutende Erleichterungen gebracht.

Wichtig für die Lebensfähigkeit der Stadt sind die Vertretung der Interessen der Stadt nach außen durch die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Abkommens, die für den Verkehr und die Besuche getroffenen Regelungen und die in dem Viermächte-Abkommen, Teil II B, besonders bestätigten Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland, welche nach dem Abkommen „aufrechterhalten und entwickelt werden". Dabei geht das Viermächte-Abkommen, Teil II B, davon aus, daß Berlin (West) „so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland" ist „und auch weiterhin nicht von ihr regiert" wird. Der durch Artikel 7 des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR vom 7. Oktober 1975 erweckte den Eindruck, als ob das Viermächte-Abkommen außer den dort bestätigten Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland auch Verbindungen der Stadt zu anderen Staaten in ähnlicher Weise vorgesehen hätte, ist unzutreffend.

Die Bundesregierung steht fest zu der von Bundeskanzler Brandt und Generalsekretär Breschnew in der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 festgelegten übereinstimmenden Auffassung, „daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung dieses Abkommens eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas und für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den entsprechenden Staaten, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion" ist. Sie geht davon aus, daß auch die Sowjetunion weiterhin an dieser Erklärung festhält. Die Politik der Bundesregierung in bezug auf Berlin (West), die in enger Zusammenarbeit mit denjenigen Signatarstaaten des Abkommens bestimmt wird, die in Berlin (West) die oberste Gewalt ausüben, entspricht voll dem Viermächte-Abkommen. Die Bundesregierung ist sich mit diesen Signatarstaaten einig, daß die Qualität des Abkommens nur dann gewahrt bleibt, wenn alle seine Bestimmungen strikt eingehalten und voll angewendet werden. Versuche, einzelne Bestimmungen des Abkommens einseitig restriktiv auszulegen, sind eine Belastung. Im übrigen kann das „erfolgreiche Funktionieren" des Abkommens nicht abhängig gemacht werden von außerhalb des Abkommens liegenden Bedingungen oder gar vom Verhalten in anderen Fragen.

Nach der Überzeugung der Bundesregierung ermöglichen die Regelungen des Viermächte-Abkommens eine befriedigende Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion unter Einbeziehung Berlins (West) und seiner Bewohner, ohne Beeinträchtigung der jeweiligen Rechtspositionen, so daß keine Reibungen zu entstehen brauchen.

Nach der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa soll den Konferenzergebnissen „in ganz Europa", also auch in Berlin, volle Wirksamkeit

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

97

Editorials

Interview der Redaktion mit dem Leser
Das millionste Argument
Erich Wulff: Nähnadeln für Vietnam!

Marxismus und Kritische Theorie

F. Tomberg: Von der „Kritischen Theorie" zur wissenschaftlichen Weltanschauung. Zur Problemlage bei A. Schmidt und W. F. Haug (I)

Sexualität und Herrschaft (VII): Patriarchat

E. Bornemann: Geld im Patriarchat
K. Ottomeyer: Zur Diskussion um das Patriarchat

* * *

Kongreßbericht: 8. Internationales Krankenhaussymposium

Besprechungsschwerpunkte: Wissenschaftstheorie; Medien und Kommunikation; Kulturpolitik; Schule und Erziehung; Lehrerrolle; Literatur- und Geschichtsunterricht; Psychoanalyse; Rolle der Frau; BRD

Zeitschriftenschau

18. Jahrgang Mai/Juni 1976 Doppelheft
Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 7,50 DM;
Schüler und Studenten 7,– DM, im Abonnement 6,– DM

ARGUMENT-VERLAG 75 Karlsruhe 21 Postfach 210730

verliehen werden. Es besteht, wie die Bundesregierung und ihre Verbündeten im Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 12. Dezember 1975 hervorgehoben haben, ein essentieller Zusammenhang zwischen der Lage in bezug auf Berlin und Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa. Demgemäß ist und bleibt Berlin ein Prüfstein für den Willen aller Beteiligter zu konstruktiver Entspannungspolitik. Für die Politik der Bundesregierung bleibt Berlin eine Frage vitalen Interesses.

6. Der Moskauer Vertrag, der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten und das Viermächte-Abkommen über Berlin haben die Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erleichtert, wie dies auch der Europäische Rat in seiner Erklärung über die KSZE vom 17. Juli 1975 festgestellt hat. Das Ergebnis der Konferenz, die Schlußakte von Helsinki, hat Leitlinien für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den 35 Teilnehmerstaaten und ihren Völkern in Richtung auf mehr Verständnis und Zusammenarbeit aufgestellt, und zwar für jeden in seinen Beziehungen zu allen anderen Teilnehmerstaaten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systeme.

Die Bundesregierung hat dieser Schlußakte, deren Formulierungen in allen Teilen den Grundsätzen ihrer Politik entsprechen, zusammen mit ihren Partnern in der EG und im Bündnis, voll zugestimmt. Sie hat mit ihren Bündnispartnern im Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 12. Dezember 1975 erklärt, daß sie der vollen Durchführung der Schlußakte durch alle Unterzeichnerstaaten hohe Priorität für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten, für die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen, für die Förderung einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und für den Abbau der Schranken und die Zunahme von Kontakten zwischen den Menschen beimißt, damit diese in den Genuß der Früchte der Entspannung kommen können.

Die Bundesregierung hat mit ihren Bündnispartnern im Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 21. Mai 1976 anerkannt, daß auch in der Sowjetunion Schritte unternommen wurden, die sich auf die menschlichen Kontakte und auf die Arbeitsbedingungen für Journalisten positiv auswirken. Angesichts der Bedeutung dessen, was noch zu tun übrig bleibt, hofft sie, daß sich in den kommenden Monaten der Fortschritt auf diesem Gebiet beschleunigen wird und weitere Fortschritte auch bei der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und in anderen Bereichen sowie ebenso bei der Einhaltung der Prinzipien erreicht werden.

Alle Unterzeichner der Schlußakte sollten sich bewußt sein, daß die Glaubwürdigkeit der Entspannungspolitik auch von der Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse von Helsinki abhängt. Mit dem Ziel der Verwirklichung der Schlußakte und der Vorbereitung des 1977 in Belgrad anstehenden Treffens wird die Bundesregierung mit der Sowjetunion zusammenarbeiten; dies haben die beiden Regierungen in ihren Konsultationen bekräftigt.

Die Bundesregierung bemüht sich gemeinsam mit ihren Bündnispartnern, bei den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR) Fortschritte zu erzielen. Sie ist, wie dies zuletzt im Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 21. Mai 1976 festgestellt wurde, mit ihren Partnern der Auffassung, daß MBFR die bestehenden Disparitäten abbauen muß, wenn das vereinbarte Ziel verwirklicht werden soll, zu stabileren Beziehungen und zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Dies würde in der Tat zu einer stabileren militärischen Lage in Europa führen, die für alle beteiligten Staaten unverminderte Sicherheit gewährleistet und damit für beide Seiten von Vorteil ist.

7. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion schlägt die sowjetische Seite in ihrer Erklärung vom 22. Mai 1976 teilweise einen polemischen Ton an, der dem gegenwärtigen Stand der Beziehungen beider Staaten nicht mehr angemessen erscheint. Die Bundesregierung versagt es sich, hierauf einzugehen. Sie begrüßt jene Aussagen, die von konstruktivem Geist geprägt sind; hieran möchte die Bundesregierung anknüpfen.

Ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion betrachtet die Bundesregierung als einen zentralen Teil ihrer Entspannungspolitik. Dabei ist sie sich sowohl der Opfer bewußt, die der Zweite Weltkrieg dem sowjetischen Volk auferlegt hat, als auch der Rolle, welche die

Sowjetunion in Europa und in der Welt spielt. Ungeachtet dieser Tatsache setzt eine fruchtbare Zusammenarbeit voraus, daß sie sich auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung vollzieht.

Die Bundesregierung hält die positiven Entwicklungen, die seit Abschluß des Moskauer Vertrages in vielen Bereichen der bilateralen Beziehungen erreicht worden sind, für sehr bedeutsam. Der Handel hat sprunghaft zugenommen. Die industrielle Kooperation entwickelt sich positiv. Die Bundesregierung erwartet, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer leistungsfähigen Wirtschaft auch in Zukunft ein wertvoller Partner der Sowjetunion sein wird.

Auf den Gebieten der Kultur, der Bildung und des Sports hat sich die Zusammenarbeit erheblich verbessert. Der Austausch von Parlaments-Delegationen wurde fortgesetzt. Das Interesse in der Bundesrepublik Deutschland an der Sowjetunion und ihren Menschen hat wesentlich zugenommen. Die Bundesregierung begrüßt, daß seit dem Moskauer Vertrag die Lösung humanitärer Fragen im Wege der Familienzusammenführung stetige Fortschritte gemacht hat.

Auch die Bundesregierung glaubt, daß die Möglichkeiten für einen weiteren Ausbau der vertraglichen Zusammenarbeit bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Probleme bestehen vor allem in der noch nicht erreichten Einigung über die befriedigende Einbeziehung von Berlin (West) in diese Zusammenarbeit gemäß dem Viermächte-Abkommen. Die Bundesregierung wird sich ihrerseits weiterhin bemühen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Die beim Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion im Oktober 1974 erzielte Abrede über regelmäßige Konsultationen der Außenminister sollte voll ausgenutzt werden. Darüber hinaus teilt die Bundesregierung voll die Auffassung der Regierung der Sowjetunion über die Bedeutung von Gipfeltreffen.

8. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion werden von der Entwicklung der weltweiten Entspannung beeinflußt. Es ist der weltweiten Entspannung nicht zuträglich, wenn versucht wird, das bestehende Kräfteverhältnis durch Eingreifen in innere Entwicklungen in anderen Teilen der Welt mit dem Ziel der Ausdehnung des eigenen Einflusses zu verändern.

Was die Bundesregierung betrifft, so ist ihre Linie klar: so wie sie für das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes eintritt, so tritt sie für das Recht aller anderen Völker auf Selbstbestimmung ein. Die Bundesregierung und ihre westlichen Freunde wollen nicht den jungen Staaten, die sich von der Kolonialherrschaft befreit haben, ihre Staats- und Gesellschaftsordnung aufnötigen. Sie sind dagegen, daß andere dies versuchen. Die Bundesrepublik Deutschland erbringt ihren Beitrag zur Lösung der Probleme der Staaten in der Dritten Welt durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und durch Entwicklungshilfe.

9. Die Gefahren des Rüstungswettlaufs sind der Bundesregierung bewußt. Sie hat sich deshalb stets für praktische, kontrollierte Schritte der Abrüstung und Rüstungskontrolle eingesetzt. Sie wirkt aktiv an den Arbeiten der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf mit. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 1954 auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet und sich entsprechenden internationalen Kontrollen unterworfen. Sie ist dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beigetreten. Sie ist sich mit der sowjetischen Regierung in der Bedeutung einig, die der effektiven und universellen Durchführung dieses Vertrages zukommt.

In der IAEO und auch auf den Konferenzen der nuklearen Hauptlieferländer in London hat die Bundesregierung tatkräftig daran mitgewirkt, daß im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie Sicherheitsmaßnahmen im Sinne einer wirksamen Nichtverbreitungspolitik zur Anwendung kommen.

Die Bundesregierung hat alle bisherigen Vorschläge der Sowjetunion für weltweite Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Maßnahmen in konstruktivem Sinne geprüft. Sie unterstützt alle sinnvollen Vorschläge, die geeignet erscheinen, den weltweiten Rüstungswettlauf einzudämmen, konkrete Schritte der Abrüstung einzuleiten und gleichzeitig die internationale Sicherheit zu festigen. Konkrete Fortschritte würden erleichtert, wenn alle

Beteiligten eine positive Haltung zur Frage wirksamer internationaler Kontrollen einnähmen.

10. Die Erfahrungen der Geschichte und die Verantwortung für den Frieden schreiben der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zwingend vor, den Weg der Entspannung unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit beider Länder zu verschiedenen Gesellschaftsordnungen, Wirtschafts- und Bündnissystemen, beharrlich fortzusetzen. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative. Beide Seiten müssen diesen Prozeß in konstruktivem Geist als langfristiges Vorhaben betreiben, das nicht von kurzfristigen Überlegungen beeinträchtigt werden darf. Beide Seiten sind aufgerufen, gemeinsam die Grundlagen zu festigen und auszubauen, so daß die künftigen Generationen in Sicherheit und in gegenseitigem Vertrauen leben können.

Die Bundesregierung beabsichtigt, auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge, insbesondere des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970, die beiderseitigen Beziehungen konsequent und geduldig auszubauen und zugleich die wirtschaftliche Zusammenarbeit in gegenseitigem Interesse zu entwickeln.

„Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" — Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 29. und 30. Juni in Berlin (DDR)

(Wortlaut)

Am 29. und 30. Juni 1976 fand in Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, eine Konferenz von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas statt. An der Konferenz nahmen Delegationen folgender Parteien teil:

Kommunistische Partei Belgiens unter Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Jean Terfve. — Bulgarische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Todor Shiwkow. — Kommunistische Partei Dänemarks unter Leitung ihres Vorsitzenden Knud Jespersen. — Deutsche Kommunistische Partei unter Leitung ihres Vorsitzenden Herbert Mies. — Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unter Leitung ihres Generalsekretärs des Zentralkomitees, Erich Honecker. — Kommunistische Partei Finnlands unter Leitung ihres Vorsitzenden Aarne Saarinen. — Französische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Generalsekretärs Georges Marchais. — Kommunistische Partei Griechenlands unter Leitung ihres Ersten Sekretärs des Zentralkomitee, Harilaos Florakis. — Kommunistische Partei Großbritanniens unter Leitung ihres Generalsekretärs Gordon McLennan. — Kommunistische Partei Irlands unter Leitung ihres Generalsekretärs Michael O'Riordan. — Italienische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Generalsekretärs Enrico Berlinguer. — Bund der Kommunisten Jugoslawiens unter Leitung des Vorsitzenden des BDKJ, Josip Broz Tito. — Luxemburgische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Vorsitzenden Dominique Urbany. — Kommunistische Partei der Niederlande unter Leitung ihres Vorsitzenden Henk Hoekstra. — Kommunistische Partei Norwegens unter Leitung ihres Vorsitzenden Martin Gunnar Knutsen. — Kommunistische Partei Österreichs unter Leitung ihres Vorsitzenden Franz Muhri. — Polnische Vereinigte Arbeiterpartei unter Leitung ihres Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Edward Gierek. — Portugiesische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Generalsekretärs Alvaro Cunhal. — Rumänische Kommunistische Partei unter Leitung ihres Generalsekretärs Nicolae Ceausescu. — Kommunistische Partei San Marinos unter Leitung ihres Vorsitzenden Ermengildo Gasperoni. — Linkspartei-Kommunisten (Schweden) unter Leitung ihres Vorsitzenden Lars Werner. — Partei der Arbeit der Schweiz unter Leitung des Mitgliedes des Politbüros und Sekretärs des Zentralkomitees, Jakob Lechleiter. — Kommunistische Partei der Sowjetunion unter Leitung ihres Generalsekretärs des Zentralkomitees, Leonid Iljitsch Breschnew. — Kommunistische Partei Spaniens unter Leitung ihres Generalsekretärs Santiago Carrillo. — Kommunistische Partei der Tschechoslowakei unter Leitung ihres Generalsekretärs des Zentralkomitees, Gustav Husak. — Kommunistische Partei der Türkei unter Leitung

ihres Generalsekretärs des Zentralkomitees, I. Bilen. — Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei unter Leitung ihres Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Janos Kadar. — Sozialistische Einheitspartei Westberlins unter Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Erich Ziegler. — Fortschrittspartei des werktätigen Volkes Zyperns (AKEL) unter Leitung ihres Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees, Christos Petas.

Die Vertreter dieser Parteien führten einen Meinungsaustausch über einen begrenzten Kreis von Fragen, die den Kampf für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa betreffen. Zur Erreichung dieser Ziele ist jede der teilnehmenden Parteien willens beizutragen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen die feste Entschlossenheit ihrer Parteien, auch künftig auf der Grundlage der von jeder Partei in Übereinstimmung mit den sozialökonomischen und politischen Bedingungen sowie den nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes völlig selbständig und unabhängig ausgearbeiteten und beschlossenen politischen Linie einen konsequenten Kampf zu führen, um die Ziele des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu erreichen, was den allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse, der demokratischen Kräfte, der Volksmassen aller Länder entspricht.

Mit aller Bestimmtheit erklären sie, daß die Politik der friedlichen Koexistenz, die aktive Zusammenarbeit der Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und die internationale Entspannung sowohl den Interessen jedes Volkes als auch der Sache des Fortschritts der gesamten Menschheit entsprechen und keinesfalls einen politischen und sozialen Status quo in den verschiedenen Ländern bedeuten, sondern im Gegenteil die besten Voraussetzungen schaffen für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte sowie für die Durchsetzung des unabdingbaren Rechtes eines jeden Volkes, frei seinen Entwicklungsweg zu wählen und zu beschreiten, für den Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, für den Sozialismus.

Die Teilnehmer der Konferenz stellten fest, daß sich in der internationalen Lage wesentliche positive Wandlungen vollzogen haben, die das Ergebnis der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sache des Friedens, der Demokratie, der nationalen Befreiung, der Unabhängigkeit und des Sozialismus, das Ergebnis der Verstärkung des Kampfes der Volksmassen und breiter politischer und gesellschaftlicher Kräfte sind. Das hat den Prozeß des Übergangs von einer Politik der Spannungen und Konfrontation zur Durchsetzung des Kurses auf Entspannung, auf Normalisierung und allseitige Entwicklung neuer Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern bewirkt.

Auf dieser Grundlage ist auch in Europa eine neue Situation entstanden. Wichtige Probleme, die die internationale Atmosphäre vergifteten, darunter einige seit dem zweiten Weltkrieg ungeregelte Probleme, wurden durch Verhandlungen gelöst; es wurden zahlreiche Verträge, Abkommen, Deklarationen und andere Vereinbarungen zwischen den Staaten im Geist der friedlichen Koexistenz geschlossen. All das hat Bedingungen für die Entwicklung neuer Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, für die Überwindung der Spaltung des Kontinents in einander gegenüberstehende Militärblöcke, für die Abrüstung geschaffen.

Allein die Tatsache der Durchführung der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa widerspiegelt mit größter Deutlichkeit die Veränderungen, die sich auf dem Kontinent vollzogen haben im Ergebnis des Sieges der Völker im Krieg gegen den Faschismus und der Bekundung ihres Willens, in Frieden und Sicherheit zu leben, zusammenzuarbeiten und ihre Zukunft ihren legitimen Bestrebungen entsprechend zu gestalten. Diese Konferenz von historischer Bedeutung erarbeitete und fixierte die Prinzipien der freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten: Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bekräftigte die Möglichkeit und den realen Nutzen, kompliziertesten internationale Probleme unter Beteiligung aller interessierter Länder auf der Grundlage ihrer völligen Gleichberechtigung zu behandeln und zu lösen. Sie eröffnete neue Perspektiven für die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit, für die fruchtbare Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen allen Ländern Europas. Das wird positive Auswirkungen für alle Völker der Welt haben.

Die Wirksamkeit der in Helsinki erreichten Vereinbarungen hängt in entscheidendem Maß davon ab, wie konsequent und genau alle Teilnehmerstaaten die von ihnen vereinbarten zehn Prinzipien einhalten und alle Festlegungen der Schlußakte, die eine Einheit bilden, erfüllen. Sie wird um so größer sein, je konsequenter die Teilnehmerstaaten ihre Anstrengungen zur Errichtung der europäischen Sicherheit und der Entwicklung gleichberechtigter Zusammenarbeit im Sinne der auf dieser Konferenz getroffenen Vereinbarungen fortsetzen. Das sind unerläßliche Voraussetzungen dafür, daß die Entspannung zu einem kontinuierlichen, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß wird. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, sind dafür neue aktive Anstrengungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, der breiten Öffentlichkeit, der Volksmassen unseres Kontinents erforderlich.

Der demokratische und antifaschistische Kampf der Arbeiterklasse, der Volksmassen in Westeuropa hat heute eine neue Stufe erreicht. Das faschistische Regime in Portugal wurde gestürzt. In diesem Land vollzieht sich ein Kampf für tiefgreifende demokratische und soziale Umgestaltungen. In Griechenland ist die faschistische Diktatur gestürzt worden. In Spanien versucht die Monarchie, Erbe des letzten Bollwerks des Faschismus in Europa, den Franquismus gegen die wachsende und einheitliche Opposition aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte fortzuführen. Im ganzen kapitalistischen Europa hat sich die Bewegung der Werktätigen, der fortschrittlichen Kräfte erweitert, die danach streben, demokratische Veränderungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens herbeizuführen.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen den historischen Sieg des vietnamesischen Volkes, die Siege der Völker von Laos und Kampuchea über die imperialistischen Aggressoren und die innere Reaktion. Diese Siege sind von weltweiter Bedeutung; sie beweisen, daß es keine Kräfte gibt, die imstande sind, den Willen der Völker zu brechen, für Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Einen wichtigen Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit stellen die Beendigung des portugiesischen Kolonialkrieges und die Erringung der nationalen Unabhängigkeit durch die Völker von Guinea-Bissau, Moçambique, Sao Tomé, der Kapverdischen Inseln und Angola dar, was den Sturz der Rassistenregimes im Süden Afrikas näherbringt, sowie der Kampf aller anderen Befreiungsbewegungen für die völlige Beseitigung des Kolonialismus.

Das Scheitern der imperialistischen Blockade gegen Kuba, die internationale Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Normalisierung der Beziehungen einer großen Anzahl von Ländern mit der DDR tragen wesentlich zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Stärkung der Position des Sozialismus bei. All das ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes aller antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte.

Die sozialistischen Länder spielen aufgrund ihrer Entwicklung, ihres kontinuierlichen ökonomischen Wachstums, das aus dem Charakter der sozialistischen Gesellschaft resultiert, die den Interessen der werktätigen Massen dient, sowie ihrer Außenpolitik, die auf die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz gerichtet ist und immer mehr Einfluß auf die internationalen Beziehungen ausübt, eine herausragende Rolle bei der Verhütung eines neuen Weltkrieges, der Festigung der internationalen Sicherheit und der Fortführung des Entspannungsprozesses.

Zu einer einflußreichen internationalen Kraft sind die Völker geworden, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit errungen haben. Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten, an der die Mehrheit der Entwicklungsländer teilnimmt, ist jetzt einer der wichtigsten Faktoren der Weltpolitik. Sie leistet einen aktiven Beitrag zum Kampf für Frieden, Sicherheit, Entspannung und gleichberechtigte Zusammenarbeit, für die Schaffung eines gerechten Systems der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen, zum Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und alle Formen der Herrschaft und Ausbeutung.

In den kapitalistischen Ländern wachsen die Aktivitäten der Arbeiterklasse und anderer breiter gesellschaftlicher und politischer Kräfte, die für Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern eintreten und einen wichtigen Faktor im Kampf für die Festigung der Entspannung darstellen.

In diesen Ländern entfaltet sich mit wachsender Stärke der Kampf der Arbeiterklasse — der Hauptkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Interessen aller werktätigen Massen, die Interessen des sozialen Fortschritts und die gesamtnationalen Interessen zum Ausdruck bringt — sowie der Kampf der anderen demokratischen und antimonopolistischen Kräfte. Dieser Kampf richtet sich gegen die Grundfesten der Herrschaft des Monopolkapitals. Immer breiteren Schichten der Gesellschaft wird die histo-

rische Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft deutlich, die entsprechend dem Willen jedes Volkes aufgebaut wird. In den neutralen Staaten wachsen die Anstrengungen der Volksmassen, um die Möglichkeiten des Neutralitätsstatus im Interesse des Friedens und der Festigung der Sicherheit auf unserem Kontinent stärker zur Wirkung zu bringen.

Zur Verbesserung des politischen Klimas in der Welt und in Europa trug und trägt der Kampf aller antiimperialistischen, antikolonialen und fortschrittlichen Kräfte bei.

All diese Faktoren sind von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, für die Entwicklung einer aktiven Zusammenarbeit zwischen allen Ländern als der einzigen Alternative zu einem nuklearen Weltkrieg.

All das eröffnet dem erfolgreichen Kampf der Völker für die weitere Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Europa im Geiste der Entspannung und für Demokratie und Fortschritt neue Möglichkeiten. All das trägt dazu bei, daß der Einfluß der Ideen des Sozialismus auf die gesellschaftliche Entwicklung wächst.

Die Teilnehmer der Konferenz würdigten die Fortschritte, die auf dem Gebiet der Entspannung erzielt wurden. Zugleich unterstreichen sie, daß der Weltfrieden durchaus noch nicht garantiert ist, daß die Entspannung noch nicht stabil ist, daß auf dem Wege zu dauerhafter Sicherheit und Zusammenarbeit noch ernste Hindernisse zu überwinden sind.

Die Konzentration außerordentlich starker Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent, die über die gefährlichsten Zerstörungskapazitäten verfügen, die verstärkte Fortsetzung des Wettrüstens, die Anhäufung immer größerer Waffenvorräte, darunter auch von Massenvernichtungswaffen, die Aufrechterhaltung ausländischer Militärstützpunkte und ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium anderer Staaten, der imperialistische Druck und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten bilden eine direkte Gefahrenquelle für den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, sind Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung der Bestrebungen der europäischen Völker nach Unabhängigkeit und Fortschritt.

Die Politik des Imperialismus, des Neokolonialismus und alle Formen der Unterdrükkung und Ausbeutung bleiben weiterhin die Hauptgefahr für den Frieden, die Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung der Völker. Gleichzeitig stellen die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung, die nichtgleichberechtigten ökonomischen und politischen Beziehungen eine Quelle von Spannungen und Konflikten dar und sind ein erstes Hindernis auf dem Weg zur Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Die Positionen des Imperialismus, dessen Wesen sich nicht gewandelt hat, sind infolge der Veränderungen im Kräfteverhältnis schwächer geworden. Das findet seinen Ausdruck darin, daß er weder imstande ist, die historischen Errungenschaften des Sozialismus rückgängig zu machen, noch das Voranschreiten der fortschrittlichen Kräfte, der Bewegung für die Befreiung und Unabhängigkeit der Völker aufzuhalten.

Die Schwierigkeiten, die der Imperialismus durchmacht, sind das Ergebnis einer weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, die alle Gebiete der kapitalistischen Gesellschaft — den ökonomischen, sozialen, moralischen und politischen Bereich — erfaßt und sich in unterschiedlichen Formen und Ausmaßen in den verschiedenen Ländern äußert. Mit besonderer Schärfe treten solche charakteristischen Züge der gegenwärtigen ernsten Krise zutage, wie die chronische Inflation, die Krise des Währungssystems, die verstärkte Nichtauslastung von Produktionskapazitäten, die Arbeitslosigkeit von Millionen Werktätigen. Sie führt überall zu ernsten Konsequenzen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Mittelschichten und trifft besonders schwer die Jugendlichen und Frauen sowie die ausländischen Arbeiter. Sie wird von Erscheinungen des moralischen Verfalls und von Erschütterungen begleitet, die vom politischen Charakter der Krise zeugen.

Die Krise führt in den internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zu tiefen Widersprüchen. Sie äußert sich auch in tiefen Handelskonflikten, im erbitterten Konkurrenzkampf der Monopolgruppen verschiedener Länder, darunter der Länder der EWG, sowie in den Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Monopolen und den Entwicklungsländern.

All das beweist, daß die ökonomische und soziale Struktur der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr in Widerspruch gerät zu den Bedürfnissen der Werktätigen und Volksmassen sowie zu den Erfordernissen des sozialen Fortschritts und einer demokratischen politischen Entwicklung.

Die Arbeiterklasse, die Werktätigen des kapitalistischen Europa kämpfen für einen demokratischen Ausweg aus dieser Krise, der den Interessen der breiten Volksmassen entspricht und den Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft eröffnet.

Die reaktionären Kreise des Großkapitals versuchen, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu finden, indem sie die demokratischen und sozialen Rechte der Volksmassen einschränken und die Lasten der Krise auf sie abwälzen. Darüber hinaus streben diese Kräfte danach, die Politik der Entspannung und aktiven Zusammenarbeit zu verhindern, die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki zu untergraben und in den zwischenstaatlichen Beziehungen erneut eine Atmosphäre der Spannung und Konfrontation zu schaffen. Noch immer treten gewisse Kräfte für die Rückkehr zur Politik des kalten Krieges ein, die zur Spaltung des Kontinents in einander gegenüberstehende Blöcke geführt hat. Gegen diese Politik kämpften und kämpfen die kommunistischen Parteien und andere demokratische und friedliebende Kräfte.

Das Wettrüsten muß eingestellt und ein Prozeß der Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften eingeleitet werden. Die steigenden Rüstungsausgaben lasten immer schwerer auf den Werktätigen, auf den Volksmassen. Wenn diese riesigen Mittel für die Hebung des Lebensniveaus der Völker, für die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, für die Hilfe und Unterstützung der Entwicklungsländer und den Umweltschutz verwendet würden, so wäre das von gewaltigem Nutzen für den Fortschritt der ganzen Menschheit.

Für diese Ziele kämpfen die sozialistischen, nichtpaktgebundenen und andere friedliebende Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Europas. Es ist ein dringendes und für alle Völker unseres Kontinents lebenswichtiges Anliegen, den dagegen gerichteten Widerstand der reaktionären Kreise in den Ländern der NATO sowie anderer konservativer Kräfte zu überwinden.

Da die an der Konferenz teilnehmenden Parteien für die Überwindung der Spaltung Europas in Blöcke und für eine Politik der Abrüstung eintreten, sprechen sie sich gegen jegliche Maßnahmen aus, die dazu im Widerspruch stehen.

Zwischen dem Kampf für Frieden, Entspannung, Sicherheit, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern und Staaten und dem Kampf für neue ökonomische und politische Errungenschaften der Werktätigen, für den sozialen Fortschritt besteht ein enges Wechselverhältnis.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind der Ansicht, daß diese Ziele um so schneller erreicht werden können, je effektiver die Anstrengungen sein werden, um jegliche Tendenzen reaktionären und autoritären Charakters zu durchkreuzen, das Wettrüsten einzustellen, die Abrüstung zu verwirklichen und die Macht der Monopole im Leben der einzelnen Länder und im internationalen Rahmen einzuschränken und zu überwinden.

Sie betrachten den Kampf für Entspannung als einen wichtigen Beitrag zur Schaffung solcher internationaler Bedingungen, die den sozialen Fortschritt begünstigen. Sie sind der Meinung, daß die immer umfassendere Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, insbesondere — was Europa anbelangt — der Prinzipien, die in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki enthalten sind, günstige Voraussetzungen für die volle Unabhängigkeit und die selbständige Entwicklung der Länder schafft und den Kampf der Völker für den ökonomischen und sozialen Fortschritt fördert. Sie schafft den Bewegungen für die demokratische und sozialistische Umgestaltung in den kapitalistischen Ländern günstigere Kampfbedingungen. Sie begünstigt die weitere allseitige ökonomische, soziale und politische Entwicklung der sozialistischen Länder und die immer vollständigere Realisierung der Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft.

Infolge des Wirkens all dieser Faktoren wächst das Streben der Völker nach Gerechtigkeit und Frieden. Zugleich nehmen die Ideale des Sozialismus im Bewußtsein immer breiterer Massen einen immer größeren Platz ein.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen Länder haben zusammen mit den anderen demokratischen und friedliebenden Kräften eine entscheidende Rolle in den politischen Aktionen gespielt, die eine Wende zur Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zur Zusammenarbeit in Europa ermöglichten. Die an der Konferenz teilnehmenden Parteien werden auch künftig aktiv für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritt eintreten.

In diesem Sinne werden sie ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität entwickeln auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin, bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus im eigenen Lande und die Verantwortung jeder Partei gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk sind verbunden mit der gegenseitigen Solidarität der Werktätigen aller Länder, aller fortschrittlichen Bewegungen und Völker im Kampf für Freiheit und Festigung der Unabhängigkeit, für Demokratie, Sozialismus und den Weltfrieden.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind sich bewußt, daß ein Europa des Fortschritts und des Friedens nur das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen, das Ergebnis der Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit breitester politischer und gesellschaftlicher Kräfte sein kann.

Sie erachten den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und allen anderen demokratischen und friedliebenden Kräften für notwendig. Dabei gehen sie von dem aus, was ihnen gemeinsam ist, und treten für die Beseitigung des Mißtrauens und der Vorurteile ein, die ihre Zusammenarbeit behindern können.

Sie halten es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit aller Volkskräfte auf den Schaden zu richten, den der militante Antikommunismus der Entwicklung der Bewegung für Fortschritt und Frieden zufügt. Die kommunistischen Parteien betrachten nicht alle, die mit ihrer Politik nicht übereinstimmen oder eine kritische Haltung zu ihrer Tätigkeit einnehmen, als Antikommunisten. Der Antikommunismus ist und bleibt ein Instrument, dessen sich die imperialistischen und reaktionären Kräfte nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen andere Demokraten und die demokratischen Freiheiten bedienen. Diese Kräfte führen Kampagnen gegen die kommunistischen Parteien, die sozialistischen Länder, angefangen mit der Sowjetunion, gegen die Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts; Kampagnen, die darauf abzielen, die Politik und die Ideale der Kommunisten unter den Volksmassen zu diskreditieren, die Einheit der Arbeiterbewegung und die Zusammenarbeit der demokratischen und Volkskräfte zu verhindern. Es liegt im Interesse des Strebens der Volkskräfte nach Fortschritt und demokratischer Entwicklung, daß der Antikommunismus isoliert und überwunden wird. Die kommunistischen und Arbeiterparteien werden so handeln, daß ihre Politik und die Ideale der Gerechtigkeit und des Fortschritts, deren Träger sie sind, immer mehr zu einer Kraft werden, die die breiteste Einheit der Werktätigen und der Volksmassen fördert.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die Erfolge, die in einer Reihe von Ländern und auf internationaler Ebene bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien erzielt wurden. Sie sind der Auffassung, daß die Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die Überwindung bestehender Hindernisse erfordern, die der Zusammenarbeit im Wege stehen und den Kampf der werktätigen Massen gegen das Monopolkapital, gegen die reaktionären und konservativen Kräfte erschweren.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien bekräftigen erneut, daß sie jegliche Politik und Weltanschauung ablehnen, die ihrem Wesen nach eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter das kapitalistische System bedeuten. Sie unterstreichen ihren Willen, konsequent für die Stärkung ihrer Parteien und die Erweiterung ihrer Verbindungen mit der Arbeiterklasse und allen werktätigen Massen einzutreten. Gleichzeitig unterstreichen sie erneut ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften und besonders mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im Kampf für Frieden, Demokratie und den Fortschritt der Gesellschaft zu leisten.

Der Kampf, den die kommunistischen Parteien und die anderen demokratischen Kräfte der kapitalistischen Länder unseres Kontinents für die Beseitigung aller Überreste faschistischer Regimes für die Entwicklung der Demokratie, für Frieden, gegen die ständig wachsende Bedrohung führen, die die Tätigkeit der internationalen Monopole und der multinationalen Gesellschaften für die Souveränität und Unabhängigkeit eines jeden Landes darstellt, hat große Bedeutung für die Umwandlung Europas in einen Kontinent des Friedens und des Fortschritts.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien betonen, daß die Werktätigen gemeinsame Interessen haben und daß ihre gemeinsamen Aktionen eine entscheidende Rolle bei der wirksamen Verteidigung ihrer Rechte spielen. Deshalb halten sie es für wichtig, daß alle Werktätigen, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Anschauungen, die Anstrengungen im Kampf für ihre Lebensinteressen vereinigen.

Der Einfluß der Arbeiterklasse wächst durch die Vereinigung der Anstrengungen ihrer Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Kommunisten werden auch künftig in jeder Hinsicht den Drang nach Einheit, der in den gewerkschaftlichen Organisationen wächst, und deren selbständiges Wirken unterstützen.

Eine wichtige Rolle im Kampf um die Rechte der Werktätigen, für Demokratie und Frieden spielen immer breitere katholische Kräfte, Angehörige anderer christlicher Religionsgemeinschaften und Gläubige anderer Konfessionen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind sich der Notwendigkeit des Dialoges und gemeinsamer Aktionen mit diesen Kräften bewußt, die untrennbar mit dem Kampf für die Entwicklung Europas im demokratischen Geist, in Richtung auf den sozialen Fortschritt verbunden sind.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien wenden sich an die Frauen, deren Beteiligung am Berufsleben am täglichen sozialen und politischen Kampf zunimmt, und rufen sie auf, ihren Beitrag zur gemeinsamen Sache aller Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts zu verstärken als notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der realen Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstützen die Bestrebungen der Jugend, in deren Händen die Zukunft unseres Kontinents liegt, mit wachsender Energie am Kampf für ein Europa des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit, das der sozialistischen Zukunft entgegengeht, teilzunehmen.

(Zweiter Teil folgt)

Erklärung der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD am 29. Mai 1976 in Karlsruhe

(Wortlaut)

Wir Teilnehmer der „Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD", darunter

— zahlreiche vom Berufsverbot Betroffene aus der Bundesrepublik

— Vertreter von Bürgerinitiativen und Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD aus zahlreichen Staaten Westeuropas

— Vertreter von Gewerkschaften, verschiedener Parteien, von Jugend- und Studentenverbänden, Widerstandsorganisationen sowie Berufsverbänden

aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, aus den Niederlanden, Österreich, aus der Schweiz, aus Italien, Griechenland, Dänemark, Schweden und Japan erklären:

— Die Berufsverbote in der BRD sind Diskriminierungen, die mit den Grundrechten auf Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit unvereinbar sind. Diese Verletzungen der Menschenrechte verstoßen nicht nur gegen nationales Recht, sondern auch gegen internationales Recht, vornehmlich gegen die Prinzipien, die durch die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die „Europäische Konvention über die Menschenrechte", durch die internationalen Konventionen „über Bürgerrechte und politische Rechte" sowie über „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" und durch UNESCO- und ILO-Konventionen proklamiert wurden.

Es kann nicht widerspruchslos hingenommen werden, daß die Bundesrepublik als ein Mitglied der UNO ihre Verpflichtung zur Bewahrung der Menschenrechte so schwerwiegend verletzt.

— Die Berufsverbote in der BRD verletzen die Schlußakte der KSZE, in der es heißt: „Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied... achten. Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirt-

schaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesenlich sind, fördern und ermutigen. In diesem Rahmen werden die Teilnehmerstaaten die Freiheit des Individuums anerkennen und achten, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder einer Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und sie auszuüben."

Wir erinnern an die historische Erfahrung, daß das Vorgehen gegen Demokraten in Deutschland eine Gefahr für Demokratie und friedliches Zusammenleben in ganz Europa darstellt. Die Aushöhlung demokratischer Rechte, die Verketzerung fortschrittlicher Gedanken, antikommunistische Hysterie führen nicht nur zur Abschaffung der Demokratie, sondern auch zur Gefährdung des Friedens. Insofern ist die gesamte europäische Öffentlichkeit betroffen.

— Die Berufsverbote in der BRD sind weder vereinzelte Mißgriffe noch Ausfluß von Übereifer untergeordneter Stellen. Sie sind Teil einer besorgniserregenden politischen Entwicklung, die auch durch die schulmeisterliche Rolle der BRD in der Europäischen Gemeinschaft, durch Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und durch zahlreiche weitere Beispiele von Grundrechtseinschränkungen (§ 88 a Strafgesetzbuch, Verteidigerrechte, Zunahme der Beschneidung gewerkschaftlicher und anderer Rechte) gekennzeichnet ist. Die Berufsverbote im öffentlichen Dienst sind die sichtbarste Teil einer politischen Entwicklung, die reaktionäre Kräfte ermuntert.

Es muß ausdrücklich festgestellt und begrüßt werden, daß sich die aktive Wahrnehmung demokratischer Rechte durch immer mehr Bürger, daß sich die ausbreitende Einsicht, daß Friedenspolitik und Demokratie zusammengehören, daß sich die wachsende Zusammenarbeit demokratischer Kräfte Europas zwar verzögern, aber nicht aufhalten läßt. Die Lehren des antifaschistischen Widerstandes gelten auch heute: Frieden und Demokratie gehören zusammen! Der Feind des Fortschritts steht rechts! Die Gemeinschaft aller Demokraten sichert eine fortschrittliche Entwicklung!

— Die Berufsverbote verstoßen gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Bei 800 000 politischen Überprüfungen und über 3000 Fällen von Entlassungen, versagten oder verzögerten Einstellungen, sogenannten Anhörungen und Disziplinarmaßnahmen kann keine Rede mehr von Einzelfällen sein. Wovor vor Jahren gewarnt wurde, ist eingetreten: Eine Welle von Mißtrauen und Gesinnungsschnüffelei aus antikommunistischer Hysterie im Geiste McCarthys hat sich ausgebreitet. Im Namen der Demokratie sind tragende demokratische Prinzipien tausendfach von denjenigen verletzt worden, die vorgeben, sie zu schützen.

Wir warnen vor dem Versuch, durch neue Verfahrensregelungen die gegenwärtige Berufsverbotspraxis zu zementieren. Will man den Grundrechten und solchen tragenden Prinzipien der demokratischen Ordnung in der BRD wie Volkssouveränität und Chancengleichheit der Parteien wieder Geltung verschaffen, müssen der Ministerpräsidentenbeschluß, die neuen Grundsätze der Bundesregierung und alle anderen Berufsverbots-Gesetze und Erlasse der Länder ersatzlos gestrichen und alle ausgesprochenen Berufsverbote aufgehoben werden.

Die Teilnehmer der „Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD" erklären:

— Wir werden nicht Ruhe geben, solange noch ein einziges Berufsverbot in der BRD verhängt wird.

— Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit in der BRD und in Europa, Solidarität zu üben und die Zusammenarbeit zu verstärken.

Verteidigt die demokratischen Grundrechte!

Weg mit den Berufsverboten!

Vier Punkte des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zu den Berufsverboten, verabschiedet von der 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz am 13. Juni 1976 in Hamburg

(Wortlaut)

Die 4. ordentliche Delegiertenkonferenz des Bundes demokratischer Wissenschaftler begrüßt das solidarische Eintreten zahlreicher Demokraten in den Ländern der EG und Skandinaviens für die Verteidigung demokratischer Rechte in der Bundesrepublik. Wir danken allen ausländischen Wissenschaftlern und ihren Organisationen, die den Kampf gegen die Berufsverbote unterstützt haben und weiter unterstützen. Der BdWi weist darauf hin, daß die UNESCO-„Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher" vom 23. November 1974 jede Diskriminierung ausschließt. Wir nehmen zur Kenntnis, daß selbst frühere aktive Befürworter der Benachteiligung von Demokraten im Öffentlichen Dienst, darunter Willy Brandt, den Berufsverbotsbeschluß von 1972 und die bereits seit 1971 betriebene Verfolgungspolitik als gefährlichen Irrtum erkannt haben. Dies kann für uns aber nur Anlaß sein, um so aufmerksamer ihre reale Politik in der Frage der Berufsverbote zu verfolgen.

So wird zum Beispiel in den 8 Punkten der Bundesregierung vom 19. Mai 1976 zur „Radikalenfrage" der Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 de facto *nicht* aufgegeben. Tatsächlich hat die Berufsverbotspraxis seit 1971 so tiefe Zerstörungen an den demokratischen Rechten und am Rechtsbewußtsein der mit Personalfragen befaßten Behörden angerichtet, daß ein einfaches Abrücken von der bisherigen Demokratenverfolgung diese nicht mehr wirksam zu stoppen vermag. Bedauern reicht nicht aus. Notwendig ist es vielmehr, daß diejenigen politischen Kräfte, die sich jetzt vom sogenannten „Radikalenbeschluß" distanzieren, verpflichtet werden, die Folgen seines nunmehr vierjährigen Bestehens auszuräumen und sich aktiv gegen jede verfassungswidrige Diskriminierung bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst zu wenden.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler fordert deshalb:

1. Offizielle Annullierung aller bisherigen Diskriminierungsregelungen durch die Regierungen von Bund und Ländern.

2. Nachdem die für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst zuständigen Behörden seit 1971 zur Diskriminierung von Demokraten aufgefordert werden, ist es leider notwendig geworden, daß sie nunmehr von der politischen Führung und der demokratischen Öffentlichkeit zur Erfüllung ihrer selbstverständlichen Pflicht, aktiv für die Verfassung einzutreten, angehalten werden müssen. Dies gilt insbesondere für Art. 3 GG und alle Grundrechte.

3. Schluß mit dem Sammeln von Erkenntnissen, den Überprüfungen und Anhörungen! Vernichtung aller Verfassungsschutz-Dossiers, die im Zusammenhang mit der Berufsverbotspolitik angefertigt wurden!

4. Sofortige Einstellung und rückwirkende Rehabilitierung aller Personen, die seit 1971 vom Berufsverbot betroffen wurden. Der BdWi schlägt ihnen allen vor, mit ihren Rechtsbeiständen die Erneuerung ihrer Einstellungsanträge zu prüfen.

Berichtigung: Bei dem in Heft 6/1976, S. 667, angezeigten Buch: Ridder/Ladeur, Das sogenannte Politische Mandat von Universität und Studentenschaft, handelt es sich nicht um eine Neuerscheinung, sondern um eine Zweitauflage, und der Preis beträgt nicht 14,80 DM, sondern 9,80 DM. D. Red.

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., lebt in St. Cyr sur Mer; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *BAUDISSIN, Wolf Graf v.,* geb. 1907 in Trier, Generalleutnant a. D., heute Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *** *CHARLIER, Dr. Michael,* geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen in Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *LEITHÄUSER, Dr. Gerhard,* Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÖTTE, Dr. Fritz,* geb. 1931 in Berlin, Studium der Betriebswirtschaft in Mainz, Nürnberg und Innsbruck, langjährige Tätigkeit als Revisor in diversen Großunternehmen, insbesondere in der Mineralölbranche, sowie im Betriebsprüfungsdienst der Oberfinanzdirektion Hamburg und als Kirchenrevisor. *** *BACHSLEITNER, Karl,* geb. 1950 in Mainburg/Niederbayern, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten München und Marburg, z. Z. Studienreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

RENATE LANGWEG-BERHOERSTER
00829
TROSCHELSTR 12
5300 BONN

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., lebt in St. Cyr sur Mer; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *BAUDISSIN, Wolf Graf v.,* geb. 1907 in Trier, Generalleutnant a. D., heute Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *** *CHARLIER, Dr. Michael,* geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen in Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *LEITHÄUSER, Dr. Gerhard,* Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÖTTE, Dr. Fritz,* geb. 1931 in Berlin, Studium der Betriebswirtschaft in Mainz, Nürnberg und Innsbruck, langjährige Tätigkeit als Revisor in diversen Großunternehmen, insbesondere in der Mineralölbranche, sowie im Betriebsprüfungsdienst der Oberfinanzdirektion Hamburg und als Kirchenrevisor. *** *BACHSLEITNER, Karl,* geb. 1950 in Mainburg/Niederbayern, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten München und Marburg, z. Z. Studienreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.